

Ich war für meine Bürger da!

Rückblick 2019 – 2024 Frau MdL Gudrun Petzold



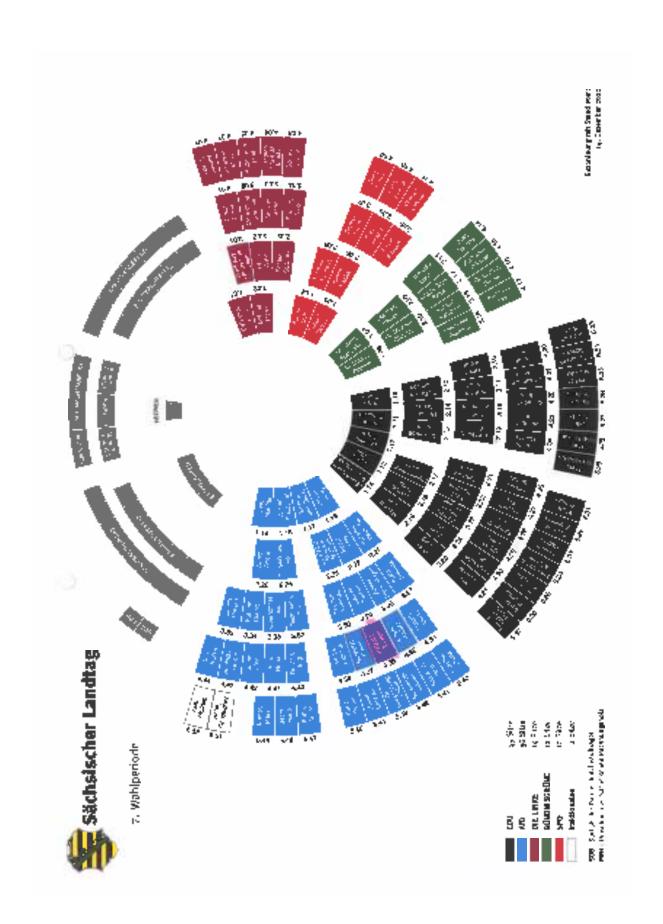


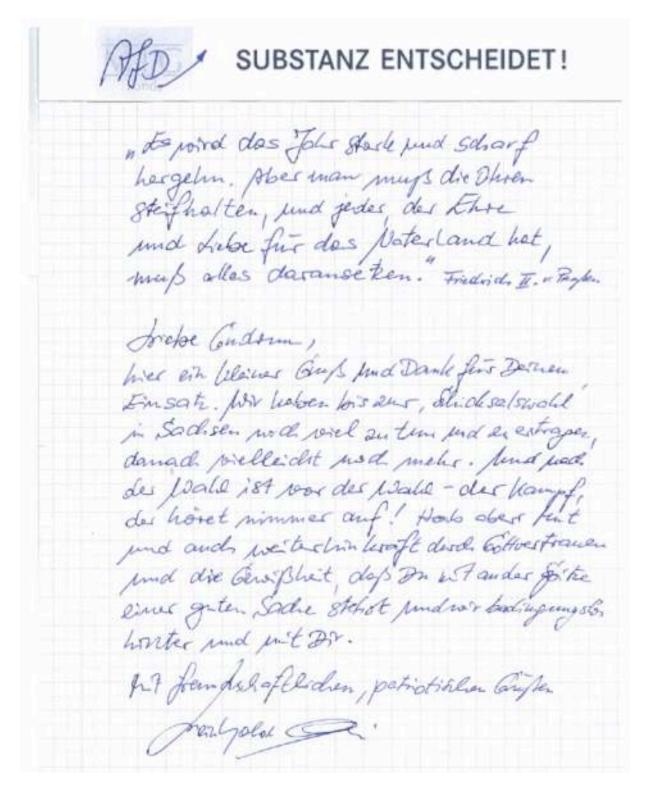
Jetzt ist es Zeit um loszubrechen,
gemeinsam für die Freiheit streben!
Was war das bisher für ein Leben,
Kein Mensch durft mehr die Wahrheit sagen!
Steh auf, mein Volk! Nicht lange zagen,
die Lügenherrschaft zu vertreiben,
nur Wahrheit soll fortan noch bleiben...
Auf, dass ich nicht alleine streite.
Wohlan, Gott ist auf uns`rer Seite!
Kein Deutscher bleibe still daheim!
Jeh habs gewagt!" – das sei sein Reim."



"Wenn die Guten nicht fechten, siegen die Schlechten." Platon







Von meinem langjährigen, sehr geschätzten Mitstreiter im AfD-Kreisverband Nordsachsen, Reinhold Schurig

Inhaltsverzeichnis

- I. Biographie
- II. Die nordsächsischen Bürger haben 2019 gewählt
- III. Mein Engagement als direkt gewählte Abgeordnete im Sächsischen Landtag in der 7. Legislatur
 - 1. Sprecherin für Senioren- und Behindertenpolitik in der AfD-Fraktion
 - 1.1. Arbeitstreffen mit den Werkstätten für behinderte Menschen
 - 1.2. Korrespondenzen
 - 1.3. Meine Reden im Sächsischen Landtag
 - 2. Arbeit in den Ausschüssen des Sächsischen Landtags
 - 2.1. Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ASG)
 - 2.1.1. Corona-P(1)andemie
 - 2.1.2. Politik für Familien
 - 3. Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages
 - 4. "Kleine Anfragen" parlamentarisches Arbeitsinstrument
 - 5. Anstaltsbeirätin JVA Torgau, Landkreis Nordsachsen
 - 6. Informationsfahrten mit Bürgern des Wahlkreises
- IV. Meine Arbeit mit den Bürgern im Wahlkreis Torgau-Oschatz
 - 1. Nordsächsische Bürgertour
 - 2. Parlamentarische Informationsbriefe
 - 3. Unterstützung für regionale Vereine und Traditionspflege
 - 4. Zusammenarbeit mit kommunalen politischen Verantwortungsträgern
 - 5. Bürgerbegehren
 - 5.1. Biotop in Bad Düben
 - 5.2. Bahnhaltepunkt "Heidebahnhof Klitzschen"
 - 5.3. Reaktivierung der Heidebahn
 - 5.4. Unvermessener Hofraum "Lex Nordsachsen"
 - 5.5. Torgauer Hafen
 - 6. Aufklärung zu den gesundheitlichen Risiken der 5G-Technologie
 - 7. Einsatz für die Freiwillige Feuerwehr im Landkreis Nordsachsen
 - 8. Lebendiges Gedenken
 - 9. Engagement gegen die dramatische Asylflut Richtung Nordsachsen
- V. Kritische Korrespondenz mit der Katholischen und Evangelischen Kirche in Nordsachsen und in ganz Deutschland
- VI. Mein "Freund" der sächsische Verfassungsschutz

- VII. Kampf für die Meinungsfreiheit Auseinandersetzung mit der "Torgauer Zeitung" und der "Oschatzer Allgemeinen Zeitung"
- VIII. Meinen Wählern und Lesern zum Abschied

I. Meine Biographie

Aus meinem wohlverdienten Ruhestand heraus, bin ich 2019 nochmal in den "politischen Ring" gestiegen. Denn jede helfende Hand ist jetzt gefragt, um die Wende in unserer Heimat Sachsen herbeizuführen.

Der Geist von 1989 muss uns Sachsen beflügeln, mit einem grundlegenden Richtungswechsel in der Politik Wohlstand, Freiheit und Demokratie in unserem liebensund lebenswerten Freistaat wieder herzustellen.

Das Grundgesetz ist hierbei unsere Leitlinie, unser Anker!

Vom Flüchtlingskind zur Abgeordneten

Ich bin 1952 in Großtreben, im damaligen Kreis Torgau, geboren. Großtreben war die letzte Station meiner Mutter auf der Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat, dem schönen Sudetenland. Mein Vater sah diese seine Heimat nicht mehr wieder. 1948 kam er aus französischer Gefangenschaft zurück, die er, wie den Krieg, Gott sei Dank überlebt hat.

Ja, in diesem Sinne kann ich sagen, dass ich ein Flüchtlingskind bin – besser gesagt, ein Kind von Eltern, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Meine Schwester, die im Mai 1945 geboren wurde, verhungerte auf der Flucht. Es gab nichts zu essen und Krankheiten grassierten... beim Betteln auf der Flucht um etwas Milch für den Säugling wurde meiner Mutter vom Bürgermeister von Bad Schandau gesagt: "...die Elbe ist tief und breit genug..." – und dies hat sie mir immer wieder bis zu ihrem 93. Lebensjahr berichtet.

15 Millionen deutsche Heimatvertriebene haben nach dem Krieg entbehrungsreich und selbst mittellos zum Wiederaufbau Deutschlands beigetragen. So versuchten auch meine Eltern, in der neuen Gemeinschaft ihren Platz zu finden. Doch vergessen konnten sie ihr Sudetenland nie! Ihre Heimatliebe hat mich zutiefst geprägt und ich werde immer dafür einstehen, dass Heimatrecht ein Menschenrecht ist und bleibt. An das Schicksal meiner Mutter sowie das von Millionen deutschen Heimatvertriebenen erinnert mich auch folgendes Gedicht, das für mich prägend und mahnend zugleich bleibt:

Heimat, Du meine Erde Du muttereinziger Ort Heimat, Du wundervolles, Du starkes gutes Wort.

In meinem jahrelangen politischen Wirken war und ist es mir immer noch ein Herzensanliegen dafür zu sorgen, dass das große historische und kulturelle Erbe der geflüchteten und vertriebenen Deutschen seinen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis findet und in den Lehrplänen der Schulen fest verankert wird. Das Wissen um das katastrophale Vertreibungsgeschehen und die vielen deutschen Opfer darf nicht verloren gehen.

Mein Bruder und ich hatten Glück: Wir konnten in Sachsen in Frieden groß werden. Ich besuchte die Grundschule in Großtreben und bereitete mich dann in der "Erweiterten Oberschule" (so die Bezeichnung in der DDR) in Torgau auf das Studium vor: 1969 legte ich das Abitur und die Facharbeiterprüfung für Agrotechnik ab. Von Beruf wurde ich Dipl.-Ingenieur (FH) für Umwelttechnik und Hygiene, später absolvierte ich das Studium der Naturheilkunde.

45 Jahre lang war ich die meiste Zeit im Gesundheits- und Sozialbereich tätig – und darüber hinaus fast 30 Jahre ehrenamtlich in der Politik aktiv.

Ich kann sagen: Nach der Wende 1989 war Politik mein Leben und mein Leben ist Politik! Mit ihr ging ich durch den Wandel der Zeit. Sie hat mich stark geprägt und lässt mich bis heute nicht los!

Mein politisches Engagement begann unmittelbar im Herbst 1989 und führte über das "Neue Forum" und die CDU (1990-1992) zur "Deutschen Sozialen Union", der ich zehn Jahre lang angehörte – der einzigen Partei ohne Altlasten, die außerdem als erste nach der Wiedervereinigung Deutschlands gerufen hatte! Sie konnte sich jedoch nicht durchsetzen, so dass viele konservative Politiker aufatmeten, als 2013 die AfD gegründet wurde. Nach einer Phase aufmerksamer Beobachtung hatte die Alternative für Deutschland mich überzeugt: 2016 trat ich der Partei bei, in der ich mich seither für unser Land engagiere. In der Legislaturperiode von 2019 bis 2024 habe ich die Interessen besonders Nordsachsens im Sächsischen Landtag vertreten. Von meinen Aktivitäten als Abgeordnete berichten Ihnen diese Seiten. Ich hoffe, liebe Leser, Sie werden ihnen manches Interessante entnehmen können.

Kurze Darstellung meiner Biographie

• Geboren: 1952 in Großtreben

• Wohnort: 04862 Mockrehna/OT Strelln

• Beruf: Dipl. Ing. (FH) für Umwelttechnik und Hygiene, Heilpraktikerin

• Familienstand: geschieden

• Kind: 1

Konfession: katholisch

Ausbildung, beruflicher Werdegang

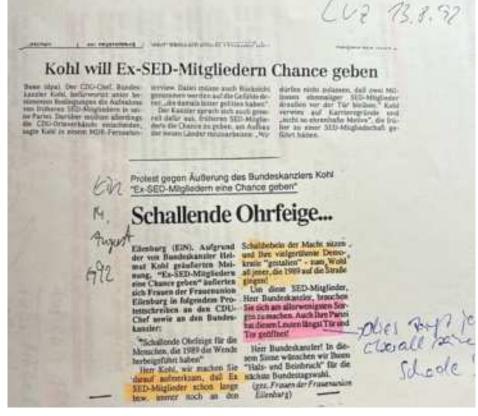
- 1958 bis 1965 POS Großtreben
- 1966 bis 1970 EOS Torgau/Abitur mit Facharbeit für Agrotechnik
- 1975 bis 1978 Fernstudium/Dipl. Ing. (FH) für Umwelttechnik und Hygiene
- 1971 bis Dezember 1989 Hygieneinspektion/Hygieneinstitut Leipzig, ltd. Ing. für operativen Infektionsschutz/Epidemiologie
- 1990 bis August 1992 Kreisgesundheitsamt Eilenburg, ltd. Ing. Infektionsschutz/Epidemiologie
- September 1992 bis 1994 Landratsamt Freital, Leiterin des Büro des Landrats
- 1995 bis 1996 Weiterbildungszentrum Wirtschaft und Behörden/Leipzig, Medizinaltechnologe
- 1996 bis 1998 Studium Naturheilkunde/Frankfurt/Main, Heilpraktikerin
- 1998 bis 2014 Kommunaler Sozialverband Sachsen/Leipzig (bis zur Rente 2011); Naturheilpraxis Strelln bis 2018.

Politische und gesellschaftliche Funktionen, Ämter

- vor 1989 keine Parteizugehörigkeit
- Februar 1990 bis 1993 CDU (stelly. Kreisvorsitzende; Frauenunion)
- 2002 bis 2009 DSU (Kreisvorsitzende Delitzsch/Eilenburg; stellv. Landes- und Bundesvorsitzende, Vorsitzende Frauen/DSU)
- seit 2016 bis 2019 AfD (stellv. AfD-Kreisvorsitzende Landkreis Nordsachsen, Leiterin "Frauen in Verantwortung", Leiterin "Vertriebene/Deutsche aus Russland")
- von Oktober 2019 bis Juni 2024 Mitglied des Kreistages Nordsachsen/AfD
- von Oktober 2019 bis September 2024 Mitglied des Sächsischen Landtags/AfD

Mein Engagement in der Frauenarbeit in der jungen Demokratie 1992:





Mein Engagement in der Frauenpolitik im AfD-Kreisverband Nordsachsen 2018:



Gemeinsam mit meiner geschätzten, sich ebenfalls für patriotische Frauen engagierenden späteren Kollegin im Sächsischen Landtag, Frau Jost, und Herrn Neumann vom AfD-Kreisverband Nordsachsen, besuchte ich 2019 den Sächsischen Landtag – bevor ich selbst hier als

Abgeordnete einzog!

Unter dem Dach des "Sächsischen Frauennetzwerkes" haben sich seit Mai 2018 alternative Frauen aus meinem AfD-Kreisverband Nordsachsen, Sympathisantinnen und interessierte Frauen unseres Landkreises zusammengeschlossen, zu den "Alternativen Frauen in Nordsachsen"/ "Alternative Frauen in Verantwortung".

Jede Frau, die mithelfen möchte, unser Land positiv zu verändern und zu gestalten, war bei uns herzlich willkommen.

Bis 2019 leitete ich unsere Vereinigung "Alternativen Frauen in Verantwortung"! Fest steht für mich auch heute:

Wir sächsischen Frauen, leistungsstark, mit Empathie und Organisationstalent, stehen für unsere Frauenrechte ein, gegen einen falsch verstandenen Feminismus:

- 1. Wir brauchen kein albernes, konstruiertes "Binnen-i" -Mensch*innen!!!- .
- 2. Wir brauchen auch keine "Quote", weil Leistung und Talent überzeugen sollten.
- 3. Wir Frauen sind uns unserer einzigartigen Fähigkeiten und Individualität bewußt.#

Deshalb wollen wir auch nicht die von den Altparteien angestrebte "Auflösung der Geschlechter" – Weg mit diesem "Genderwahn"!

Das Geschlecht ist KEIN beliebig wechselbares GESELLSCHAFTLICHES KONSTRUKT!

Die UNTERSCHIEDE zu unseren MÄNNERN sind doch wohl nicht zu übersehen!

Wir sind FRAUEN und wir bleiben FRAUEN – bis in alle Ewigkeit! Auch FÜR unsere Männer! – Es wird sie freuen....

Was wollen wir freiheitlichen sächsischen AfD-Frauen?



Mit drei starken Frauen und Abgeordneten unserer "Alternative für Deutschland" im Sächsischen Landtag: Frau Schwietzer, mir, Frau Penz und Frau Jost (v.l.n.r.).

1. Wir wollen:

Jede Frau soll die Freiheit haben, den für sie richtigen Lebensweg gehen zu können und sich so den unterschiedlichen Lebensrealitäten zu stellen.

Wir werden dafür sorgen, daß Beruf und Familie gut unter einen Hut gebracht werden können, aber auch dafür, daß Familienarbeit – Mutter und Vater – wieder wertgeschätzt werden.

Die Anerkennung von Kindererziehung und aufopferungsvolle Pflegezeiten für unsere Angehörigen sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

2. Wir wollen:

Wir wollen keine Frühsexualisierung unserer Kinder in den Kindereinrichtungen mit einem "Medienkoffer der Geschlechtervielfalt" – oder sollte man deutlicher sagen: "Sexköfferchen für Sechsjährige"?!

Ich verweise hier auf das "Methodenbuch zum Medienkoffer der Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten"

(https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/wp-content/uploads/2018/05/180308-Methodenbuch-Druck-Spiralbuch.pdf) .

Die Eltern und Kindererzieherinnen habe ich bereits 2019 darauf hingewiesen, dieses Pamphlet und die dazugehörige Broschüre intensiv zu lesen!

Und gleich dazu noch die Broschüre "Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik" von der Fachstelle "Gender GMF und Rechtsextremismus" der Amadeu Antonio Stiftung

(http://www.gender-und-

rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/kita internet 2018.pdf).

Was gedeihen hier nur für seltsame "Sumpfblüten"?

3. Wir wollen:

Wir Frauen wollen wieder sicher und angstfrei in unseren sächsischen Städten und Gemeinden leben können.

Pfefferspray sollte nicht mehr in unsere Handtaschen gehören!

Wir wollen nicht mit einer "Liste der gefährliche Orte in Sachsen" (Quelle: Sächsisches Innenministerium) leben und mit der ständigen Angst vor gewalttätigen und sexuellen Übergriffen.

4. Wir wollen:

Wir sächsischen Frauen wollen wieder verstärkt unsere wunderschöne deutsche Muttersprache pflegen. Die Verhunzung unserer Sprache mit allen möglichen Wörtern aus anderen Sprachen spricht nicht für Intelligenz, sondern von einer immer stärker um sich greifenden Vergessenheit unserer eigenen Stärken und Werte; von einem "Sale" – wie klingt das? – unserer Werte.

5. Wir wollen:

Wir sächsischen AfD-Frauen wollen weiter mit unseren sächsischen Traditionen leben und diese an unsere Kinder weitergeben.

Wir werden uns auch nicht im vorauseilenden Gehorsam einer interkulturellen Kultur anbiedern, was nicht heißt, daß wir die Kulturen anderer Länder nicht achten und schätzen! Denn die Sachsen reisen gern und wir Frauen ganz besonders!

Mit diesem klaren Wertefundament haben wir 2019 die sächsischen Frauen eingeladen, gemeinsam mit uns aktiv zu sein und unsere schöne nordsächsische Heimat mit zu gestalten und zu verändern.

II. Die Nordsachsen haben 2019 gewählt



Nach 30 Jahren – seit 1989 – ehrenamtlichen politischen Engagements an vorderster "Front" konnte ich 2019 in den Sächsischen Landtag einziehen: Als direkt gewählte Volksvertreterin des Landkreises Nordsachsen habe ich meinen Wahlkreis Torgau-Oschatz gewonnen.

Den Bürgern möchte ich an dieser Stelle nochmals für diesen hohen Vertrauensbeweis danken!



Zwei siegreiche Kandidaten für den Sächsischen Landtag, Herr Roland Ulbrich und ich, gemeinsam mit unserem Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen, Herrn René Bochmann, und unserem Vorsitzenden des AfD-Landesverbandes Sachsen, Herrn Jörg Urban.

Dem ging ein

harter, doch auch erfahrungsreicher Wahlkampf gemeinsam mit meinem Parteifreund Harald Schulzensohn, von Haustür zu Haustür, voraus. Dabei konnten wir gemeinsam zahlreiche Gespräche mit den Bürgern führen und uns mit ihren Anliegen vertraut machen. Dies erwies sich für meine spätere Arbeit im Sächsischen Landtag als sehr nützlich. Folgendes Flugblatt verteilten meine fleißigen Wahlkampf-Unterstützer und ich in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz:



Die "Landeszentrale für politische Bildung" hatte zudem zu einer Diskussion der Kandidaten im Wahlkreis 36 Torgau-Oschatz eingeladen. Es handelte sich jedoch um eine scheindemokratische Veranstaltung, wie sich bereits an deren Grundtendenz rasch erkennen ließ! Meine grundlegende Kritik an dieser Veranstaltung habe ich in einer Pressemitteilung zum Ausdruck gebracht, die die "Torgauer Zeitung" am 08.07.2019 veröffentlicht hatte. Dieser bemerkenswerte Zeitungsartikel, der mir viel Zuspruch eingebracht hat, findet sich auf der folgenden Seite.

Petzold lehnt Teilnahme an Wahlforum ab

Wie auch aus einem Bericht der "Oschatzer Zeitung" vom 12.07.2024 hervorging, habe ich meine Teilnahme abgesagt und vor Ort, vor dem Eingang zum Wahlforum, mit zwei gleichgesinnten Unterstützerinnen gegen die einseitige Veranstaltung protestiert!

Auftakt für die Landtagswahl in der Region

Sechs Kandidaten aus dem Wahlkreis 36 diskutieren über Standpunkte/AfD-Kandidatin hat sich ausgelader

Die Mühe hat sich schließlich gelohnt: Mehr als 12.000 Wähler von insgesamt etwas über 60.000 Wahlberechtigten in meinem Wahlkreis Nordsachsen 3 hatten sich zur Landtagswahl als Direktkandidatin am 01.09.2019 für mich entschieden. Das entsprach 33,3 Prozent der Wähler. Die siegessichere CDU konnte so ihren Kandidaten, Ex-Polizeipräsident Merbitz (31,6 Prozent), dank mir nicht in den sicher geglaubten Landtag bringen!

Zudem gaben mir die Bürger auch in der Kreistagswahl am 26.05.2019 ihre Stimme. In meiner politischen Arbeit habe ich mit allen Kräften versucht, dieses große Vertrauen der Bürger nicht zu enttäuschen!

III. Mein Engagement als direkt gewählte Abgeordnete im Sächsischen Landtag in der 7. Legislatur

15 Jahre lang war ich im Rahmen der "Eingliederungshilfe für behinderte Menschen" im "Kommunalen Sozialverband Sachsen" ehrenamtlich tätig. Meine Erfahrungen bieten ein Beispiel dafür, wie einem sinnvollen Engagement, nur weil es von der AfD kommt, Steine in den Weg gelegt werden. Die Beauftragten für Inklusion verweigerten die Zusammenarbeit, ebenso stieß ich bei Pflegeheimen und Behindertenwerkstätten auf aktiven wie passiven Widerstand und undemokratische Umgangsformen – ein klares Anzeichen dafür, dass es den so Handelnden weniger um ihre Schützlinge, sondern vielmehr darum ging, eine "Brandmauer" auch im Sozialbereich zu errichten.

Meine vielen Erfahrungen in meiner 30 jährigen ehrenamtlichen politischen Tätigkeit konnte ich nun aktiv in unserer kompetenten und patriotisch-konservativen Fraktion im Sächsischen Landtag einbringen.

Unsere AfD-Fraktion bestand aus **34 Abgeordneten** und tagte in der 7. Legislaturperiode (LG) bis heute insgesamt stolze **98**mal. Dazu hatte jeder unserer Abgeordneten ein Sprecheramt, in meinem Fall war ich als Sprecherin für Senioren- und Behindertenpolitik engagiert.

In unseren Fraktionssitzungen wurden die monatlichen Schwerpunkte und Leitlinien unserer Fraktionsarbeit abgestimmt und festgelegt. Außerdem wurden Gesetze, Anträge sowie Redebeiträge unter uns Abgeordneten – je nach Fachbereich – abgesprochen und die **monatlichen Plenarsitzungen** (in der 7. LG **91**mal) vorbereitet.

Aufgrund unserer personellen Stärke konnten wir auch in der laufenden Legislaturperiode fünf Sonderplenen einberufen – das ist ein Novum!

Zusätzlich engagierten sich unsere Abgeordneten im Sächsischen Landtag in 11 Fachausschüssen und vertraten dort die Positionen unserer Fraktion. In diesen Fachausschüssen sitzen Abgeordnete aller im Landtag vorhandenen Parteien je nach ihrem prozentualen Anteil. Diese bearbeiten Gesetzesentwürfe und stimmen über die Einbringung von Anträgen der einzelnen Landtagsparteien ab.

In den zu den Fachausschüssen gehörenden **Arbeitskreisen** dagegen sind nur die Abgeordneten der jeweiligen Fraktion tätig. Ihre Aufgabe ist es, die Arbeit in den Ausschüssen vorzubereiten.

Nun blicke ich auf fünf Jahre meiner Abgeordnetentätigkeit im Sächsischen Landtag zurück. Dort war ich mit großem Abstand die älteste Mandatsträgerin, hatte einen der längsten Anfahrtswege und den flächenmäßig größten Landkreis zu betreuen! Über meine teils abenteuerlichen Reisen mit der Deutschen Bahn zu meinem Arbeitsplatz nach Dresden könnte ich inzwischen ein ganzes Buch schreiben. Nicht selten war ich circa vier Stunden – dank des Abenteuers "Deutsche Bahn" – in EINE Richtung unterwegs! Für mich bedeutete das oft, in der Woche um 4 Uhr aufzustehen, 5.50 Uhr zum Zug zu fahren, um hoffentlich 9 Uhr pünktlich in Dresden zur Sitzung anzukommen! Doch ich habe meine Arbeit als Volksvertreterin gerne geleistet, denn ich kämpfte mit meiner ganzen Kraft für unsere Bürger, die ebenso Tag für Tag fleißig und pflichtbewusst ihrem Broterwerb nachgehen.

1. Sprecherin für Senioren- und Behindertenpolitik in der AfD-Fraktion

Mitglieder des Arbeitskreises Soziales und Gesellschaftlicher Zusammenhalt





Als Abgeordnete im Sächsischen Landtag und Sprecherin für Senioren- und Behindertenpolitik in der AfD-Fraktion setze ich mich intensiv für die Belange älterer und behinderter Menschen ein. Mit 15 Jahren Erfahrung in der "Eingliederungshilfe für behinderte Menschen" im "Kommunalen Sozialverband Sachsen" bringe ich nicht nur fachliche Kompetenz, sondern auch ein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse behinderter Menschen mit. Dabei erwies sich insbesondere die ideologisch getriebene Inklusion in den 1. Arbeitsmarkt oft als gefährliche Utopie zum Nachteil der Betroffenen. Meine Erfahrungen als Seniorin haben die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag dazu bewogen, mich auch zur seniorenpolitischen Sprecherin zu wählen.

Insbesondere das Thema "Barrierefreiheit" spielt sowohl in der Behinderten- als auch in der Seniorenpolitik eine wichtige Rolle. Auch zu diesen brisanten Themen habe ich viele Anfragen gestellt und Reden im Sächsischen Landtag gehalten, die Sie unter https://www.youtube.com/@gudrunpetzold9819 einsehen können.

In meiner Funktion als Beauftragte für Inklusion stieß ich jedoch auf erhebliche Widerstände. Zahlreiche Einrichtungen wie Pflegeheime und Werkstätten – bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen – verweigerten die Zusammenarbeit, was meine Arbeit erheblich erschwerte. Diese unkooperative Haltung der Institutionen verdeutlichte die Schwierigkeiten, mit denen ich als AfD-Politikerin konfrontiert war. Denn leider ging es zumeist nicht um das Wohl der Senioren und behinderten Menschen, sondern um parteipolitische Machtspielchen! Ein umfassendes Konvolut zum entsprechenden Schriftwechsel und zugehörigen Dokumenten können Sie hier einsehen (http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/08/Konvolut-Herausforderung-der-Werkstaetten.pdf)!

Trotz dieser Herausforderungen habe ich nie aufgehört, mich für die Rechte und die Würde von Senioren und behinderten Menschen einzusetzen. Meine Arbeit ist geprägt von einem tiefen Engagement und der festen Überzeugung, dass jeder Bürger unabhängig von Alter oder Behinderung das Recht auf ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben hat.

1.1. Arbeitstreffen mit den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Trotz der grundlegend abweisenden Haltung vieler Werkstätten kam es vereinzelt zu konstruktiven Arbeitstreffen. Im Folgenden finden Sie zwei beispielhafte Berichte, verbunden mit Stellungnahmen, die auf meiner Webseite erschienen sind:



Werkstatt für behinderte Menschen

Diese bieten professionelle Betreuung, fachlich gestützte Tätigkeit, gewünschte Geborgenheit, geschätztes Rentenprivileg und verlässliche Gruppenzugehörigkeit. Sie sind deshalb unverzichtbar!

(Webseiten-Beitrag vom 06.12.2023)

Am 23.11.2023 habe ich die Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) des Sozial- und Beschäftigungszentrums Delitzsch gGmbH besucht. Begleitet wurde ich von unserem nordsächsischen Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, sowie von zwei parlamentarischen Beratern der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Dabei konnten wir sehr interessante und aufschlussreiche Gespräche mit dem Geschäftsführer der WfbM, Herrn Markert, dem nordsächsischen Landrat Herrn Emanuel sowie der Werkstattleiterin, Frau Rost, zur Arbeit der Behindertenwerkstätten und zur Lage der behinderten Menschen in den Werkstätten führen!

Aufgrund der professionellen Betreuung und der fachlich gestützten Tätigkeit drängt es die Beschäftigten der Werkstätten nicht zwangsläufig aus ihrem geschützten Umfeld auf den 1. Arbeitsmarkt, was sich auch in den Realitäten des Arbeitsmarktes in Sachsen zeigt. Die meisten Arbeitgeber zahlen in Sachsen lieber Strafgebühren, statt behinderte Menschen einzustellen. Langjährig kam es auch in der SBZ Delitzsch zu keiner einzigen Ausgliederung von behinderten Menschen auf den 1. Arbeitsmarkt.

Auch die Verantwortlichen der Werkstatt bedauerten und kritisierten, dass entscheidende Akteure – oft bedingt durch ihren persönlichen Berufswerdegang – in der Behindertenpolitik häufig fach- und praxisfern agieren. Ihr Verständnis ist meist nicht an den Realitäten der Werkstätten gewachsen. Die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Geborgenheit unter professioneller Betreuung werden ignoriert. Leider schweigen die Experten in der politischen Debatte meist über diese Problematik.

Der Geschäftsführer, Herr Markert, verwies vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Wandlungen in den Familien auf die zunehmende Bedeutung der Werkstätten als Vermittler für grundlegende soziale Kompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung von Menschen mit Behinderungen. Im Hinblick auf die zunehmenden Herausforderungen bestand unter allen Teilnehmern Einigkeit darüber, dass eine zuträgliche Entwicklung nur durch eine Zusammenarbeit aller Beteiligten möglich ist.

Unser Bundestagsabgeordneter René Bochmann unterstrich, dass er seine Aufgabe in der Unterstützung dieses und ähnlicher nordsächsischer Projekte auf Bundes- und Kreisebene sieht. Mit Nachdruck betonte er: "Man sieht die Stärke eines Gemeinwesens daran, wie es mit den Schwächsten umgeht!"

Aufgrund meiner langjährigen Erfahrungen im Kommunalen Sozialverband Sachsen (1998 bis 2011), speziell in der "Eingliederungshilfe von behinderten Menschen", konnte ich zum Abschluss der Begegnung gegenüber Verantwortungsträgern und Mitarbeitern des SBZ konstatieren, dass sich die Zielsetzungen, aber auch die vielfältigen Problemstellungen der Behindertenarbeit bis heute nicht wesentlich geändert haben.

Bedauerlich ist, dass die aktuellen politischen Zielsetzungen für die Werkstätten, insbesondere die in der "Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030" priorisierte Ausgliederung der behinderten Menschen aus der Werkstatt auf den 1. Arbeitsmarkt, im Grunde **nicht** mit den Realitäten in der Arbeitswelt der Werkstätten und den Hoffnungen und Wünschen der behinderten Menschen selbst übereinstimmen. Sie widersprechen auch den Zielvorstellungen der AfD. In Übereinstimmung mit dem Geschäftsführer ist es auch aus meiner Sicht das wichtigste Ziel aller Bemühungen, "jedem Menschen eine sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen – ob in der Werkstatt oder eben anderswo…".

Politik für behinderte Menschen statt linke Praxis-Ferne!

(Webseiten-Beitrag vom 10.05.2024)



Am 05.05.24 fand erneut der "Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen" statt. Dies war für mich Anlass für grundsätzliche Gedanken zur Politik für behinderte Menschen: Denn auf <u>EU- und Bundesebene</u> nehmen die Bestrebungen zu, die "Werkstätten für behinderte Menschen" (WfbM) schrittweise überflüssig zu machen.

Stattdessen sollen behinderte Menschen im Sinne der "Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030" vom 04.11.2022 in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Dies entspricht jedoch nicht dem Willen vieler behinderter Menschen und ist zudem zutiefst realitäts- und praxisfern!

Da Frau MdL Petzold selbst jahrelang in der Behindertenhilfe tätig war und als "Sprecherin für Behindertenpolitik" der AfD-Fraktion Sachsen fungiert, hat sie sich am 05.04.24 mit einem Schreiben an den Landesbeauftragten für Inklusion im Freistaat Sachsen, Herrn Welsch, gewandt. Grundlage dafür war die Medieninformation von Herrn Welsch vom 03.12.2023, in der dieser auf die Empfehlungen des "UN Fachausschusses zum kombinierten zweiten und dritten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention" verweist. Sie finden dieses äußerst wichtige Schreiben von Frau Petzold hier.

Frau MdL Petzold untermauerte ihre Argumentation auch mit zwei Anlagen: Denn wie wichtig die WfbM behinderten Menschen sind, zeigt unter anderem diese Petition, die bereits circa 50.000 Unterstützer gefunden hat! Auch in dieser Audio-Reportage der Katholischen Sonntagszeitung vom 15.02.2024 wird deutlich, welche Bedeutung die WfbM für die Betroffenen nach wie vor haben. Offenbar scheint bei dieser erzwungenen Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nicht das Wohl behinderter Menschen, sondern vielmehr ideologische Praxisferne maßgeblich zu sein.

In einem weiteren Schreiben an Herrn Welsch vom 19.04.24 ließ Frau Petzold Herrn Welsch die oben genannten Dokumente zur Kenntnisnahme zukommen.

Um sich schließlich einen realistischen Einblick in die Arbeit der Werkstätten für behinderte Menschen zu verschaffen, hat Frau MdL Petzold bei mehreren Werkstätten einen Vor-Ort-Termin erfragt und einen Fragenkatalog geschickt. Insbesondere in Torgau und Oschatz wurde diese vernunftorientierte Kontaktaufnahme jedoch aus ideologischen Gründen abgelehnt! Frau Petzold stieß zuerst auf eine unerklärliche Zurückweisung.

Doch nach einer Mitteilung vom Geschäftsführer einer WfbM, "Lebenshilfe und AfD sind unvereinbar!" wurden ihr schlagartig die Verhaltensweisen der Verantwortlichen der WfbM klar! Bei nachfolgenden Recherchen entdeckte sie den Anti-AfD-Ratgeber "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" der in der Behindertenhilfe maßgeblichen "Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.". Außerdem unterzeichneten 15(!) Sozialverbände den hetzerischen Anti-AfD-Aufruf "Wachsam sein für Menschlichkeit" vom 26.04.2018. Aus Sicht von Frau MdL Petzold ist das inakzeptabel, weshalb sie Herrn Welsch in ihrem Schreiben vom 05.04.2024 auch darüber in Kenntnis gesetzt hat.

Es ist Frau Petzold ein Herzensanliegen, dass die optimal funktionierenden WfbM – die für unsere behinderten Bürger definitiv ein erfülltes Leben absichern – nicht unrealistisch zweckentfremdet, überlastet und damit sinnlos zerstört werden. Ebenso wenig dürfen sie von Links gegen die AfD vereinnahmt und missbraucht werden!

1.2. Korrespondenzen zum Thema "Arbeit mit behinderten Menschen" mit dem Sächsischen Landesbeauftragten für Inklusion vom 05.04.24, 25.06.24 und 03.07.24 und mit der Staatsministerin Frau Köpping vom 04.07.24 sowie den Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion, Herrn Urban, vom 10.07.24, und den Vizepräsidenten des Sächsischen Landtages, Herrn Wendt, vom 09.07.24

Um mich für die Belange behinderter Menschen zielgerecht einzusetzen, habe ich Kontakt zum Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderungen, Michael Welsch, aufgenommen. Aus dem umfassenden Briefwechsel möchte ich einige bedeutsame Schreiben ab der folgenden Seite zusammenfassend wiedergeben:

- Das vollständige Schreiben vom 05.04.2024 an Herrn Welsch (siehe unten) können Sie hier einsehen: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/09/Brief-an-Herrn-Welsch-mit-Zusendung-des-Protokolls-zum-Werkstattbesuch-7-03.04.2024-.pdf
- Des Weiteren finden Sie die Antwort von Herrn Welsch an mich vom 25.06.2024 (auf meine mehrmaligen Schreiben).
- In diesem Zusammenhang finden Sie mein Schreiben vom 04.07.2024 an Frau Staatsministerin Köpping.
- Anschließend finden Sie auch die Briefe an den Fraktionsvorsitzendenden, Herrn Urban, vom 10.07.24 sowie den Brief an den Vizepräsidenten des Sächsischen Landtags, Herrn Wendt, vom 09.07.24, in denen ich über die aktuelle Situation in den sozialen Bereichen -nicht nur in meinem Wahlkreis- insbesondere aber in der Arbeit mit den behinderten Menschen berichte.
 Hierbei ist es wichtig, dass unsere Fraktion erkennt, dass die dort von mir vorgefundenen demokratiefeindlichen Umgangsformen gegenüber der AfD sowie die ausgrenzenden Verhaltensweisen gegenüber unserer Partei, in den Sozialstrukturen, mit Sicherheit in Zukunft ein diskriminierendes Spannungspotential aufbauen werden.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

F-Mail gudrun petzold@slt sachsen de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Michael Welsch Landesbeauftragter für Inklusion Archivstraße 1 01097 Dresden

Dresden, 05.04.2024

Ihre Medieninformation v. 03.12.2023 / Anregungen zu einer praxisorientierten Sicht

Sehr geehrter Herr Welsch,

in Ihrer Medieninformation vom 03.12.2023 verweisen Sie auf die Empfehlungen des "UN Fachausschusses zum kombinierten zweiten und dritten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention". Der Ausschuß wähnt, insbesondere auch im inklusiven Arbeitsmarkt, dringenden Handlungsbedarf. Bund, Länder und Kommunen seien aufgefordert, ihre Bemühungen zur Umsetzung der Konvention zu verstärken.

 $\label{thm:continuous} \mbox{Diesen Ansatz machen Sie sich in Ihrer Medieninformation erkennbar zu eigen.}$

Nach Ihrem Hinweis auf die, zusammen mit Ihren Kollegen aus Bund und Ländern verfaßten, Forderungspapiere, setzte ich mich mit Ihren Ansätzen auseinander und kontaktierte Werkstätten für behinderte Menschen im Landkreis Nordsachsen.

Ziel war es, die Qualität der parlamentarischen Arbeit meiner Fraktion für die Belange der Menschen mit Behinderung generell, insbesondere aber die Auseinandersetzung mit den Maßgaben aus Ihrem Forderungskatalog, mit einer praxisnahen Innenansicht aus dem Bereich der Behindertenarbeit zu unterlegen.

Die Reaktion einiger der kontaktierten Werkstätten in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz, hatte mich dann etwas verwundert. Mit zum Teil missionarischem Eifer, wiesen einige Akteure der Behindertenarbeit mein Anliegen nach einem Arbeitstreffen zurück. Die Begründungen dafür gaben sich etwas seltsam!

Selbst auf meine Bitte, mir zumindest einige Fragen über die Herausforderungen sowie spezifische praktische Belange, im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Werkstätten für behinderte Menschen, in schriftlicher Form zu beantworten, reagierten einige Verantwortungsträger der Werkstätten abweisend.

Mir wurde unter anderem bekannt gegeben, daß zum Teil Jahre zurückliegende Beschlüsse und Positionspapiere existierten, in denen vorgegeben war, wie sich die Mitglieder und Mitarbeiter der sozialen Verbände inkl. Werkstätten mit der Partei der "Alternative für Deutschland" ins Benehmen zu setzen hätten (s. Anl. 1).

Quintessenz dieser Maßgaben war zum Beispiel, daß eine Zusammenarbeit mit meiner Partei, der "Alternative für Deutschland" "unvereinbar" wäre, daß die Mitglieder der sozialen Verbände einschließlich der Werkstätten, einem Aufruf zum "Wachsam sein für Menschlichkeit" folgen sollten und ein Appell "Wir für Menschlichkeit und Vielfalt" oder "Es geht uns alle an" Verbreitung zu finden habe (s. Anl. 2).

Alles für mich unverständliche Kuriositäten und in der Sacharbeit einer Volksvertreterin mit den Engagierten der Behindertenarbeit absolut entbehrlich!

Außerdem schadet diese provokativ-vordergründige Propaganda den zukünftigen Bemühungen einer gemeinsamen ergebnisorientierten Zusammenarbeit, zwischen den Abgeordneten meiner Partei und den Bürgern, die uns als ihren gewählten Volksvertretern tausendfach ihr Vertrauen entgegengebracht haben.

Sehr geehrter Herr Welsch, über die um sich greifenden Umgangsformen im Bereich der sozialen Einrichtungen bin ich entsetzt!

Eine derartige, offenbar seit Jahren im Hintergrund organisierte Hetze, durch Verantwortungsträger in den sozialen Strukturen, gegen eine Oppositionspartei -die von hunderttausenden Bürgern in unserem Land gewählt wurde- , ist mir seit meiner aktiven politischen Tätigkeit nach der Wende 1989 noch nicht untergekommen. Allerdings ist mir aus der Zeit davor, einiges davon schon noch erinnerlich! Auch während meiner fast fünfzehn jährigen Tätigkeit, in der "Eingliederungshilfe für behinderte Menschen" im Kommunalen Sozialverband Sachsen, ist mir dieses bösartige Fehlverständnis von Demokratie nicht begegnet.

Gleichwie, möchte ich natürlich auch von den positiven Erfahrungen mit Verantwortungsträgern und Engagierten in der Behindertenarbeit der WfbM berichten:

Im Erfahrungsaustausch bei einem gemeinsamen Arbeitstreffen zeigte sich zum Beispiel, daß folgende Auffassung durchgängiger Tenor war:

- Für die Akteure in der Behindertenarbeit stellen die wohlmeinenden Ratschläge der UN-Einrichtungen sowie deren nachgeordneten nationalen Gremien, eher eine Herausforderung, als eine Unterstützung in der Behindertenarbeit dar.
- Diese Forderungen und Handlungsempfehlungen lassen überwiegend keinen praxisorientierten Blick auf die fordernde Arbeit für die Menschen mit Behinderung erkennen.
- Die Reduktion des Ergebnisbezuges auf die Umsetzungsquote der Aufgabe des Gesetzgebers nach §219 SGB IX, erscheint für sich genommen wenig ausgeglichen. Der §219 SGB IX wurde deutlich nach Etablierung der Werkstätten und einer bereits seit Jahrzehnten funktionierenden Arbeit, zum Wohle der Behinderten, erschaffen.

- Damit spiegelt die Maßgabe **nicht** die zuvor -über Jahrzehnte ausgestaltete Arbeit- der Werkstätten wider.
- 4. Die engagierten Mitarbeiter empfinden auch jene Erwartungshaltung der Urheber der "Erfurter Erklärung...", in Bezug auf die Entwicklung konzeptioneller Ansätze, welche die Werkstätten ausschließlich zu Trainings-, Vorbereitungs- und Dienstleistungszentren umorganisieren wollen, als anmaßend und realitätsfern. Es fragen sich viele Engagierte, ob die Urheber solcher Aussagen überhaupt noch eine Vorstellung von den Bedürfnissen der Betroffenen haben.
- Das Ziel, jedem Werkstattbeschäftigten eine sinnstiftende Betätigung zu ermöglichen, ist in den Empfehlungen nicht zu erkennen.
- 6. Auch das Ziel einer umfassenden Integration der Werkstattbeschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt, ist zu hinterfragen, da bereits das Eingangsverfahren der Werkstätten, zwecks Eingliederungsmaßnahme der behinderten Menschen, mit hohem Aufwand, nachweisen muß, daß der behinderte Mensch zwar ein "Mindestmaß an wirtschaftlicher Arbeit" leisten kann, aber den Herausforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes objektiv nicht gewachsen ist. Selbstverständlich gibt es immer Einzelfälle, bei denen "der Sprung" auf den ersten Arbeitsmarkt nachhaltig gelingt.

 In meiner langjährigen Arbeit beim KSV Sachsen, konnte ich nicht einen Werkstattbeschäftigten nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln.

 Dies war auch nicht das erklärte Ziel der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in eine Werkstatt und entsprach schon gar nicht dem Wunsch der

In dem konstruktiven Arbeitsgespräch kam es zur gemeinsamen Auffassung, daß für unsere Werkstattbeschäftigten das Leben in ihrer Werkstatt,

- professionelle Betreuung durch engagierte, qualifizierte Heilpädagogen und Mitarbeiter.
- eine fachversierte, anspruchsvolle und erfüllende Tätigkeit,
- die gewünschte Geborgenheit,

behinderten Menschen.

- eine wichtige, geschützte Gruppenzugehörigkeit
- sowie das Rentenprivileg

bedeutet.

Dies begreifen unsere behinderten Menschen als ihr eigenes, sinnerfülltes Leben und damit auch selbstbestimmtes Leben. Das bringen unsere Werkstattbeschäftigten selbst immer wieder vehement zum Ausdruck.

Eine anschauliche Bestätigung dieser Feststellungen, läßt sich auch in der Antwort der Staatsregierung auf meine Kleine Anfrage zum "Budget für Arbeit"/Drs. 14495 erkennen (s. Anl. 3). So kommuniziert die Staatsregierung an herausgehobener Stelle, auch gegenüber der "Allianz + Arbeit und Behinderung" als Eckpunkt, einen fehlenden Wunsch der Werkstattbeschäftigten zum Übergang in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.

Auch werden die Werkstattbeschäftigten und deren Angehörige sowie die Mitarbeiter der Werkstatt, von dem Ansinnen der Staatsregierung, mit Blick auf den Aktionsplan/Maßnahme

47, auf eine stärkere Inanspruchnahme des "Budgets für Arbeit" zu drängen und Informationsangebote bereitzuhalten, wohl eher **nicht** überzeugt. Im Übrigen haben alle Landesbehörden zusammen, noch für **kein einziges Beschäftigungsverhältnis** ein "Budget für Arbeit" beantragt!

Mit dieser Antwort der Staatsregierung auf meine "Kleine Anfrage" wird wiederum deutlich sichtbar, daß die in der Realität erkannten Wünsche der Werkstattbeschäftigten, praktische, lebensnahe und lebensnotwendige Belange sind und keine "menschenrechtsablehnende Grundhaltungen"!

In den zurückliegenden Jahren ist viel für die Belange der behinderten Menschen erreicht worden.

Es ist mir ein Herzensanliegen, dafür zu werben und es erscheint mir auch dringend notwendig, daß die lang erprobten und erfolgreichen Verfahrensweisen in der Arbeit mit unseren behinderten Menschen sowie die dazu geschaffenen, optimal funktionierenden Einrichtungen -die für unsere behinderten Menschen definitiv ein erfülltes Leben absichern- nicht unnötig zweckentfremdet, überlastet und damit sinnlos zerstört werden.

Sehr geehrter Herr Welsch, ich bitte Sie freundlich, über mein Schreiben nachzudenken und -im Interesse unserer behinderten Bürger- wohlüberlegte Schritte vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

PS: Im Übrigen soll ich Ihnen von Herrn Niegsch schöne Grüße ausrichten!

Anlagen

- 1) Empfehlungen zum Umgang mit der AfD
- 2) Offener Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktionen "Wachsam sein..."
- 3) Kleine Anfrage / Budget für Arbeit / Drs. 14495 / MdL Petzold



For Amounting of Chinduston on Marachan nin Behinder Application (Parachan

Gudin Petzdo Mill Bombart-von-Hodeneu-Pfetz 1 01087 Dresdon

Per Erreit en gudrunge zo d@stt.sachson.do

Thre Schreiben vom 05.04., 19.04, und 17,05,2024

Sehr geenne Frau Abgeordnete.

Malan Bank für Ihriper E-Mai erhallenes Someiben zum Thoma Workstätten für Menschan mit Renftyterungen (Woldt), auf weiches ich nierne zurrick komme

Bei der Umsstaung meinen in § 12 des Sächsischen Inklusionagesatzes fisierten Aufgaben ist, die Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen nach dem Grundsatz Nichts über this olare übefreine Präimsse.

Zum sensiblen Thoma der WittM stehe ich in einem regelmößigen Nahig mit der Landespibeitzgemeinschaft Wahl Sachsen und der gewählten Vam stein der Werkschtzeschaft glein, dem Spiechernet, der Werkschtzüte. Ein Vortwert dieser Saupes haf im Landespehaft in Infoliation der Menachen mit Behinder rungen als der maßigeblichen inforessenschaftig der Menachen mit Behinderungen im Freisbast Sachsen mit Sitz und Stimms wertsten. Auch ihr der Dachverbahleren der Träger von WibM bin ich im Gesprüch zur Beschwittigungseitsation kann ich mit nicht zu letzt durch den Besuch von Werkefäter und sogenanmen Außehangellepfätzer ein Bild mauhen.

litre Einschältzung ides das Potential i gerade was den übergeng von (en Werkslällen in den freien Arbeitsmarkt anbeiangt i gras ist reteilen, ich bin 20versichtlich, dess hier Prozesse in die nichtige Richtung angestelsen sind. Für schstantial ei Verände unger Erwahlt ist Geduld, die Denirdentendauf raglen von eine und i Byrden haben mit iher "Erluner Erkähung für einen nichtsiven Arbeitsante 20 Gri vom 4. Nivember 2022 prettiell, welche Somitte aus ihrer Sich in Umsetzung der HN-Brahntertenschtskonwentlen bis delhin notwendig sind, um eine mensandnischtskonwen Leithaut em Arbeits eben für Merischen mit Behinderungen zu erreichen.

Wichtig ist aus midner Sicht vor allem einer, Absolventienen und Absolventen von Förderschulen von Vornharem den Weg in den allgemeinen Arballamerktitzu ebrieh. Die Ansprodigaelnerin St. Abelin Weppler

Derekvald Telefan 4.19.00 (004.107.) Telefan 440 (001.000.103.)

drum uprojegoj Ausedosor def

h: Zyiolitan

No Nacinial Lyans

Boscientessichen ih ihr bei Annech angebreit SN Corschübers/W-SI GUMBIK

Disease , 25 Juni 2014





Die Kompagnischer Dabiteiten Sechung

Dassenschrift: Shelinikene Scaatekanznei Landuschungterit: Orthogonica Medicinen hit Debindin (1991) 2013 Vasa 66 1 01037 Dassenschrift

www.rk.odos.statachde

Verlahmmerbindung Zubreichen militen But Gertamik son 2. K. 4 & 9, 12

Pur Best channel Rechide ung bebind ustali geten aund inder helighe us am Kandiger en Die elle Description of Shenit Filip holm Pittend and 185 Filip holm Pittend

Communication of the second of

State 1 year 2



Als hervorragendes Instrument haben sich dabei die Berufseinstiegsbegleitung als Kooperation des Freistaats Sachsen mit der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagenturfür Arbeit und die erweiterte berufliche Orientierung für Schüler der Förderschulen (G) etabliert.

Nicht unerwähnt solfen auch die Meßnahmen im Kontext "Arbeit" im Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-BRK bleiben, zum Beispiel wenn es um ein Mehr beim Budget für Arbeit geht. Vgl. hierzu SLT-Drs. 7/13173 (ab Seite 237).

Was die Prozesse auf Bundesebene angeht, kann ich Ihnen leider nichts belastbares Neues mittellen.

Mit Feundlichen Grüßen

Michael Weisch Der Landesbeauftragte



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail <u>gudrun.petzold@slt.sachs</u>en.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Michael Welsch Landesbeauftragter für Inklusion Archivstraße 1 01097 Dresden

Dresden, 03.07.2024

Ihr Schreiben vom 25.06.2024

Sehr geehrter Herr Welsch,

Ihr Schreiben vom 25.06.2024 habe ich dankend erhalten und aufmerksam gelesen. Darin illustrieren Sie Ihren regelmäßigen Dialog mit den Vertretern der verschiedensten Strukturen der Behindertenarbeit und auch Maßnahmen zur direkten Überblickverschaffung zur Beschäftigungssituation. Die Dialogbemühungen von Ihnen und auch Ihrem Vorgänger waren mir selbstverständlich aufgefallen und hinterließen stets einen positiven Eindruck.

In Ihrem Schriftsatz thematisieren Sie das von mir, in meinem Schreiben vom 17.05.2024 dargelegte Potential, welches Ihnen in Bezug auf den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt erschließbar scheint. Dahingehend äußern Sie sich zuversichtlich, daß hier Prozesse in die richtige Richtung angestoßen worden sind.

In Bezug auf tiefgreifende, substantielle Veränderungen mahnen Sie zur Geduld. Die Maßgaben der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern, zur Umsetzung eines inklusiven Arbeitsmarktes bis 2030, sehen Sie in diesem Lichte.

Als herausragende Maßnahmen betrachten Sie zuvörderst eine Orientierung der Förderschulen auf den Berufseinstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Verfolgung des Aktionsplanes der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-BRK, insbesondere zu einem Ausbau der Nutzung des "Budgets für Arbeit".

Diese Betrachtungen geben sich im Ansatz zielgerichtet und in der angemahnten Ausführung maßvoll.

Die in der "Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030" ausgeführten Festlegungen und Forderungen sind hingegen etwas weniger von Maß und Geduld gekennzeichnet.

Die Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder, sehen unter Punkt 3 den Auftrag der Werkstätten aus §219 SGB IX als weitestgehend gescheitert an und fordern einen

Den vollständigen Brief können Sie hier einsehen: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/09/Brief-an-Herrn-Welsch-mit-Entgegnung-zum-Antwortschreiben-des-Landesbeauftragten-Welsch-27.06.2024.pdf



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Frau Staatsministerin Petra Köpping -persönlich-Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Albertstraße 10 01097 Dresden

Dresden, 04.07.2024

Demokratie heißt miteinander reden und verstehen!

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Köpping,

erlauben Sie mir bitte, mich vor Ende der 7. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages noch mit einem, mich bedrückenden Problem, an Sie zu wenden.

Zur Wende 1989, sind Sie, so wie auch ich, angetreten, die sozialistische Diktatur mit all ihren Gegensätzen, Widersprüchen und Ungerechtigkeiten zu einer freiheitlichen-demokratischen Gesellschaft umzubauen.

Es waren Jahre der Hoffnung auf Freiheit, Frieden und des wirtschaftlichen Aufbruches zu Wohlstand und Glück.

Für diesen Wunsch standen wir Bürger vor den Gewehren der sozialistischen Machthaber und setzten unser Leben für die langersehnte Demokratie ein.

Als direkt gewählte Abgeordnete der Partei der "Alternative für Deutschland" im Wahlkreis Torgau-Oschatz, sehe ich mich verpflichtet, dem demokratischen Willen meiner Wähler, die zu einem großen Teil auch 1989 vor dem Unterdrückungsapparat der Stasidiktatur standen, Geltung zu verschaffen.

Gerne und mit viel Engagement kam ich während meiner parlamentarischen Arbeit als Sprecherin für Senioren und behinderte Menschen, insbesondere den Bedürfnissen und Wünschen der von meinem Sprecherbereich umfaßten Bevölkerungsgruppen nach.

Selbstverständlich war dabei mein Bemühen auf alle Bürger gerichtet.

Leider mußte ich als gewählte Volksvertreterin, während meiner zurückliegenden parlamentarischen Arbeit für die Menschen im sozialen Bereich nun feststellen, daß in gehörigem Umfang die Kommunikationsfähigkeit mit Vertretern der sozialen Strukturen von erheblichen Schwierigkeiten gekennzeichnet war.

Meiner Beobachtung nach ist diese undemokratische Kommunikationsverweigerung mit den gewählten Abgeordneten der größten Oppositionspartei in Sachsen, der "Alternative für

Deutschland" auf ein ausgeprägtes hinterhältiges Wirken institutionalisierter Verbandsstrukturen, besonders im sozialen Bereich, zurückzuführen.

Diese demokratiefeindlichen Umgangsformen, wie verächtlichmachende Belehrungen und abwertende bzw. ausgrenzende Pamphlete, etwa die "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" (s. Anl. 1,2) gegen die demokratisch gewählte Oppositionspartei, der "Alternative für Deutschland", behindern -so bin ich überzeugt- die sachgegenständliche Auseinandersetzung in allen Fragen der politischen und parlamentarischen Zukunftsgestaltung und setzen die betroffenen Menschen massiv unter gewünschten!?! politischen Entscheidungsdruck. Ich bedaure sehr, daß die Darstellung meiner Erfahrungen über die demokratiefeindlichen Umgangsformen im sozialen Bereich, ebenso wie meine Einschätzungen über einige spezifische praxisbezogene Herausforderungen der Behindertenarbeit, beim Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderung, Herrn Welsch, keinen Widerhall gefunden hat. Auf meine diesbezüglichen Schreiben (s. Anl. 3,4,5) habe ich nur eine unbefriedigende Antwort erhalten (s. Anl. 9).

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die verweigerte Zusammenarbeit der Kreisbeauftragten für behinderte Menschen in Nordsachsen (s. Anl. 6,7,8) mit mir als direkt gewählter Abgeordneten der "Alternative für Deutschland".

Läßt sich hier nicht schon am Sinn und Zweck des Beauftragtenwesen zweifeln? Hier möchte ich auf meine Rede (s. Anl. 10/Anlage Rede) zu dieser Fragestellung verweisen!

Diese ausgrenzenden Verhaltensweisen in den sozialen Strukturen, werden mit Sicherheit in Zukunft einiges an diskriminierenden Spannungspotential aufbauen und viele gemeinsame gute Ideen zur Lösung der derzeit drängenden Probleme in den Werkstätten für behinderte Menschen verhindern.

Zwischen den politischen Lagern schafft es ohnehin keinen Frieden! Wer so agiert stellt die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage.

"Es geht uns alle an"! - Sehr geehrte Frau Ministerin Köpping, diesen Aufruf (s. Anl. 2) von ursprünglich 20 Sozialvereinen, gegen die "Alternative für Deutschland", möchte ich jetzt eindringlich an Sie richten!

Trotz aller politischen Gegensätze unserer beider demokratisch gewählter, und dem Bürger verpflichteter Parteien, wünsche ich Ihnen Erfolg bei Ihrem Engagement in der altehrwürdigen Arbeiterpartei "Sozialdemokratische Partei Deutschlands".

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Gudrun **Petzold**

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn MdL Jörg Urban Vorsitzender der AfD Fraktion im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Dresden, den 10.07.2024

Mein Schreiben v. 04.07.2024 an Frau Staatsministerin Köpping; Mein Schreiben v. 09.07.2024 an den Zweiten Vizepräsidenten des SLT, Herrn MdL Wendt; Undemokratischer Umgang in den Strukturen der sozialen Arbeit mit Abgeordneten der AfD

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Jörg,

zuerst möchte ich Dich herzlich grüßen und Dir versichern, daß ich sehr wohl weiß, wieviel Arbeit sich auf Deinem Tisch türmt.

Trotz alledem gestatte mir bitte, Dich von meinen beiden oben genannten Schreiben in Kenntnis zu setzen. (s. Anl. 1,2)

Nun hoffe und wünsche ich sehr, Du findest einmal eine ruhige Minute, in der Du Dich, insbesondere mit den **undemokratischen Umgangsformen gegenüber den Abgeordneten unserer Partei** vertiefend auseinandersetzen kannst. (s. Anl 3,4)

Mein Anliegen ist es, **dieses** Thema unbedingt auf einen vorderen Platz unserer (zukünftig: Eurer) fraktionsinternen "Tagesordnung der 8. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages" zu setzen, da es nicht nur die Arbeit im AK III betrifft, sondern insgesamt die Arbeit unserer Abgeordneten und damit indirekt auch alle Arbeitskreise.

Ich hoffe, daß Ihr auf diese **undemokratischen Umgangsformen**, welche sich weitestgehend unbeobachtet in die gesellschaftlichen Strukturen "eingraben" haben **eine angemessene Begegnungsstrategie findet.** Diese entwürdigenden Vorgehensweisen haben bereits viel Schaden im Bereich der Sozialen Arbeit angerichtet.

Unbedingt sollte diese Begegnungsstrategie auch die Arbeit mit dem **kirchlichen Bereich** umschließen.

Dieser linke hetzerische Sumpf, welcher sich nicht zuletzt in die strukturierte Förderung und in das um sich greifende "Beauftragtenwesen" einbettet, muß trockengelegt werden. Nur dann können wir eine Werte bewahrende Sozialpolitik in unserem Gemeinwesen erhalten bzw. revitalisieren.



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Lieber Jörg, solltest Du etwas Zeit zum Lesen aufbringen können, wirst Du schnell erkennen, in welchem **gefährlichen Ausmaß diese zerstörerische Propaganda** auf unsere Bürger einwirkt. Selbstverständlich schlägt diese hinterhältige, allumgreifende Agitation auch auf das **Ansehen und die Arbeitsfähigkeit der Verantwortungsträger** und Mitarbeiter unserer Partei durch.

Unseren Obmann sowie unsere AK III-Leiterin und unsere parlamentarischen Berater habe ich natürlich über meine Beobachtungen informiert.

Ich möchte aber unbedingt und es ist mir auch ein Herzensanliegen, daß Du bitte die gewonnenen Kenntnisse für die **neuen** Abgeordneten und Mitarbeiter in der gesamten Fraktion systematisierst.

Die "Neuen" sollen auf meine, respektive unsere Erfahrungen zurückgreifen können und nicht mit hohem Aufwand und offenherzigen "Glauben an das Gute!" schmerzhaft die gleichen Erfahrungen erst gewinnen müssen!!!

Nun wünsche ich Dir vorerst einen erfolgreichen Wahlkampf und eigentlich wünsche ich uns allen, daß Du demnächst unser Ministerpräsident wirst, um uns bzw. unserem Volk im schönen Sachsenland -mit kühnem Schwung- die gröbste Unbill geräuschfrei wegorganisieren zu können.

Vielen Dank für Deine Aufmerksamkeit

Mit herzlichenGrüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

PS: Hör Dir mal bitte zum v.g. Thema auch das besonders bösartige "Schmankerl" (s. Anl. 5) unseres gemeinsamen "Freundes" Herrn MdL Lippmann an! Dieses übertrumpft noch bei Weitem in Hinterhältigkeit wie auch Gefährlichkeit meine vorgenannten Beobachtungen!

Anlagen

- 1) Schr. v. 04.07.2024 an Frau Staatsministerin Köpping mit Anlagen
- 2) Schr. v. 09.07.2024 an Herrn MdL Wendt mit Anlagen
- 3) "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD"
- 4) Aufruf "Es geht uns alle an"
- 5) Hörbeitrag mit MdL Lippmann und der Dresdener Stadträtin, Frau Mühle

Der o.g. schockierende und in seiner undemokratischen Art und Weise für die GRÜNEN entlarvende Hörbeitrag findet sich hier: https://zwischenrufe-podcast.de/folge/95-im-gespraech-mit-andrea-muehle-ueber-verfassungsfeinde-und-verwaltung/.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn
MdL Andre Wendt
Zweiter Vizepräsident des Sächsischen Landtages
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, den 09.07.2024

Mein Schreiben v. 04.07.2024 an Frau Staatsministerin Köpping; Undemokratischer Umgang in den Strukturen der sozialen Arbeit mit Abgeordneten der AfD

Sehr geehrter Herr Zweiter Vizepräsident, sehr geehrter Her Obmann des Arbeitskreises Gesundheit, lieber Andre,

in Deiner Position als Zweiter Vizepräsident des Sächsischen Landtages und Obmann unseres Arbeitskreises Gesundheit möchte ich Dich über mein Schreiben vom 04.07.2024 (s. Anl. 1) an die Staatsministerin, Frau Köpping, in Kenntnis setzen.

In diesem Schreiben informiere ich Frau Ministerin Köpping über außerordentlich unschöne, insbesondere aber schädliche Vorgehensweisen im Bereich der Arbeit der sozialen Strukturen in Sachsen.

Lieber Andre, es ist für mich ein wichtiger Auftrag für Dich und es ist mir auch ein politisches Anliegen, Dein Augenmerk zum Abschluß der 7. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages noch auf einen Umstand zu lenken, den ich für die allernächste Zukunft als **erhebliches Problem**, sowohl für die Mitglieder und Verantwortungsträger unserer Partei als auch für die parlamentarische Arbeit, etwa für die Interessen der Menschen mit Behinderung, betrachte.

Nicht wenige institutionelle Strukturen in den sozialen Bereichen, so auch in der Behindertenarbeit, befleißigen sich ausgesucht böswilliger, wie zutiefst undemokratischer Umgangsformen und kultivieren diese in Handreichungen, Aufrufen bzw. Pamphleten (s. Anl. 2,3). Hierbei "empfehlen" ganze Verbandsstrukturen ihren Mitgliedern (und nicht nur ihnen) nichts weniger als den kompletten Ausschluß von Mitgliedern, insbesondere aber Abgeordneten der Alternative für Deutschland, aus allen Gremien gemeinsamer Arbeit an gesellschaftlichen Fragestellungen.

Ich bitte Dich als unseren derzeitigen Obmann, nach Beginn des 8. Sächsischen Landtages, Dir diese ernsthafte Situation wiederholt und mit hoher problemorientierter Fokussierung zu vergegenwärtigen.



Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Bitte lege diese Befunde auch den neuen Sprechern unserer AfD Fraktion in den sozialen Bereichen, so auch meinem Nachfolger als Sprecher für Senioren und Behinderte, auf den Tisch und sensibilisiere bitte auch möglicherweise neue parlamentarische Berater.

Es darf von nun an auf unserer Seite zu keiner Zeit mehr in Vergessenheit geraten, daß in Bereichen der sozialen Arbeit -beständig und zunehmend- Menschen zu Positionierung **gegen** unsere Partei, die "Alternative für Deutschland" gedrängt und dabei unter latenten, stetig steigenden Druck gesetzt werden.

In der Begründung bemühen die Urheber, der in die Welt gesetzten Pamphlete/Aufrufe/Anzeigen (s. Anl 2,3), hochgradig verzerrte oder auch nicht belegte Darstellungen von Äußerungen so bezeichneter "Vertreter" unserer Partei. Vereinzelt unterstellen sie "programmatische Ansätze", welche "zum Verständnis des Alarmierungsgehaltes" zwar sorgsam eingeordnet, aber selten in Bezug auf unsere tatsächlichen programmatischen Quellen gesetzt werden.

Ich bin auf diese Umgangsformen während meiner wahlkreisbezogenen Auseinandersetzung zu einem speziellen Thema der Arbeit für die Menschen mit Behinderung gestoßen. Mein beruflicher Werdegang läßt mich auf eine annähernd fünfzehnjährige Tätigkeit in der Eingliederungshilfe des Kommunalen Sozialverbands Sachsens zurückblicken. Nach Vorgesprächen mit langgedienten, bewährten Engagierten in diesem Bereich und zwei parlamentarischen Beratern, untersuchte ich einige praxisbezogenen Fragestellungen der derzeit angestrebten Umgestaltungen der Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM).

Während eines Arbeitsbesuches in einer Werkstatt, konnte ich mir dabei auch einen Überblick auf die tatsächlichen Sichtweisen von Verantwortungsträgern und Mitarbeitern der Praxis auf die "Herausforderungen" der WfbM, in Bezug auf die Erwartungshaltungen der Urheber einer "Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030", verschaffen.

Eine gehörige Zahl an Werkstätten verweigerte jedoch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten, von mir größtenteils als Vorhaltung wahrgenommenen Begründungsansätzen.

In einem Falle begründete man mir sozusagen unumwunden die "ausgrenzende Absicht" und setzte mich in Kenntnis über die "Umgangsregeln" der um Zusammenarbeit angeschriebenen Einrichtung.

Im Ergebnis vermute ich diese, von vielen Verbandsstrukturen erklärte und offenbar auch "gelebte" Verfahrensweise (s. Anl. 2,3) hinter meinen Schwierigkeiten, einen kooperativen, auf Austausch gerichteten Arbeitsmodus, im Bereich der wahlkreisbezogenen Auseinandersetzung, zu finden.

Zum besseren Verständnis verweise ich hier nochmals insbesondere auf das Pamphlet "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" (s. Anl. 2).

Ich hatte sowohl über meine oben ausgeführten Beobachtungen zu den **undemokratischen Umgangsformen**, als auch meine Einschätzungen über die **aktuellen Herausforderungen**



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail <u>qudrun.petzold@slt.sachsen.de</u>

für die WfbM, dem Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderung, Herrn Welsch, zur Kenntnis gegeben (s. Anl. 4,5,6,7).

Meine Ausführungen verband ich mit der Bitte um eine diesbezügliche Auseinandersetzung. Das darauf -nach wiederholter Erinnerung- von Herrn Welsch erfolgte Schreiben (s. Anl. 8) betrachte ich als unbefriedigend und am Problem vorbei argumentiert.

Eine Auseinandersetzung mit den von mir angeprangerten undemokratischen Umgangsformen hatte Herr Welsch ganz unterlassen.

Von Seiten der "Beauftragten für Menschen mit Behinderung" aus Bund und Ländern erging hingegen ein "Wahlaufruf", welcher, wenngleich ausgesucht abgefasst, sich doch passgenau in jene aktuelle Kampagne der politischen Gegnerschaft einfügt. Diese Kampagne konstruiert -aus eigenem Ratschluß- ausnehmend böswillige Überlegungen zu einem sogenannten "würdefeindlichen Menschenbild" und unterstellt dieses unserer Partei.

So muß man sich auch nicht wundern, daß auch die Behindertenbeauftragten im Landkreis Nordsachsen auf mein Angebot zur Zusammenarbeit (s. Anl. 9,10,11) nicht einmal anstandshalber reagierten.

Sehr geehrter Herr Obmann, lieber André, ich hoffe, ich konnte Dir die Problematik, insbesondere der undemokratischen Umgangsformen im Bereich der sozialen Strukturen im Land Sachsen, aber auch die Angst der behinderten Menschen vor unrealistischen Veränderungen, vor allem in ihren Werkstätten/Arbeitsbereich ("Erfurter Erklärung...") genügend eindringlich und verständlich vor Augen führen.

Gerne können wir - zu gegebener Zeit- auch nochmal, im Beisein der Arbeitskreisvorsitzenden, Frau MdL Schwietzer, und unseren parlamentarischen Beratern, Frau Hesseken und Herrn Wendt, darüber diskutieren.

Nun wünsche ich Dir einen erfolgreichen Wahlkampf und von Herzen ein Mandat für die 8. Legislaturperiode im Sächsischen Landtag.

Mit besten Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Artikel zum Thema Arbeiten mit behinderten Menschen aus der Blauen Post vom 16.06.2024

Im Rahmen eines Beitrags für die "Blaue Post", die Zeitung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, vom 16.06.2024 erhielt ich Gelegenheit, das politisch einseitige und undemokratische Verhalten der Sozialverbände zu kritisieren:

EMPÖREND: Behinderte Menschen werden für politische Agitation missbraucht

sischen Landing but Godrun Petrold Werkstätten für behinderte Mouschen (WBM) kontuktiert, um Proviseinblücke zu erhalten.

Six stief joloch oft auf eine ment smerklieliche Zurückweisung. Doch nach sinns Mit-regtimul funktionierenden Werkstätten, die teilung som Geschäftsführer siner WBM, für unsere behinderten Bieger definitis ein "Lebenshilly and AfD sind unversiduet", ertiflies Leben absolven, nicht unsitig wurden ihr schlagartig die Verhaltensweiseu der Verantwertlichen der WBM klar.

Nobes Districtioners, Gewerhschaften Bei nachfolgenden Recherchen entdeckte und Kirchen werden nan segar Messchon sie den Anti-AfD-Ratgeber "Engrichtenmit Behinderung von vermetzten Sinken. gen zum Umpzeg mit der AfD" der in der Abteuen für den "Kampf gegen rechte" ver- Behindertenkille malgeblichen Bundevconsigurg Lebenshilfe. Außerdem unterzeichneten 15 Norialverbünde den betrert-Der Hintergrund: Als Sprecherin für Be- sehen Anti-AfD-Aufraf "Wachsom sein für hindertenpolitik der AfD-Fraktion im Süch- Menschlichkeit" vom 26. April 2018. Das intinakooptabelt

> Petrold protestrate decurfies on 5. April army being süchsinchen Landesbezuftragten für Isklasion. Sie fierbete, dans die and unrealistisch assockentfrendet, überlastet und damit sinsks sentürt werden.



1.3. Meine Reden im Sächsischen Landtag zur Gesundheits- und Sozialpolitik, insbesondere zur Arbeit mit den behinderten Menschen

Im Folgenden finden Sie die Manuskripte meiner Reden zur Senioren- und Behindertenpolitik.

Meine hier nicht als Redemanuskript wiedergegebene Rede zur Fachregierungserklärung vom 15.07.2020 bezüglich Rente, Pflege und Barrierefreiheit finden Sie an dieser Stelle als Video: https://gudrun-petzold.de/2020/07/18/rente-pflege-und-barrierefreiheit-meine-rede-zur-fachregierungserklaerung/ Meine Rede zur Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland vom 01.10.2020 können Sie hier als Video anschauen: <a href="https://gudrun-petzold.de/2020/10/12/nach-30-jahren-petzold.de/2020/



<u>endlich-rentengerechtigkeit/</u> Meine Redebeiträge können Sie zudem als Videos hier gesammelt einsehen: <u>https://www.youtube.com/@gudrunpetzold9819</u>

Meine Rede vom 19.5.21: Endlich das Landesblindengeld erhöhen!

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete!

Noch einmal unsere Sicht auf das Landesblindengeld: Das Landesblindengeld wurde im Jahr 2017 nach 20 Jahren Stillstand geringfügig von 333 auf 350 Euro erhöht.

Das Gleiche gilt für die Nachteilsausgleiche. Diese haben nicht einmal den Kaufkraftverlust dieses Zeitraumes ausgeglichen. Mittlerweile liegt das Landesblindengeld in Sachsen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Nur die Länder Schleswig-Holstein und Brandenburg zahlen noch weniger als der Freistaat Sachsen. Im Durchschnitt zahlen alle anderen Bundesländer eirea 450 Euro monatlich.

Das Landesblindengeld und auch die anderen Nachteilsausgleiche sind aber für die Betroffenen enorm wichtig und eine große Hilfe, um die erlittenen Nachteile ausgleichen zu können. Hierzu hat Frau Buddeberg bereits genügend gesagt. Auch ich erinnere hier an die Stellungnahme des Blinden-und Sehbehindertenverbandes in Sachsen, die allen Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vorliegt. Auch hier war die dringende Bitte um Erhöhung des Landesblindengeldes enthalten. Deshalb sind die Erhöhung und die Angleichung der Leistungen an vergleichbare Leistungen anderer Bundesländer längst überfällig.

Wir möchten das mit unserem Änderungsantrag ändern. Wir fordern die monatliche Erhöhung des Landesblindengeldes von 350 auf 450 Euro – wir wählen die goldene Mitte – , den Nachteilsausgleich für Sehbehinderte von 80 auf 100 Euro, für Gehörlose von 130 auf 150 Euro. Für schwerstbehinderte Kinder möchten wir die Erhöhung von 100 auf 130 Euro. Unsere Forderung ist natürlich gedeckt. Dazu verweise ich auf die Rede von Herrn Barth.

Er hat es ja schon zweimal gesagt: Die angestrebte Erhöhung des Landesblindengeldes durch die Regierungskoalition auf lächerliche 380 Euro, und das erst ab dem Jahr 2022, ist eine Schande. Sie von den GRÜNEN haben vorhin von einer allumfassenden Teilhabe und Solidarität gesprochen. Außerdem, liebe Regierungskoalition, als letzten Satz möchte ich eine kleine Bösartigkeit sagen, und zwar: Liebe Regierungskoalition! Wenn Sie schon unseren nordsächsischen Bürgern aus wahltaktischen Gründen ihre Heidebahn nicht gönnen, dann gönnen Sie bitte den Blinden ein ordentliches Blindengeld! Danke.

Meine Rede vom 19.12.22: Das Landesblindengeld muss jetzt erhöht werden!



Im Folgenden finden Sie meine Rede im Sächsischen Landtag vom 19.12.22. Ich spreche dabei zum Antrag der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur Erhöhung des Landenblindengeldes. Dieser wurde im Rahmen der Plenarsitzungen zum Doppelhaushalt 2023/24 gestellt. Die Altparteien lehnten unseren Antrag zu einer umfangreicheren Erhöhung des Landenblindengeldes danach erneut ab!

Frau Präsidentin, werte Abgeordnete,

es wäre doch eine Schande, sollte die Erhöhung des Landesblindengeldes von zur Zeit 380 auf 500 Euro für unsere circa 10.000 blinden Mitbürger in Sachsen heute wiederum keine Zustimmung hier im hohen Hause finden.

Diese Zustimmung wäre außerordentlich notwendig, da

1. Der erhebliche Kaufkraftverlust, gerade auch bei den nachteilsausgleichenden technischen Hilfsmitteln, bis heute nicht ausgeglichen wurde

und

2. die erneute Entwertung der Leistung durch die aktuelle, sehr hohe Inflation unsere blinden Mitbürger belastet.

Machen wir doch unseren blinden Mitbürgern eine kleine Weihnachtsfreude! Oder wollen wir es zulassen, dass der reiche Freistaat Sachsen an drittletzter Stelle – nach Schleswig-Holstein und Brandenburg – das niedrigste Blindengeld in Deutschland zahlt?

So haben auch schon Bundesländer, wie zum Beispiel Sachsen-Anhalt, – in weiser Voraussicht – die automatische Anpassungsregelung für das Blindengeld in die jeweiligen Landesgesetze aufgenommen und diese Leistung analog zur Rentenzahlung erhöht.

Ich muss jetzt hier nicht wiederholt dafür agitieren, wie enorm wichtig das Landesblindengeld für die Betroffenen ist.

Ich appelliere an das Gewissen der Abgeordneten der Regierungskoalition, insbesondere an das christliche Handeln der CDU, die Schwachen in unserer Gesellschaft nicht im Stich zu lassen und der Erhöhung des Landenblindengeldes auf 500 Euro sowie auch der erforderlichen Anpassungsregelung zuzustimmen.

Das Geld dafür ist im Haushalt vorhanden, es fehlt nur noch der politische Wille, es gerecht und demokratisch zu verteilen.

Sollten Sie, werte Abgeordnete, unseren blinden Mitbürgern wiederum die Zustimmung zur Erhöhung des Landesblindengelds versagen, dann kann ich hier nur noch sagen:

Armes Sachsen!

Meine Rede im Sächsischen Landtag vom 01.06.2023 zur Inklusion



Die Fraktion der LINKEN hat zur 72. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags eine Große Anfrage zum Thema "Inklusion von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt" gestellt. Für unsere AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag habe ich in meiner Funktion als behindertenpolitische Sprecherin dazu Stellung bezogen! Im Folgenden können Sie das Redemanuskript einsehen. Meine zweite Rede zum folgenden Entschließungsantrag der LINKEN können Sie hier einsehen.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Abgeordnete,

Erwerbstätigkeit ist für erwachsene Menschen ein ganz wesentlicher Aspekt, um sich einer Gesellschaft zugehörig zu fühlen. Und gerade für Menschen mit Behinderungen hat die Teilhabe am Arbeitsleben eine große Bedeutung:

- 1. Erwerbstätigkeit bedeutet wirtschaftliche Unabhängigkeit. Durch Teilhabe am Arbeitsleben können Menschen mit Behinderungen ein eigenes Einkommen erzielen und sind nicht auf staatliche Leistungen oder die Unterstützung anderer angewiesen.
- 2. bedeutet Erwerbstätigkeit die Stärkung des Selbstwertgefühls. Menschen mit Behinderungen können ihre Fähigkeiten und Talente entfalten, ihre Leistungen anerkennen lassen und somit aktiv an der Gesellschaft teilnehmen.

Die Teilhabe am Arbeitsleben bietet des Weiteren auch die Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung und zur Weiterentwicklung von Fähigkeiten. Durch Arbeit können neue Kompetenzen erworben und vorhandene Fertigkeiten verbessert werden.

Werte Abgeordnete,

Menschen mit Behinderungen sind ein wichtiger Teil des Wirtschafts- und Arbeitslebens. In Zeiten des Fachkräftemangels sind Fachkräfte begehrt und gesucht. Das Erwerbspotential gut ausgebildeter Fachkräfte ist unter den arbeitslosen Schwerbehinderten sehr hoch, da viele gut qualifiziert sind. 54% der arbeitslosen Schwerbehinderten haben eine Berufsausbildung . Bei nicht-schwerbehinderten Arbeitslosen sind es nur 43%. Der Arbeitsmarkt kann es sich eigentlich nicht leisten, auf diese gut ausgebildeten, oftmals sogar hochqualifizierten Menschen zu verzichten.

Und trotzdem haben es Menschen mit Behinderungen schwerer auf dem Arbeitsmarkt als Menschen ohne Behinderungen. So brauchen sie zum Beispiel erheblich länger, eine bestehende Arbeitslosigkeit zu beenden als Personen ohne Behinderung.

Dies ist ein Missstand, der uns zum Handeln auffordert.

So wurden zum Beispiel zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auf Bundesebene kürzlich zwar Änderungen beschlossen, doch leider wurde die Chance vertan, im Zuge einer Reformierung neue Mechanismen einzuführen, mit denen die Einbindung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt forciert werden könnte.

Schauen wir einmal auf die Arbeitsmarktrealitäten: Seit vielen Jahren steigt die Zahl der Arbeitgeber stetig an, die

trotz Beschäftigungspflicht, trotz Ausgleichsabgabe, trotz Bußgeldzahlungen

keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Mittlerweile entziehen 45.000 Arbeitgeber – also ein Viertel aller beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber insgesamt – sich vollumfänglich ihrer gesetzlichen Pflicht und beschäftigen nicht mal einen einzigen schwerbehinderten Menschen.

Daran können wir doch erkennen, dass der Ansatz, dass Arbeitgeber bei Nichteinstellung von Menschen mit Behinderung bestraft werden, nicht funktioniert – oder allenfalls nur eingeschränkt.

Wir als AfD halten es für zielführender, wenn die Einbindung von Menschen mit Behinderung in den Betrieben nicht über Sanktionen erfolgt. Wir sind der Ansicht, dass die Arbeitgeber Anreize zur vermehrten Einstellung von Menschen mit Behinderung benötigen. Das hätte gleichzeitig auch den Aspekt, dass die Beschäftigung dieser Bürger positiv besetzt wird.

Deswegen haben wir uns auch auf Bundesebene für eine neue Konzeption der Ausgleichsabgabe in Form eines Bonus-Malus-Systems stark gemacht.

Das heißt, jeder Arbeitgeber, der seiner gesetzlichen Beschäftigungspflicht vollumfänglich nachkommt, sollte einen jährlichen Bonusbetrag erhalten – finanziert aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Der Vorteil eines solchen Systems liegt auf der Hand:

Durch die Bonuszahlungen wird der Arbeitgeber stärker dazu animiert, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Das "Freikaufen" wird endlich unrentabel.

Werte Abgeordnete,

lassen Sie mich noch einige Worte über die Bedeutung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen verlieren.

Mir ist das wichtig, weil die Diskussion in den letzten Jahren ja immer mehr in die Richtung gegangen ist: "Wir müssen die Menschen alle aus den Werkstätten rausholen und in den ersten Arbeitsmarkt bringen." Selbstverständlich muss ein Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich sein, wenn es vom Werkstattbeschäftigten gewünscht ist und er auch die individuellen Fähigkeiten dazu mitbringt. Aber dafür braucht es mehr als das Bereitstellen von Fördergeldern, denn wir müssen immer auch berücksichtigen, dass es für den größten Teil der in den Werkstätten Beschäftigten, nicht möglich ist, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit seinen harten Anforderungen zu bestehen.

Die Werkstätten aber bieten dagegen die Möglichkeit, in einem geschützten Arbeitsumfeld arbeiten zu können.

Hier, in den Werkstätten, erhalten die Beschäftigten individuelle Förderung und Unterstützung, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Es werden Schulungen und Weiterbildungen angeboten, um ihre beruflichen Kompetenzen zu erweitern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.

Und, nicht zu vergessen, bietet die Arbeit in einer Werkstatt die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und in einer Gemeinschaft aktiv zu sein.

Wir müssen anerkennen, dass eine berufliche Teilhabe für viele Menschen mit Behinderung ohne Werkstätten nicht möglich ist.

Deswegen sollten wir unser Augenmerk zukünftig vermehrt auch darauf richten, die Strukturen der Werkstätten zu stärken. Doch brauchen wir in erster Linie eine angemessene Finanzierung, damit Infrastruktur und Dienstleistungen der Werkstätten aufrechterhalten und weiterentwickelt werden können.

Vielen Dank!

Meine nächste Rede vom 01.06.2023 zur Inklusion am Arbeitsmarkt (Entschließungsantrag)



Im Folgenden finden Sie meine Rede sowie mein Redemanuskript zum Entschließungsantrag "Inklusion von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt" der LINKEN. Ich spreche mich darin für eine faire, gerechte und realitätsnahe Politik für Menschen mit Behinderungen aus! Meine erste Rede zur Großen Anfrage mit dem gleichen Antrag können Sie an dieser Stelle einsehen.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Abgeordnete,

ich komme direkt zu den wesentlichen Punkten des Antrags:

1. die Novellierung des sächsischen Inklusionsgesetzes unter dem Aspekt, die Bereiche Bildung und Arbeit gesondert zu berücksichtigen sowie die Einbeziehung von Städten und Gemeinden

Diese Aussagen sind sehr unkonkret. Was soll denn nun eigentlich im Inklusionsgesetz geregelt werden? Aktuell liegt die Zuständigkeit für die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung bei Jobcenter und Arbeitsagentur. Es gibt bereits Projekte in Sachsen, die sich der Zielgruppe "Menschen mit seelischer Erkrankung" sehr stark annehmen und die diese in den Arbeitsmarkt integrieren wollen.

Und welche Vorschläge haben Sie, um die Städte und Gemeinden in die Aufgaben mit einzubinden? Bereits heute sind diese zusammen mit den Landkreisen zuständig für den Bereich Vorbildung, also für ambulante Frühförderung, Integrationskita und Schulassistenz. Was genau sollen sie noch übernehmen? Also an dieser Stelle ist der Antrag leider wenig aussagekräftig.

2. die Einführung eines Rechts auf inklusive Beschulung im sächsischen Schulgesetz

Leider sagt der Entschließungsantrag nichts dazu aus, wie dieses Recht überhaupt realisierbar wäre. Bereits heute fehlt es massiv an den Regelschulen an Lehrern. Eine Inklusivbeschulung bedeutet einen außergewöhnlich hohen zusätzlich Personalbedarf. Abgesehen davon dürfen wir die Bedeutung der Förderschulen nicht unterschätzen: Sie sind ein wichtiger Baustein im Bildungssystem und bieten Kindern mit Förderbedarf spezielle auf sie ausgerichtete Strukturen und personelle Begleitung. Das kann eine Regelschule nicht leisten.

- 3. Zu den **Werkstätten** habe ich mich ja schon geäußert. Tatsächlich sollten wir darüber diskutieren, ob die Werkstätten für Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen die richtigen Anlaufstellen sind. Aber die grundsätzliche Bedeutung der Werkstätten als Arbeitsstätte für Menschen mit Behinderung sollten wir nicht anzweifeln.
- 4. Sie möchten eine **sächsische Vermittlungsstelle für Arbeit und Ausbildung von Menschen mit Behinderung** einrichten. Das halte ich durchaus für sinnvoll. Eine dezentrale Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung, bei der sich alles bündelt, die Kontakte zu Arbeitgebern herstellt, die Ansprechpartner in den Werkstätten als auch in den Förderschulen ist damit könnte unser Ziel, die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung weiter vorangebracht werden.

In den anderen Punkten stimmen wir jedoch nicht mit den Vorschlägen des Antrags überein. Deswegen enthalten wir uns!

Vielen Dank!

Meine Rede vom 12.06.24 "Wir brauchen keine linksideologischen Interessenvertreter"



Anlässlich des bereits in der 4. und 6. Legislaturperiode diskutierten Entwurfs "Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung, Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen" der LINKEN-Landtagsfraktion habe ich am 12.06.2024 im Sächsischen Landtag gesprochen. Dabei berichtete ich auch vom unwürdigen und empörenden Umgang bestimmter Sozialverbände und "Beauftragter" mit meiner Partei, der "Alternative für Deutschland" (AfD)!

Werte Damen und Herren Abgeordnete,

der "Gesetzentwurf zur Stärkung der Mitwirkung, Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren" ist bereits in der 4. und 6. Legislaturperiode diskutiert worden.

Unsere Argumente zur Ablehnung Ihres Gesetzesentwurfes sind selbstverständlich die gleichen geblieben!

Meine Damen und Herren von den LINKEN, ich möchte noch einmal betonen, dass die Senioren – und hier gehöre ich auch dazu – nicht grundsätzlich eine unterstützungsbedürftige Bevölkerungsgruppe sind.

Wir brauchen keinen "Nanny-Staat"!

Wir sind durchaus in der Lage, uns selbstständig und aktiv, ohne linkssozialistische Belehrung, in die politischen, kulturellen und sozialen Prozesse einzubringen! Und deshalb braucht es auch NICHT irgendwelche, von linken Ratgebern dominierten Gremien und Strukturen, die auf eine Teilhabe von Senioren ausgerichtet sind!

Wir müssen weder von Landesseniorenbeauftragten, Kreisseniorenbeauftragten noch von irgendwelchen Seniorenräten gepampert werden!

Und hier kann ich durchaus sagen, dass ich für sehr viele Menschen meiner Generation spreche.

Ihre angestrebten Parallelstrukturen, so auch z.B. die Landes- und Kreisbeauftragten für Inklusion, für behinderte Menschen, sind unwirtschaftlich und teuer!

Außerdem habe ich in meiner Wahlkreisarbeit als direkt gewählte Abgeordnete festgestellt, dass eine effektive und sinnvolle Zusammenarbeit mit diesen Organisationsformen sehr schwierig ist!

Ich musste vielfach erleben, sehr geehrte Frau Köpping, dass diese Beauftragten nicht in der Lage waren, mit ihrer Volksvertreterin vor Ort zu kommunizieren.

Einen schwerwiegenden Grund hierfür sehe ich insbesondere in den dort vorliegenden "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD", herausgegeben von der "Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.", sowie anderen antidemokratischen Aufrufen gegen die AfD, wie zum Beispiel den verlogenen Aufruf der Sozialverbände "Es geht uns alle an. Wachsam sein für Menschlichkeit".

Ein Schelm, der dabei Böses denkt!

Leider, und das bedaure ich sehr, kam es auch diesbezüglich – trotz vielfacher Bemühungen meinerseits – zu keiner gemeinsamen effektiven Arbeit mit den Landesbeauftragten für Inklusion für behinderte Menschen!!

Langsam drängt sich mir ein Verdacht auf!

Die vielen Beauftragten – so auch die zukünftigen Seniorenbeauftragten – die heute per Gesetz von den LINKEN installiert werden sollen, werden höchstwahrscheinlich NICHT dem vorgeschobenen Ziel der Unterstützung der Senioren dienen.

Meiner Meinung nach sind sie nur Mittel zum Zweck zur Sicherung einer starken Wählerschaft für die nächste Wahl im vergreisenden Land Sachsen!

Ach, was rede ich hier noch...!

Ihre sozialistische Riege -- sehr geehrte Abgeordnete der LINKEN - wird sowieso in ein paar Tagen in diesem Hohen Haus nicht mehr anwesend sein!

Aber ich werde eine glückliche Seniorin im Ruhestand sein, auch ohne Ihr zweckentfremdetes Gesetz und Ihre beantragten, meist nutzlosen Beauftragten!

Danke! Adieu!



Ich bin stets stolz gewesen, Mitglied der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag sein zu dürfen!

2. Arbeit in den Ausschüssen des Sächsischen Landtags

Aufgrund meiner fachlichen Qualifikation wurde ich in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales berufen, blicke ich doch auf 45 Jahre aktiver Tätigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen über zwei Gesellschaftssysteme hinweg, die DDR und die BRD, zurück. 15 Jahre war ich Leiterin für den operativen Infektionsschutz und war zuständig für Epidemiologie in der Bezirkshygiene-Inspektion sowie im Hygieneinstitut Leipzig. Mein ganzes Streben war es immer, für den Bürger da zu sein.

Dazu gehörte in jüngster Zeit notwendig eine starke Stimme in Sachen Corona-Politik. Meine Anfragen dazu und die Anhörung mit dem namhaften Experten Prof. Burkhardt können Sie hier ebenso nachlesen wie auch zu den Themen Pflege, Senioren und Familienpolitik.

Zu Beginn der Legislaturperiode 2019 sollte sich jeder unserer Abgeordneten der "Alternative für Deutschland" für bestimmte Fachausschüsse entscheiden, um dort als aktives Mitglied sich selbst mit der Fraktion durch eigene Anträge und Anfragen einzubringen und zudem auch der Regierung bei ihrer Arbeit "auf die Finger" zu schauen!

Aufgrund meiner 45-jährigen aktiven Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitswesen stand für mich früh fest, dass ich Mitglied des "Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt" werde, in dem auch die Gesundheitspolitik in unserem schönen Freistaat Sachsen thematisiert wird. Insbesondere während der Corona-Zwangsmaßnahmen war die Arbeit in diesem Ausschuss äußerst spannend und wichtig, denn so konnten meine Mitstreiter der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag und ich gegen die ungeheuerliche, Grundgesetz-feindliche Corona-Politik der Staatsregierung vorgehen. Zu den größten

Erfolgen, zu denen wir beitragen konnten, zählt die Aufhebung der Corona-Impfpflicht im Gesundheitswesen! Dazu haben wir bereits am 13.01.2022, also noch vor der damals geplanten Einführung der Impfpflicht am 16.03.2022, einen Antrag (Drucksache 7/8776) dem Ausschuss vorgelegt, der jedoch leider von den etablierten Parteien abgelehnt wurde. Nichtsdestotrotz haben wir mit unseren beharrlichen Protesten einen Stein ins Rollen gebracht, der schließlich zur Aufhebung der "einrichtungsbezogenen Impfpflicht" Ende 2022 führte!

Außerdem habe ich mich zu Beginn meiner Legislatur 2019 für den größten Ausschuss des Sächsischen Landtags, den Petitionsausschuss, entschieden!

Im Petitionsausschuss war es mir möglich, mit den Bürgern direkt ins Gespräch zu kommen und mich für ihre Anliegen einzusetzen! Hier habe ich insgesamt mehr als 100 Petitionen (Stand 05/2024) bearbeitet! In neun Fällen konnte ich dazu beitragen, dass das Anliegen des Petenten umgesetzt bzw. teilweise umgesetzt wurde – was angesichts der sich in der Mehrheit befindlichen, dominanten schwarz-grün-roten Staatsregierung durchaus nicht immer leicht war!

2.1. Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ASG)

Meine Arbeit im ASG war geprägt von meinem beruflichen Erfahrungsschatz aus meiner langjährigen Tätigkeit im staatlichen Gesundheitsbereich.

2.1.1. Corona-P(l)andemie

Totalitäre Corona-Politik: Impfpflicht, harte Strafen und Lockdown (Webseiten-Beitrag vom 25.11.2024)



Diese Pressemitteilung wurde der regionalen Presse zur Verfügung gestellt und von dieser nicht veröffentlicht!

Die Situation im Kreiskrankenhaus Torgau spitzt sich angesichts der falschen Corona-Maßnahmen der Landesregierung weiter zu. Zugleich droht angesichts der 2G-Regeln, eines sich abzeichnenden Lockdowns und einer drohenden Impfpflicht in Sachsen offener Verfassungsbruch! Die nordsächsische Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold erklärt dazu:

"Ich danke den Mitarbeitern im Kreiskrankenhaus Torgau für ihren unermüdlichen Einsatz inmitten des aktuellen Corona-Desasters! Denn durch die völlig verfehlte Corona-Politik der CDU-geführten Landesregierung geraten die Krankenhäuser in Sachsen zunehmend unter Druck. Dabei ist es in erster Linie nicht der zweifelsohne für Risikogruppen gefährliche SARS-CoV-2-Virus, der zur Überlastung unseres Gesundheitssystems geführt hat. Allein in diesem Jahr hat Sachsen mehr als 300 Intensivbetten verloren, weil die Landesregierung den Fachkräftemangel unter den Pflegern nach jahrzehntelangem Versagen noch immer nicht behoben hat! Die etablierte Politik – und kein Virus – hat diese Missstände zu verantworten!

2G und Impfpflicht sind offener Verfassungsbruch!

Stattdessen greift die Verliererkoalition aus CDU, Grünen und SPD trotz der Erfahrung des vergangenen Jahres zu den gleichen, erfolglosen Maßnahmen: Doch weder ein erneuter Lockdown noch die 2G-Regel können die saisonbedingte, angebliche "Monsterwelle" dauerhaft stoppen. Vielmehr werden die Grundrechte der Bürger bedroht: Insbesondere die 2G-Regel und die von immer mehr Nicht-Medizinern geforderte Impfpflicht bedeuten den offenen Verfassungsbruch! Hier wird eindeutig gegen Artikel 16 Absatz 2 der Sächsischen Verfassung verstoßen. Dort wird ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die Bürger zu keinen "grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Strafen" sowie Experimenten ohne ihre Zustimmung gezwungen werden dürfen! Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag klagt deswegen mit ihren 36 Abgeordneten gegen die 2G-Regelung.

Denn anstatt auf einen differenzierten Schutz der Risikogruppen zu setzen, greift CDU-Ministerpräsident Kretschmer zur Holzhammer-Methode. Die aktuellen Maßnahmen gehen jedoch an der Realität vorbei: Wie Vertreter der Handwerker zu Recht anmahnen, ist es der arbeitenden Bevölkerung weder möglich noch zuzumuten, täglich am frühen Morgen vor Arbeitsbeginn einen Corona-Test vorzunehmen! Selbstständige werden – entgegen bisheriger Zusagen – angesichts nun verbotener Weihnachtsmärkte in den finanziellen Ruin gedrängt. Und die naturheilkundlich erfahrenen Homöopathen müssen mit ihrem 200 Jahre alten Handwerk nun als Sündenbock für die berechtigte Impfskepsis vieler Bürger herhalten. Diese Spaltung der Gesellschaft ist schlicht unerträglich!

Auch die Weihnachtszeit scheint nicht den erhofften Frieden zu bringen: Denn der katholische Landesbischof Timmerevers und der evangelische Landesbischof Bilz stimmen in den unheiligen Chor der Stimmungsmache gegen ungeimpfte sächsische Bürger ein und ziehen sogar eine Impfpflicht in Betracht. Wenige Wochen vor Heiligabend haben diese Kirchenfunktionäre die christliche Nächstenliebe völlig vergessen! Unsere Bürger dürfen aber nicht zur Injektion von Impfstoffen gezwungen werden, die teilweise Nebenwirkungen mit nachweislich schwerem Krankheitsverlauf bis zum Tod haben und bei denen niemand die Langzeitwirkungen kennt, nicht einmal der preisgekrönte Hersteller von Biontech/Pfizer!

Hinzu kommt: Auch Geimpfte, die sich nun ebenfalls anstecken und ungetestet den Virus weiterverbreiten, fühlen sich von der etablierten Politik heimtückisch hintergangen.

Die 2G-Regel – verbunden mit drakonischen Strafen für ungeimpfte Sachsen – und der sich abzeichnende, überflüssige Lockdown sind somit ein Schlag ins Gesicht aller Sachsen. Die Landesregierung hat bereits jetzt im vernünftigen und rücksichtsvollen Umgang mit dem saisonbedingten Corona-Virus völlig versagt. Ministerpräsident Kretschmer muss unverzüglich zurücktreten!"

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Öffentliche Anhörung mit dem international renommierten Pathologen Prof. Dr. Arne Burkhardt



Am 07.03.2022 referierte der renommierte Pathologe Prof. Dr. Burkhardt auf die Einladung unserer AfD-Fraktion im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er zeigte schockierende Belege für gravierende Impfschöden, verursacht durch die Corona-Impfung!

Ein bedeutendes Ereignis in meiner Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales war die öffentliche Anhörung mit dem renommierten, leider inzwischen verstorbenen Pathologen Prof. Dr. med. Arne Burkhardt. Prof. Burkhardt präsentierte erstmals den wissenschaftlichen Nachweis von gravierenden Impfschäden, hervorgerufen durch die als "Impfung" bezeichneten Corona-Gentherapien. Diese Anhörung erlangte internationale Aufmerksamkeit und wurde von über einer halben Million Menschen online verfolgt. Sie kann hier angeschaut werden: https://www.youtube.com/watch?v=FsbK6FW2W58

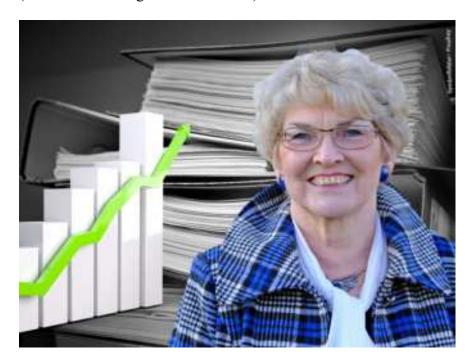
Trotz der Wichtigkeit dieser Anhörung zeigte sich dort die Ignoranz der anderen Fraktionen, also von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN, da viele Abgeordnete während des Vortrags auf ihre Handys schauten oder schwatzten, was ich als skandalös empfand!



Mit großer Aufmerksamkeit und Interesse verfolgten unsere AfD-Abgeordneten die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Burkhardt.

Die Corona-P(l)andemie und deren Auswirklungen in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz

Insolvenzen und Suizide steigen in Nordsachsen / Offener Brief an Landrat Emanuel (Webseiten-Beitrag vom 08.11.2024)



Die Zahl der beantragten Privatinsolvenzen in Nordsachsen ist im Monatsvergleich zu 2020 um bis zu 260 Prozent angestiegen. Die Zahl der Insolvenzen nordsächsischer Unternehmen verdoppelte sich in einzelnen Branchen im Jahresvergleich von 2019 zu 2020. Das geht aus Antworten der Staatsregierung auf aktuelle Anfragen der nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold hervor. Frau Petzold erklärt dazu:

"Wie die CDU-geführte Landesregierung auf meine Anfragen hin eingestehen musste, stieg die Zahl der beantragten Privatinsolvenzen allein vom April 2020 zum April 2021 in Nordsachsen um ganze 260 Prozent. Auch in anderen Monaten ist im Vergleich ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Das zeigt: Die verhängnisvolle Corona-Politik der Altparteien stürzt viele Bürger in den Ruin! Die volle Dramatik dieser Entwicklung zeigt eine Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Rolf Weigand vom 15.10.2021: Demnach stieg die Zahl der vorsätzlichen Selbsttötungen in Nordsachsen von 2019 zu 2020 um ganze 20 Prozent!

Doch das ist längst nicht das 'Ende der Fahnenstange' in puncto Corona-Politik. Denn die offizielle Zahl der Unternehmensinsolvenzen kann nicht als vollständig betrachtet werden. Schließlich hat die Bundesregierung zeitweise die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt und somit die Statistiken 'aufgehübscht'! Ein erster Vergleich von 2019 zu 2020 lässt jedoch für Nordsachsen Düsteres erahnen: Demnach hat sich allein im produzierenden Gewerbe die Zahl der beantragten Insolvenzen verdoppelt. Im Bereich 'Handel, Verkehr und Gastgewerbe' beträgt der Anstieg 62,5 Prozent!

Doch die Altparteien können oder wollen offenbar nicht aus dieser Entwicklung lernen. Nun müssen 40 Prozent der Bürger, die vorerst aufgrund berechtigter Bedenken auf eine Corona-Impfung verzichten, als Sündenböcke für das Scheitern der Altparteien herhalten. Sachsen hat jedoch im Vergleich zum Herbst des Vorjahres sogar 276 einsatzbereite Intensivbetten eingebüßt. Dafür ist in erster Linie die CDU-geführte Landesregierung verantwortlich – und nicht die Ungeimpften. Herr Kretschmer, hören Sie endlich auf, die Gesellschaft zu spalten!

Die Folgen für unsere Bürger und unsere Wirtschaft sind längst noch nicht abzusehen. Wie ein Blick in die TZ vom 2.11.2021 zeigt, bereitet der drohende "Lockdown für Ungeimpfte" bereits jetzt Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Torgau Sorgen. Als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete werde ich weiterhin – ganz im Interesse der Bürger – die dramatischen Folgen dieser verhängnisvollen Corona-Politik aufdecken, thematisieren und als Stimme der Opposition gegensteuern!"

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Aufgrund der seit dem 08.11.2021 systematischen Benachteiligung von Ungeimpften durch 2G hatte ich an Landrat Kai Emanuel einen Offenen Brief geschrieben (siehe unten)! Denn bei 2G handelte es sich um eine politische Machtdemonstration, durch die ohne gesundheitlich nachweisbaren Nutzen viele Bürger von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dies kommt nicht nur einem indirekten Impfzwang gleich, sondern wiegt auch die Geimpften in eine Scheinsicherheit, da diese genauso infektiös sein können und SARS-CoV-2 übertragen können wie die Ungeimpften. Das konnte und wollte ich nicht hinnehmen!



Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun petzold@sit sachsen.de

Gudrun Petzold, Mrtl. | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herm Landrat Kai Emanuel Landratsamt Nordsachsen 04855 Torgau

Dresden, den 08.11.2021

Offener Brief

2G - eine politische Machtdemonstration

Diese gesellschaftliche Spaltung abwenden, geplantem Lockdown und massiver Ausgrenzung von ungeimpften Nordsachsen und Sachsen gemeinsam entgegentreten!

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel,

da die Zeit drängt und die gesellschaftliche Spaltung durch die Corona-Politik immer rasanter voranschreitet, gestatten Sie mir bitte, mit einem offenen Brief an Sie heranzutreten!

Die Staatsregierung in Sachsen hebelt den Sächsischen Landtag als Gesetzgeber und höchste Volksvertretung nun schon fast 24 Monate aus und treibt die gesellschaftliche Spaltung immer stärker voran.

Mit unglaublicher Geschwindigkeit sind Grund- und Freiheitsrechte, welche wir 1989 mühselig und mutig trotz der schussbereiten Schergen der SED erkämpft haben, in akuter Gefahr. Mit der geplanten Corona-Schutzverordnung, welche ab 08.11.2021 in Kraft tritt, wird eine gesellschaftliche Spaltung vorangetrieben und manifestiert, die kaum in Worte zu fassen ist.

Bürger, welche sich bisher individuell und frei gegen eine Corona-Schutzimpfung entschieden haben, werden nun wie im Mittelalter als "Aussätzige" bzw. "Pestkranke"

behandelt, indem sie weitestgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dies gilt nicht nur für die Nutzung von Angeboten in Innenräumen, wie Schwimmbäder, Museen oder Konzerthallen, sondern eben auch für Weihnachtsmärkte mit hohem Besucherandrang – gerade in unseren historischen nordsächsischen Städten wie Delitzsch, Eilenburg, Torgau und Oschatz! Gleiches gilt auch für die Gastronomie!

Der nachweislich gesunde Bürger wird ausgeschlossen und ausgegrenzt und es werden tiefe Risse durch Familien, Betriebe und die Gesellschaft gehen. Zudem steigt die Gefahr einer erneuten wirtschaftlichen Schieflage von Unternehmen und Einrichtungen, weil die Gäste zum Teil ausbleiben oder die Planungssicherheit nicht mehr vorhanden ist. Wie die Antworten der Staatsregierung auf meine Kleinen Anfragen zu Privat- und Unternehmensinsolvenzen in Nordsachsen gezeigt haben, hat sich die fatale Corona-Maßnahmenpolitik längst empfindlich in der Geldbörse der Bürger niedergeschlagen. Allein vom April 2020 zum April 2021 stieg die Zahl der beantragten Privatinsolvenzen in Nordsachsen um 260 Prozent. Die Zahl der Insolvenzen nordsächsischer Unternehmen verdoppelte sich in einzelnen Branchen im Jahresvergleich von 2019 zu 2020 (Näheres siehe beiliegende Pressemitteilung)!

Mittlerweile ist wissenschaftlich bestätigt, dass Geimpfte und Genesene sich sowohl mit SARS-CoV-2 infizieren als das Virus auch weitergeben können. Mit der Tatsache, dass infizierte Geimpfte das Virus weitergeben können – diese jedoch nicht getestet werden müssen – setzen sie insbesondere Risikogruppen bspw. in Alten- und Pflegeheimen einer unentdeckten, hohen Gefahr aus. Der Anspruch an die Corona-Schutzimpfung ist es nicht, eine Infektion zu unterbinden, sondern sie sollte den Geimpften lediglich vor einem schweren Verlauf oder dem Tod schützen. Die Impfung dient damit nur dem Eigenschutz und Eigennutz und nicht dem Schutz Anderer. Sie ist somit eine freiwillige, höchstpersönliche Entscheidung. Geimpfte und Genese als potenzielle SARS-CoV-2-Überträger auszuschließen war und ist politisch töricht und gesundheitspolitisch eine Katastrophe.

Zudem fehlt eine verwertbare Datenbasis, denn so ist bspw. der Anteil der bisher unerkannten SARS-CoV-2 Infektionen in der Bevölkerung scheinbar deutlich höher als der Anteil der offiziell gemeldeten Infektionen. In einer deutschlandweit durchgeführten Antikörperstudie wurden Proben von Blutspendern untersucht. Nach der dritten Welle im April 2021 stieg die Häufigkeit SARS-CoV-2-spezifischer Antikörper auf insgesamt 17,3 Prozent. Auf die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren gerechnet, gab es demnach mehr als doppelt so viele unentdeckte Infektionen. Diese Tatsache spricht eindeutig dafür, dass es wohl weit mehr sogenannte "Genesene" in der Bevölkerung gibt, als bisher durch einen PCR-Test bestätigt.

Mit diesem Wissen gibt es keine wissenschaftlich schlüssige Begründung, warum Personen, die unwissentlich bereits eine Infektion durchgemacht haben, aber bspw. keinen PCR-Nachweis erbringen können von sogenannten nachweislich Genesenen unterschieden werden sollen. Somit ist eine "2G"-Regelung wissenschaftlich nicht nachvollziehbar und nur eine politische Machtdemonstration.

Können wir als direkt gewählte Volksvertreter diese andauernde Unverhältnismäßigkeit einfach schweigend hinnehmen? Ist es nicht an der Zeit und auch unsere Pflicht, dieser gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken und nach außen hin deutlich wahrnehmbar

der Demokratie wieder Leben einzuhauchen und den Bürgern eine starke Stimme zu geben?

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel, bitte kritisieren Sie diesen verfehlten Weg der Regierung öffentlich und fordern Sie bitte nachdrücklich eine Abkehr von der Ungleichbehandlung Ungeimpfter.

Lassen Sie uns parteiübergreifend als Vertreter der nordsächsischen Bürger zusammenstehen, dieser Spaltung der Gesellschaft gemeinsam entschieden entgegentreten, geschlossen für Einigkeit und Recht und Freiheit aller Sachsen einstehen und eine sofortige Aufhebung der gesellschaftsspaltenden Verordnungspolitik der Sächsischen Staatsregierung einfordern!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Nachrichtlich: alle Bürgermeister im Landkreis Nordsachsen alle Oberbürgermeister im Landkreis Nordsachsen Presse

Im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit stellte ich auch zahlreiche Anfragen zu den Auswirkungen der Corona-P(l)andemie in meinem Wahlkreis! Beispielhaft möchte ich folgende Anfrage samt der Antwort aufführen – teils wurde sie bereits oben erwähnt!

DRUCKSACHE 7/9514

Sächsischer Landtag 7. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten

Gudrun Petzold, AfD-Fraktion

Thema: Todesfälle im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung in

Nordsachsen

Vorab teilt die Fragestellerin mit, dass sie einer Verlängerung der Beantwortungsfrist gemäß § 56 Absatz 5 der Geschäftsordnung des 7. Sächsischen Landtags widerspricht.

In seiner netzseitigen Übersichtsdarstellung zur Auswertung der aus den Gesundheitsämtern nach Maßgaben des IfSG übermittelten Meldedaten weist das Robert-Koch-Institut am 24.3.2022 545, über den gesamten Verlauf des Corona-Geschehens erfasste, Todesfälle in Zusammenhang mit einer SARS-CoV-2-Infektion in Nordsachsen aus.

Fragen an die Staatsregierung:

- 1. In wie vielen dieser für den Landkreis Nordsachsen aufgeführten Todesfälle nach einer SARS-CoV-2-Infektion waren die Verstorbenen gegen das SARS-CoV-2-Virus geimpft (bitte nach Todeszeitpunkt, Alter, Anzahl der Schutzimpfungen, Datum der letzten Corona-Impfung und verwendeten Impfstoffen aufschlüsseln)?
- 2. In wie vielen Fällen fanden für den Landkreis Nordsachsen nach einem Todesfall im Zusammenhang mit einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus Obduktionen zur Ermittlung oder Bestätigung der Todesursache statt (bitte nach Datum, Altersgruppe und eventuellem Corona-Impfstatus beziehungsweise Impfstoff aufschlüsseln)?

Dresden, 24.03.2022

Unterzeichner: Gudrun Petzold Ort: Dresden Datum: 24.03.2022

Gudrun Petzold

Eingegangen am: 28.03.2022 Ausgegeben am: 19.04.2022

- 3. In wie vielen der vom Robert-Koch-Institut aufgeführten Todesfälle im Zusammenhang mit einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus im Landkreis Nordsachsen wurde eine Covid-19-Erkrankung als Todesursache nachgewiesen?
- 4. In wie vielen dieser Fälle wurde eine abweichende Todesursache nachgewiesen und um welche Todesursache handelte es sich gegebenenfalls?
- 5. In wie vielen dieser Fälle wurde keine Todesursache nachgewiesen?



Die Staatsministerin

BACHEISCHES STAATIMMISTERIUM FÜR SOZIALES UND GERELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT ANantarialia (D) 2000 Grander

Präsidenten des Sächsischen Landtages Herrn Dr. Matthias Rößler Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Durchwehl Telefon +49 351 564-55000 Telefax +49 351 564-55010

thr Zeichen

thre Nachricht vom

Aktenzeichen (bitte bei Antwort angeben) Z-1053/70/150-2022/60779

Dresden, (1, April 2022

Kleine Anfrage der Abgeordneten Gudrun Petzold (AfD)
Drs.-Nr.: 7/9514
Thema: Todesfälle im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung in

Nordsachsen

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt.

"In seiner netzseitigen Übersichtsdarstellung zur Auswertung der aus den Gesundheitsämtern nach Maßgaben des IfSG übermittelten Meldedaten weist das Robert-Koch-Institut am 24.3.2022 545, über den gesamten Verlauf des Corona-Geschehens erfasste, Todesfälle in Zusammenhang mit einer SARS-CoV-2-Infektion in Nordsachsen aus."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: In wie vielen dieser für den Landkreis Nordsachsen aufgeführten Todesfälle nach einer SARS-CoV-2-Infektion waren die Verstorbenen gegen das SARS-CoV-2-Virus geimpft (bitte nach Todeszeitpunkt, Alter, Anzahl der Schutzimpfungen, Datum der letzten Corona-Impfung und verwendeten Impfstoffen aufschlüsseln)?

Bei der Beantwortung der Frage 1 ist zu beachten, dass die geforderte Auswertung aufgrund der derzeit nicht belastbaren Datenlage nicht zu Verfügung gestellt werden kann.

Trotz der enorm hohen Fallzahlen von SARS-CoV-2-positiv getesteten Personen der vergangenen Wochen waren die sächsischen Gesundheitsämter zwar in der Lage, die Fälle tagesaktuell in die Meldesoftware einzugeben, allerdings lagen zum Zeitpunkt der Meldung in den seltensten Fällen bereits Angaben zum Impfstatus vor. Diese Informationen wurden zeitverzögert gemeldet bzw. waren erst im Nachhinein durch die Gesundheitsämter zu ermittelt und anschließend in die Meldesoftware einzugeben.

Hausanschrift: Sächsisches Staatsministerium für Bodieles und Geeelschaftlichen Zusammenhalt. Abenstralle 10 01097 Desden

www.ame.earneer.co



Aufgrund der zurückliegenden und weiterhin immens hohen Fallzahlen sind eine Nachermittlung sowie zusätzliche Dateneingabe derzeit durch die Gesundheitsämter nicht zu bewältigen, woraus eine reduzierte Datenvollständigkeit bezüglich der detaillierten Fallangaben resultiert. Wann eine Aufarbeitung möglich sein wird, ist derzeit nicht absehbar.

Es liegen somit keine auswertbaren Daten zur Beantwortung der Frage 1 vor.

Frage 2: In wie vielen Fällen fanden für den Landkreis Nordsachsen nach einem Todesfall im Zusammenhang mit einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus Obduktionen zur Ermittlung oder Bestätigung der Todesursache statt (bitte nach Datum, Altersgruppe und eventuellem Corona-Impfstatus beziehungsweise Impfstoff aufschlüsseln)?

Nach Angaben des Gesundheitsamtes des Landkreises Nordsachsen wurde am 8. April 2020 eine Obduktion an einer 54-jährigen verstorbenen Person durchgeführt. Die Person war nicht gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 geimpft.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Durchführung einer Obduktion keinen meldepflichtigen Tatbestand gemäß Infektionsschutzgesetz darstellt.

Frage 3: In wie vielen der vom Robert-Koch-Institut aufgeführten Todesfälle im Zusammenhang mit einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus im Landkreis Nordsachsen wurde eine Covid-19-Erkrankung als Todesursache nachgewiesen?

Das Gesundheitsamt Nordsachsen gibt an, dass in 588 Fällen die Todesursache einer COVID-19-Erkrankung als kausale, zum Tode führende Erkrankung oder als anderer wesentlicher Krankheitszustand, der zum Tode führte, erfasst und an die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen (LUA) gemeldet worden seien. (Datenstand 04.04.2022)

Frage 4: In wie vielen dieser Fälle wurde eine abweichende Todesursache nachgewiesen und um welche Todesursache handelte es sich gegebenenfalls?

Nach Angaben des Gesundheitsamtes Nordsachsen wurde in keinem der Fälle eine abweichende Todesursache nachgewiesen.

Frage 5: In wie vielen dieser Fälle wurde keine Todesursache nachgewiesen?

Das Gesundheitsamt Nordsachsen gibt an, dass keine Fälle ohne Angabe einer Todesursache an die LUA gemeldet worden seien.

Mit freundlichen Grüßen

Seite 2 von 2

Insbesondere durch Anfragen zum Zusammenhang zwischen vermeintlichen "Corona-Toten" und der Zahl der Impfungen gegen Covid-19 sorgte ich im Landkreis für Aufsehen bzw. in der "Torgauer Zeitung" (TZ, 28.04.2022, siehe links). Aber auch meine Stellungnahmen zur Corona-Genspritze fanden teils Berücksichtigung, wie der rechtsstehende Artikel aus der "TZ" vom 11.12.2020 zeigt:

AfD hat Fragen zu Corona-Toten

Nordyachsen. Die Staatsregerung kann keine Auswertungen zu Zusammenhängen zwischen Ceena-Todeställen und Coronalinghingen in Nordsachsen vorlegen. Das geht aus einer Antwurt auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 7/9514) der nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petroldt bervor. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hatzudem bit den 25. April eine Sondersitzung des Landlags zu diem Antreg "Impfreicheit für alle! Höchste Prootikt für die Gesundtheit!" durchgesetzt, beilte die Partei mit.

Offenhar fehle in der Koali-tion aus CDU, Grünen und SPD am politischen Willen, mögliche Zusammenhänge zwischen Corona-Todosfällen und Corona-Implungen "faktenbasiert aufzuklören", so Petzoid. Auch chronische und sellistverschuldete Überlastung der Gesund-heibalmter sei "als Ausrede unzulässig, wenn es um die elementare Gesundheit unserer Bürger geht". Ex ist höchst tragisch, dass die Staatsregierung bei aktuell 617 Todesfällen nach einer Comna-Infektion in Nordaachsennicht genau erklären kann, wer von den Verstorbenen gegen Corona geimpft war.

Petroids Fraktion fordert die Staatsregierung subertien auf, die Impfeflicht für Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheiteweiens aufzuheben. Durch den Impfewang im Gesundheitsweisen drohten bis zu 75 000 ungeimpflen. Beschäftigten "ein Berutsverhot". Damit würde der medizinische Notstand – auch in Nunhachsen – weiter verschäfti werden, so die AID-Pulitikerin.

AfD-Abgeordnete: Corona-Impfung kommt zu früh

Gudrun Petzold warnt vor "überhastetem Aktionismus"

Nordsachsen. Mit Blick auf die anstehende Eröffnung der sächsischen Impfzentren warnt die Torgau-Oschatzer AfD-Landtagsabgeordnete Gudrum Petzold "aus der eigenen beruflichen Etfahrungen heraus vor falscher Euphone." Die Entwicklung und Zulessung eines Impistoffes dauere im Normalfall mehrere Jahre, sagt sie "Wohin überhastete Zulassungen führen können, haben die Impfungen gegen die Schweinegrippe seit 2010 gezeigt-es kam zu tausenden Impfschäden. Damals hatte Prof. Dr. Christian Drosten zu raschen imptungen aufgerufen*, so die Landtagsabgeordnete.

Das spendenfinanzierte Recherchenetzwerk Correctiv berichtet, "dass Pandemrix später in die Kritik geriet, weil die Impfung offenbar das Risiko für Narkolepsie, bei jungen Memchen erhöhte." In Deutschland habe das Paul Ehrlich Institut entsprechende Untersuchungen durchgeführt. "Bis Ende Oktober 2016 seien 86 Meldungen von Narkolepsie-Verdachtsfällen nach einer Pandemrix-Impfung eingegangen", hat Correctiv recherchiert.

fhre Skepsis belegt Gudrun Petrold auch mit den Ende November aufgekommenen Kritik an der Berechnung für die Wirksamkeit des Corona-impfstoffs des Pharmakonzerns AstraZeneca. "Die optimale Wirksamkeit muss damit bezweifelt. werden, mögliche Nebenwirkungen bleiben jedoch trotzdem bestehen", folgert die AfD-Politikerin. Ihr Fazit "Wir brauchen keinen überhasteten Aktionismus, stattdessen müssen gängige medizinische Qualitätsstandards eingehalten werden. Für Massenimpfungen gegen Corona ist es viel zu früh. Eine direkte oder indirekte Impfpflicht lehne ich klar ab. Jetzt braucht es Sachverstand und Geduld - denn es geht in erster Linie um die Gesundheit der Menschen.

Presseinto/Sebastian Stöber

Ich beließ es jedoch nicht bei mahnenden Worten, sondern wurde auch selbst im positiven, helfenden Sinne aktiv: So habe ich zu Beginn der Corona-P(l)andemie, als überall Masken fehlten, dem Krankenhaus Torgau, Arztpraxen und dem Pflegeheim Mockrehna insgesamt 200 Masken im Wert von 400 Euro gespendet, die ich nicht nur aus Dresden organisiert habe, sondern auch selbstverständlich selbst in die Einrichtungen gefahren habe.





Der Kleine ging bei mir in die "Politiker-Lehre"!



Dabei blieb er immer wach und fest angeschnallt!



Und wenn er nicht irgendwann mal unser AfD-Kreisvorsitzender wird...



...wird er sicher sächsischer Landwirtschaftsminister!

2.1.2 Politik für Familien

Beitragsfreie Kindergärten und kostenloses Schul- und Kindergartenessen

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Ausschussarbeit war die Familienpolitik. Ich habe mich mit unserer AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag für beitragsfreie Kindergärten und kostenloses Essen in Schulen und Kindergärten eingesetzt. Diese Maßnahmen sollen die finanzielle Belastung von Familien reduzieren und den Zugang zu Bildung und gesunder Ernährung für alle Kinder sicherstellen. Durch meine langjährige Erfahrung im Gesundheits- und Sozialdienst konnte ich wertvolle Perspektiven und praxisnahe Ansätze in die Diskussionen einbringen.

Des Weiteren habe ich eine junge nordsächsische Familie, die uns immer im Wahlkampf aktiv mit Plakatwerbung unterstützt hat, bei der Ausstattung ihres Neugeborenen finanziell gefördert. Der Sohnemann (siehe nebenstehende Bilder) hat sich früh als geschäftstüchtig erwiesen, denn ich gab die Zielvorgabe aus, beim ersten Mal "Papa"- Sagen, gibt es noch mal ein Extra-Taschengeld! Es hat nicht lange gedauert, bis der Kleine tatsächlich meinem Wunsch nachkam. So erhielt er noch einmal für seine Mühe 100 Euro.

Die Unterstützung und Hilfe für die Kleinsten und Schwächsten – die zugleich unser aller Zukunft sind – ist mir sehr wichtig. So spendete ich auch für die vom Krieg betroffenen ukrainischen und russischen Kinder 100 Euro! Ich bin der festen Überzeugung, dass das auch im Sinne unserer Partei, der "Alternative für Deutschland", ist! Umso absurder finde ich es, wenn Linke uns Nationalismus und Fremdenhass unterstellen!

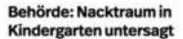
Kinderschutz: Original Play und Kampf gegen Frühsexualisierung und Transgender-Irrsinn

Eines meiner zentralen Anliegen ist der Kinderschutz. Ich engagierte mich im Rahmen meiner Arbeit im Petitionsausschuss unter anderem gegen das Konzept "Original Play", das ich als gefährlich für Kinder betrachte, da es Kinderschändern ein Schlupfloch bietet. Der Petent der zu Grunde liegenden Petition gegen "Original Play" hatte sich dazu an alle Petitionsausschüsse der 16 Bundesländer gewandt! Im sogenannten "Erziehungskonzept" namens "Original Play", bei dem Fremde in spielerischen Körperkontakt mit Kindern kommen sollen, lauert massivste Gefahr der Kindeswohlgefährdung. Dies weckte die berechtigten Befürchtungen nicht nur des Petenten, sondern auch vieler anderer Eltern, dass es hier zu Kindesmissbrauch kommen könnte, was dann auch in Sachsen-Anhalt der Fall war! Hier konnte ich in schwieriger "Zusammenarbeit" mit der zuständigen Abgeordneten der GRÜNEN Partei eine relativ zufriedenstellende Lösung finden.

Ich setzte mich gegen die Frühsexualisierung und den sogenannten Transgender-Irrsinn ein, den ich als Bedrohung für die kindliche Unschuld und das kindliche Wohlbefinden ansehe.

Welches gefährliche Ausmaß die Frühsexualisierung annehmen kann, zeigt das inzwischen weitestgehend aus dem Verkehr gezogene Kinderbuch "Lisa & Jan" (https://www.amazon.de/Lisa-Jan-Aufkl%C3%A4rungsbuch-Kiunder-Eltern/dp/B00B0Q8CZ8) von Frank Herrath und Uwe Sielert (Das Buch wurde für das Alter 4-8 Jahre erstellt!!).

Doch auch in Kindergärten versucht die gefährliche Frühsexualisierung Einzug zu halten, wie folgender, untenstehender Artikel aus der "Jungen Freiheit vom 7.7.2023 zeigt:



HANNOVER. Ein von einer Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt geplanter "Körpererkundungsraum" ist vom Landesjugendamt in Niedersachsen gestoppt worden. Eine Sprecherin des Kultusministeriums erklärte, das pädagogische Konzept gefährde das Kindeswohl und habe keinen Bestand. Zuvor hatte die Bild berichtet, daß der Kindergarten die Eltern in einem Brief von der Errichtung eines solchen Raumes unterrichtet und dabei Regeln festgelegt habe. So heißt es in dem zitierten Schreiben, daff "jedes Kind" selbst entscheide, "ob und mit wem es körperliche und sexuelle Spiele spielen will". Ebenso sollten Kinder in dem Raum die Chance haben, den eigenen sowie fremde Körper zu erkunden. Laut dem Vorstandsvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt in der Region Hannover, Dirk von der Osten, sei dieser Brief nicht mit der Fachberatung abgestimmt und genehmigt worden. Auch der von dem Kindergartenleiter vermittelte Eindruck, das Kultusministerium fordere zu "Körpererkundungsräumen" auf, sei falsch. Gegen die Leitung des Kindergartens wurde Anneige erstatter. Zudem wurde bekannt, daß in der Vergangenheit ein Erzieher in dem Kindergarten gearbeitet hatte, der derzeit aufgrund des Verdachts von Kindesmißbrauch und dem Besitz von Kinderpornographie vor Gericht steht, Mehrere Eltern hatten sich nach Erhalt des Briefes beim Ministerium beschwert. (lb)



Diese hochbrisanten Themen der Frühsexualisierung und des Gender-Irrsinns beschäftigten mich in vielen Bereichen meiner parlamentarischen Arbeit!

Darüber hinaus organisierte ich auch eine Veranstaltung zum Thema in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz. Eine Fachreferentin unserer AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag sprach am 16.11.2023 in Belgern zum ebenso brisanten wie schockierenden Thema Frühsexualisierung. Im Folgenden der Bericht zur Veranstaltung:

Schockierende Frühsexualisierung: Bürger wurden am 16.11.23 in Belgern aufgeklärt (Webseiten-Beitrag vom 27.11.2023)



Einen erfolgreichen Vortrag zum Thema Frühsexualisierung, Gender und Queer-Szene führte ich am 16.11.2023 im Bürgersaal in Belgern durch. Für viele Bürger erwies es sich als ebenso interessante wie schockierende Informationsveranstaltung!

Die Teilnehmer waren über die Ausführungen der Fachreferentin erstaunt. Denn sie informierte darüber, wie bereits unsere kleinen Kinder oder Enkel durch Initiativen und Vereine an abstruse Sexualpraktiken oder konstruierte Geschlechtsidentitäten gewöhnt werden sollen! Noch dazu werden diese Praktiken vom Sozialministerium, federführend von Ministerin Petra Köpping (SPD), im Jahr sehr auskömmlich finanziert. Und wie so oft ist selbstverständlich die breite Mehrheitsgesellschaft aus Kirchen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit an Bord. Aus Sicht der AfD handelt es sich dabei um eine unerträgliche Verschwendung von Steuergeld der sächsischen Bürger!

Bürger schier entsetzt über Ausmaß des Gender-Wahnsinns!

Der Umfang des Steuergeldes, der dafür ausgegeben wird, geht in die Millionenhöhe. Die Bürger zeigten sich über das Ausmaß dieses Fördersumpfes schockiert. Sie hatten kein Verständnis für Transgender-Wahn und Frühsexualisierung unserer Kleinsten. Zugleich waren sie der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag dafür sehr dankbar, dass sie dieses gern verschwiegene Thema beharrlich aufgreift und die Öffentlichkeit darüber informiert!

3. Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages



Unsere Sächsische Verfassung garantiert in Artikel 35 das wichtige Grundrecht, sich mit Bitten oder Beschwerden in Form einer Petition an den Sächsischen Landtag zu wenden. Das schließt auch den Anspruch mit ein, innerhalb einer angemessenen Frist eine wohlbegründete Antwort zu erhalten.

Von 2019 bis 2024 war die AfD mit neun Abgeordneten im Petitionsausschuss des Sächsischen Landtages vertreten.

Wir als Mitglieder des Petitionsausschusses sehen uns als Mittler der Interessen des Petenten (=Beschwerdeführer) gegenüber den zuständigen Behörden. Über Petitionen werden Probleme der Bürger behandelt, die in der Öffentlichkeit selten wahrgenommen und von den meisten Medien zudem kaum thematisiert werden. Deshalb sind Petitionen ein elementarer Bestandteil unserer Demokratie und politischer Teilhabe der Bürger (siehe dazu auch folgende Broschüre:

https://ia801507.us.archive.org/21/items/petition 202211/Petition.pdf).



Die Vertreter der sächsischen AfD-Fraktion im Petitionsausschuss von links nach rechts: Herr Dornau, Herr Zickler, Herr Wiesner, Herr Lupart, Frau Petzold, Herr Kumpf, Herr Peschel, Herr Kuppi und Herr Mayer.

Der Petitionsausschuss ermöglichte es mir zudem, in direkten Kontakt mit den Bürgern zu kommen. Dies konnte ich vor allem durch Vor-Ort-Termine zu einzelnen Petitionen realisieren. In den vergangenen Jahren habe ich insgesamt an 36 Ausschusssitzungen teilgenommen und ebenso viele vorbereitende Arbeitskreissitzungen absolviert. Dabei habe ich insbesondere die Petitionen und Themen bearbeitet, die dem Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie dem Staatsministerium für Regionalentwicklung zugeordnet sind.

Es freut mich besonders, dass ich in dieser Legislaturperiode mehr als 100 Bürgern mit ihren Problemen, die Sie in Petitionen gefasst haben, zur Seite stehen konnte. Die mir vorliegenden Petitionen thematisierten u.a. den Schutz und Erhalt eines Biotops und von Denkmälern in Sachsen, die Aufhebung der Corona-Maskenpflicht, die Schaffung von Pflegestützpunkten, Zwangsgebühren für öffentlich-rechtliche Medien, die Programmgestaltung des MDR oder die bedrohliche Versiegelung vieler Städte in Sachsen.

Besonders spannend wie zeitintensiv war die bereits genannte Petition zum Spielekonzept "Original Play" (siehe Kapitel 2.1.2. zum Kinderschutz). Hier gelang es mir in einer – durchaus konstruktiven – Zusammenarbeit mit einer jungen, aufgeschlossenen Landtagsabgeordneten der Partei "Bündnis 90/Die Grünen", eine einvernehmliche Lösung zum Schutz der Kinder vor diesem gefährlichen, u.a. in den Kindertagesstätten in Brandenburg, Bremen und Bayern verbotenen Spielekonzept zu finden.

Petition "Naturbad Luppa" in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz

Auch eine Petition zum Schutz des "Naturbad Luppa" bei Oschatz lag auf meinem Schreibtisch. Dabei ging es um die Entnahme von Wasser aus dem gern genutzten Badesee. Folgender Artikel von meiner Webseite vom 14.05.2024 beschreibt den Sachverhalt treffend:



Naturbad Luppa: AfD setzt sich für Lösung ein (Webseiten-Beitrag vom 14.05.2024)

Seit vielen Jahren ist die Wasserentnahme am Kiessee Naturbad Luppa bei Oschatz für Anwohner und Freunde des Naherholungsgebietes ein <u>sehr brisantes Thema</u>. Kritiker äußern, dass durch die landwirtschaftliche Wasserentnahme am Naturbad die Wasser- und Badequalität stark beeinträchtigt werde, ja das Naturbad u.a. durch Wasserpflanzen-Befall langfristig gar nicht mehr genutzt werden könnte!

Anlässlich dieses dringenden Bürgeranliegens führte der Petitionsausschuss am 19.03.2024 eine Ortsbesichtigung am Naturbad Luppa durch.

An der Ortsbesichtigung und der nachfolgenden Besprechung im Rathaus Wermsdorf nahmen neben den Petenten (Bürgerinitiative) auch unser Petitionsausschuss-Mitglied der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, mehrere Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Vertreter der Landesdirektion Sachsen, Vertreter des Landratsamtes Nordsachsen, der Bürgermeister der Stadt Wermsdorf sowie der Pächter des Naturbades und die betroffenen Bauern teil.

4. "Kleine Anfragen" – Parlamentarisches Arbeitsinstrument

Die "Kleinen Anfragen" spielten in meiner parlamentarischen Arbeit im Sächsischen Landtag eine bedeutende Rolle. Insgesamt habe ich 276 solcher Anfragen an die Sächsische Staatsregierung gestellt. Diese Anfragen deckten eine Vielzahl von Themen ab und boten mir die Möglichkeit, auf Missstände hinzuweisen und Informationen von der Regierung einzufordern.

Kleine Anfragen und die Information der Bürger darüber sind deshalb so wichtig, weil sie uns als Abgeordneten ermöglichen, Transparenz in der Regierungsarbeit herzustellen und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Sie bieten eine direkte Möglichkeit, auf Probleme aufmerksam zu machen und konkrete Antworten zu erhalten, die oft auch als Grundlage für weitergehende politische Initiativen dienen. Sie sind damit ein wichtiges Instrument, um die Interessen der Bürger effektiv zu vertreten und sicherzustellen, dass ihre Anliegen Gehör finden! Dementsprechend habe ich das parlamentarische Instrument der "Kleinen Anfragen" intensiv genutzt.

Die Themen meiner Kleinen Anfragen drehten sich oft um die Belange der Senioren- und Behindertenpolitik bzw. Pflege, der Infrastruktur, der JVA Torgau, von mir behandelter Petitionen sowie um lokale Anliegen, wie den Erhalt von Kulturdenkmälern, Kriminalfälle und den Widerstand gegen die Errichtung von Windrädern und 5G-Funktürmen. Darüber hinaus standen Fragen zur Corona- und Lockdown-Politik, insbesondere zur Aufarbeitung des Regierungshandelns während der P(l)andemie, im Fokus meiner Anfragen.

Auch bezüglich der zunehmenden Altersarmut konnte ich durch eine Kleine Anfrage sowie eine anschließende Pressemitteilung die Leser der TZ (22.06.2022) über diese beängstigende Entwicklung informieren, wie der rechts zu sehende Artikel belegt. Meine Anfrage vom 29.04.2022 und die zugehörige, alarmierende Antwort der Staatsregierung dazu folgt hier auf der nächsten Seite.

Praktisch bekämpfte ich die furchtbare Altersarmut übrigens u.a. gemeinsam mit unserem Mitglied, Herrn Dr. Baldauf. Mit ihm habe ich die Tafel in Torgau besucht und dort 200 Euro gespendet.

Die Verteilung der wichtigsten Themen sehen Sie im Diagramm am Ende dieses Abschnitts!

Altersarmut im Kreis steigt

Nordsachsen. Die Altersarmut hat in Nordsachsen in den vergangenen Jahren zugenommen. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Antrage der nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold hervor.

Demnach stieg die Zahl der Emplänger von Grundsicherung ab der Renteneintritts-Regelaltersgrenze in Nordsachsen von 417 Senioren im Jahr 2015 auf 485 Senioren 2021. Die Zahl der Empfängerinnen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Landkreis stieg von 1265 Bürgern im Jahr 2005 auf 1675 2020. Beim Alter von 65 Jahren und älter stieg hier die Zahl der Empfänger von 402 auf 445 Personen.

Die Not vieler Rentner konnte also nicht gelindert werden. Vielmehr hat sie sogar zugenommen! Das lässt auch die jüngste, bejubelte Rentenerhöhung in Ostdoutschland um 6.12 Prozent in trübem Licht erscheinen", sagt Petzold. Senioren seien angesichts der aktuellen Preiserhöhungen, sei es bei Benzin, Lebenamitteln oder Strom- und Heizkosten, "einer Kostenlawine ausgesetzt". Deshalb fordert thre Fraktion im Landtag unter anderem die Auszahlung eines steuerfreien Energiegeldes von 1000 Euro für jeden Rentner im Freistaat.

DRUCKSACHE 7/9755

Sächsischer Landtag 7. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten

Gudrun Petzold, AfD-Fraktion

Thema: Altersarmut im Landkreis Nordsachsen

Vorab teilt die Fragestellerin mit, dass sie einer Verlängerung der Beantwortungsfrist gemäß § 56 Absatz 5 der Geschäftsordnung des 7. Sächsischen Landtags widerspricht.

Fragen an die Staatsregierung:

- 1. Wie hoch ist die Anzahl der Rentner, die in den vergangenen Jahren im Landkreis Nordsachsen Leistungen nach SGB XII bezogen haben? (Bitte zum Stand 31.12.2021, 31.12.2020, 31.12.2019, 31.12.2018, 31.12.2017, 31.12. 2016, 31.12.2015 und nach Grundsicherung im Alter und Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit aufgliedern, sowie nach kreisfreien Städten und Gemeinden!)
- 2. Wie viele Rentner haben im Landkreis Nordsachsen Leistungen nach SGB XII seit dem 31.12.1990 bekommen? (Bitte aufschlüsseln nach Geschlecht, in tabellarischer Form und als Liniendiagramm darstellen!)

Dresden, den 29.04.2022

Unterzeichner: Gudrun Petzold Ort: Dresden Datum: 29.04.2022

Gudrun Petzold

Eingegangen am: 29.04.2022 Ausgegeben am: 23.05.2022



Die Staatsministerin

BÁCHSBOHES STAATSBHEITERUM FUR SODALES UND GESELLICHAFTLICHEN ZURAMMERNAL? Abertralia 10 101067 Dramin

Präsidenten des Sächsischen Landtages Herm Dr. Matthias Rößler Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden Durchwahl Telefon +49 351 564-55000 Telefax +49 351 564-55010

Br Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktinizeichen (bitte bei Antwort angeber) Z-1053/75/193-2022/82437

Dresides.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Gudrun Petzold (AfD) Drs.-Nr.: 7/9755

Thema: Altersarmut im Landkreis Nordsachsen

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie hoch ist die Anzahl der Rentner, die in den vergangenen Jahren im Landkreis Nordsachsen Leistungen nach SGB XII bezogen haben? (Bitte zum Stand 31.12.2021, 31.12.2020, 31.12.2019, 31.12.2018, 31.12.2017, 31.12. 2016, 31.12.2015 und nach Grundsicherung im Alter und Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit aufgliedern, sowie nach kreisfreien Städten und Gemeinden!)

Zur Beantwortung der Frage 1 wird auf Anlage 1 verwiesen.

Frage 2: Wie viele Rentner haben im Landkreis Nordsachsen Leistungen nach SGB XII seit dem 31.12.1990 bekommen? (Bitte aufschlüsseln nach Geschlecht, in tabellarischer Form und als Liniendiagramm darstellen!)

Zur Beantwortung der Frage 2 wird auf Anlage 2 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Haussracht/ft: Bischeisches Stadtsentrieberum für Sottales und Gesellschaft-Hoher Zusammenfunk Allentebeile 10 01387 Oresten

www.prs.sochsen.de

Die vollständige Antwort auf diese Anfrage können Sie hier samt Anlagen einsehen: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/KA-Altersarmut-Antwort.pdf



5. Anstaltsbeirätin der JVA Torgau im Landkreis Nordsachsen



Ich wurde von unserer Fraktion als Anstaltsbeirätin für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt (JVA) Torgau entsandt – dieser ist eine Interessenvertretung der Gefangenen.

Auch hier arbeitete ich in regelmäßigen Abständen mit weiteren parlamentarischen Vertretern anderer Parteien sowie Institutionen des Landkreises (Jobcenter, Diakonie) mit. Auch stand ich den Gefangenen, die eine Haftstrafe verbüßen müssen, für Fragen und Anliegen zur Verfügung. Insgesamt kam es jedoch während der Legislaturperiode nur zu einem einzigen Gespräch mit einem Gefangenen.



Diese schöne Schnitzerei eines Gefangenen überreichte mir die Leiterin der JVA Torgau als Dankeschön für meine aktive fünfjährige Arbeit als Anstaltsbeirätin. Es war mir eine Ehre und Freude!

6. Informationsfahrten mit interessierten sächsischen Bürgern aus meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz

Der Sächsische Landtag ermöglichte es seinen Abgeordneten, die Bürger des jeweiligen Wahlkreises zu Informationsveranstaltungen in den Sächsischen Landtag – per Bus – einzuladen.

Das untere Bild zeigt eine gelungene Veranstaltung mit meinen Wählern aus Torgau-Oschatz mit Besichtigung des Plenarsaals und meiner Arbeitsräume, Vorstellung meiner parlamentarischen Arbeit. Die Bürger konnten sich einen umfassenden Einblick in meine Arbeit im sächsischen Parlament und seinen Strukturen verschaffen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen beendeten wir unsere interessante und aufschlussreiche Informationsfahrt in den Sächsischen Landtag mit einer sehr schönen Stadtrundfahrt durch die Elbmetropole.



IV. Meine politische Arbeit mit den Bürgern im Wahlkreis Torgau-Oschatz



1. Nordsächsische Bürgertour – Abgeordnete in politischer Diskussion mit den Bürgern und Wirtschaftsunternehmen

Im Rahmen unserer "Nordsächsischen Bürgertouren" versuchten mein Wahlkreis-Mitarbeiter Herr Tobias Heller und ich, in direkten Kontakt mit den Bürgern, Unternehmern und kommunalen Interessenvertretern vor Ort zu kommen. Dabei stießen wir oft auf großes Interesse und Unterstützung für die Arbeit der AfD. Unsere Reisen durch meinen Wahlkreis-Torgau-Oschatz führten uns anderem nach Dreiheide, Großtreben, Beilrode, Belgern-Schildau, Oschatz, Liebschützberg, Mügeln und Dahlen.

Dabei stand eine Vielzahl von Themen im Mittelpunkt: Im direkten Gespräch mit Bürgermeistern vor Ort erwiesen sich immer wieder folgende Aspekte als wichtig: schmales Kindergarten-Angebot, marode lokale Infrastruktur, leere kommunale Kassen sowie die umstrittene Energieversorgung durch erneuerbare Energien. Den Bürgern und Unternehmern brannten insbesondere die steigenden Preise, die fehlende Meinungsfreiheit sowie der Mangel an Fachkräften unter den Nägeln. Hier konnten wir anhand des AfD-

Parteiprogramms auch konstruktiv unsere Lösungsansätze präsentieren und, wo möglich, politische "Erste Hilfe" leisten!



Beispielhaft möchte ich hier 2 Berichte von "Nordsächsischen Bürgertouren" von meiner Webseite www.gudrun-petzold.de aufführen:

Nordsächsische Bürgertour: Im Gespräch mit Unternehmern aus Dahlen und Oschatz

(Webseiten-Beitrag vom 04.07.2023)

Im Rahmen der "Nordsächsischen Bürgertour" konnte der Wahlkreis-Mitarbeiter von Frau Petzold, Herr Tobias Heller, im Juni mit Unternehmern und Bürgern in Oschatz sowie Dahlen zahlreiche konstruktive und lösungsorientierte Gespräche führen. Dabei wurde immer wieder offensichtlich, vor welche schwierige private wie berufliche Situationen die Politik der sächsischen Landesregierung und der Bundesregierung die verzweifelten Bürger stellt. Die "Alternative für Deutschland" versucht dabei, rasche und realitätsnahe Lösungen im Interesse der betroffenen Bürger zu finden!

Herr Heller sprach am 20.06.2023 beispielsweise mit einer Gastronomin aus Dahlen. Trotz der Herausforderungen während der unverhältnismäßigen und unvernünftigen Corona-Maßnahmen hat sich ihr kleiner 3-Mann-Betrieb über Wasser gehalten. Die Unternehmerin

ist stolz, aber der Umsatz und die Kundenzufriedenheit haben noch nicht das Niveau vor der Corona-Pandemie erreicht. Sie erkennt verschiedene Gründe dafür: Die anhaltende Inflation zwinge die Besucher dazu, ihre täglichen Ausgaben genauer zu überdenken. Auch sie habe deshalb aufgrund steigender Energie- und Nahrungsmittelpreise ihre Preise anpassen müssen.

AfD will Entlastung von Senioren und Inflationsausgleich

Aus ihrer Sicht ist dies ein Teufelskreis, der seinen Ursprung in der politischen Situation in Berlin und Dresden hat. Besonders die Senioren in der ländlichen Region, zu der Dahlen gehört, sind von steigenden Lebenshaltungskosten betroffen, die durch Rentenerhöhungen nicht ausgeglichen werden können. Auch viele Handwerker, die zum Kundenstamm gehören, sind laut ihrer Aussage unzufrieden, obwohl die Auftragsbücher voll sind. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag setzt sich angesichts der drängenden Not vieler Bürger für eine Entlastung der Senioren und eine Angleichung der Steuerlast an die jährliche Inflationsrate ein.

Denn auch die Dahlener Gastronomin empfindet es als immer unrentabler, selbstständig zu sein, da Steuern, Abgaben und Verwaltungskosten kontinuierlich steigen. Dennoch möchte sie den kleinen Betrieb so lange wie möglich weiterführen. Sie versucht, die derzeitigen

politischen Rahmenbedingungen so gut wie möglich auszublenden, da sie sonst frustriert ist und am liebsten auswandern würde. Herr Heller sicherte ihr weitere Kooperation und Unterstützung zu!

Badbetreiber fühlt sich von Politik im Stich gelassen

Wesentlich ausführlicher gestaltete sich dagegen ein Gespräch von Herrn Heller mit dem Pächter eines Bades bei Dahlen. Dieses sieht sich mit erheblichem Schädlingsbefall konfrontiert. Die geringe Wassermenge und die große Anzahl von Fischen im Gewässer bereiten ihm zusätzliche Sorgen. Der Pächter sieht mögliche Lösungen in einer Änderung der Entnahme-Praxis und einem Mindestpegel. Ein CDU-Lokalpolitiker drängt jedoch auf eine unrealistisch schnelle Lösung des Problems, da ein Vertrag zur Bewirtschaftung bestehe. Der Pächter ist offen für Unterstützung und hofft auf eine politische Lösung.



Infostand in Oschatz: Ich mit meinem damaligen Mitarbeiter, Herrn René Bochmann, im Bürgergespräch.

Auszubildende müssen stärker unterstützt werden!

In Oschatz belastet das politische Versagen von Landes- und Bundesregierung viele Unternehmer: Eine engagierte Fachhändlerin, mit welcher Herr Heller am 28.06.2023 persönlich in Oschatz ausgiebig sprechen konnte, betreibt derzeit ein Elektronikgeschäft in Oschatz. Sie bietet nicht nur Dienstleistungen an, sondern unterstützt ihre Kunden auch bei verschiedensten Anliegen wie dem Ausfüllen von Überweisungen oder auch technischen Fragen.

Obwohl das Unternehmen derzeit gut läuft, macht sich die Unternehmerin aufgrund politischer Veränderungen Sorgen um die Zukunft. Auch im privaten Bereich sieht sie zunehmende Herausforderungen, wie die Notwendigkeit für ihren Sohn, zur Berufsschule nach Plauen zu reisen, da es in der Region keine geeignete Schule gibt.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag möchte im Übrigen vor diesem Hintergrund Auszubildende bei ihren täglichen Wegen in Sachsen unterstützen. Deshalb hat sie einen Landeszuschuss von maximal 1.500 Euro zur Bewältigung der Kosten für den Führerschein von Azubis beantragt. Denn oft sind Berufsschulen schlecht mit Bus oder Bahn zu erreichen. Leider wurde auch dieser unmittelbar jungen Sachsen helfende Antrag von den etablierten Parteien abgelehnt!

Politische Lage bereitet Unternehmern viele Sorgen

Doch nicht nur dieses Problem ihres Sohnes beschäftigt die leidenschaftliche Unternehmerin aus Oschatz: Sie denkt sogar über einen Hausbau nach, aber das Grundstück, das sie interessiert, befindet sich laut Gemeinde im Außenbereich, obwohl es von Wohngebieten umgeben ist. Sie ist frustriert über die unklare Gesetzeslage und die Schwierigkeiten bei der Planung. Die Unternehmerin beobachtet die politische Arbeit der "Alternative für Deutschland" aufmerksam, da sie durch die Corona-Maßnahmen und negative wie einseitige Berichterstattung der Mainstream-Medien zur AfD zunehmend politisch interessiert ist.

Auch weiterhin wird Herr Heller das direkte Gespräch mit den Bürgern suchen, um über die sie bedrängenden Probleme offen sprechen zu können und gemeinsam Lösungen zu finden!



Immer aktiv - hier am Infostand in Oschatz!

Nordsächsische Bürgertour: Vor Ort bei Unternehmen in Belgern-Schildau und Oschatz

(Webseiten-Beitrag vom 26.07.2023)

Herr Tobias Heller besuchte als Wahlkreis-Mitarbeiter von Frau MdL Petzold im Juli 2023 Unternehmen in Belgern-Schildau und Oschatz. Dabei kamen unter anderem die dramatischen Folgen der Corona-Maßnahmenpolitik der Sächsischen Landesregierung, der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften vor Ort sowie die Arbeitsmarkt-Situation für ukrainische Flüchtlinge zur Sprache. Zusätzlich hielt Herr Heller MdL-Sprechstunden in Torgau (17.07.23), Belgern-Schildau (20.07.23) und Dahlen (21.07.23) ab.

In Belgern-Schildau sprach der Wahlkreis-Mitarbeiter von Frau Petzold mit einem Elektro-Unternehmer. Aktuell kann sich dieser nicht über Kundschaft beschweren. Während der drei Corona-Jahre hatte er jedoch – aufgrund der durch die Landesregierung aus CDU, GRÜNEN und SPD verhängten Zwangsmaßnahmen – mit großen Problemen zu kämpfen. Der erfolgreiche Unternehmer befürchtet nun perspektivisch erneute bürgerfeindliche Einschränkungen durch die Regierung!

Doch auch das neue "Heizungsgesetz" des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Herrn Habeck (GRÜNE), stellt den Unternehmer vor große Herausforderungen. Denn trotz einer bereits installierten Solaranlage auf dem Wohn- und Geschäftshaus wartet er derzeit noch auf die Einspeisegenehmigung durch den Versorger.

Wie er in Zukunft zu bezahlbaren Kosten heizen und wohnen soll, kann sich der Elektro-Unternehmer deshalb nicht erklären.

Im Sächsischen Landtag hat die Fraktion der "Alternative für Deutschland" bereits den Antrag "Keine Heizung ist illegal" eingereicht. Darin fordert sie die Sächsische Staatsregierung auf, sich im Bundesrat gegen dieses, die Bürger finanziell massiv belastende Gesetz einzusetzen und Alternativen vorzuschlagen! Die Altparteien sprachen sich jedoch während der Landtagssitzung vom 06.07.23 einhellig gegen diese lösungsorientierte Initiative aus.

Bei einem zweiten, spontanen Vor-Ort-Termin in Belgern-Schildau sprach Herr Heller mit einem engagierten Bauunternehmer. Dieser versteht sich als Nichtwähler. Die AfD werde jedoch aus seiner Sicht zu Unrecht unter Dauerbeschuss genommen. Denn die Altparteien regierten seit Jahren am Bürger vorbei!

Besonders die oftmals fehlende fachliche Qualifikation der zukünftigen Handwerker und Meister bereitet ihm Sorge. Im Vergleich zu seinen Gesellen- und Meisterstücken vor vielen Jahren sei die inzwischen präsentierte Leistung der Lehrlinge schwach. Auf die dringend fehlenden Fachkräfte im handwerklichen Bereich hat auch die AfD-Fraktion Sachsen mehrfach hingewiesen. Sie stellte unter anderem Anträge auf eine Führerschein-Förderung für Azubis, ein Ende der Überakademisierung sowie eine Erhöhung des Meisterbonus'. Die dazu eingereichten Vorschläge der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag wurden jedoch ebenfalls von den etablierten Parteien – also LINKEN, CDU, GRÜNEN und SPD – abgelehnt. Trotzdem wird die AfD hier auch weiterhin im Interesse der Bürger nachhaken!

Der Belgerner Bauunternehmer nahm die Informationen von Herrn Heller interessiert zur Kenntnis und zeigte sich auch an den "Parlamentarischen Infobriefen", <u>die hier eingesehen</u> werden können, sehr interessiert.

Ein späterer Termin an einem anderen Tag führte Herrn Heller nach Oschatz, wo er mit einer Raumausstatterin und Schneiderin ausführlich sprechen konnte. Auch diese litt unter den Corona-Maßnahmen der Sächsischen Landesregierung. Denn sie war weitestgehend zur Untätigkeit verdammt und musste sogar Arbeitslosengeld II beantragen! Obwohl sie während der Corona-Zeit hygienische Masken nähte, wurde sie von Behörden beziehungsweise der Polizei im Geschäft drangsaliert. Für ihre Mitarbeiter musste sie zusätzlich Kurzarbeit anmelden. Hinzu kommt nun, dass die von der Bundesregierung erhaltenen Corona-Hilfen inzwischen zurückgezahlt werden müssen. Auch die Krankenkasse und der Vermieter forderten erhebliche Nachzahlungen beziehungsweise Mietzahlungen ein!

Aus Sicht dieser Bürgerin, die sich sehr um den engen Kontakt zu ihren Kunden kümmert, bleibt die Diskriminierung heimischer Unternehmer durch die Landes- und Bundesregierung völlig unverständlich. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat sich vor diesem Hintergrund früh, nämlich am 07.12.2020, unter anderem für eine unbürokratisch auszuzahlende Existenzsicherung für Soloselbstständige und Kleinunternehmer während der Corona-Zeit ausgesprochen.

Diesen am Wohl der Bürger und der heimischen Wirtschaft orientierten Antrag lehnten die Altparteien jedoch ebenfalls ab – ebenso wie weitere von der AfD geforderte, unbürokratische Hilfen für Unternehmen. Aus unserer Sicht bleibt das völlig unverständlich!

Doch nicht nur diese nach wie vor akuten Folgen der Corona-Maßnahmen, auch der Mangel an Ausbildungs- und Fachkräften bereitet der Raumausstatterin große Sorge. Aus der Not heraus hat sie jetzt, trotz Sprachbarrieren, eine Ukrainerin auf Stundenbasis beschäftigt. Die Tätigkeiten sind für den Anfang überschaubar und sie hat sich bisher gut in den Betrieb integriert. Aus ihrer Sicht schwierig ist die Arbeit des Mannes der neuen Mitarbeiterin. Er arbeitete in der Ukraine ursprünglich auf dem Bau. Er wird in Deutschland jedoch noch nicht vermittelt, da er den 2. Sprachkurs nicht absolviert hat. Derzeit gibt es dafür nur sehr wenige Fremdsprachenlehrer, die diesen Kurs erst wieder Ende des Jahres anbieten. So ist er gezwungen, zu Hause untätig zu bleiben und vom Bürgergeld zu leben. Aus Sicht der AfD ein unhaltbarer und fragwürdiger Zustand, der weder im Interesse des arbeitswilligen Ukrainers noch unserer Bürger sein kann!



2. Parlamentarische Informationsbriefe

Da die nordsächsische Presse unter dem Chefredakteur Herr Fliegner uns seit geraumer Zeit ignorierte, habe ich mir eine alternative Möglichkeit zu einer regelmäßigen Kommunikation von Wissenswertem mit den Bürgern, den kommunalen Verantwortungsträgern sowie dem Landrat und Unternehmen im Landkreis Nordsachsen überlegt. Der folgende 1. Infobrief erschien im Oktober 2021:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

1. Parlamentarischer Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

erlauben Sie mir bitte, Sie als direkt von den Bürgern gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete über unsere Arbeit im Landkreis Nordsachsen zu informieren. Ich würde Sie gerne über die für unsere gemeinsame Heimat relevanten Pressemitteilungen, Gesetzesanträge, Initiativen, Anträge und Anfragen auf diesem Wege in Kenntnis setzen. Außerdem sollen Sie einen Einblick in die tägliche Arbeit unserer Fraktion im Sächsischen Landtag sowie in unsere alltägliche Arbeit vor Ort erhalten!

Leider haben die Medien im Raum Nordsachsen unsere jüngsten Pressemitteilungen "Die Bürger demonstrierten Klugheit und Macht an der Wahlurne", "Mehr Meister statt Master: Die Regierung hat den Fachkräftemangel völlig verschlafen" und "Ob 5G in Köllitsch oder Windräder bei Oschatz: Der Gesundheitsschutz steht an erster Stelle" nicht veröffentlicht. Deshalb lassen wir Ihnen untenstehend unsere Pressemitteilungen, die die Arbeit für die Bürger in Nordsachsen betreffen, gerne auf diesem Wege

zukommen. Auch zukünftig schicken wir Ihnen diese gerne zu.

Zugleich verbinde ich dies mit einer herzlichen, parteiübergreifenden Einladung zur Zusammenarbeit – ganz im Interesse der Bürger! Sollten Sie kein Interesse am Erhalt meines "Parlamentarischen Infobriefs" haben, bitte ich Sie, sich über den untenstehenden Link auszutragen oder uns eine E-Mail an gudrun.petzold@slt.sachsen.de zu schicken. Bei Fragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne jederzeit ebenfalls unter dieser E-Mail-Adresse zur Verfügung!

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen!

Mit besten Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Den vollständigen "1. Parlamentarischen Infobrief" können Sie hier einsehen: https://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2022/11/01 Parlamentarischer Infobrief.pdf

28 "Parlamentarische Infobriefe" haben wir regelmäßig in der 7. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages veröffentlicht.

Seit dem "4. Parlamentarischen Infobrief" vom Februar 2022 (siehe unten) habe ich diese Rundbriefe gemeinsam mit dem damals frisch direkt gewählten nordsächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten René Bochmann verfasst. Herr Bochmann konnte dabei wichtige Eindrücke von der politischen Arbeit für Nordsachsen aus der Berliner Perspektive beisteuern. Zudem haben wir circa vierteljährliche gemeinsame Teamtreffs in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz durchgeführt, um die gemeinsame Arbeit für die nordsächsischen Bürger zu planen und zu koordinieren.



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss AfD-Bundestagsfraktion



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

4. Parlamentarischer Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir wünschen Ihnen auf diesem Wege nachträglich ein gesundes Neues Jahr!

Vor sich finden Sie unseren ersten gemeinsamen MdL/MdB-Infobrief mit den für unseren Landkreis Nordsachsen relevanten Informationen aus dem Sächsischen Landtag und dem Deutschen Bundestag! Auch in Zukunft würden wir Sie – so gewünscht – auf diese Weise gerne gemeinsam über unsere tägliche Arbeit informieren.

Insbesondere möchten wir Sie auf die aktuelle Petition "Nein zur Impfpflicht - §20a IfSG abschaffen und Versorgungsnotstand in Nordsachsen abwenden!" hinweisen. Denn angesichts ab dem 15.3.2022 gültigen, berufsbezogenen Impfpflicht droht ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung in Nordsachsen! Sie können diese wichtige Petition hier einsehen: openpetition.de/!keineimpfpflicht.

Außerdem finden Sie in dieser E-Mail wieder interessante Gesetzesinitiativen,

Anträge, Reden und Pressemitteilungen mit hoher Relevanz für unsere Heimat Nordsachsen! Eine aufschlußreiche Anfragebeantwortung zu Impfnebenwirkungen in Nordsachsen, die das Büro Petzold gestellt hat, finden Sie im Übrigen hier. Demnach gab es bereits mehrere Fälle schwerer Corona-Impfnebenwirkungen in Nordsachsen!

In meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter habe ich, René Bochmann, im Januar zwei Anfragen eingebracht. Die erste Anfrage widmet sich dem Thema Torgauer Hafen. Dazu wollte ich wissen, wie sich die Bundesregierung bezüglich Ausbau der Infrastruktur positioniert. Die zweite Anfrage bezieht sich auf den Nord-Ostsee-Kanal. **Für beide Anfragen stehen die Antworten noch aus.** Zu den Themen Impfpflicht, Rentenerhöhung und Freiwillige Feuerwehr äußerte ich mich in Pressemitteilungen und sendete sie an die lokalen Redaktionen in Nordsachsen – Sie finden eine Auswahl in dieser E-Mail.

Gerne würden wir auch Ihren Ortsvorstehern diese Nachrichten bei Interesse zukommen lassen. Deshalb wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns deren E-Mail-Adressen mitteilen könnten. Sie erreichen uns dazu unter gudrun.petzold@slt.sachsen.de sowie Rene.bochmann.mdb@bundestag.de.

Unter diesen Mailadressen stehen wir Ihnen auch gerne für Rückfragen und Anregungen zur Verfügung!

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!

Mit besten Grüßen

René Bochmann Mitglied des Deutschen Bundestags Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Hier können Sie alle Infobriefe einsehen: https://gudrun-petzold.de/infobriefe-zum-download/

3. Unterstützung für regionale Vereine und Traditionspflege

Bereits vor unseren "Nordsächsischen Bürgertouren" war es mir ein besonderes Anliegen, die Traditionen unserer schönen nordsächsischen Heimat zu fördern und bewahren zu helfen. Das gilt auch für den Ringbrandofen meiner Geburtsgemeinde Großtreben! Dieser stellt den weltältesten Ringbrandofen zum Brennen von Ziegeln dar. Dort musste mein Vater, nach seiner Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft, noch im Schweiße seines Angesichts das karge Gehalt zum Unterhalt seiner Familie verdienen, er schleppte dabei fast den ganzen Tag schwere Ziegel! Auch deshalb war es mir ein besonderes Anliegen, dem hier denkmalpflegerisch tätigen "Ostelbien-Verein" 1.000 Euro zum Aufbau einer Blitzschutz-Anlage auf dem Ringbrandofen zukommen zu lassen!



Vor dem weltältesten Ringbrandofen zum Brennen von Ziegeln in Großtreben im Landkreis Nordsachsen!





Im Folgenden finden Sie mein Schreiben an den Vorsitzenden des Ostelbien-Vereins, Herrn Reinboth, vom 21.09.2020:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Ostelbien-Verein Bahnhofsstr. 3c

04886 Beilrode

Dresden, den 21.09.2020

Finanzielle Unterstützung für den Ringbrandofen Großtreben

Sehr geehrter Herr Vereinsvorsitzender Reinboth, Sehr geehrter Herr Milling, Sehr geehrte Vereinsmitglieder,

mit großem Interesse habe ich zum Tag des offenen Denkmals, am 13.09.2020, den Ringbrandofen in Großtreben bewundern können. Dieser weltälteste Ringofen zum Brennen von Ziegeln fasziniert mich sowohl aus der technischen als auch aus der persönlich familiären Perspektive. Aus meinem persönlichen Gespräch mit Herrn Milling vor Ort, habe ich viel Ideen und Inspirationen mitnehmen können. Nun verfolge ich -als gebürtige Großtrebenerin- mit großer Freude Ihr Engagement, seitdem sie 2007 den historischen Ringbrandofen übernommen und ihn vor dem Verfall bewahrt haben.

Auf diesem Wege möchte ich Ihnen noch einmal für Ihre sehr wichtige Arbeit danken!

Für mich und meine Familie stellt dieses einmalige Bauwerk etwas ganz Besonderes dar. Zu DDR-Zeiten hat mein Vater viele Jahre schwer körperlich in dieser Ziegelei gearbeitet. Noch heute erinnere ich mich daran, wie viel Kraft ihn das Transportieren der schweren Ziegel mitunter gekostet hat. Auch teilweise das Schieben der mit Lehm gefüllten Loren vom Abbauort zur Ziegelei, forderte einen unerbittlichen Tribut von der Gesundheit meines Vaters.

Für einen Hungerlohn von ca. 400 Ostmark pro Monat haben er und viele andere Arbeiter sich in der Ziegelei abgemüht. Vielleicht gibt es hiervon auch noch Bildzeugnisse, die in der wunderbaren Fotoausstellung von Herrn Milling eventuell ihren angemessenen Platz erhalten könnten. Auch vor diesem Hintergrund bleibt der Ringbrandofen für mich ein wichtiges Stück Heimatgeschichte und Kindheitserinnerung.



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik

der Affi-Eraktion Senbenn

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gerne würde ich als sächsische Landtagsabgeordnete der Alternative für Deutschland meinen Beitrag zum Erhalt des Ringbrandofens leisten. Deshalb habe ich, um die Errichtung einer Blitzschutzanlage zu unterstützen, soeben 1.000 Euro an Ihren Verein überwiesen. Ich hoffe, damit einen kleinen Beitrag für den Erhalt des Ringbrandofens geleistet und zugleich den "Grundstein" für die geplante Blitzschutzanlage gelegt zu haben.

Gerne werde ich mich weiterhin für Ihre Arbeit und den Großtrebener Ringbrandofen einsetzen und auch den ein oder anderen Besuch vor Ort einplanen.

Es ist mir eine große Freude, einen kleinen Beitrag zum Erhalt dieses einmaligen Industriedenkmals zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen,

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Herr Reinboth, der nicht nur Vorsitzender des Ostelbien-Vereins ist, sondern auch Bürgermeister von Arzberg, bedankte sich am 28.09.2020 für meine Spende:

DANKE für die Speride 28,9,2020 DANKE für die Spende Ostelbienverein [info@ostelbien.de] Gesendet: Montag, 28. September 2020 09:06 An: Petzold, Gudrun (SLT, AFD) Cc: georg milling@web.de, hoboers@arcor.de Anlagen: Spende Petzold 2020.pdf (188 KB) Liebe Frau MdL Gudrun Petzold, mit anhängendem Schreiben wollen wir uns herzlich für ihre großzügige Unterstützung unseres Vereinsproje Großtreben bedanken. Vielen Dank! Nette Grüße aus Beitrode Holger Reinboth Vorstand **Unser Kontakt** Verein zur Bewahrung und Förderung des ländlichen Raumes Ostelbien im Landkreis Nordsachsen e. V. (kurz: Ostelbien-Verein) Bannhofstraße 3c D-04886 Beilrode Fon / Fax: +49 (0)3421 - 718290 E-Mail: info@ostelbien.de I-Net: www.ostelbien.de

Verein zur Bewahrung und Förderung des landlichen Raumes Ostelbien e.V. Bahnhafstraße 3c 04886 Beilrode



Ostelbien-Verein + Bahrmotshalia 3c + 04886 Balimde

AfD-Bürgerbüro Torgau Frau MdL Gudrun Petzold Breite Straße 4 04880 Torgau 28. September 2020

Spende für Ringbrandofen Großtreben

Sehr geehrte Frau MdL Gudrun Petzold.

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. September 2020, in dem Sie sich wertschätzend über die ehrenamtlichen Aktivitäten unseres Vereins zur Sicherung und Sanierung des Technik-Denkmals Ringbrandofen Großtreben außern. Das haben wir sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Vielen Dank auch für Ihre Schilderungen zu ihrem privaten Bezug zum Denkmal. Das sind interessante Einblicke in den ehemaligen Arbeitsalltag, die unsere angelegte thematische Chroniksammlung ergänzen.

Noch viel mehr erfreut uns jedoch ihre großzügige Spende für den Ofen von 1,000 Euro, die fürs anzusammeinde Budget zur Errichtung eines Bitzschutzes verwendet werden soll. Vielen herzlichen Dank dafür und für ihr interesse an unserem Vereinsprojekt!

Wir freuen uns, wenn Sie unser Vorhaben weiter begleiten.

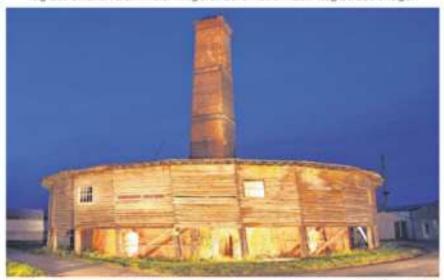
Mit freundlichen Grüßen

Holger Reinboth Vorsitzender

Wissenswertes aus der "TZ" vom 10.09.2020:

Sogar das Torgauer Hochhaus besteht aus Großtrebener Ziegeln

Tag des offenen Denkmals: Ringbrandofen ist am Sonntag zu besichtigen



Der Ringbrandstein broftreiten von Fotograf Georg Milling in bonne gesetzt.

tion T.S-Restablisher Nation World

Geffreiten. Bulley and beerhaulists sielt in old dem Grondelick in Geditarben aus. Wet dem katterischen Kauptenscheten dieser Tage betraubien, bat bestemmt nich felblie, auch eine zu dem bestemmt nich felblie, auch eine zu dem bestemmt nich felblie, auch eine zu dem bestemmt nich bestembereitent einstellige habe bereitet.

Aller House schein. 50 soller 100. Julies Valer House schein. 50 soller 100. Julies rarpischbesthern. Diestrafe Steine 50 soller Zeingebeit im Sichardt 20 Von 52. Anbenbestatille. Und die Judicen meisent (ich in Line. 13 000 Zimprichtime wasden um Tog gebinant). Im 3. Siche Mifitzbien barben der Feisens den Frankrammen Hilling der Feisens den Frankrammen Hilling der Arbeiten, zweischriese ein Eiglich. Sie 40 Tours Wassemugsender tempfeit Bauen, der Schriebender Stein und Nach schalennenger Sechnillerung ger Sechnillerun Laten Denom der Arma-

Loke mit Loren

His on 40 000 Ziegelnichen lander im binneren den 15-Kammer-Brogelsen Plats, Dies Leite nich Leist nich im im Auftergebtein über die Verbatenstätiger. Die wanden mit Beggebelicht und am Ziel unt einem Scholgenfang entladen.

Das Meinerigt demanter von bemacht bauten Gardene, bemein in Prolitigation on Austamp hährer Appril bespeter die Austern Literat wurden der Über zur fallen der Schaffen Meiner Meiner der dem der Schaffen Meiner Meiner der ausgeber der Geberger der der der weben von Western den Weg für zur Kanner der Meiner der Meiner der Elegenten Bis (Weitelmerklere Ind die Produktion, Übergere wie ins einem Kannere Immerkann Kanner des des Beschlich über der einzeltzen Brann-Bagene führer weedschen. Der Leiteis kam werber im Machweck inwantenen inte Statel, Wassen verfüllendten Ein Alenthenen des Handle Wassen verfüllendten Ein Alenthenen des Handlendtenen Vereiter des gewahren bei Anneuell der des Enthannu Aussellen Handlendten des Handlens han, die Prosentier dem Handlendten han den Handlendten handlendt zu erführendicht Lautenetz zu erführten. Sie wir ab der Vereiter der Vereiter der der Vereiter der der Vereiter der Vereiter versicht Vereiter der der Handlendten versicht von der Vereiter versicht versichten versichten versicht versichten versicht versichten versicht versicht

Besichtigung

West templocking generatelists (al., smilles poly their harmonistics fromming design poly their semimonistics. Damps bestelled absolute heiros bumplentweiters paged the officiams Devektweite des Molyterials and their semimonistics. Wellson designates between the mediants. Wellround des manches floodinars been Paleter trees fundamentales floodinars been Paletter trees fundamentales floodinars been palet enter Julius terregent, due Comming-Pausforsein and semi-displaying and visition and productions can be developed comming and the Paleter State of the Paleter State (all Paleter State State of the Paleter State of the P

blooks bilgering von ford ein.

"Fitz zus risjond relative verting tred
them wit en auf diesen first gand. His
ne worsen hen natio bleen. Die alleminis
turcht mit nieuspen Besoncherentriment
aus reichmen in d. dieblie en anseich und
ground der Golder die Armein konte
bruskente gellenn "en Kristzt der ver
bruskente gellenn "en Kristzt der ver
demande Vleigen Beschecht son. Man
weitelle odeh verfül freuen, werten an
den mit der der der der der der der
kontenting narieraben. 10 gand 14 Ch.
latterensarite nach Candirectien, kann
men und daten Romaligung gattere

ten Es biert orth. Einen Manthetische weller mass vorsichtshaller mit delest kallen.

Des Chiledisseurstein helte des Broglaughbetes 2007 überrentationer um mit rück haltastine engleicht alle Weinitern geschillt, des erentgestiges Technik. Deinkhauf zu erführt, Bertherscher erstellen. Aus ein sich in ein den

33

"Wir haben 140 000 Euro eingesetzt, um das historische Denkmal zu retten"

Stolgar Reinbeth,

Libraria Bragania con Barraria Intel Ata-Daspati Intellet II would have 4 data-Potent des Imponences Princhtes I datade Hoffmann enveldant. Die Romphe 1866 von deurch und abgrowthletteres barraria nacht heimpt. Bit 1971 wat der Plengherundehen in Detrich. Zubeld wyschen bas jährtet daret. Den Grantbrachense stelltes daret. Den Grantbrachense stelltes daret. Den Grantbrachense stelltes daret iber Schulbrachense stelltes gegen mitte barraria daret stelltes gegen mitte barraria between vortenbet wurden dat zu DON. Zubten von der Hauselbrach Hondelungsernen schullt (BING).

The man Abbrarograph lagaritims dis Straige in radio excitors Schappers. Be an 200,000 100ch, standers planeling Folia, T.D.Archiv Eli, Hilling

Serrot. He bereitigten nach dom Bromen auch toock even bis don Wortten, bis on constitutighing we-

"NU hadron verteeleren 20.10 unt 2012 traunt 140 000. Einen emperetet, im dien kentennen het bewerert is verze Alven kentennen het bewerert is verze Alvschadtbur die bezers und sanderen, in sichteiner ", relikelt Hunger Breuchoth. Die Samme-seltste well aus Fürsten der Samme-seltste well aus Fürsten kapitäl Ernsettriebel. Sventt gelann en der bedrume be Deutstald von dem Verhallt in stalten sind für die Octosbeihand begeichtet zu standere. Ein d. Alliedtig selt mehr im der den der d. Alliedtig selt mehr im den den d. Alliedtig selt mehr im den den d. Alliedtig selt mehr im d.

Große Leistung

West tempe startiff tender von OM was wird über die Lanstang des Minglietier des Ontolktonmonster und aller laksorbiden überrankli und besin

Das ibs 2010 currk einschritzgefüllemen Demismal von wichtiges seine methodabet Baldendung werecht dierst 100 Arbeiten von ermen Toutrechte bewahrt. Der Sunde Kinn ein Scheindate ist beweitigt. Dark und Habreinhen died eingelebenert, die diestratihen die Stadinge wirde unspeglichen den Demisme Sentie bei Hille wirden den Olive getert wachte ver der Vittmung Weigenagt. Am Sanntag kann man nicht gelte werten unschafte beseine

4. Zusammenarbeit mit kommunalpolitischen Verantwortungsträgern

Im Rahmen meiner Arbeit im Wahlkreis habe ich immer wieder den direkten Kontakt zu Herrn Landrat Emanuel sowie zu den Bürgermeistern vor Ort gesucht. Im Folgenden beispielhaft Schreiben, aus denen die Schwerpunkte meiner Arbeit hervorgehen:





Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail

gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden Herrn Landrat Kai Emanuel Landratsamt Nordsachsen 04855 Torgau

"Die Zeichen stehen auf Sturm"

Offener Brief

Dresden, den 17.6.2022

Gratulation zur erfolgreichen Wiederwahl und Gedanken zum Wählerverhalten

Sehr geehrter Herr Landrat,

auf diesem Wege möchte ich Ihnen recht herzlich zu Ihrer erfolgreichen Wiederwahl als Landrat in Nordsachsen gratulieren! Ich hoffe sehr, dass wir weiterhin – insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene – konstruktiv und sachorientiert zusammenarbeiten werden.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich zugleich auf den bitteren Beigeschmack Ihres Wahlsieges – nämlich die geringste sächsische Wahlbeteiligung von 37,5 Prozent – verweise. Meines Erachtens sind die Bürger jedoch keineswegs an der politischen Mitgestaltung unseres, Ihres Landkreises uninteressiert, was uns auch die mächtigen Demonstrationen, insbesondere gegen die größtenteils unrealistischen Corona-Maßnahmen, vieler Bürger in Nordsachsen vor kurzem sehr deutlich vor Augen geführt haben. Wollen sie den Politikern damit ein Achtungszeichen setzen!?

Auch Ihnen wird – genauso wie mir – bewusst sein, dass in der nordsächsischen Bürgerschaft, im Angesicht der Wahlurne, inzwischen spürbare Resignation, das Gefühl der Zerrissenheit und Spaltung sowie Unzufriedenheit über die mangelhafte Umsetzung ihres Wahl-Willens vorherrschen. Ich möchte hier insbesondere auf die fragwürdige Regierungsbildung nach der vergangenen Landtagswahl hinweisen! Unsere Bürger wollen wieder gehört werden und der Wille des Volkes muss endlich respektiert und umgesetzt werden, auf Landkreisebene wie auch sachsen- und bundesweit.

Über 60 Prozent Nichtwähler empfinde ich wie die berühmt-berüchtigte "Stille vor dem Sturm"



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Dass sich außerdem jeder fünfte Wähler im Landkreis Nordsachsen gegen die althergebrachten Parteien entschieden hat, sollte sehr zu denken geben!

20 Prozent Protestwähler in unserem Landkreis ist das "Donnergrollen am Horizont"! Überhören Sie es bitte nicht.

Unsere Bürger werden immer mehr zu Wut-Bürgern, auch wenn dies vom politischen Establishment, goutiert durch die Presse, geringschätzig abgewertet wird. Aber wenn aus Wut-Bürgern Mut-Bürger werden, stehen die Zeichen auf Sturm in der Bevölkerung!

Als von den nordsächsischen Bürgern direkt gewählte Abgeordnete der größten Oppositionspartei im Sächsischen Landtag, der "Alternative für Deutschland", wünsche ich mir, auch im Namen der Bürger im Landkreis, dass Sie, als unser wiedergewählter Landrat, auch die enttäuschten und frustrierten Nordsachsen in ihr kommendes kommunalpolitisches Handeln aktiv mit einbeziehen.

Bei der Gestaltung einer guten und demokratischen Zukunft der Bürger in Nordsachsen können Sie auf meine Unterstützung zählen!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Zu jenem von mir in o.g. Schreiben vom 17.06.2022 angekündigten Sturm kam es dann zwei Jahre später im Rahmen der nordsächsischen Kreistagswahl vom 09.06.2024! Hier wurde die AfD mit 31,5 Prozent der Wählerstimmen klarer Wahlsieger. Die Herrn Emanuel unterstützende CDU erhielt dagegen nur 28,1 Prozent der nordsächsischen Wählerstimmen! Im Folgenden, abschließenden Schreiben vom 25.07.2024 an Herrn Emanuel konnte ich es mir nicht nehmen lassen, auf diese Zusammenhänge deutlich hinzuweisen:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail <u>qudrun.petzold@slt.sachsen.de</u>

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Landrat Kai Emanuel Landratsamt Nordsachsen 04855 Torgau

Dresden, 25.07.2023

Was ist Demokratie in unseren Zeiten?!
Wer ist Demokrat, wer oder was entscheidet?!

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel,

es ist nun schon eine Weile her, da durfte ich Ihnen, in meinem Schreiben vom 17.06.2022, zu Ihrer Wiederwahl gratulieren, meine Hoffnung auf konstruktive Zusammenarbeit in der kommunalen Ebene Ausdruck verleihen und Sie auch ein wenig auf die seinerzeit doch deutlich sichtbaren Zeichen: "Stille vor dem Sturm", "Donnergrollen am Horizont", "Wutbürger werden Mutbürger…" hinweisen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen nun gerne sagen -und ich hoffe, Sie sehen dies ähnlichdaß wir, die Mandatsträger der AfD, auf eine insgesamt konstruktive sowie sachorientierte Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Behörde des Landkreises Nordsachsens zurückblicken können.

Dafür möchte ich Ihnen, auch im Namen meiner Mitstreiter, danken.

Sie fragten mich einmal -auf meinen o.g. Brief abstellend- pointiert: "... na, wo ist denn nun der Sturm?"!

Hier sei mir ein Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 09.06.2024 erlaubt: Einem jeden, der die mediale Berichterstattung noch nicht gänzlich aus seinem Leben verbannt hatte, konnte nicht entgehen, wie hoch angesetzt die Notwendigkeit einer Bannung und Ächtung unserer Partei, der "Alternative für Deutschland", vor diesen Wahlen, den Mächtigen in Regierungskreisen und Wortgewaltigen in den Altparteien, im Einhergang mit den öffentlich-rechtlichen Medien, als höchste Gefahr für die Zukunft in diesem Lande erschien

Sogar ein Geheimgutachten des weisungsgebundenen Inlandsgeheimdienstes, stufte unsere Partei, unter **Nicht**preisgabe der "begründenden Erkenntnisse", als "gesichert rechtsextrem" ein! Und die Claqueure fordern munter "juristische Konsequenzen"!!!

Trotzdem, gelang es dem politischen und auch medialen Mainstream nicht, den Bürger zu einer ernsthaften Verständnisbereitschaft für all jene politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zumutungen zu verführen - im Gegenteil!

Der Bürger fällt längst nicht mehr auf diese platte Propaganda herein!

Unsere Nordsachsen sind politisch interessiert, motiviert und sie sind selbstverständlich, wie es das Lehnwort "Interesse" ausdrückt: **Mittendrin**

Es ist ihr Leben!

Es ist ihre nordsächsische Heimat!

Jedenfalls hat das Volk in Nordsachsen am 09.06.2024 gewählt, **unbeirrt** von dem permanenten Klamauk um die vorgeblich gefährdete "freiheitlich demokratische Grundordnung"!

Hat nicht Demokratie etwas mit dem Willen des Volkes zu tun?

Ist dieser, in der Wahl zum Ausdruck gebrachte Volkswille, somit nicht ein beredtes Zeugnis für das Versagen der Demokraten der etablierten Parteien und ihrer Gefolgschaft in unserem Land?

Sehr geehrter Herr Landrat, das war erst der Beginn des "Sturmes nach der Stille!".

Sehr geehrter Herr Landrat, ich möchte Ihnen gerne ans Herz legen, jedem zukünftigen weiteren Experiment einer Mehrheitsbildung unter Hinzuziehung von Kleinstparteien und dabei weiterer permanenter Denunziation unserer Partei in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, wirksam entgegenzutreten.

Sollte, nach den Wahlen, ob Kreistag oder Landtag -wieder gegen dem Willen des Volkesim Ergebnis eine Koalition nur mit den althergebrachten Parteien konstruiert werden, wäre das für die Akzeptanz unserer politischen Ordnung durch den Bürger verheerend! Die Wähler entdecken auch diesen Betrug, was sonst!

Sollten sich die wählenden Mutbürger in naher Zukunft als **getäuschte Wahlbürger** wiedererkennen, wäre das für die demokratischen Verhältnisse in unserem Lande eine Katastrophe.

Sehr geehrter Herr Emanuel, Sie hatten zurückliegend freundlicherweise an einem Arbeitstreffen im SBZ Delitzsch teilgenommen, welches ich im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit durchführen konnte. In meiner Eigenschaft als behindertenpolitische Sprecherin befaßte ich mich mit den aktuellen Herausforderungen der Werkstätten für behinderte Menschen.

Während der Arbeit an dieser Problematik gelangten mir einige ausnehmend verschlagene und undemokratische Umgangsformen von institutionellen Strukturen der sozialen Arbeit, insbesondere auch im Bereich der Behindertenfürsorge zur Kenntnis.

Einige dieser Strukturen führen nichts weniger im Schilde als den kompletten Ausschluß der Abgeordneten und Verantwortungsträger der "Alternative für Deutschland" aus allen Bereichen der sozialen Arbeit.

Diese empörend undemokratischen Vorgänge habe ich der Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Frau Köpping, in einem Schreiben vom 04.07.2024 (s. Anl. 1) mitgeteilt und vorab auch dem Landesbeauftragten für Inklusion der Menschen mit Behinderung nahegebracht (s. Anl. 4).

Ein illustriertes Zeugnis der demokratiefeindlichen Geisteshaltung finden Sie in den "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" der "Lebenshilfe e.V." (s. Anl. 2) und dem Aufruf "Es geht uns alle an" von 19 Sozialverbänden. (s. Anl. 3)

Diese Zustände haben mich in meinem demokratischen Verständnis bitter enttäuscht! Meine Hoffnung ist, daß Sie, sehr geehrter Herr Landrat, in Zukunft genügend innere Überzeugung, Kraft und breite Unterstützung aufbringen können, um solcherlei undemokratischen Verhaltensweisen in der kommunalen Arbeit, insbesondere in den wichtigen sozialen Bereichen in Nordsachsen, entgegenzuwirken.

Denn: Diese undemokratischen Geisteshaltungen, gepaart mit Verschlagenheit, schaffen unnützes aber gefährliches gesellschaftliches Spannungspotential!

Sehr geehrter Herr Landrat, desweiteren möchte ich Sie, auf das von vielen Bürgern und auch von mir als sehr kritisch empfundene Wirken unserer Staatskirchen, aufmerksam machen.

Viele Würdenträger der evangelischen und katholischen Kirche verlegen sich seit geraumer Zeit darauf, ihre Bedeutung in einer **Mitgestaltung tagaktueller politischer Prozesse zu suchen, anstatt die frohe Botschaft zu verkünden**.

Dramatisch sichtbar wird dies im Umgang mit den Verantwortungs- und Mandatsträgern in meiner Partei.

Natürlich sehen nicht wenige bodenständige Christen und im Ergebnis auch ich als Katholikin, den Besuch der Ordinariatsrätin, Frau Dr. Pscheida-Überreiter, im LRA Nordsachsen am 04.06.2024, in einem sehr kritisch zu hinterfragenden Licht. Die Vorstellungen der Mitarbeiterin von Herrn Bischof Timmerevers, Frau Dr. Pscheida-Überreiter" sich -wie Ihnen bei ihrem Antrittsbesuch auf Schloß Hartenfels dargelegt wurdein das Handeln der "kommunalen Spitzenverbänden", "Gewerkschaften", "Behörden und Verbänden" einzumischen, vermittelt eher den Eindruck einer lobbymäßigen Vernetzung als ein Wirken im Sinne des Glaubens.

Wir, die "Alternative für Deutschland" und Millionen Christen kämpfen aber dafür, daß die Kirche ihrem Auftrag, der Verkündigung der frohen Botschaft, **treu** bleibt.

Wir sind entsetzt, daß die einst mutige und wehrhafte Kirche, welche die Christen und Bürger aus der sozialistischen Diktatur führen wollte, nun in der **links-woken**-

Transformationsgesellschaft mitmarschiert und dabei unweigerlich in Richtung Selbstabschaffung steuert.

Dieses äußerst fahrlässige Handeln mündet letztendlich in unchristlichen Aufrufen der Bischöfe in Deutschland zur Mobilmachung gegen unsere Partei.

Dies ist brandgefährlich und führte bereits zu Demonstrationsteilnahmen von Linksradikalen, mit dem Mordaufruf "AfD`ler töten".

So etwas kann weder uns als Christen in der AfD, noch allen anderen Mitgliedern unserer Partei und auch nicht den mündigen Bürger unberührt lassen!

Bleiben Sie ein guter Demokrat und behalten Sie dabei bitte -besonders in diesen Zeitenauch unbedingt das **Bedürfnis der Menschen nach Frieden** im Blick.

Ohne den Frieden und sein Mühen danach, das wissen die Bürger, ist alles von unsicherem Bestand.

Mit diesen Worten möchte ich mich aus meiner aktiven politischen Arbeit von Ihnen und Ihren Mitarbeitern verabschieden.

Mit besten Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

PS: Leider konnten Sie am 20.06.2024 nicht an unserer Veranstaltung zum würdigen Gedenken an die deutschen Vertriebenen, am Denkmal in Torgau, teilnehmen.

Der anlageseitig verwiesene Filmbeitrag vermittelt Ihnen einen Eindruck vom Empfinden der Teilnehmer im Hinblick auf das "zu Gedenkende" und die Erwartungshaltung an die politischen Verantwortungsträger. (s. Anl. 13)

(Den Umfang der Ausführungen und Anlagen sehen Sie mir bitte nach! - Vielleicht für Ihren Urlaub gedacht...)



Gudrun **Petzold**

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn Oberbürgermeister Henrik Simon Stadtverwaltung Torgau Mark 1 04860 Torgau

Dresden, 25.07.2024

Professionelle Zusammenarbeit als Zeichen von demokratischem Handeln

Sehr geehrter Oberbürgermeister Simon,

das heutige Schreiben möchte ich zum Anlaß nehmen, um mich aus meiner aktiven politischen Tätigkeit von Ihnen, in meinen wohlverdienten Ruhestand, zu verabschieden.

Unser konstruktives Gespräch gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, zum verantwortungsvollen kommunalpolitischen Handeln, im Nachgang Ihrer Wahl zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Torgau, ist mir gut in Erinnerung geblieben. Heute kann ich resümieren, daß die gemeinsame Arbeit auf der Ebene des Bundes, des Landes und auch im Stadtrat zwischen Ihnen und den Mandatsträgern der AfD gut funktioniert hat. Gleiches kann ich auch als Anstaltsbeirätin für unser gemeinsames Mühen in der Strafrechtpflege, mit Ihnen als Vorsitzenden des Anstaltsbeirates, konstatieren.

Sicherlich sind Ihnen noch meine Ausführungen (s. Schr. v. 04.06.2024), über die undemokratischen Umgangsformen von institutionalisierten Strukturen der sozialen Arbeit, gegenüber den Mandatsträgern meiner Partei, der "Alternative für Deutschland", noch gegenwärtig. Dahingehend habe ich der Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Frau Köpping, in meinem Schreiben vom 04.07.2024, meine Erfahrungen -während meiner parlamentarischen Arbeit- zu den aktuellen Herausforderungen der Werkstätten für behinderte Menschen zur Kenntnis gegeben (s. Anl. 1).

Ich wünsche mir sehr, daß Sie bei Ihrem zukünftigen Engagement als Oberbürgermeister der Stadt Torgau, einem solchen undemokratischen Verhalten gerecht und grundgesetzkonform entgegenwirken und somit eine konstruktive kommunalpolitische Sacharbeit, besonders in den sozialen Bereichen, ermöglichen.

In diesem Zusammenhang werden Ihnen auch die "gewonnenen" Fördermitteln in Höhe von 1 Mio Euro, zur Schaffung einladender barrierefreier Sozialräume, für eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen hilfreich sein.



Gudrun **Petzold**Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Simon, herzlichen Dank auch für Ihre grundsätzliche Bereitschaft, an unserem Gedenken zum "Tag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" in Torgau teilzunehmen.

Bedauerlicherweise waren Sie am 20.06.2024, infolge eines anderen Termins, verhindert. Es wäre mir eine Freude, wenn Sie sich die Gedenkveranstaltung (s. Anl. 2) -in einer ruhigen Minute- anschauen und sich den Erfahrungen und Erwartungen der anwesenden, sehr heimatverbundenen und von Ihren Kriegs- und Nachkriegserlebnissen geprägten Zeitzeugen, Ihre Aufmerksamkeit widmeten.

Auch dieser Gedenktag war ein Zeichen für Versöhnung und Frieden!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Simon, ich wünsche Ihnen von Herzen Kraft und ein meisterliches Geschick für die Durchsetzung der Demokratie in Ihrer schönen Stadt Torgau. Ihre Torgauer Bürger haben sich zurückliegend an ein hohes Maß professioneller, ausgleichender und damit zufriedenstellender kommunalpolitischer Arbeit gewöhnt. Dazu zählt neben unserer Zusammenarbeit auch die produktive Zusammenarbeit mit den Torgauer Stadträten der "Alternative für Deutschland".

Ihr Engagement betrachte ich in Zeiten einer um sich greifenden undemokratischen Ausgrenzung unserer demokratisch gewählten Partei, welche auf dem Boden der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung steht, als anerkennenswert und erfolgreich.

Sehr geehrter Oberbürgermeister, bleiben Sie den Torgauer Bürgern verbunden und haben Sie bitte stets ein offenes Ohr auch für die Mandatsträger der "Alternative für Deutschland".

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Anlage

- 1) Mein Schr. v. 04.07.2024 an Frau Staatsministerin Köpping (ohne Anlagen)
- Filmbeitrag vom 20.06.2024 "Gedenken an die deutschen Vertriebenen" https://youtu.be/3nV1QVwNFZg



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail qudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn Oberbürgermeister David Schmidt Stadt Oschatz Neumarkt 1 04758 Oschatz

Dresden, 02.08.2024

Professionelle Zusammenarbeit als Zeichen von demokratischem Handeln

Sehr geehrter Oberbürgermeister Schmidt,

zuerst möchte ich Sie herzlich grüßen und mich gleichzeitig von Ihnen, aus meiner aktiven politischen Tätigkeit, in meinen wohlverdienten Ruhestand, verabschieden.

Bestimmt habe Sie noch meinen Arbeitsbesuch, gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, und unserem Oschatzer Stadtrat, Herrn Heller, vom 02.01.2023, in Erinnerung. Für Sie war das "Format" seinerzeit neu und es war Ihnen wichtig zu betonen, daß Sie für einen respektvollen Umgang im Stadtrat Sorge tragen wollen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schmidt, erlauben Sie mir bitte zu sagen, daß Ihnen dies im Wesentlichen gelungen ist!

Im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit mußte ich leider oft erkennen, daß es am respektvollen Umgang, nicht nur zwischen den Verantwortlichen in den Gremien, sondern auch zu mir als der von den Bürgern mit 33% direkt gewählten Abgeordneten der "Alternative für Deutschland" gelegentlich mangelte.

Hierzu verweise ich auch auf mein Schreiben vom 25.07.2024, an unseren Landrat, Herrn Emanuel, welches ich Ihnen in der Anlage 1 zur Kenntnisnahme beifüge.

Außerdem übermittle ich Ihnen, beispielhaft zur Illustration meiner o.g. Ausführungen, die "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" der Lebenshilfe e.V. (s. Anl. 2)

Wie ich erleben mußte, erschweren solche antidemokratischen "Umgangsformen" nicht nur die Zusammenarbeit mit den Akteuren der sozialen Bereiche bei sozialpolitischen

Themenstellungen -insbesondere auch der Werkstätten für behinderte Menschen- sondern erzeugen auch unnötiges, aber gefährliches Spannungspotential im gesellschaftlichen Miteinander!



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister Schmidt, ich wünsche Ihnen für Ihre tägliche Arbeit mit unseren nordsächsischen Bürgern, sowie auch den Abgeordneten der unterschiedlichsten politischen Orientierungen, viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

<u>Anlagen</u>

- 1. Schr. v. 25.07.2024 an den LR Emanuel mit Anlagen
- 2. "Empfehlungen zum Umgang mit der AfD" der Lebenshilfe e.V.

5. Bürgerbegehren

5.1. Biotop in Bad Düben

Seit April 2021 suchte ich Mittel und Wege, einen Bad Dübener Bürger beim Erhalt seines Biotops zu unterstützen. Denn circa ab 1990 wurden Abwässer in einen Graben eingeleitet, was zu starker Verschmutzung führte, insbesondere in einem Teich, der als Naturdenkmal gilt. Trotz der Anstauungen durch einen Biberdamm wurde angeblich geklärtes Abwasser von zwei Anrainern in das o.g. Biotop, das ein stehendes Gewässer ist, eingeleitet! Über Jahre hinweg wurde versucht, die zuständige Wasserbehörde zum Handeln zu bewegen, jedoch ohne Erfolg. Trotz wiederholter Hinweise auf den schlechten Zustand des Wassers, insbesondere die damit verbundene Geruchsbelästigung, blieben Maßnahmen der Behörde aus. Dabei bemühte sich der betroffene Bürger seit 1995 um behördliche Unterstützung! Vorschläge zur Lösung, wie die Anstauung von Wasser, waren für ihn dauerhaft nicht umsetzbar, da andere Grundeigentümer involviert sind. Der Grundstückseigentümer kritisierte mir gegenüber die Untätigkeit und mangelnde Unterstützung durch die Behörde deutlich!

Seit 2021 versuchte ich als Landtagsabgeordnete unter anderem die Untere Wasserbehörde Nordsachsen, die Bürgermeisterin von Bad Düben sowie den nordsächsischen Landrat, Herrn Emanuel, in die Problemlösung einzubinden! Am 26.05.2021 fand ein erstes Vor-Ort-Treffen mit einer Vertreterin der Unteren Wasserschutzbehörde statt.



Das wunderschöne Biotop in Bad Düben!

Besonders in Hinblick auf unsere Arbeit mit den Bürgern ist hervorzuheben, dass bei Bürgeranliegen sogar unser Vorsitzender der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Vorsitzender des AfD-Landesverbandes, Herr Urban, der auch studierter Wasserbau-

Ingenieur ist, das direkte, lösungsorientierte Gespräch vor Ort mit den Bürgern sucht. Folgender Bericht schildert die Ergebnisse dieser konstruktiven Vorortbesprechung:

MdL Gudrun Petzold

Bericht von der Vorortbesprechung vom 26.5.2021

Am 26.5.2021 fand eine Vorortbesprechung des
MdL Gudrun Petzold mit einer Mitarbeiterin der Inneren
Verwaltung, Abteilung Liegenschaften der Stadt Bad Düben
sowie der Geschäftsführerin und zwei Koordinatorinnen des
Landschaftspflegeverband Nordwestsachsen e.V. in der
Angelegenheit des Herrn

auf dessen Grundstück
statt.
Gegenstand bildeten Bemühungen des Bürgers um Möglichkeiten

Gegenstand bildeten Bemühungen des Bürgers um Möglichkeiten wie Maßgaben einer Verbesserung des Erhaltungszustandes im Bereich jenes, in seinem Eigentum stehenden Gewässers

Bad Düben und damit einhergehend der Erhalt eines Biotops sowie eines Naturdenkmals.

Während einer Teichbegehung vermittelte Herr seine Zielsetzungen, den als Biotop geführten "Neue Teich" im Bestand zu erhalten sowie in Anknüpfung an zurückliegende Zeiten zu entwickeln. Im Teich und seinem Umgebungsbereich sollen dabei die bekannten, zwischenzeitlich aber vermißten Arten wieder anzutreffen sein.

Diese Zielsetzungen werden nunmehr auch unter Zuhilfenahme fachversierter Unterstützung nach Maßgaben eines fachlichen Planes angestrebt. Darüberhinaus gedenkt er sein Vorhaben weiterhin durch

- 1) eine Abstellung der für möglich gehaltenen Gewässerverschmutzung,
- 2) eine Verbesserung des Wasserhaushaltes vermittels der Beseitigung von Zuflußbeeinträchtigungen und insbesondere eine kritische Beleuchtung der Staustufe im Zufluß "Zschernergraben" für ein Pachtgewässer in Brösen,
- 3) sowie der Verbringung des Bodenschlammes aus dem Teich und der Rückdrängung von Verlandungstendenzen

zu befördern. Eine zwischenzeitlich eingesetzte neue Form der Wasserbeschaffenheit führt er auf Oxydationsprozesse aus dem Bereich des Gewässerbodens im Nachgang einer zurückliegenden Austrocknungsphase zurück. Diese aus beruflicher Praxis erschlossenen Bezüge bestärken ihn in seinem Ansatz, daß die Bodenbeschaffenheit des Teichgrundes einer zuträglichen Entwicklung des Biotops hinderlich ist und abgetragen werden muß.

Von einem fachlich unterlegten Plan erhofft er sich

- 1) eine Beförderung der Wiederherstellung jener ihm erinnerlichen Biotopeigenschaften,
- 2) insbesondere die nachhaltige Besiedlung mit bekannten oder typischen Arten, etwa Amphibien (bspw. Fröschen) bzw. Fischen
- 3) und damit einhergehend die Wiederentwicklung eines ansehnlichen, von ihm gewohnten, hochgradig diversiblen Lebensraumes.

Nach der Erörterung der Zielsetzungen des Herrn verschafften sich die Teilnehmer einen Überblick über die Aspekte aus Sicht der Stadtverwaltung Bad Düben sowie des Landespflegeverbandes. Im Ergebnis sieht Frau Gudrun Petzold aufgrund der hohen Schnittmengen in den Betrachtungsweisen auf einem erfolgversprechenden Weg.

Im Anschluß an eine noch anstehende, weiterführende Koordination erhofft sich Frau Gudrun Petzold, daß an eine politische Befassung nunmehr eine letztlich zielführende fachliche Bearbeitung unter Führung der dazu erkennbar Befähigten anschließt.

Entsprechend den übereinstimmenden Vorstellungen der Teilnehmer soll in einem gemeinsamen, durch die Mitarbeiter des Landschaftspflegeverbandes Nordwestsachsen organisierten Treffen mit den befaßten Mitarbeitern des Landratsamts deren Sichtweisen und Zielsetzungen ergründet und ein Raum für das Mögliche ausgelotet werden.

Mitarbeiter MdL Gudrun Petzold

Sächsischer Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon: +49 0351 4934 276

E-Mail: Gudrun.Petzold@slt.sachsen.de

Zudem verfasste ich zur beharrlichen Verfolgung des Bürgeranliegens über die folgenden Jahre hinweg zahlreiche Briefe, etwa die folgenden an kommunale Verantwortungsträger, darunter den Geschäftsführer des "Landschaftspflegeverbandes Nordwestsachsen e.V.", Herrn Vierling, und Herrn Landrat Emanuel:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprechern für Senktrenpolitik und Sprechern für Behindertenpolitik der AID-Frekton Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudtun petzold@alt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Geschäftsführer Herr Andreas Vierling Landschaftspflegeverband Nordwestsachsen e.V.

Rollenstraße 23 04838 Eilenburg

Dresden, 2.8.2022

Initiative des Herrn zur des zum Erhalt seines Biotops "Der neue Teich" in der Ortschaft Tiefensee

Sehr geehrter Herr Vierling,

Herr transport hat uns von seinem Anschreiben an Sie in Kenntnis gesetzt. Auch ich unterstütze sein Anliegen und möchte ihn in seinem Hinwirken auf eine Ortsbegehung bestärken.

Eine zurückliegende Ortsbegehung, zu der bedauerlicherweise eine Reihe von Entscheidungsträgern aus der Verwaltung terminlich verhindert waren, ist mir in guter Erinnerung geblieben. Insbesondere die fachversierte und zupackende Verfahrensweise Ihrer Vorgängerin in der Geschäftsführung, Frau Leisner, ihre in alle Richtungen verständige Moderation der Interessenslagen wie auch die verständliche Aufzeichnung von Lösungsansätzen sind mir und meinen Mitarbeitern bei der Befassung mit der Angelegenheit stets gegenwärtig. Die gesamte Ortsbegehung war, auch unter Mitwirkung Ihrer Mitarbeiterinnen von ausnehmend zielgerichteten und anregsamen Erörterungen, etwa zur Bedeutung der anrainenden FFH-Gebieten bzw. der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gekennzeichnet.

Der Verlauf der Ereignisse in der Angelegenheit um die Bewahrung des Biotops "Der neue Teich" und des Naturdenkmal "Prellereiche" kennt nicht viele Momente derartiger fachlicher Klarsicht und bürgerzugewandter Verhaltensweisen.

Ich würde es daher, wie bereits ausgeführt, sehr begrüßen, wenn Sie ggf. schon Ende September die Zeit für eine anzusetzende Ortsbegehung finden könnten, um den Bürger und die Verwaltung in der Angelegenheit zu unterstützen.

Anlageseitig übermittle ich Ihnen einen Gegenstandsumriß der Vorortbesprechung vom 26.5.2021.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Anlage:

Gegenstandsumriß v. 24.6.2022 / Vorortbesprechung v. 26.5.2021

In einem Schreiben an den nordsächsischen Landrat, Herrn Emanuel, brachte ich meine tiefe Enttäuschung über eine gemeinsame Aussprache mit ihm und dem Grundstückseigentümer des Biotops vom 06.03.2022 zum Ausdruck (siehe folgende Seite):



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail <u>gudrun.petzold@slt.sachsen.de</u>

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn Landrat Kai Emanuel Landratsamt Nordsachsen Schlossstraße 27

04860 Torgau

Dresden, 21.3.2022

Aussprache mit dem Bürger, Herrn	, am 9.3.2022 zum
Thema Biotop / Naturdenkmal.	

Sehr geehrter Herr Landrat Emanuel,

für die Einladung und Durchführung einer umfassenden Aussprache mit allen in das oben genannte Thema involvierten Akteuren Ihrer Behörde danke ich Ihnen.

In dieser Aussprache wurde dem Beschwerdeführer, die die fachliche Arbeit Ihrer Behörde sowie die gesetzlichen Grundlagen zu seinem Biotop / Naturdenkmal "Prellereiche" hinreichend vermittelt. ist nun dankenswerterweise bestens ausgestattet mit einem vertieften Einblick in die Arbeit der unteren Wasserbehörde, der unteren Naturschutzbehörde und des Liegenschaftsamtes der Stadt Bad Düben.

Allein zum Anliegen des Bürgers, hinsichtlich des Erhalts seines Biotopes, hat er leider keine zuträgliche Hilfe von allen Seiten der befaßten Stellen erfahren. Im Verlauf des Gespräches vermittelte die Amtsleiterin, Frau Brumm sowie auch alle anderen Mitarbeiter, die in Ihrer Behörde ersichtlich vorherrschende Ansicht, daß "der Wandel das einzig Beständige" der schützenswerten Natur sei.

Die möglicherweise jahrelangen Einleitungen von Abwässern durch die umliegenden Hotels und der Gemeinde Brösen kamen in ihrer Bedeutung leider nicht zum Tragen.

Bedauernswerter Weise wandelte sich nun im Laufe der Zeit das Biotop auf dem Grundstück von auch unter Zutun bzw. Unterlassen der Behörden, von einem diversiblen Lebensraum zu einem unansehnlichen, geruchsintensiven, sterbenden Gewässer.

Ich bedauere sehr, daß **Leiter der Schauer**, der sich über dreißig Jahre um sein Biotop engagiert bemühte, über diesen gesamten Zeitraum keine effektive Unterstützung durch das Landratsamt erfahren hat.

Sehr geehrter Herr Landrat, ich bin tief enttäuscht, von dieser von mir hoffnungsvoll erwarteten Aussprache zwischen Ihrer Behörde und dem Bürger.

Leider ließ sich bisher kein wesentlicher Fortschritt für den Bürger und sein Biotop erzielen. Selbstverständlich werden wir weiterhin die Problematik im Blick behalten!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

 Telefon
 +49 351 493 4276

 E-Mail
 gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Abgesehen von den gesetzlichen Regelungen, die dem Bürger beigebracht worden und den gut gemeinten Ratschlägen zum Erhalt seines Biotops, zeigte sich während des Gespräches eine, von insbesonders vom Bürger tief empfundene Gleichgültigkeit der behördlichen Akteure an seinem geschützten Biotop, was den Naturfreund am Ende - trotz aller Freundlichkeit der Akteure - resignieren ließ.

Ich selbst, bin nach fast dreijährigem Bemühen, dem Bürger in seinem Anliegen zu unterstützen, nur noch konsterniert im Hinblick auf die Erfolglosigkeit des Gesprächs.

Auch der Dank der Behörde für die Naturverbundenheit von konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß für ihn eine bedrückend ausweglose Situation für das Biotop entstanden ist, die er aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen kann.

Ich frage mich letztendlich, welchen Wert eine Beteiligung der Partei der "Grünen" am Erhalt des Biotops gehabt hätte, wenn diese sich um das Anliegen bemüht hätten…?!

Sehr geehrter Herr Landrat, ich trage mich in der Hoffnung, daß es doch noch eine Möglichkeit gibt, aus diesem sterbenden Biotop einen diversiblen Lebensraum zurückzugewinnen, unter Federführung Ihrer Fachleute und des Landschaftspflegeverbandes, welcher die fachliche Eignung und die notwendige Leidenschaft wie Initiative hat, die Umwelt in unser aller Interesse nachhaltig zu schützen und zu gestalten.

Auch unser Bürger, wäre sicherlich für jede zukünftige Hilfestellung sehr dankbar.

Mit besten Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

5.2. Bahnhaltepunkt "Heidebahnhof Klitzschen"



Ein besonderes Augenmerk galt im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit dem vorerst stillgelegten Bahnhof Klitzschen. Die Klitzschener Bürger warten seit vielen Jahren auf die Reaktivierung ihres ehemaligen S-Bahn-Haltepunkts, ohne den ihre schöne Ortschaft schrittweise dem Wegzug der Bürger und dem Verfall anheimfallen würde!

Zusammen mit den Vertretern der örtlichen Bürgerinitiative, Herrn Baumbach und Herrn Wendt, organisierten wir mehrere Treffen in Klitzschen, um dieses wichtige Bürgeranliegen zu realisieren. Es folgt eine kurze Pressemitteilung, in der der Sachverhalt dargestellt wird.

Haltepunkt "Heidebahnhof Klitzschen" jetzt reaktivieren!

(Webseiten-Beitrag vom, 17.06.2021)

Am Donnerstag, den 10.6.2021, haben sich Vertreter der Bürgerinitiative "HALT für Klitzschen", der Mockrehnaer Bürgermeister Peter Klepel, mehrere Ortschaftsräte, Vertreter des Landratsamtes sowie des regionalen Verkehrsverbandes gemeinsam mit MdL Tobias Keller sowie MdL Gudrun Petzold und ihren Mitarbeitern getroffen. Bei dem Arbeitstreffen im Feuerwehrgeräte- und Dorfgemeinschaftshaus Klitzschen (Mockrehna) wurde eine mögliche Reaktivierung des einstigen Haltepunkts bei Klitzschen, Staupitz.

Melpitz und Gräfendorf besprochen. Herr Keller stellte zudem den Entwurf für den Antrag der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zu einer Reaktivierung des Haltepunkts vor. Dazu erklärt Frau Petzold:

"Nachdem sich viele Einheimische seit 2013 verzweifelt für eine Wiedererrichtung des Haltepunkts einsetzen, ergreift die AfD-Fraktion die Initiative. Andere Parteien haben die Betroffenen leider bisher nur mit fadenscheinigen Ausreden abgespeist. Deshalb werden wir unseren Antrag 'Reaktivierung des Haltepunkts Klitzschen als Bedarfshalt auf der Regionalbahnstrecke Torgau-Leipzig' zeitnah einbringen. Bereits die Einrichtung eines dreimal täglich nutzbaren Bedarfshalts würde den Bürgern in Klitzschen und Umgebung sehr helfen! Die bisherige Übergangslösung, nämlich die Einrichtung eines Rufbusses, hilft den Bürgern laut deren eigenem Bekunden nicht weiter.

Bereits am 7.4.2021 habe ich gemeinsam mit weiteren AfD-Abgeordneten mehrere Bürgervertreter vor Ort in Klitzschen getroffen. Zu den Teilnehmern zählten unter anderem der Bundestagsabgeordnete Andreas Mrosek, der verkehrspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion Tobias Keller und mein Mitarbeiter sowie der nordsächsische AfD-Kreisvorsitzende und Bundestagskandidat René Bochmann.

Für eine Wiedererrichtung des Haltepunkts sprechen zahlreiche Argumente: Die Einheimischen benötigen endlich eine schnelle Anbindung nach Leipzig, ohne mitunter unnötig eine zusätzliche Tarifzone überschreiten zu müssen. Zum Zweiten würde eine Anbindung an den Zugverkehr Touristen anlocken. Denn die benachbarte Dübener Heide und der nahe Radweg bringen Tagesausflügler aus Leipzig in die Gegend! Eine infrastrukturelle Erschließung durch einen Haltepunkt würde zudem den Wohnbau und die Wirtschaft vor Ort neu beleben. Außerdem entlastet ein weiterer aktiver Bahn-Haltepunkt in der Region zusätzlich die nahe B87 und sorgt für einen geringeren CO2- und Schadstoffausstoß. Hier vermisse ich den Einsatz der Grünen, denn diese positionieren sich sonst nur zu gerne als umweltfreundliche Partei gegenüber der AfD!

Obwohl Finanzmittel zur Verfügung stehen, fehlt es offensichtlich am politischen Willen, den Bürgern in Klitzschen und anliegenden Gemeinden zu helfen! Dabei könnten unter Umständen Regionalisierungsmittel des Bundes, die auch in Sachsen zur Verfügung stehen, für die Wiedererrichtung dieses Haltepunkts genutzt werden. Die Staatsregierung aus CDU, Grünen und SPD muss diesbezüglich endlich Kontakt zu den politischen Entscheidungsträgern in Berlin aufnehmen. Bisher wurden die Bürger vor Ort leider nur vertröstet und enttäuscht. Wir hoffen deshalb – im Interesse der auf eine Lösung wartenden Bürger in Klitzschen und Umgebung – auf die Unterstützung unseres Antrags durch die im Landtag vertretenen demokratischen Parteien!"

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Im Folgenden das Protokoll unseres vorerst abschließenden Arbeitstreffens vom 18.07.2022, an dem auch Herr Huth als Vertreter des Landratsamtes Nordsachsen sowie Herr Irrgang, Geschäftsführer des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig, teilnahmen.

Protokoll

Datum: 18.07.2022

Thema: Reaktivierung des Haltepunkts Heidebahnhof Klitzschen

Ort: Feuerwehr- und Dorfgemeinschaftshaus, Audenhainer Str., Klitzschen / Mockrehna

Beginn: 17:00 **Ende:** 19:10

Teilnehmer:

- Herr Daniel Wendt, stellvertretender Ortsvorsteher Klitzschen, Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) "Heidebahnhof Klitzschen" (Moderation)
- Herr Eckhard Baumbach, Ortschronist und ehemaliger Sprecher der Bürgerinitiative "Halt für Klitzschen"
- Herr Peter Klepel, Bürgermeister der Gemeinde Mockrehna
- Herr Olaf Zenker, Ortsvorsteher Klitzschen
- Frau Barbara Kulla, Ortschaftsbeirätin Klitzschen
- Herr Edgar Kirsten, Ortschaftsbeirat Klitzschen
- Frau Karsta Niejaki, Bürgermeisterin der Gemeinde Dreiheide
- Herr Dipl. Ing. Matthias Schulze, Stadtrat von Belgern-Schildau
- Herr Klaus Huth, LRA, Amtsleiter Straßenverkehrsamt Nordsachsen i.V. von Herrn Landrat Kai Emanuel
- Herr Bernd Irrgang, Geschäftsführer des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)
- Herr René Bochmann, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Verkehrsausschuss
- Herr Wolfgang Wiehle, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Verkehrsausschuss, Berichterstatter der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag für den Schienenverkehr
- Frau Gudrun Petzold, direkt gewählte Landtagsabgeordnete des Landkreises Nordsachsen, nordsächsische Kreisrätin
- Herr Martin Plötze, Mitarbeiter von Frau Petzold, kommunalpolitischer Berater
- Herr Johannes Schüller, Mitarbeiter von Frau Petzold, Pressereferent

Entschuldigt:

• Herr Tobias Keller, Mitglied des Sächsischen Landtags (Herr Clemens Schülke, kommissarischer Leiter des Dezernats für Wirtschaft, Arbeit und Digitales sowie Amtsleiter des Amts für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig)

zu TOP 1 Begrüßung

 Herr Wendt, Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) "Heidebahnhof Klitzschen", begrüßt die Teilnehmer, stellt sich vor und bittet die Anwesenden um eine kurze Vorstellung.

zu TOP 2 Kurze Vorstellung der Teilnehmer

• Die Teilnehmer stellen sich reihum kurz vor.

zu TOP 3 Historie des Haltepunktes

 Herr Baumbach, Mitglied der IG "Heidebahnhof Klitzschen" und Ortschronist, gibt einen kurzen Abriss über die Geschichte des Haltepunkts.

zu TOP 4 Positionierung zur Reaktivierung des Haltepunkts Klitzschen zum Ausbau "Heidebahnhof Klitzschen" aus Sicht der Gemeinde Mockrehna

 Herr Bürgermeister Klepel erklärt, dass die Gemeinde Mockrehna das Anliegen einer Reaktivierung des Haltepunkts unterstützt. Bereits die Einrichtung eines Bedarfshaltepunkts wäre ein Erfolg.

zu TOP 5 Positionierung zum Auf- und Ausbau des "Heidebahnhofs Klitzschen" aus Sicht des Landkreises Nordsachsen

 Herr Huth erklärt, dass der Wille zu einer Reaktivierung des Haltepunkts Klitzschen durch den Landkreis durchaus vorhanden sei. Er verweist jedoch auch auf die Möglichkeit der Plus- beziehungsweise Rufbusse. Fehlende Finanzmittel würden aktuell gegen eine Reaktivierung des Haltepunkts sprechen.

zu TOP 6 Positionierung des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen zum Projekt des "Heidebahnhofs Klitzschen"

• Herr MdB Bochmann erklärt, dass er die "Hot-Spot-Strategie", also die einseitige Fokussierung auf Ballungsräume, ablehne. Durch das Neun-Euro-Ticket werde das Reisen mit der Bahn für die Bürger attraktiver, Rufbusse werden durch die Energiekrise hingegen zunehmend teurer. Der ländliche Raum müsse – unter anderem durch den "Heidebahnhof Klitzschen" – wieder attraktiv gestaltet werden. Dafür will er sich im Bundestag einsetzen.

zu TOP 7 Beitrag des verkehrspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

• entfällt aufgrund Abwesenheit von Herrn MdL Keller

zu TOP 8 Stellungnahme aus Sicht des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Herr Irrgang erklärt, dass es dem ZVNL leider nicht gelungen ist, die Strecke Leipzig-Torgau-Cottbus in die Förderung durch das "Kohleprogramm" (erste Fördermöglichkeit) einzubinden. Leider sei vorerst nicht mit einer Neuauflage des Programms zu rechnen. Eine Teilnahme am Landesinvestitionsprogramm (zweite Fördermöglichkeit) wird durch eigene notwendige Teilnahmeinvestitionen erschwert. Auch eine Teilnahme am Leistungs- und Finanzierungsprogramm (dritte Fördermöglichkeit) ist aufgrund der geringen zu erwartenden Passagierzahl nicht möglich. Notwendig wären mindestens 100 Ein- und Aussteiger. Derzeit koste die Reaktivierung beider Außenbahnsteige vier – fünf Millionen Euro. Eine Instandsetzung benötige inklusive Genehmigung fünf bis sechs Jahre. Es seien zwei bis drei Minuten Aufenthaltszeit am "Heidebahnhof Klitzschen" einzuplanen. Ein Halt aller zwei Stunden sei so vorstellbar. Als Stationsentgelt pro Halt sind 3,50 Euro anzusetzen. Ab 12/2025 sei eine Realisierung im Fahrplan – bei guter Finanzlage – grundsätzlich möglich. Aktuell könne eine Reaktivierung des Haltepunkts aufgrund fehlender Förderungen jedoch nicht realisiert werden.

 Herr Klepel entgegnet, dass die voraussichtliche Zahl der Ein- und Aussteiger schwer ermittelbar sei. Auch Schüler des Gymnasiums Torgau würden profitieren. Die mangelhafte Parkplatzsituation am Haltepunkt Doberschütz schrecke zudem viele Bürger ab. Diese könnten bei einem ausreichenden Parkplatz-Angebot am "Heidebahnhof" auf Klitzschen ausweichen.

zu TOP 9 Stellungnahme aus verkehrspolitischer Sicht der AfD-Bundestagsfraktion

- Herr MdB Wiehle verweist auf das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Durch
 dieses stünden inzwischen bundesweit fast 100 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel
 dienten nicht nur der Bereitstellung nachgefragter Mittel, sondern auch der Stärkung der
 Infrastruktur. Eine Belebung des Tourismus müsse auch angestrebt werden. Dadurch, dass
 der Bahnhof Klitzschen außerhalb des Ortskerns liegt, gebe es die Möglichkeit eines "Park
 + Ride"-Parkplatzes.
- Frau Petzold betont, dass die Anbindung des ländlichen Raums, die auch im Kreistag oft angesprochen werde, umgesetzt werden müsse. Die Nähe zur Dübener Heide lässt einen "Heidebahnhof Klitzschen" auch für junge Familien attraktiv werden. Diese suchen Bauland auf dem Land. Die Rufbusse werden dagegen kaum angenommen, während die Nachfrage nach Zügen zunehme.
- Frau Bürgermeisterin Niejaki merkt an, dass nun die Zeit für einen "Heidebahnhof Klitzschen" günstig sei. Man muss den Mut haben, diesen Schritt zu gehen. Ob ein "Heidebahnhof Klitzschen" nachgefragt sei, könne nur die Realität zeigen.

zu TOP 10 Diskussion zur Sache "Heidebahnhof Klitzschen"

- Herr Baumbach merkt an, dass die Dübener Heide lediglich 120 Meter vom derzeitig inaktiven Haltepunkt Klitzschen entfernt ist. Dies macht einen potenziellen "Heidebahnhof Klitzschen" einzigartig.
- Herr Irrgang betont, dass er gemeinsam mit dem ZVNL-Vorsitzenden, Herrn Landrat Emanuel, eine Reaktivierung des Haltepunkts unterstützen würde. Der "Knackpunkt" in Klitzschen sei der bauliche Zustand des Haltepunkts. Wenn er bei "DB Bahn und Service" eine Reaktivierung beantrage, müsse er 100 Ein- und Aussteiger garantieren. Ansonsten müsse die Station entweder wieder auf eigene Kosten abgerissen oder auf eigene Kosten wieder betrieben werden. Dafür könne er nicht mit seiner Unterschrift einstehen. Gerne könne die Gemeinde Mockrehna jedoch die Garantie dafür übernehmen.
- Herr MdB Bochmann lädt Herrn Huth und Herrn Irrgang ein, ihn auf bundespolitischer Ebene zu unterstützen.
- Herr Schulze schlägt vor, über eine Absenkung der Anforderungen an Bahnförderungen nachzudenken. Er kritisiert, dass Schüler aus Schildau beispielsweise mit dem Schulbus den Anschluss in Mockrehna verpassen. Für Auswärtige sei Schildau auch aufgrund des Bads durchaus attraktiv.
- Herr Plötze verweist auf die LEADER-Projektförderung. Das Fördergebiet der LAG Sachsen der LEADER Entwicklungsregion "Dübener Heide" umfasse das gesamte Gemeindegebiet Mockrehna. Die LEADER Entwicklungsstrategie enthält Handlungsfelder zur Mobilität und Verkehr (etwa unter 3.4.7) In einer Auswahlliste der LAG Dübener

zu TOP 11 Festlegung über den Fortgang des Projektes "Heidebahnhof Klitzschen"

- Herr Baumbach schlägt vor, bis zu einer Erschließung möglicher Fördertöpfe ähnlich gelagerte Ziele zu verfolgen, beispielsweise die Belebung des Tourismus in Klitzschen. Die Bürgerinitiative ist sich einig, dass man es nicht auf diesem Treffen beruhen lassen solle.
- Herr Bochmann strebt an, das anberaumte Treffen mit Herrn Landrat Emanuel wahrzunehmen.

Dresden, den 26.07.22

Gemeinsam mit der "Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen" gelang es mir und meinem geschätzten Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, Herrn MdB Bochmann, eine Reaktivierung des ehemaligen S-Bahn-Haltepunkts ab 12/2025 realistisch werden zu lassen! Davon wusste auch die TZ am 26.07.2022:

Minimalchance auf einen Heidebahnhof Klitzschen

Haltestelle ab Ende 2025 denkbar / Als großes Problem erweisen sich aber hohe Investitionskosten für die Wiederinbetriebnahme

Veo Christian Wendt

Killinden Leibenmeischen in manne "Friederbahahd Kattardren". Vor wenigen Tagen bedes – nin der Öbtenflichkeit abgesehtent - Vertreite der gleichenschaft zu einem weiteren Erfahrungsundausen. Niehene Allb Vertreten nehmen indre anderent sich die Dienbeider Rüngremenderte Kante Niehak und der Beitgerenschen Kante Niehak Mathias Ichalise 1996 Gerinn auf Berad fragag, der Geschäfteführer der Zweiteren auf Berad fragag, des Geschäfteführer der Zweiteren auf Liegen (25%), wenten erwad Chanen ihr eine Habestelle in den Niehern unter ihr den der

Change in a same tradepoint in their block commands of their all enopolished. Var everlikelt erween Julya Bathe soon die betrate bal die erween Julya Bathe soon die betrate bal die betrate betrate betrate betrate in the betrate tradepoint betrate betrate

nertretet für eine fiebelkommunal heterenmannetorchaft zu gewie nen. Viel. Übeznengangsarfiel konntlier das Klüzselben-Trio an je nern Abenat jedach einfat zu leisten. Bei dem neuerlichen Teelten a

Bes dem seuerischen Treffen so en nach Arigabe Wendts aber incht einer secht zur grondlegeneit Einstehe den gesodlegeneit Einstehe dem gesodlegeneit Einstehe dem gestellt geschlich Sinn und Unsahn eines Habbysoekten gegen gen. Verlinster labe Berryt Brigang die und mit einem gesätzen Northerchten, übernacht. Eberlegengen ergeben demzelnige, dass es bei der Fahrplankeiterung im Derrechte 3025 testadolisch mighte wähn, einen Halt im Zweintpuberhinkt am Ralinhed Kiltzachen gemendt zu gewährleichen - eine dahei den Verkehr dunch den Lampsiger Grytander zu beenprächtigen, Geson den war zurze sieht als Kin-Kiltzeiten gergen das Kiltzachener Verbalen uns eine Weintschein worden.

"All unseems Ministrations making and in these in Establishmenhaup makeur Dank accuprechen. Alberblung ist on not size Eurishmang der Halberbluch micht geban. Die weseenfach beitwer Histolic ist not dies Februnistie", straufe West die eit gleich achte wieder Sand ist Getrales. Die Brock mittering wirde Sand ist Getrales. Die Brock mit mit eine Sand ist Getrales. Die Brock mit mit einer werde manisch Standarch auf der



Mit der Eintaktung der Haltestelle ist es nicht getan.

Sanial Weeds Si heidsbahnn Kitzuhen



Editionis Euro horostitumokusten sch sodoriem. "Daris kennere ilkesor havie Frankrippoprame sauf für wennentan ankatholierkaren zulorien durch euglessensattige Verseinigstensigen. All das durch De

the explorate beautifur and control of the multiple beautiful or specified in the control of the

schon Seetundeschuts geniedt" septe Duniel Wendt.

"An irgendetwise blagg" es missen", befand darna auch Mattivas Schuller im Geograch mut der Tä. Der Schüdelauer glüdferte und Blück auf die Balten, die Latte für die Industrialisakune ehemaligen Halbesteiles undst der an haben zu leigen, wie en sich gestalls Blützerbeit und Jahren im der Schüdeles undstätel der Halbesteile genade seegen ligse Nähn zur Delpenser Hufen nach Annicht von Frendheiden Schrigersereicheten Karvin Neigakt im Brownth den Feunneman zur Schükern ausgeben. Auch mit Blück und die angesposiste Fackpolsturbaalum in Mockputtus en bis Promider sich approvochen und Klützelben eine Glostie-

Zum Abschluss meiner parlamentarischen Arbeit wandte ich mich noch einmal, rückblickend auf bisher Erreichtes und zugleich in die Zukunft blickend, an Herrn Wendt:



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Herrn
Daniel Wendt
Alte Bahnhofstraße 9
04862 Mockrehna/OT Klitzschen

Dresden, 23.05.2024

Fortgang in der Angelegenheit der Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen

Sehr geehrter Herr Wendt,

die siebente Legislaturperiode im Sächsischen Landtag und damit auch mein Wirken als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Torgau-Oschatz neigt sich dem Ende. Zu meinem Bedauern hat die Gemeinschaft der äußerst tatkräftigen Bürger in und um Klitzschen immer noch keinen Heidehahnhof mit einem regelmäßigen Haltepunkt oder Bedarfshalt des Bestellverkehres.

Dahingehend hatte ich mich in der zurückliegenden Arbeitssitzung mit meinen Mitarbeitern beraten, was noch zu unternehmen sei. Nach meiner Einschätzung steht derzeit die Unterlegung jenes in Punkt vier im gemeinsamen Brief der Interessengemeinschaft vom 27.01.2022, unter Federführung des Bürgermeisters der Gemeinde Mockrehna, Herrn Klebel, ausgeführten Argumentationsansatzes um die Stärkung des Tourismus und der Wirtschaft von einem Haltepunkt auf dem Heidebahnhof Klitzschen an. Dahingehend bestehen unter den Protagonisten der Interessengemeinschaft Vorstellungen über eine konzeptionelle Ausrichtung zur Dübener oder Dahlener Heide. Die bezugnehmenden Vorstellungen gehören ganz sicher gegenüber den Verantwortungsträgern des Öffentlichen Schienenpersonennahverkehres koordiniert in Ansatz gebracht.

Im Hinblick auf die anstehende Neuzusammensetzung des zukünftigen Landtages und dem vorausgehenden Wahlkampf erscheint mir, nach der in der Arbeitsgruppe vorgenommenen Auswertung der zurückliegend gewonnenen Erfahrungen, die verbleibende Zeit bis zur Eröffnung des achten Sächsischen Landtages für eine substantielle Beförderung des Anliegens der Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen nicht hinreichend geeignet. Gegebenenfalls ließen sich sicher ambitionierte Kandidaten dafür gewinnen, sich für einen Haltepunkt auszusprechen und ggf. auch dazu bewegen, eine "Lettre of invent" abzufassen. Dahingehend empfehle ich Ihnen auch durchaus , im Vorfeld der Wahl von den Wahlkreiskandidaten eine Positionierung abzufragen. Als eine sehr kraftvolle Möglichkeit erscheint mir dabei etwa, die



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail <u>gudrun.petzold@slt.sachsen.de</u>

konkrete Positionierung der Kandidaten des Wahlkreises 35 (Nordsachsen 2) über abgeordnetenwach.de abzufragen.

Die Organisation eines Treffens der Verantwortlichen zur Besprechung des aktuellen Standes und der Verabredung konkret zu ergreifender Maßnahmen, halte ich hingegen zum aktuellen Zeitpunkt für nicht hinreichend produktiv. Die maßgeblichen Beteiligten, wie etwa die Geschäftsführung des ZVON, der Landkreis aber auch der Bürgermeister von Mockrehna und die Ortschaftsräte werden mit gutem Grund auf die Ergebnisse der Landtagswahlen und jene durch die neue Verteilung der Sitze im Landtag resultierende Machtverteilung zuwarten. Konkret zu ergreifende Maßnahmen, wiewohl vielleicht sogar abgesprochen, würden nach der Landtagswahl erneut zu befestigen sein.

Aus diesem Grund empfehle ich auch Ihnen, die Ergebnisse abzuwarten. Damit die Angelegenheit einen weiteren Fortgang in Ihrem Sinne nehmen kann, werde ich für einen Übergang des Vorganges in vertrauensvolle Hände nach meinem Ausscheiden aus dem Sächsischen Landtag Sorge tragen. Darüberhinaus setzt ja der Herr MdB Bochmann seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verkehrsausschuß fort. Letztlich stehe selbstverständlich auch ich Ihnen auf Anfrage mit, so hoffe ich, zuträglichem Rat zur Verfügung.

Den Umstand, daß die Angelegenheit noch nicht im Sinne der Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen fortgeschritten ist, bedaure ich sehr. Es ringt mir immer Anerkennung, ja Begeisterung ab, wenn sich Bürger in ihrer Gemeinschaft tatkräftig und nachhaltig für die gemeinsamen Anliegen der Gemeinschaft engagieren und vom Gegenwind bzw. der "Gemütsruhe" (um nicht zu sagen Untätigkeit) der stattlichen Stellen unbeeindruckt, beharrlich und im Herzen unverzagt bleiben.

Gänzlich ohne Wirkungskraft war Ihr umtriebiges Wirken nicht. Ich erinnere mich noch gerne daran, wie Sie, unter der gerne aufgebrachten Mithilfe von MdB Bochmann, Herrn MdL Keller und mir, zu einer Arbeitssitzung am 10.06.2021 neben den etablierten Größen des Ortsgeschehens, wie dem Ortschronist und Sprecher der Bürgerinitiative "Halt für Klitzschen", Herrn Baumann und den Ortsbeiräten, Kulla, Stein und Kirsten, den Bürgermeister von Mockrehna, Herrn Klebel vor dem aufmerksamen Blick des Amtsleiter Straßenverkehrsamt Nordsachsen, Herr Huth und dem Geschäftsführer des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL), Herrn Irrgang auf Ihre Zielsetzung vereidigen konnten. In diesem Arbeitsgespräch gelang es dann auch, die grundlegenden Voraussetzungen und die Marschrichtung für die mögliche Errichtung des Haltepunktes herauszuarbeiten. Im Ergebnis führte die Sitzung zu einem Antrag am 18.06.2021 von Herrn MdL Tobias Keller, daß der Sächsische Landtag per Beschluß die Reaktivierung eines Haltepunktes Klitzschen als Bedarfshalt auf der Regionalbahnstrecke Torgau-Leipzig befördern soll. Am 12.07.2021 hatte der Verkehrsausschuß im Sächsischen Landtag, nach Maßgabe einer Stellungnahme dem Sächsischen Landtag die Ablehnung dann aber mit den Stimmend der Regierungskoalition anempfohlen. Am 21.07.2021 stellte darauf der Präsident des Sächsischen Landtages die Zustimmung des Landtages zum ablehnenden Votum des Ausschusses fest. Der Antrag war daraufhin, nicht gänzlich überraschend, abgelehnt.

Zur Verzagtheit hatte dies in den Reihen der Interessengemeinschaft ja nicht führen können. Bereits am 19.07.2021 hatten Sie sich, im Rahmen eines weiteren Arbeitstreffens unter Teilnahme auch der Herrn MdL Keller und MdB Bochmann sowie mir auf die Abfassung eines gemeinsamen Briefes an den Geschäftsführer



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail <u>qudrun.petzold@slt.sachsen.de</u>

des ZVON verständigt, ihn zu einer Aktivierung des Haltepunktes Klitzschen im Bestellverkehr zu veranlassen. Sie konnten mir gegenüber dabei das Vertrauen aufbringen, bei der Vorbereitung des Schreibens mitzuwirken. Dieses Vertrauen im mich als direkt gewählte Abgeordnete des Sächsischen Landtages in meinem Wahlkreis hat mich gleichermaßen erfreut wie geehrt.

Am 27.01.2022 war es dann so weit. Die Bürgermeister der Gemeinden Mockrehna, Herr Klebel, der Gemeinde Dreiheide, Frau Niejaki und der Gemeinde Belgern-Schildau, Herrn Gläser unterzeichneten zusammen mit Ihnen als Obmann der "Kommunalen Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen", unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag von Herrn MdL Keller ein Schreiben mit der Aufforderung zur Reaktivierung eines Haltepunktes am Heidebahnhof Klitzschen. Wiewohl dem Anliegen, wie bereits ausgeführt, bislang versagt blieb, ist ein solchermaßen konzentriertes, beharrliches und gerichtetes Vorgehen dadurch gekennzeichnet, daß es einmal zum Erfolg geführt werden kann. Es gilt weiterhin beharrlich, umtriebig und ideenreich zu bleiben.

Ich wünsche Ihnen, wie der ganzen Interessensgemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen, Kraft und Zuversicht bei Ihrem Wirken für Ihre Gemeinschaft und stets verständige Unterstützer.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Dass unsere intensive Arbeit keineswegs umsonst war, zeigte mir die folgende Antwort, die Herr Wendt als Leiter der "Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen" mir zum Ende meiner Amtszeit freundlicherweise zukommen ließ:

Von: Daniel Wendt

Gesendet: Freitag, 7. Juni 2024 02:20:19 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom,

Stockholm, Wien

Petzold, Gudrun (SLT, AFD)

Betreff: Re: Fortgang in der Angelegenheit Interessengemeinschaft "Heidebahnhof

Klitzschen"

Sehr geehrte Frau Petzold,

ich möchte mich auf diesem Wege bei Ihnen die langjährige und intensive, wenn auch - nicht - zielführende Zusammenarbeit bedanken bedauere sehr, dass eine so energische und kraftvolle Politikerin aus der aktiven Arbeit ausscheidet und unserem Volke nicht länger dienen vermag.

Auch ich erinnere mich gern an unsere gemeinsame Arbeit und die zahlreichen Stationen, die uns doch erheblich vorwärts brachten, unser Anliegen in der Region und darüber hinaus bekannt machten und ob der von Interessenten und anwesenden Verantwortungsträgern schon etwas Großes und Erhabenes mit sich brachten.



Ich versichere Ihnen hier, dass der "Heidebahnhof Klitzschen" und die damit verbundene Interessengemeinschaft mich - auch trotz und wegen der zahlreichen Gegenwinde - weiter beschäftigen werden und zum Wohle der Region und unseres Volkes immer wieder auf die Tagesordnung des politischen Alltags gehören. An überzeugenden Entwürfen und Ideen soll es beim kleinsten Hauch einer Wahrscheinlichkeit der Umsetzbarkeit nicht mangeln!

Ich bedanke mich recht herzlich für alles und wünsche Ihnen persönlich für Ihre weitere Zukunft alles Gute, weiterhin viel Kraft und natürlich Gesundheit.

Mit freundlichem Gruß

Daniel Wendt

für die "Kommunale Interessengemeinschaft Heidebahnhof Klitzschen"

Dieses wundervolle, zukunftsweisende Bild eines möglichen "Haltepunkts Heidebahnhof Klitzschen" hatte Herr Wendt seiner E-Mail angehängt:

Die Antwort von Herrn Wendt hat mich und all meine Mitwirkenden außerordentlich gefreut.



5.3. Einsatz zur Reaktivierung der Heidebahn



Um die Reaktivierung der traditionsreichen Heidebahn auf den Weg zu bringen, fanden am 07.04.2021 und am 16.06.2021 überparteiliche Arbeitstreffen im HEIDE SPA Bad Düben statt.

Ein besonderes Herzensanliegen zur Aufwertung der Infrastruktur in unserer nordsächsischen Heimat war und bleibt mir die Reaktivierung der Heidebahn! Denn am 28.09.2002 wurde diese traditionsreiche Bahn, die Sachsen-Anhalt und Sachsen verbindet, eingestellt! Die an der einstigen Strecke gelegenen Städte Lutherstadt Wittenberg, Bad Schmiedeberg, Bad Düben, Eilenburg und viele weitere Gemeinden sind damit eines attraktiven Angebotes für den regionalen Tourismus sowie teils auch der kompletten Anbindung an das Schienennetz insgesamt beraubt worden. Für die Beseitigung von Mängeln auf der Strecke ist die Deutsche Regionaleisenbahn (DRE) zuständig.

Im Oktober 2020 unterzeichneten Vertreter der etablierten Parteien, darunter auch der damalige nordsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt, in Bad Düben eine Absichtserklärung zur Reaktivierung der Heidebahn, einen sogenannten "Letter of Intent". Leider blieb es jedoch bei diesen wohlklingenden Worten – Taten folgten keine! Der "Dübener Wochenspiegel" berichtete am 07.10.2020 ausführlich über diesen folgenlos gebliebenen "Letter of Intent" – wie im folgenden Artikel deutlich wird.

Aktivierung der Heidebahn

MdB Müller: "Beim Ziel sind alle einig, der Weg wird aber steinig"



Bad Schnüedebergs Bärgermeister Martin Rötlet, Nordsachnen Bundestagsabgeordneter Marian Wendt, Ärefliche Direktoria Dr. Jacquellise Reputant (MediClin), Wittenbergs Bundestagsabgeordneter Sepp Müller und Bad Dübens Bürgermeisterin Astrid Münster (v. l.) zählten zu den Unterzeichnern des "Letter of Intout". Fote: (Wep) Phillipp

in der letzten Ausgabe augekündigt. unterzeichneten vor wenigen Tagen etwa 20 Akteure aus der Region einen ogeneration "Letter of Intent", eine Art Absüchtserklärung, zur Aktivierung der Heidelsahn zwischen der Lutherstadt Wittenberg and Eilenburg. Die Unterzeichnung wur des Ergebeits eines zerächteilung Bad Düben sowie Ver- die alle Heidebahn-Strucke von Wit- und Michael Kretschmer. Bis dahin von den beiden CDU-Bundestagnabge-

initilerten Forums im Bod Dübener marchenal wie die chinesische Mau-MediClin-Standort. Nebon den heiden Männern nahmen unter anderem die Kurstadt-Bürgermeister Astrid Münster (Bad Düben) und Martin Röthel - nind nich alle einig, der Weg dahm (Blad Schmiedeberg), Niepen Kollesroti als Absolungeführer der Bundespoliordneten Sepp Müller (Wittenberg) Bulo und Verkehrsverbünde teil.

(Bad Düben/Wsp/kp). Wie hereits und Marian Wendt (Nordsachsen) "Wir haben die Lundesgrenze, die er wirkt, überwunden und uns mit einer kontroversen Diskussion einen straffen Zeitplan gestellt. Beim Ziel wird aber steinig", fauste Müller im fel" geben, würsehenswert mit beiden Nachgang zusummen. Es geht darum, Ministerpräsidenten Reiner Haseloff triner der Kurkliniken, der Deutschen - tenberg über flad Schmiedeberg und Bad Düben nach Eilenburg wieder zu einen Regelfahrbetrieb stehen.

usteller / Austrager

aktivieren - zunächst mit Sonderverkulturn ab 2021 and spitter mit einem dauerhaften Regelbetrieb, "Wie redest bier vom Standentakt. Man darf nicht vergessen, dass diese Strecke eine gute Ergänzung zum Bahndreieck Leipzig - Cotrbus - Birdin ist", sagne Wondt.

Zuletzt wurde die Strecke aufgrund von Infrastrokturmängel vor einem gates Jahr gespent. "Der Betreiber hat uns rugesagt, diese Mängel zu beseitigen", gab Millior bokannt. Konkret betrifft das die Deutsche Regionaleisenbahn (DRE), die bis Ende 2020 einen Maßnahmeplan zur technischen Instandsctung aufstellen soll.

"Wir freuen une, dass umore Bernihungen die Unterstützung der beiden Abgeordistes bekommt*, sprach Röthat für beide Bürgermeister. Bes ders mit Hlick auf Kurgüste und Mitarbeiter, aber auch auf Schüler würe dies ein wichtiges Signal. "Umere Gymnauasten sind täglich eine Stunde mit dem Bus bis zur nächsten Schule unterwegs', verdeutlichte Schmiedebergs Rathreschef.

Wie geht es man weiter? Im kommenden Frühjahr soll es einen "Heidegipsoff ein konkreter Maßnahmenplan für

Sowohl den Vertretern der CDU als auch vielen Bürgermeistern betroffener Gemeinden bot ich eine konstruktive Zusammenarbeit an. Sowohl im Landtag von Sachsen-Anhalt als auch in Sachsen reichten die AfD-Fraktionen mehrere Initiativen zur Reaktivierung der Heidebahn ein. Es gelang mir als

Mitglied des Aufsichtsrats der Kurbetriebsgesellschaft Dübener Heide mbH am 07.04.2021 und am 16.06.2021 zwei überparteiliche Treffen zur Reaktivierung der Heidebahn im HEIDE SPA Bad Düben durchzuführen. An diesen Treffen nahmen zahlreiche wichtige kommunale Verantwortungsträger aus Sachsen und Sachsen-Anhalt teil, wie das folgende Protokoll unseres Arbeitstreffens vom 16.06.2021 belegt.

Protokoll

Termin: 16.6.2021

Thema: Reaktivierung der Heidebahn

Ort: HEIDE SPA Bad Düben

Beginn: 12:03 Uhr **Ende:** 13:57 Uhr

Teilnehmer:

- Herr Klaus Huth, Landratsamt, Amtsleiter Straßenverkehrsamt Nordsachsen, i.V. von Herrn Landrat Kai Emanuel
- Herr Jochen Reitstätter, i.V. von Herrn Curth, dem Geschäftsführer der Deutschen Regionaleisenbahn GmbH
- Herr Bernd Irrgang, Geschäftsführer des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)
- Herr Georg Seitz, Geschäftsführer der CSD Transport- und Software GmbH
- Herr Andreas Mrosek, Mitglied des Deutschen Bundestags und verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- Frau Margret Wendt, Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt
- Frau Nadine Koppehel, Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt
- Herr Matthias Lieschke, Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt
- Herr Tobias Keller, verkehrspolitischer Sprecher AfD-Landtagsfraktion Sachsen und Leipziger Stadtrat
- Herr Maik Bialek, Mitglied des AfD-Kreisvorstandes Wittenberg
- Frau Gudrun Petzold, Mitglied des Sächsischen Landtags und nordsächsische Kreisrätin
- Herr René Bochmann, AfD-Kreisvorsitzender Nordsachsen, Kreisrat und Bundestagskandidat
- Herr Martin Plötze, Mitarbeiter von Frau Petzold und kommunalpolitischer Berater
- Herr Johannes Schüller, Mitarbeiter von Frau Petzold und Pressereferent

Entschuldigt fehlten:

- Herr Kai Emanuel, Landrat Nordsachsen
- Herr Jürgen Dannenberg, Landrat Wittenberg
- Frau Astrid Münster, Bürgermeisterin von Bad Düben
- Herr Martin Röthel, Bürgermeister von Bad Schmiedeberg
- Frau Monika Weber, Ansprechpartnerin des Regionalmanagements Dübener Heide
- Herr Ole Hartjen, Geschäftsführer der Kurbetriebsgesellschaft Dübener Heide mbH Bad
 Düben
- Herr Sebastian Stöber, Chefredakteur der "Torgauer Zeitung"

Unentschuldigt fehlten:

- Herr Lothar Schneider, Bürgermeister von Laußig
- ein Vertreter der Firma Leonhard Moll Betonwerke Laußig GmbH & Co. KG
- ein Vertreter der Firma KDV Künitz Kunststoffe
- Herr Frank Pfütze, LVZ-Redaktion Eilenburg
- Herr Julius Jasper Topp, MZ Lokalredaktion Wittenberg

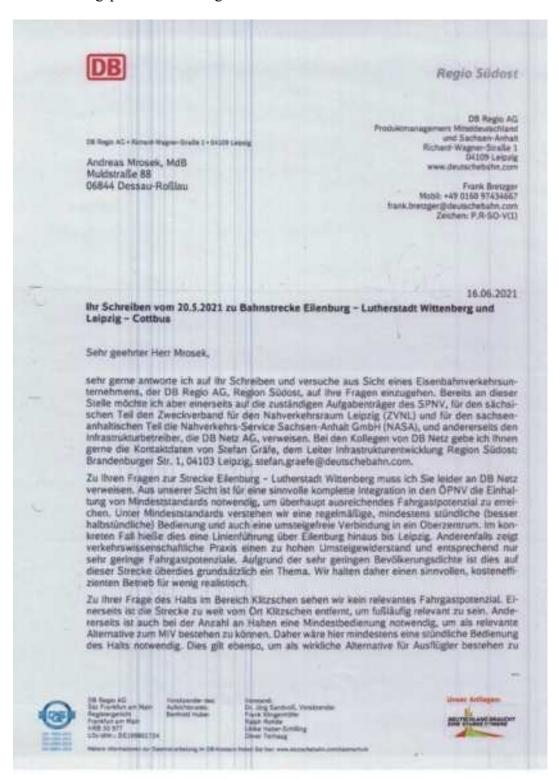
Verlauf:

- Frau Petzold begrüßt die Teilnehmer, bedankt sich für deren Erscheinen und stellt sich vor. Sie verliest die Absagen von Frau Münster und Herrn Röthel und deren unterstützende Worte zur Heidebahn. Frau Petzold erklärt ihre persönliche Verbindung zur Dübener Heide und dem HEIDE SPA. Sie betont, dass das Projekt Heidebahn nur gemeinsam im Sinne der Bürger parteiübergreifend realisiert werden könne. Sie wundert sich jedoch über das Fehlen der Grünen, da es sich bei der Reaktivierung der Heidebahn um ein umweltfreundliches Anliegen handelt. Stattdessen übernimmt die AfD gerne die umweltpolitische Arbeit. Die Heidebahn könne die Kulturlandschaft entlang der Strecke, insbesondere die Dübener Heide, wieder beleben. Absichtserklärungen allein, wie seitens der CDU vorgenommen, sind nicht zielführend. Man wird das Thema hartnäckig weiterverfolgen.
- Herr Keller stellt sich und seine Arbeit sowie die bisherige Vorgehensweise zur Reaktivierung der Heidebahn vor. In Sachsen-Anhalt sei erhebliche Vorarbeit geleistet worden, unter anderem von der AfD. Es gebe eine Potentialanalyse der NASA. Es wurden sowohl Anfragen im Landtag als auch im Wirtschaftsausschuss durch Herrn Keller gestellt. Ihm konnte jedoch unter anderem von Frau Ines Fröhlich, der Stellvertreterin des Staatsministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Martin Dulig (SPD), im Ausschuss keine Auskunft gegeben werden. Herr Keller stellt seine Kleine Anfrage zur Heidebahn und die Antwort darauf vor. Er kritisiert die Antworten als oberflächlich. Der Antrag zur Reaktivierung der Heidebahn wurde von der AfD-Fraktion ins sächsische Plenum, eingebracht, nachdem die Anfrage von Herrn Keller dazu im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr unzureichend beantwortet wurde. Er drückt seine Enttäuschung über die Ablehnung des Heidebahn-Antrags aus.
- Herr Irrgang erklärt die Zusammenarbeit des ZVNL mit der NASA, auch in Hinblick auf die Heidebahn.
- Herr Mrosek stellt die umfassende Potentialanalyse zur Heidebahn und die die Rolle der NASA kurz vor.
- Herr Reitstätter erklärt, dass es sein Ziel sei, den Schienenverkehr zu fördern. Es sei mit mindestens 380.000 Euro an Kosten für die erneute Instandsetzung der Strecke zu rechnen.
- Herr Irrgang gibt zu bedenken, dass insgesamt mit mehreren Millionen Euro an Kosten zu rechnen sei. Er unterstreicht, dass über die Potentialanalyse hinaus eine umfassende Bewertung und Kostenkalkulation notwendig sei. Es sei eine grundsätzliche Studie zu alternativen Antrieben, wie beispielsweise Wasserstoffzügen, erstellt worden diese müsse nun ausgewertet werden.
- Herr Keller hebt hervor, dass es Ziel des AfD-Antrags sei, die Strecke zu sanieren und für den Personenverkehr zur Verfügung zu stellen.
- Herr Reitstätter erklärt, dass erste Mängel in Sachsen-Anhalt beseitigt worden sind.
- Herr Lieschke weist auf die aktuelle Frist für die Reaktivierung hin. Es könnten zuerst Sonderverkehrszüge eingesetzt werden, um die Nachfrage zu testen. Bis Juli müsse die Strecke in Ordnung sein. Inzwischen sei sichtbar, dass man an der Strecke der Heidebahn arbeitet.
- Herr Reitstätter betont, dass man mit der NASA zusammengearbeitet habe. Für den Sonderverkehr werde die Strecke wieder nutzbar gemacht.
- Herr Huth erklärt, dass die Strecke für den Personenverkehr nicht kostendeckend sei.
- Herr Mrosek entgegnet, dass man mit der Heidebahn die ländlichen Räume erschließen könne und den Verkehr von der Straße auf die Schiene transferieren kann. Genutzt werden könnten Regionalisierungsmittel und das der NASA vom Bund zugeteilte Geld. Das Ziel müsse es sein, die Heidebahn regelmäßig zu befahren. Gemeinsam und überparteilich müsse

- an diesem Vorhaben kontinuierlich gearbeitet werden.
- Herr Irrgang verweist auf das ausstehende Basisgutachten. Die bundesweit zur Verfügung stehenden Fördermittel bewegten sich im zweistelligen Millionenbereich. Nicht jede Bahnstrecke könne deshalb dadurch reaktiviert werden.
- **Herr Reitstätter** teilt mit, dass zahlreiche Strecken unterfinanziert seien und es deshalb schwierig sei, die Infrastruktur flächendeckend zu erhalten.
- **Frau Petzold** fragt nach, wie sich die AfD im Sinne der Heidebahn einbringen kann und bittet Herrn Huth und Herrn Irrgang um eine Positionierung.
- **Herr Huth** betont, dass die infrastrukturelle Anbindung unter Umständen auch ohne Heidebahn angeblich möglich sei, nämlich über Busverbindungen. Bereits zu DDR-Zeiten sei die Nutzung der Heidebahn überschaubar gewesen.
- Herr Bochmann verweist auf den hohen touristischen Nutzen der Heidebahn und die bereits vorhandene Nutzung der Strecke durch die Firma Leonhard Moll. Zudem könnten Fahrräder mit der Bahn häufiger als mit dem Bus transportiert werden.
- Herr Irrgang gibt zu bedenken, dass für den Güterverkehr viel geringere Sicherheitsstandards als beim Personenverkehr vorhanden seien. Die Triebzüge könnten für Fahrradtransport ertüchtigt werden und müssten zudem behindertengerecht sein. Zwölf Fahrräder könnten im Schnitt mit einem Zug transportiert werden. Durch die intensivere Verwendung von E-Bikes würde auch der Zugverkehr momentan verstärkt gefordert werden.
- Herr Mrosek kritisiert, dass es am politischen Willen zur Umsetzung fehle.
- **Herr Bochmann** betont, dass zuerst das Angebot hergestellt werden müsse, um eine größere Nachfrage zu erzeugen.
- Herr Lieschke fragt Herrn Reitstätter, ob die Strecke auch bei geringem Personenaufkommen durch die Deutsche Regionaleisenbahn GmbH als Verkehrsbetreiber betrieben werden könne.
- Herr Reitstätter antwortet, dass dies bei entsprechender Finanzierung möglich sei.
- **Herr Seitz** erklärt auf Nachfrage von Petzold, dass bereits ein Befahren der Heidebahn-Strecke aller drei Stunden vielen Bürgern völlig genügen würde.
- Frau Petzold betont erneut, dass mehrere Parteien ein Interesse an der Heidebahn hätten.
- Herr Keller gibt hinsichtlich der Realisierung folgende Aspekte zu bedenken:
 - 1)Zuerst müsse die Potentialanalyse abgewartet werden.
 - 2)Dann müsse die Finanzierung, also auch die Aktivierung von Fördermitteln, geklärt werden.
 - 3) Weitere notwendige Modernisierungsschritte entlang der Strecke seien aufzulisten.
 - 4) Unter allen Beteiligten sei Einigkeit notwendig.
- Herr Lieschke fragt, ob die Mittel der NASA für die aktuelle Mängelbeseitigung ausreichen würden.
- Herr Reitstätter antwortet, dass die Beseitigung der Mängel bereits auf Kosten der NASA zugesichert worden sei, da diese den Auftrag erteilt habe.
- Frau Petzold ruft alle Beteiligten zum gemeinsamen Engagement für die Heidebahn auf. Schon bald müssen nächste Arbeitsschritte, unter Umständen in größerer Runde, ins Auge gefasst werden. Sie verabschiedet alle Teilnehmer recht herzlich.

Protokollant Johannes Schüller

Die Deutsche Bahn antwortete dem damaligen sachsen-anhaltinischen Bundestagsabgeordneten der AfD, Herrn Andreas Mrosek, auf seine Anfrage zum Reaktivierungspotential wie folgt:





Auch Herr Keller, ebenfalls Mitglied des Sächsischen Landtags und der AfD, versuchte fleißig, die Gründe für den Verfall der traditionsreichen Strecke herauszufinden:



Der Staatsminister

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Postfach 10 03 29 | 01073 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages Herrn Dr. Matthias Rößler Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden **Durchwahl** Telefon: 0351 564-80001 Telefax: 0351 564-80080

Aktenzeichen (bitte bei Antwort angeben) LS-1053/89/176-2021/26571

Dresden, 25. Mai 2021

Kleine Anfrage des Abgeordneten Tobias Keller (Fraktion der AfD)

Drs.-Nr. 7/6054

Thema: Arbeitsstand zur Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Eilenburg – Bad-Düben – Wittenberg (Heidebahn)

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Ausführungen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

"Die Eisenbahnstrecke Eilenburg – Bad-Düben – Wittenberg (Heidebahn) ist eine Bundesländergrenzen überschreitende Strecke. Sie wird derzeit nur noch mit Güterverkehr betrieben, weil für eine Reaktivierung der abbestellten Leistungen für den Personennahverkehr noch Sanierungsmaßnahmen ausstehen. Das Land Sachsen-Anhalt arbeitet seit geraumer Zeit an diesem Projekt und hat alle Maßnahmen für die gesamte Strecke bereits in die Wege geleitet. Ein großer Teil der Strecke befindet sich auf sächsischem Gebiet. Durch die Reaktivierung dieser Strecke entsteht ein erheblicher Nutzen für den Freistaat."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Seit wann arbeitet die Staatsregierung an diesem Projekt und welche Schritte wurden bereits eingeleitet, eine Reaktivierung zu unterstützen?

Die Sächsische Staatsregierung untersucht auf Grundlage eines einheitlichen Bewertungsschemas Eisenbahnstrecken dahingehend, ob auf diesen eine Aktivierung von Schienenpersonennahverkehr (SPNV) möglich ist. Dazu wird seit Beginn 2021 ein Basisgutachten erarbeitet, in das auch die Eisenbahnstrecke Wittenberg – Bad Düben – Eilenburg einbezogen ist.



Hausanschrift Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wilhelm-Buck-Straße 2 01097 Dresden

Außenstelle Ammonstraße 10 01069 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien

* Information zum Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente unter www.smwa.sachsen.de/kontakt htm

poststelle@smwa-sachsen.de-mail.de

Seite 1 von 2



Frage 2: Wie gestaltet sich derzeit die Zusammenarbeit des Verkehrsministeriums von Sachsen mit dem von Sachsen-Anhalt? Beziehungsweise des LaSuV mit dem NaSA.

Es finden regelmäßige Konsultationen zu verschiedensten Infrastrukturthemen zwischen den Landesregierungen statt.

Die Bestellung von SPNV auf Eisenbahnstrecken liegt im Verantwortungsbereich der jeweiligen Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Freistaat Sachsen und in Sachsen-Anhalt, die zu diesem Thema zusammenarbeiten.

Gemäß dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen sind in Sachsen die Landkreise und Kreisfreien Städte beziehungsweise deren Zusammenschlüsse für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV zuständig. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASuV) ist somit nicht zuständig.

- Frage 3: Welche Probleme stehen derzeit einer Reaktivierung dieser Bahnstrecke entgegen?
- Frage 4: Welche weiteren Schritte werden unternommen um zeitnah dieses Projekt voranzutreiben und Lösungen für die genannten Probleme zu finden? (Bitte Zeitschiene mit Lösungsschritten darstellen)
- Frage 5: Wird eine Kosten-Nutzenanalyse, die bereits von der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH derzeit präzisiert wird und die für die gesamte Strecke gilt, anerkannt und darauf aufbauend gehandelt?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 3 bis 5:

Die landesseitigen Untersuchungen zur Reaktivierung von Schienenstrecken werden für alle Eisenbahnstrecken im Freistaat Sachsen, für die eine Reaktivierung des SPNV in Frage kommen könnte, nach einem mehrstufigen Bewertungsschema nach einheitlichen Kriterien geführt. Die Rahmenbedingungen für eine mögliche Bestellung des SPNV auf der bezeichneten Eisenbahnstrecke können erst nach Abschluss der Untersuchungen identifiziert werden.

Zur in Rede stehenden Strecke erarbeitet gegenwärtig der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV) im Auftrag der zuständigen Aufgabenträger, die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) und der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL), eine Potentialanalyse zur Eisenbahnstrecke, die im Juni 2021 vorliegen soll.

Im Fall einer positiven Bewertung wird durch den MDV nach hiesigem Kenntnisstand in einem weiteren Schritt die Betrachtung der Infrastruktur erfolgen. Auf Grundlage dieser Analysen kann dann eine Nutzen-Kosten-Untersuchung aufbauen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Dulig

Seite 2 von 2

Zur erhofften Reaktivierung der Heidebahn kam es aber bis heute leider nicht. Folgender Beitrag vom 31.05.2021 fasst jedoch unsere Bemühungen, die vielleicht doch noch mit der notwendigen politischen Wende Früchte tragen werden, gut zusammen. Die Hoffnung – für unsere Heidebahn – stirbt schließlich zuletzt!



AfD-Fraktion kämpft weiter für die Heidebahn! (Webseiten-Artikel vom 31.05.2021)

Die etablierten Parteien haben den Antrag der AfD-Fraktion zur Reaktivierung der Bahnstrecke Eilenburg –Bad Düben – Lutherstadt Wittenberg (<u>Drucksache 7/6182</u>) am 18.05.2021 abgelehnt. Dazu erklärt die nordsächsische AfD-Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold:

31.05.2021

"Leider haben die etablierten Parteien im Sächsischen Landtag unseren Antrag zur Reaktivierung der traditionsreichen "Heidebahn" für den Personenverkehr einfach vom Tisch gefegt. Ein Vertreter der CDU zweifelte in seiner Rede sogar den Bedarf für eine Reaktivierung an. Dabei hatten seine Parteikollegen, darunter auch der nordsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt, noch im Oktober 2020 eine Absichtserklärung zur Reaktivierung der Heidebahn unterzeichnet. Das ist zutiefst heuchlerisch! Anstatt mit der AfD als größter Oppositionspartei im Sächsischen Landtag eine Lösung zu finden, wurde unser vernunftorientierter Antrag von allen anderen Parteien im Landtag aus wahltaktischen Gründen abgeschmettert.

Dabei haben Vertreter der AfD aus Sachsen und Sachsen-Anhalt bereits die vorhandenen Materialien und Sachverhalte gesichtet und eigene Analysen sowie parlamentarische Anträge eingereicht. An einem gemeinsamen Arbeitstreffen haben im April unter anderem

der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Andreas Mrosek, der sachsenanhaltinische Landtagsabgeordnete Matthias Lieschke, der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag Tobias Keller und ich teilgenommen. Dabei wurde festgestellt, dass wesentliche Vorarbeiten für eine schnelle Realisierung der Strecke bereits in Sachsen-Anhalt geleistet wurden.

Dazu gehört beispielsweise eine umfassende Potentialanalyse der NASA ("Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH") sowie eine detaillierte Auflistung der zu behebenden Mängel auf der Strecke. Wäre der politische Wille dazu seitens CDU, SPD, Linken und Grünen in Sachsen und Sachsen-Anhalt wirklich vorhanden, ließe sich die Heidebahn rasch reaktivieren! Die Regierung müsste nicht einmal mehr große eigene Anstrengungen unternehmen – stattdessen ignoriert sie aber aus wahltaktischen Erwägungen erneut die Wünsche der Bürger. Das Volk wird wieder einmal nicht gehört.

Dabei besteht großer Bedarf an einer Reaktivierung der Heidebahn, die Sachsen und Sachsen-Anhalt verbindet. Dies würde den Straßenverkehr durch Pkw und Lkw entlasten und somit den Schadstoffausstoß verringern. Zum anderen würden der ländliche Raum gestärkt, der Tourismus gefördert, die Anbindung an die Kultur vor Ort gestärkt und das Wohnen und Arbeiten für die Einheimischen wesentlich erleichtert werden. Wir werden uns deshalb nicht durch die Blockadehaltung der anderen Parteien entmutigen lassen, sondern weiter für unsere traditionsreiche Heidebahn kämpfen! Die Bürger erwarten keine wahltaktischen Spielchen, sondern endlich Politik in ihrem eigenen Interesse."

Die AfD Sachsen-Anhalt hat die Reaktivierung der Heidebahn in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Der sachsen-anhaltinische AfD-Bundestagsabgeordnete Andreas Mrosek betont dazu:

"Der ÖPNV muss weiter ausgebaut und die Kommunen müssen dabei unterstützt werden. Wir fordern keinen weiteren Rückbau von Bahnhöfen innerhalb des ÖPNV. Parallel müssen stillgelegt Bahngleise wiederbelebt und im ÖPNV integriert werden. Das entlastet die Straßen. Die Heidebahn zwischen der Lutherstadt Wittenberg und Eilenburg muss länderübergreifend (Sachsen-Anhalt und Sachsen) in den ÖPNV übernommen und regelmäßig befahren werden!"

Der sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Matthias Lieschke, der ebenfalls wesentliche parlamentarische Vorarbeiten im Sinne der Reaktivierung vorgenommen hat, erklärt:

"Wieder einmal scheinen ideologische Scheuklappen der Grund für die Ablehnung des Antrages zu sein. Dabei muss es einfach um die Bürger vor Ort gehen. Während die Heidebahn in Sachsen-Anhalt, von CDU und SPD als Wahlkampfthema herhalten muss, wird im Sächsischen Landtag gegen die Heidebahn gestimmt. Ich hoffe, dass der Wähler hier in Sachsen-Anhalt dieses Versagen dementsprechend bewertet!"

Die Stellungnahme des verkehrspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Tobias Keller, findet sich hier: https://afd-fraktion-sachsen.de/bahnverkehr-imlaendlichen-raum-staerken/

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Hier finden Sie das Video zur Rede des damaligen verkehrspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herrn Keller, zu unseren Anträgen zur Reaktivierung der Heidebahn: https://www.youtube.com/watch?v=YaudOQUn5Ng

5.4. Unvermessener Hofraum - "Lex Nordsachsen"

Ich kannte bereits vor 2019 eine besondere, NUR nordsächsische Problemastik, die ca. 600 Grundstückseigentümer betrifft:

Auf die napoleonische Zeit zurückgehende, unklare Grundstückseintragungen, die in unserer früheren Zugehörigkeit zur Provinz Preußen wurzeln. Als wir Nordsachsen jedoch auch staatlich ein Teil Sachsens wurden, blieb eine genaue Vermessung der Grundstücke aus – deshalb gibt es bis heute unklare Eigentumsverhältnisse! Die besondere Problematik der betroffenen Grundstückseigentümer in Zusammenhang mit unvermessenen Hofräumen in Nordsachsen betrifft vor allem die rechtliche und planungsrechtliche Unsicherheit im Umgang mit Grundstücken, deren genaue Grenzen oder Aufteilungen nicht vermessen sind. Die betroffenen Grundstücke wurden bisher noch nicht alle in Form von verschiedenen Flurbereinigungsverfahren bemessen. Selbst neu vermessene Grundstücke sind oft weder im Kataster, noch im Grundbuch oder beim Steuerportal erfasst.

Besonders brisant ist dabei, dass zum 01.01.2026 eine auf diese ungeklärten Grundstücksabmessungen abstellende, 2017 beschlossene Hofraumverordnung außer Kraft tritt – dies würde unter Umständen für Eigentümer den Verlust eines Teils ihres Grundstücks bedeuten! Die unmittelbar verantwortliche Bundesregierung hat, ebensowenig wie der Freistaat Sachsen, bisher eine abschließende Lösung dieses Problems gefunden!

Dieses Thema brennt vielen nordsächsischen Bürgern, die über Grundeigentum verfügen, besonders "auf den Nägeln". In enger Zusammenarbeit mit unserem nordsächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, haben wir deshalb sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die Regierungen gedrängt, sich aktiv für eine abschließende Lösung einzusetzen! Wie hilflos und unverantwortlich die Bundesregierung agiert, zeigt beispielsweise nebenstehende Antwort auf eine Einzelanfrage von Herrn Bochmann vom 20.05.2023.

96. Abgeordneter René Bochmann (AfD) Wird die Bundesregierung die im Jahr 2017 beschlossene Hofraumverordnung für Nordsachsen, die beschlossen wurde, um ca. 600 ungetrennte Hofräume durch Vermessungen und Grundbucheintragungen den rechtmäßigen Eigentümern zuzuordnen und somit auch verkehrsfähig zu machen (z. B. für den Verkauf oder die finanzielle Belastbarkeit), über die Laufzeit hinaus für den Fall verlängern, dass noch nicht alle Hofräume bis zum 31. Dezember 2025 vermessen worden sind, und wie viele Hofräume wurden seit Inkrafttreten der Verordnung vermessen bzw. sind noch nicht vermessen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser vom 2. Mai 2023

Aus Sicht der Bundesregierung stellt sich die Frage einer Verlängerung der Geltung der Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Anteilen an ungetrennten Hofräumen (Hofraumverordnung) derzeit nicht.

Im Hinblick auf die Vollzugszuständigkeit der Länder ist der Bundesregierung ist nicht bekannt, wie viele Hofräume seit Inkrafttreten der Hofraumverordnung vermessen wurden beziehungsweise wie viele ungetrennte Hofräume noch nicht vermessen worden sind. Dementsprechend ist für die Bundesregierung zurzeit noch nicht absehbar, ob zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Hofraumverordnung am 31. Dezember 2025 überhaupt ein Bedarf für eine Fortgeltung der Regelung bestehen wird. Die Bundesregierung wird rechtzeitig vor dem Außerkrafttreten der Hofraumverordnung über eine eventuelle Verlängerung entscheiden.

In Kleinen Anfragen fragte ich zudem bei der Sächsischen Landesregierung nach dem aktuellen Stand. Die Antworten waren ernüchternd, wie folgende Antwort vom 21.06.2022 auf meine Anfrage exemplarisch zeigt:

STANTSMIKIS' ENION CENTRAL BALL OUT OF VOICEMENT EUROPA LIMO GLEICHE FELLUNG Dio Staatsministerin Durchward To 15 1449 801 954 19300 Ta 204 449 861 664 1930) Prasidenten des Sächsischen Lanctages elament riklering) em juste sedesen ist Horrn Dr. Mailhies RdBler Bernharo-von-Lindenau-Pla∠ 1 01067 Dresden (bilbe Sel Anbech angehen) ID-45/45/ 020-. R Dressen, 21. Jun 2422 Kicino Amfraga der Abgeomineten Gudrun Petzoid (AID) Des.-Mr.: 7/9928 Sicherung der Verkehrsfähigkeit von Grundsbücken, die im Thema: Grundbuch derzeit als Anteile an einem ungetrennten Hofmum eingetragen eind Behingeeinder Hein Präsigent, namens und im Auftrag der Sächsischen Streitgreglerung besolworte ich die Kleine Anfrage wie feigh Vorbemerkling: Vorso ist enzumerken, daes enlacheidend für die Herstellung der Verkehrs-'ähigkeil von Grundstucken in ungetrehmen Hofraumon außerhals dar Hausenschrift Wandertru Stadies soze: um der Juste ind für und der de " Burge und Childrefellung Reigen "de d Suituerreglungen der Profraumverordnung nicht die antsprachende Fintregung im Grundbuch, sandem die Erfessung bieser Grundstücke im Liegenschaftskatastan at, die Inabeechdere in Wege von Fluibereinigungsverfallren erfolgt. AND LISTANIAN PROPERTY. Frage 1: Parkan ac La é parkh-go, mini a ga gi a. Calah Harasa séa 4 Wieviel Grundstücke sind in Nordsachsen im Grundbuch noch ele Antelle an einem ungefrennten Hofrsom eingetragen und werden dabet im Liegenscheftsketaster nicht mit einer exklusiven Flurstücksnummer und vermessenen Grundstücksgrenzen geführt? State Livering

Die vollständige, umfangreiche Antwort kann hier eingesehen werden: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/KA-Hofraumverordnung-210622.pdf

In o.g. Antwort vom 21.06.2022 kündigte die grüne Sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung an: "Die Sächsische Staatsregierung wird rechtzeitig vor Auslaufen der Hofraumverordnung gegenüber dem Bundesministerium der Justiz auf eine weitere Verlängerung hinwirken."

Doch entgegen dieser eindeutigen Zusage an die Bürger, die ich in meinem Wahlkreis vertrete, musste Frau Meier knapp ein Jahr später in einer Antwort vom 04.05.2023 auf eine weitere Anfrage meinerseits eingestehen, dass bisher noch gar keine Gespräche stattfanden:





Frage 1:

Hat die Staatsraglerung zwischenzeltlich Verhandlungen bzw. Konsultationen mit dem Bundesministerium der Justiz in Bezug auf eine Verlängerung der Hofraumverordnung aufgenommen?

Frage 2:

Ließ das Bundesministerium dabei eine Tendenz erkennen, die Hofraumverordnung über den 31.12.2025 hinaus zu verlängern?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 und 2:

Bis dato haben noch keine Verhandlungen mit dem Bundesminlaterium der Justiz hinsichtlich der Verlängerung der Höfraumverordnung stattgefunden.

Mit froundlichen Größen

Katja Meier

In enger Zusammenarbeit mit Herrn Bochmann ließ ich nicht locker: Herr Bochmann reichte rund ein Jahr nach o.g. Anfrage wiederum eine Einzelfrage an die Bundesregierung ein, in der er sich nach dem aktuellen Stand der Verlängerung der Hofraumverordnung erkundigt. In seiner Antwort vom 05.08.2024 gesteht das Bundesministerium für Justiz überraschend ein, dass es sich nicht zuständig fühlt!

Ein ungeheurer Affront gegenüber den nordsächsischen Bürgern!



Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn René Bochmann Platz der Republik 1 11011 Berlin

Benjamin Strasser MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 30 18 580-9010 E-MAIL pst-strasser@bmj.bund.de

5. August 2024

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 7/392 vom 26. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 7/392:

Wie wird die Verkehrsfähigkeit von Anteilen an ungetrennten Hofräumen entsprechend der Hofraumverordnung (HofV) vom 12. Juli 2017 über den 1. Januar 2026 hinaus gewährleistet, und liegen dazu bereits Verordnungsentwürfe vor, etwa mit dem Gegenstand einer Verlängerung nach Paragraf 3 der HofV über den 31. Dezember 2025 hinaus?

SEITE 2 VON 2

Antwort:

Aus Sicht der Bundesregierung sind nach wie vor keine weiteren Maßnahmen in der Zuständigkeit des Bundes angezeigt, um die Verkehrsfähigkeit von Anteilen an ungetrennten Hofräumen über das Außerkrafttreten der Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Anteilen an ungetrennten Hofräumen (HofV) hinaus zu gewährleisten. Die Bundesregierung hält insbesondere eine Verlängerung der Geltung der HofV nicht für den richtigen Weg. Die HofV tritt am 31. Dezember 2025 außer Kraft. Seit erstmaligem Erlass der HofV werden bis zu ihrem Außerkrafttreten 31 Jahre vergangen sein. Die Vollzugszuständigkeit für die HofV – insbesondere für den zeitnahen Abschluss der laufenden Flurbereinigungsverfahren im Hinblick auf ungetrennte Hofräume – liegt bei den Ländern.

Mit freundlichen Grüßen

Diese Anwort ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, aber auch für die untätig gebliebene sächsische Landesregierung! Wir werden uns weiterhin des hochbrisanten Themas auf Kreis-, Landes- und Bundesebene annehmen, um für die Rechte der betroffenen Bürger und Grundstückseigentümer zu streiten!

5.5. Torgauer Hafen



Im Juni 2017 wurde in der "TZ" über den Abriss der Kranbahn wegen betonaggressivem Grundwasser berichtet. Ein fachkundiger Bürger und Experte der Geologie äußerte Zweifel an dieser Begründung und vermutete uns gegenüber, dass hier Planungsfehler verdeckt werden sollten.

Nachdem mich der Bürger 2021 kontaktierte, habe ich beschlossen, der Sache gemeinsam mit unserem direkt gewählten nordsächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, auf den Grund zu gehen. Über mehrere Anfragen an die Staatsregierung (siehe beispielsweise folgende) wollte ich die genauen Ursachen für den Rückbau klären. Es stellte sich heraus, dass eine Untersuchung des Grundwassers vom Umweltamt gefordert wurde. Messmethoden und Analysen wurden dargestellt, aber viele Fragen blieben offen, etwa über die Konsistenz der Messwerte und die Gefährdung umliegender Gebäude. Insbesondere eine Schrägbohrung an einer Spundwand im Hafen weckte unser Interesse. Der fachkundige Bürger äußerte hier erhebliche Bedenken und Zweifel.

Trotz meiner Bemühungen und weiterer Anfragen blieben wichtige Details unklar. Leider verstarb während unserer Bemühungen zur Aufklärung der unklaren Hafensituation unser hilfreicher Torgauer Experte der Geologie. 2023 beantragte ich Akteneinsicht, um mehr Klarheit zu erhalten. Leider wurde uns die Einsicht vom Landratsamt verweigert, mit dem Hinweis, dass dies in die Bundeszuständigkeit falle.

Unser neu gewählter Landtagsabgeordneter in der 8. Legislatur, Herr Tobias Heller, und unser Bundestagsabgeordneter, Herr René Bochmann, werden, gemeinsam mit den Abgeordneten des Nordsächsischen Kreistages, selbstverständlich die Angelegenheit sowohl auf Kreis-, Landes- als auch Bundesebene weiterverfolgen!



Der Staatsminister

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Postfach 10 03 29 | 01073 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages Herrn Dr. Matthias Rößler Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden **Durchwahl** Telefon: 0351 564-80001 Telefax: 0351 564-80080

Aktenzeichen (bitte bei Antwort angeben) LS-1053/89/247-2022/10919

Dresden, 8. März 2022

Kleine Anfrage der Abgeordneten Gudrun Petzold (AfD)

Drs.-Nr.: 7/9175

Thema: Betonaggressives Grundwasser am Torgauer Hafen

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

"Einem Beitrag in der netzseitigen Ausgabe der Torgauer Zeitung 31.8.2017 zufolge begründete das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit den Rückbau des Fundaments einer im Rahmen der Sanierung des Torgauer Hafens bereits fertiggestellten Kranbahn mit unerwartet festgestelltem betonaggressiven Grundwasser. (https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.-aspx?t=-NewsDetailModus(90249).

Für eine komplexe und damit zeit- sowie kostenaufwendige hydrogeologische Ursachenforschung sähe der Vorhabenträger dabei keinen Grund. Anlieger müssten sich keine Sorgen machen, da sich für bestehende Gebäude und Nutzungen in der vorliegenden Konstellation Gefahren nicht erwachsen."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Die angefragten Angaben wurden bei der Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe GmbH (SBO) abgefragt. Die nachfolgenden Ausführungen geben die dabei gewonnenen Informationen wieder.

Frage 1: Welche Veranlassung gab es, während der Bauausführung die Betonaggressivität des Grundwassers zu untersuchen?

Die Untersuchung der Betonaggressivität des Grundwassers ergab sich während der Bauausführung aufgrund einer Forderung des zuständigen Umweltamtes.



Hausanschrift Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Wilhelm-Buck-Straße 2

Wilhelm-Buck-Straße 2 01097 Dresden

Außenstelle Ammonstraße 10 01069 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Verkehrsanbindung: Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 7, 8, 9 - Haltestelle Carolaplatz

* Information zum Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente unter www.smwa.sachsen.de/kontakt.htm

De poststelle@smwa-sachsen. de-mail.de

Seite 1 von 2



Frage 2: Welche Analysewerte führten zur Einschätzung einer betonaggressiven Beschaffenheit des Grundwassers?

Die Analysewerte für kalklösende Kohlensäure mit der Einordnung XA 1-3 (DIN 4030) führten zur Einschätzung einer betonaggressiven Beschaffenheit des Grundwassers.

Frage 3: Welche Firma hat unter Anwendung welches Verfahrens / welcher Verfahren Probenentnahmen durchgeführt?

Die Firma ERGO Umweltinstitut GmbH entnahm die Proben. Die angewendeten Verfahren ordnet die folgende Tabelle den Probeparametern zu:

Parameter	Verfahrensnorm	Verfahrensmethode
AOX	DIN EN ISO 9562 (H14)	coulometrisch
Alkylphenole	Hausverfahren	gaschromatografisch
Ammonium	DIN EN ISO 11732 (E23)	photometrisch
BETX	DIN 38407-F9	gaschromatografisch
Beschaffenheit (Farbe/ Geruch)	DEV/B 1/2	organoleptisch/visuell
Arsen	DIN EN ISO 11885 (E22)	atomemissionsspektometrisch
Cadmium		
Chrom-ges		
Kupfer		
CO ₂ (kalklösend)		
Nichtkarbonathärte		rechnerisch
Chlorid	DIN EN ISO 10304-1	ionenchromatografisch
Sulfat		

Frage 4: Wie viele Proben wurden entnommen? (bitte aufschlüsseln nach Bohrund Schöpfproben.)

Es wurden 5 Schöpfproben entnommen.

Frage 5: Welche Umstände führten zur Einschätzung, daß für bestehende Gebäude und Nutzungen der Anlieger von der festgestellten Grundwasserbeschaffenheit keine Gefährdung ausgeht?

Die Einschätzung, dass für bestehende Gebäude und Nutzungen der Anlieger von der festgestellten Grundwasserbeschaffenheit keine Gefährdung ausgeht, traf das zuständige Umweltamt. Sie beruht auf der Tatsache, dass die Bauwerke nicht dauerhaft im betonaggressiven Grundwasser stehen bzw. von diesem beeinflusst werden.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Dulig

Selbstverständlich haben wir auch dem Torgauer Hafen selbst einen Besuch abgestattet, um uns von der Brisanz der Hintergründe bezüglich möglicherweise vertuschter Planungsfehler zu überzeugen:





6. Aufklärung über gesundheitliche Risiken der 5G-Technologie

Einer der wesentlichen Inhalte meiner parlamentarischen Arbeit war die unermüdliche Aufklärung über die Risiken, die mit intensiver Mobilfunk-Strahlung und der 5G-Technologie verbunden sind!

Um hier umfassende Informationen über geplante Sendemasten in Nordsachsen und die 5G-Planungen beim Lehr- und Versuchsgut Köllitzsch zu erhalten, kontaktierte ich 2019, also unmittelbar zu Beginn meiner Amtszeit, das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Dazu wandte ich mich am 04.08.2020 nach einem ausführlichen Telefonat auch schriftlich an Herrn Ackerbauer, den zuständigen Vertreter des Ministeriums:

Von: Gudrun Petzold [mailto:GudrunPetzold36@gmx.de]

Gesendet: Dienstag, 4. August 2020 22:07

An: Landtag - SMUL

Cc: Eichkorn, Norbert - LfULG; Kunze, Ondrej - LfULG; Bergfeld Dr., Uwe - LfULG

Betreff: Experimentierfeld-5G / LVG Köllitsch; unser Telefonat vom 03.07.2020

Sehr geehrter Herr Ackerbauer,

dankenswerterweise hat mir der Präsident des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Herr Norbert Eichkorn, mit Schreiben vom 01.07.2020 Ihre Adresse zwecks Kontaktaufnahme mit Ihnen, als Vertreter des SMEKUL mitgeteilt sowie auch zur weiteren Besprechung zum vorgesehenen 2. Strategiegespräch im LVG Köllitsch (siehe hierzu mein Schreiben v. 27.06.2020, welches Ihnen vorliegen sollte).

Daraufhin habe ich Sie im Sinne einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit umgehend am 03.07.2020 telefonisch kontaktiert.

Unser Gespräch ergab, daß Sie sich zunächst intensiv mit meinen mündlich und schriftlich vorgetragenen Anliegen beschäftigen wollten, um mit mir in Kürze die weitere sinnvolle Vorgehensweise zum Thema "Experimentierfeld-5G / Köllitsch" besprechen zu können.

Leider habe ich von Ihnen seit unserem Telefonat am 03.07.2020 nichts mehr gehört. Der Höflichkeit halber habe ich 4 Wochen abgewartet, um Ihnen ausreichend Zeit zur Strategiefindung zu geben. Im Übrigen: wußten Sie, daß zu DDR-Zeiten der gemeine Bürger bis max. 4 Wochen warten mußte, um eine Antwort auf seine Anfragen vom herrschenden SED-Regime zu erhalten? Doch spätestens nach 4 Wochen konnte er sich "glücklich" schätzen erhört worden zu sein, egal auch, wie sein Ansinnen beschieden wurde.

Ich hoffe, daß ich als direkt gewählte Abgeordnete der Alternative für Deutschland (von ca. 33% der Wähler im Wahlkreis Torgau/Oschatz) noch in Kürze Ihr geneigtes Gehör für meine Bürger in Nordsachsen und deren dringende Anfragen zum Thema "5G-Experimentierfeld / Köllitsch" finde.

Mein Angebot zu einer gemeinsamen Gesprächsrunde vor Ort in Köllitsch steht nach wie vor. Gesprächsteilnehmer und Grundthemen wurden bereits im o. g. Schreiben (27.06.2020) definiert:

- 1. Begleitung des "5G-Experimentes/Köllitsch" durch ein unabhängiges Forschungsinstitut zur Feststellung möglicher Gesundheitsrisiken auf Mensch, Tier und Natur
- 2. die erforderliche Aufklärungsarbeit der Bevölkerung zu den gesundheitlichen Risiken von 5G durch einen unabhängigen Wissenschaftler.

Ihre Teilnahme am 2. Strategiegespräch in Köllitsch (mit möglicher Ortsbesichtigung) wäre sicherlich eine Bereicherung an Wissen und Kompetenz und der richtige Schritt zur weiteren gemeinsamen erforderlichen Sachklärung.

Sollte die Inbetriebnahme des Test- und Demonstrationsfeldes Corona bedingt erst 2021 beginnen, meine ich, daß die Zeit bis dahin für die Aufklärungsarbeit der Bürger genutzt werden sollte.

Sehr geehrter Herr Ackerbauer, meine Zeilen möchte ich in der Hoffnung auf eine zukünftig gute und erfolgreiche Zusammenarbeit schließen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Leider warte ich bis heute auf eine umfassende Antwort von Herrn Ackerbauer!!

Bereits im Dezember 2019 hatte ich mich auch an die nordsächsische CDU gewandt, um gemeinsam das Gespräch mit vom intensiven Funkmast-Bau betroffenen Bürgern und Bürgerinitiativen in unserer Heimat zu suchen. Dabei informierte ich auch über die großen gesundheitlichen Risiken, die mit dieser Technologie verbunden sind:



Offener Brief: Mein Weihnachtsangebot an die CDU

(Webseiten-Artikel vom 20.12.2019)

Lesen Sie hier meinen Offenen Brief an die CDU-Landtagsabgeordnete Frau Dr. Christiane Schenderlein und den CDU-Bundestagsabgeordneten Marian Wendt zum Thema 5G vom Dezember 2019:

Sehr geehrte Frau Dr. Schenderlein, sehr geehrter Herr Wendt,

es gibt doch schwer zu denken, wenn sich gleich zwei "Schwergewichte" der CDU-Nordsachsen aufgeregt und mit übler Nachrede gegen eine berechtigte Kritik ihrer politischen Konkurrentin der AfD am Funknetzausbau, insbesondere der 5G-TECHNOLOGIE, positionieren.

Frau Dr. Schenderlein (schade, dass Sie keine Medizinerin sind!) und Herr Wendt, ich bitte Sie, sich schnellstens um Klarheit über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Mobilfunktechnologie, inklusive "5G", zu bemühen.

Nicht nur das Bundesamt für Strahlenschutz (2018) und der Europarat (2011) warnen vor dem gefährlichen Elektrosmog, auch selbst der Handy-Produzent Apple (https://tlp.de/apple-mobilfunk) und die Telekom (https://tlp.de/telekom-mobilfunk) warnen vor ihren eigenen Produkten.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat bereits 2012 die elektromagnetische Strahlung als potenziell krebserregend eingestuft, und über 180 Ärzte und Wissenschaftler aus 35 Ländern haben eine Petition an diese unterzeichnet, worin sie einen Ausbaustopp der 5G-Technologie fordern, solange die Gesundheitsrisiken nicht geklärt sind.

Auch deutsche Ärztevereinigungen/digitale Medien Stuttgart haben sich mit einem "Offenen Brief" zu dokumentierten Schäden durch Mobilfunk an Minister A. Scheuer gewandt (https://www.raum-und-zeit.com/cms/upload/topaktuell/Umweltärzte_Offener-Brief-an-Minister-Scheuer.pdf). — Wie können Sie beide behaupten, "dass von den bisherigen und künftigen Sendemasten für 4G und 5G keine gesundheitlichen Gefahren ausgehen – ist das bloße Unwissenheit, Lüge oder Volksverdummung!?!

Zu Ihrer Aussage, Frau Dr. Schenderlein, des Schutzes der Bürger durch unterschrittene Grenzwerte, möchte ich mit der Aussage eines Fachexperten antworten: Nach Prof. Dr.-Ing. A.H. Vogler, Honorarprofessor der RWTH Aachen, ist die Behauptung einer Schutzwirkung (der Grenzwerte) als "...wissenschaftliche Falschinformation anzusehen. Dies entspricht rechtlich allen Merkmalen des Betrugs und schließt grobfährlässige bis absichtliche Gefährdung und Körperverletzung ein."

Prof. Dr. Barrie Trower, Kern- und Atomphysiker und britischer Mikrowellenspezialist, erklärt in einem Interview: "In Ihrem Land Deutschland, werde ich garantieren und es ist eine Tatsache (...) dass in drei Generationen, wenn Sie nichts tun, nur eines von acht Ihrer Kinder erwarten kann, dass es gesund geboren wird! (...) Die anderen sieben von acht werden entweder tot sein oder eine genetische Krankheit haben." Das ist veröffentlicht.

Wenn Experten warnen, dass "5G der schwerwiegendste Eingriff des Menschen in die Natur in der gesamten Menschheitsgeschichte" ist, sollten wir Volksvertreter uns bemühen, das Volk aufzuklären über beide Seiten der Medaille von Funkwellenbestrahlung und nicht nur die profitable "Schokoladenseite" den teils noch unwissenden Bürgern "schmackhaft" machen.

Auf Hetze gegen Andersdenkende und -wissende fallen die Bürger nicht mehr herein, denn die Glaubwürdigkeit der CDU hat in 30 Jahren Regierungsmacht außerordentlich gelitten. Außerdem bin ich der Meinung, das dem Volkswillen endlich Genüge getan werden sollte, wenigstens hier in Nordsachsen, denn von 60 Prozent Wahlbeteiligten am 01. September 2019 haben sich zirka 30 Prozent für die CDU entschieden, aber auch etwa 30 Prozent für die AfD. Das heißt: "Rauft euch zusammen!!!"

Ich fordere Sie beide hiermit zu einem gemeinsamen Handeln im Auf- und Ausbau dieser zukunftsträchtigen, aber auch massiv gesundheitsgefährdenden Technologie auf. Ehrlichkeit und wissenschaftlich begründete Aufklärung unserer Bürger, besonders hinsichtlich des größten Experimentierfeldes Europas in Nordsachsen "Pilotprojekt Köllitsch", sind angesagt!

Diese der Größe des Projektes angepasste Zusammenarbeit wäre doch mal ein positives, weihnachtlich friedliches politisches "Funksignal" an die Bürger unseres Landkreises – Hetze ist unangebracht, die Bürger haben längst die "Nase voll" davon!

Werte Volksvertreter der CDU, ich bitte um ein Gespräch. – TRAUEN SIE SICH! Es ist dringend notwendig!

Auch habe ich mir erlaubt, die Bürger aufzufordern, nicht still zuzuschauen, wenn es um Ihre Zukunft und um die Zukunft Ihrer Kinder und Enkelkinder geht. Die Bürger sollten sich kundig machen, vor allem im Internet; und sie sollten nicht auf Rundfunk und Fernsehen warten ...!

Schauen auch Sie bitte in die Veröffentlichungen der Bürgerbewegungen (z.B. Modellstadt Darmstadt: www.buergerinitiative-bergstrasse.de/darmstadt) oder treten Sie in Kontakt mit Herrn Prof. Klaus Buchner, Abgeordneter des europäischen Parlamentes/Physiker, von der Ökologischen Demokratischen Partei (www.mobilfunk-aber-modern.de).

Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, durch sorgfältige Planung der Funknetze – niemand muss auf sein Handy verzichten! – auf moderne und strahlungsarme Technologien umzusteigen, auch wenn es mehr kostet; doch dies sollte uns unsere Gesundheit wert sein!

Den Bürgern habe ich abschließend nochmals versichert, dass ich in meiner Abgeordnetentätigkeit nur für ihr Wohl kämpfen werde. Es gibt keinen Grund für mich, sie zu verängstigen oder ihnen die Unwahrheit zu sagen.

"Natur(lich), Sozial, Regional, Volksverbunden" – darauf können sich die Nordsachsen verlassen!

Mit einem Zitat von Herrn Prof. Klaus Buchner/Ökologisch Demokratische Partei und EU-Parlamentarier (s.o.) möchte ich schließen:

"Die Bürger haben ein Recht auf Unversehrtheit. Deshalb müssen wir für eine verträglichere Technologie sorgen. Die Gesundheitsvorsorge muss absoluten Vorrang vor den Interessen und dem Profit der Industrie haben."

Ich erwarte Ihre Antwort und danke Ihnen im Voraus dafür.

Ich wünsche Ihnen eine frohe und friedliche Weihnacht sowie einen guten Start ins Neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Am 07.06.2021 veröffentlichte die TZ dazu meine grundsätzliche Pressemitteilung "Jede Medaille hat zwei Seiten", in der ich auch obigen Offenen Brief an die CDU erwähne :

Jede Medaille hat zwei Seiten

AfD-Pressemitteilung zu bald flächendeckendem 5 G in Nordsachsen

Weltgesundbeitsorganisation Nordsachsen, In Nordsachsen haben Vodafone-Techniker jetzt die ersten (WHO) hat die elektromagnetische 5G-Antennen an das neue Rechen-Strahlung schon 2012 als potenziell zentrum in Frankfurt am Main sowie krebserregend eingestuft. das 5G-Kernnetz angeschlossen. Imerkannte Wissenschaftler und Medi-Rahmen des Innovationswettbewerziner warnen vor Schlafstörungen, bes des Bundes könnte der Landkreis Misshildungen und Depressionen bis zu vier Millionen Euro erhaldurch 5G-Strahlung. Ich fordere weiterhin ten. Zugleich regt sich der eindringlich, Unmut der Bürger über dass auch hier, in der neue Mobilfunk-5G-Testregion Nord-Masten in Wohlau, sachsen, die Leute über diese gefährlichen Risiken Schildau und Neiden. Dazu erklärt die nordaufgeklärt werden, bevor vier sachsische AfD-Landtags-Millionen Euro Steuerzahlerabgeordnete Gudrun Pet-Geld ausgegeben werden! Nun zold: "Jede Medaille hat steht sogar schon 6G mit einem zwei Seiten - das gilt insin Dresden geplantem Mobilbesondere für den neuen funk-Forschungszentrum in der Vorbereitung. 5G-Mobilfunkständard! Große Bedenken **Besorgte Stimmen** Bei allen vorhandenen Nach Gesprächen mit acht eurotechnischen Vorteilen päischen Städten wurde ausgedürfen nicht die gerechnet unsere Landeshauptsundheitlichen Ristadt dafür auserkoren. Warum wohl? Hinzu kommt, siken völlig ignomert werdass die EU-Kommission den. Weltweit nun in allen dicht besiehegen Medidelten Gebieten bis 2030 ziner große lückenloses 5G durchsetzen Bedenken autgrund will! Die vielen abkritischen Stimnicht schätzbarer men hetroffegesundheitli-Bürger ner werden bisher Risiken cher durch 5G. Mehr als bundert Arzte a sowohl Viola aller Mobilfunk-Betreibern Fachrichtungen haben im "Freiburger Appell" auch der Politik ausdrücklich vor der einfach ignoriert Errichtung einer Mooder mit Lippenbebilfunkanlage. kenntnissen abgespeist. In Cavertitz Wohnumfeld und daraus resultierenden soll sogar ein Funk-Lern-, Konzentraturm mit Testfeld in tions- und Verder Nähe eines haltensstörun-Mobilfunkantennen des Mobilfunkstan-Kindergartens gen bei Kindern dards 5G an einem Mobilfunkmast. und einer Schugewarnt. Auch le errichtet wer-

den! Auch hier wurden die Stimmen besorgter Eltern sowie einer Bürgerinitiative einfach übergangen. Da mich das Thema sehr bewegt, habe ich bereits im Dezember 2019 einen Offenen Brief' an nordsächsische CDU-Politiker verfasst, indem ich ihnen unter anderem die Zusammenarbeit beim Thema ,5G' im Interesse der Bürger angeboten habe. Leider blieb dieser Brief bis heute schlichtweg unbeantwortet! Des Weiteren habe ich mich an verantwortliche Mitarbeiter im Umweltamt und dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft gewandt - auch hier leider ohne zufriedenstellende Rückmeldung!

Schäden abwenden

Im März dieses Jahres habe ich zudem an die Bürgermeisterin des vom Funkmastbau betroffenen Dreiheide geschrieben - wieder ohne Antwort isiehe Webseite, https://gudrun-petzold.de/2021/06/03/5gschreiben-an-die-buergermeiste rin-von-dreibeide/). In zahlreichen Gesprächen mit Bürgern zeigt sich jedoch, dass beim Volk sehr wohl Bedenken vorhanden sind und dieses Thema insbesondere den Betroffenen auf den Nägeln brennt! Die AfD stellt sich keineswegs gegen den technischen Fortschritt - es muss jedoch unbedingt gesundheitlicher Schaden von den Bürgern abgewendet wurden. Neben Aufklärung und Prävention muss das im Grundgesetz in Artikel 20a verankerte Vorsorgeprinzip endlich im Vordergrund stehen. Ich werde bei diesem Thema nicht lockerlassen und auch weiterhin die politischen Entscheidungsträger drängen, unnötige Risiken von den Bürgern fernzuhalten!*

Gudrutt Petzold Mitglied im Süchsischen Landlag, Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Auf eine Antwort der CDU warte ich jedoch bis

Am 19.06.2020 musste ich schließlich der TZ entnehmen, dass auch in Nordsachsen 5G flächendeckend gestartet wurde (siehe nebenstehender Artikel).

Besonders entsetzt war ich darüber, dass in meiner alten Heimat, Großtreben in der Gemeinde Beilrode, eine 5G-fähige Sendeanlage dem Dach des örtlichen Kirchturms installiert werden sollte – also dort, wo sich die gläubigen Christen von Großtreben, so auch meine Familie, Gebet versammelten.

Um dieser Gefährdung der Gläubigen wie aller Bürger von Großtreben Einhalt zu gebieten und Gespräch im Rahmen eines Info- und Diskussionsabends für die Bürger anzubieten, wandte ich mich am 08.07.2021 an den Bürgermeister von Beilrode, Herrn Vetter:

5G ist auch in Nordsachsen gestartet worden

Nordsachsen, in den zurückbegenden Tagen hat es immer wieder Leistungseinbrüche im mobilen Internet der Telekom gegeben, Grund war eine groß angelegt Umstellung des Netzes. Am Mittwoch teilte das Unternehmen dann mit: "Die Telekom hat ihre SG-Initiative in Deutschland gestartet. Der Landkreis Nordsachsen ist mit dabei. In Delitzsch, Mügeln und Wiedemar wurden Mobilfunkstandorte mit dem neuesten Mobilfunkstandard ausgestattet." Das 5G-Netz stehe in Sachen Leistungsvermögen noch ganz am Anlang, heißt es weiter, eine wichtige Botschaft sei allerdines: "Der Landkreis nimmt von Beginn an teil an dieser Entwicklung und hat damit einen digitalen Standortvorteil." Durch die Kombination verschiedener Techniken soll die Reichweite der 5G-Antennen speziell für den Ausbau im ländlichen Raum erhöht werden. Dedurch sind größere Abstände zwischen den Masten möglich. Die 5G-Technologie verspricht sehr hohe Datenübertragungsraten, die eine schnelle Internetnutzung flächendeckend ermöglichen. Außerdem sind diese Datengeschwindigkeiten die Voraussetzung für zukunftsträchtige Technologien wie autonomes Fahren. Auch die Landwirtschaft erhofft sich Fortschritte. Auf dem Lehr- und Versuch Köllitsch ist deshalb unlängst ein räumlich begrenztes 5G-Testfeld in Betrieb gegangen. Trotz allem treffen die Ausbaupläne vielerorts auf Skepsis, was sich auch auf die Suche nach Standorten für 5G-Masten auswirkt, wenn dafür Flächen privater Eigentümer infrage kom-men, diese abes eine Zusammenarbest ablehnen. Deutschlandweit, auch in Nordsachsen, haben sich Menschen zusammengeschlossen. die der 5G-Technologie skeptisch gegenübersteben und sogar gesundheitliche Folgen befürchten. Kritisiert wird, dass es keine Langzeitstudien dazu gibt. Sebastian Stöber heute!

auf

zum

ein



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Gemeinde Beilrode Bürgermeister Rene Vetter Bahnhofstraße 21 04886 Beilrode

Bürgerinformationsabend zur geplanten Funkanlage in Großtreben am 20.7.2021

Dresden, den 8.7.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie ich in der "Torgauer Zeitung" vom 5.7.2021 lesen konnte, soll auf dem Kirchturm in Großtreben eine Funkanlage mit drei Antennen errichtet werden. Da ich mich als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete seit geraumer Zeit mit Mobilfunkstandards, insbesondere "5G", auseinandersetze und Großtreben meine Heimat ist, bewegt mich dieses Thema besonders. Dabei wende ich mich keineswegs gegen den Fortschritt, möchte aber die Bürger über die gesundheitlichen Risiken dieser Technologie aufklären.

Denn leider werden die Bürger in vielen betroffenen Gemeinden schlicht übergangen und mittels errichteter Funktürme vor vollende Tatsachen gesetzt. Umso löblicher finde ich es, dass Sie frühzeitig die Bedenken und Meinungen der Bürger einholen möchten und ihnen Gelegenheit geben, sich zur Sache zu äußern.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen hiermit anbieten, die Bürger im Rahmen eines Informationsabends umfassend zu den Themen "Mobilfunk" und "5G" gemeinsam zu informieren und miteinander zu sprechen. Hierzu würden wir uns selbstverständlich auch freuen, wenn Sie, die Großtrebener Ortsvorsteherin Carla Pege, die Gemeinde- und Ortschaftsbeiräte sowie Gemeindekirchenrätin Silva Hentschel die jeweilige Sicht der Dinge im Rahmen des Informationsabends persönlich schildern könnten. Als möglichen Termin möchte ich Ihnen Dienstag, den 20.7., 19 Uhr vorschlagen. Vielleicht wäre es ja möglich, die Veranstaltung im Sportlerheim oder in der Kirche selbst durchzuführen. Ich bitte Sie deshalb um eine zeitnahe Rückmeldung zum für den 20.7. angedachten Bürgerinformationsabend in Großtreben.



Bernhard-von-Lindenau-Platz 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Eine öffentliche Diskussion zur Funkanlage drängt angesichts der bevorstehenden Errichtung: Denn es handelt sich beim neuartigen Mobilfunkstandard 5G keineswegs um eine unproblematische Technologie. Da die auch in Großtreben verantwortliche Deutsche Telekom in Deutschland als Vorreiter hinsichtlich dieser umstrittenen Funktechnologie gilt, kann davon ausgegangen werden, dass auch auf dem dortigen Kirchturm zeitnah mit 5G-Standard gesendet werden wird.

Doch die Weltgesundheitsorganisation WHO hat die elektromagnetische Strahlung bereits 2012 als potentiell krebserregend eingestuft. Im "Freiburger Appell" warnten mehr als hundert Ärzte eindringlich vor der Errichtung von Mobilfunkanlagen im Wohnumfeld und den daraus resultierenden Lern-, Konzentrations- sowie Verhaltensstörungen! Ebenso fragwürdig bleiben die staatlich definierten Funk-Grenzwerte, denn diese garantieren laut Einschätzung vieler Wissenschaftler keineswegs einen gesundheitsverträglichen Funkstandard. Zu den möglichen Schäden durch Funk zählen beim Menschen u.a. Tumor- und Krebsbildung, herabgesetzte Fruchtbarkeit, Depression, Schlafstörungen und viele andere. Nachweislich rufen Mobilfunksendeanlagen auch bei Säugetieren drastische gesundheitliche Schäden, beispielsweise Frühgeburten, grausame Missbildungen, Unfruchtbarkeit und Änderungen des Blutbildes hervor. Sogar das Bienen- und Insektensterben wird inzwischen mit den Auswirkungen neuartiger Funkstandards, zu denen vor allem 5G zählt, in Verbindung gebracht. Hierzu möchte ich Sie auf die kenntnisreichen Ausführungen des ehemaligen ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner hinweisen, die Sie unter anderem unter www.youtube.com/watch?v=rTg6pkYwcD0 einsehen können. Sehens- und lesenswert sind hierzu auch die Ausführungen von Dr. Barrie Trower, die Sie hier in komprimierter Form finden: https://bit.ly/3wx0LUJ . In Nordsachsen haben mittlerweile auch die Grünen die Problematik "5G" erkannt. So unterstützt deren Bundestagskandidat Denis Korn neuerdings, kurz vor der Bundestagswahl, das Anliegen einer 5G-kritischen Bürgerinitiative in Cavertitz. Dabei fordert er, wie die AfD Nordsachsen bereits seit mehreren Jahren, nun die stärkere Einbindung der Bürger sowie eine Mindestentfernung von 500 Metern zwischen Funkturm und Wohngebiet.

Wir, also die AfD und ich, möchten den technischen Fortschritt im Interesse der Bürger und Ihrer Gesundheit gestalten. Bereits im Dezember 2019 habe ich dazu einen "Offenen Brief" an CDU-Landtagsabgeordnete Frau Dr. Christiane Schenderlein und den CDU-Bundestagsabgeordneten Marian Wendt verfasst, indem ich ihnen unter anderem die Zusammenarbeit beim Thema "5G" im Interesse der Bürger anbiete. Leider blieb dieser Brief bis heute unbeantwortet. Außerdem habe ich mehrfach Kontakt mit dem Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft aufgenommen. Dort wurde ich an Herrn Torsten Ackerbauer verwiesen, welchen ich stellvertretend am 6.9.2020 aufgefordert habe, die Bürger über Risiken und Gefahren von 5G endlich offen aufzuklären. Leider blieb auch dieses Schreiben bis heute unbeantwortet!



Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Doch ich werde bei diesem hochbrisanten Thema nicht nachgeben. Im Interesse der Bürger bitte ich auch Sie deshalb eindringlich, im Einsatz für eine vernünftige Lösung nicht locker zu lassen! An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass sich der betroffene Kirchturm im Zentrum des Ortes Großtreben befindet – und damit beinahe jeden Einheimischen betrifft! Ich bin selbst als Katholikin aus Großtreben mit dieser Kirche groß geworden. Umso unanständiger finde ich es, dass auf der Spitze des Gotteshauses nun eine Funkanlage mit drei Antennen errichtet werden soll!

Eine Information der Bürger erachte ich vor diesem Hintergrund als dringend notwendig. Ich bitte Sie deshalb um eine gemeinsame Zusammenarbeit im Interesse der Einheimischen und freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Anlange

- (1) Neujahrsgruß Gudrun Petzold 2021
- (2) Schreiben an Herrn Ackerbauer vom 6.9.2020
- (3) Offener Brief an die CDU vom Dezember 2019

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Vetter erfolgte am 09.07.2021:

Von: Vetter, René <R.Vetter@beilrode.com> Gesendet: Freitag, 9. Juli 2021 11:52:22

An: Petzold, Gudrun (SLT, AFD)

Betreff: WG: z.H. Herrn Bürgermeister Rene Vetter: Bürgerinformationsabend zur

geplanten Funkanlage am 20.7.2021

Sehr geehrte Frau MdL Petzold,

vielen Dank für Ihren Brief, das Interesse an Ihrem Heimatdorf Großtreben und Ihre Vorschläge.

Wie in der Presse geschrieben gibt es eine Anfrage der Telekom zur Verbesserung der Mobilfunksituation in Großtreben. Der aktuelle Empfang - das bestätigen Ihnen alle Einwohner – ist schlecht bis nicht vorhanden.

Bürgerinformation und –beteiligung ist für uns sehr wichtig. Deshalb haben wir ein erstes Informationsblatt dazu an alle 3 Ortsteile herausgegeben. Da Sie sicherlich auch das Informationsblatt kennen, wissen Sie auch, dass wir den Einwohnern bis zum 31.7. die Möglichkeit gegeben haben ihre Meinungen, Bedenken und Anmerkungen mitzuteilen. Diese Frist wollen wir nicht beschneiden, deshalb ist die angefragte Bürgerversammlung am 20.7. aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Aus unserer Sicht gibt es auch keine drängenden Termine.

Am gestrigen Abend fand eine öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates mit beteiligten Gemeinderäten und mir statt. Es gab eine erste Auswertung der bis dato eingegangenen Meinungen, die überwiegend positiv waren. Im Ergebnis der gestrigen Sitzung steht der Ortschaftsrat, Kirche und Gemeinderäte für eine Verbesserung der Mobilfunksituation. Diskussionspunkt ist der Standort. Der aktuell avisierte Standort an der Kirche findet Zustimmung durch die Kirchgemeinde wie auch durch die Landeskirche. Dies hat auch einen Hintergrund. Der Dachstuhl der Kirche Großtreben ist stark sanierungsbedürftig. Die Kirchgemeinde muss handeln. Die Kirchgemeinde benötigt dafür eine fünfstelligen Betrag als Eigenmittel. Die möglichen Pachteinnahmen der Mobilfunkanlage wären natürlich sehr hilfreich. Wenn es Ihnen als MdL möglich ist, würde sich die Kirchgemeinde sicherlich über Ihr Engagement und eine finanzielle Unterstützung als Eigenmittelersatz sehr freuen. Die genauen Infos dazu erhalten Sie gern über Frau Hentschel.

Für weitere Fragen stehe ich jederzeit gern zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

René Vetter Bürgermeister

Gemeindeverwaltung Beilrode Bahnhofstraße 21 04886 Beilrode

Tel.: 03421/7322-0 Fax: 03421/7322-25

E-Mail: <u>r.vetter@beilrode.com</u> Internet: www.beilrode.de

Skype: r.vetter 14

Um – wie von Herrn Bürgermeister Vetter bereits vorgeschlagen – konstruktive Lösungen zum Erhalt der Kirche bei gleichzeitigem Schutz der Gesundheit der Bürger zu ermöglichen, kontaktierte ich den verantwortlichen Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Herrn Kramer.



Der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Herr Friedrich Kramer. (Foto: JWBE, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en)

Als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete wandte ich mich am 16.07.2021 an ihn:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

gudrun.petzold@slt.sachsen.de

F-Mail

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

- persönlich -Herrn Landesbischof Friedrich Kramer Hegelstraße 1 39104 Magdeburg

Dresden, den 16.7.2021

Geplante Funkanlage auf dem Kirchturm im Ortsteil Großtreben/Gemeinde Beilrode, im Landkreis Nordsachsen/Sachsen

Sehr geehrter Herr Landesbischof,

erlauben Sie mir bitte, mich mit einem gesundheitsrelevanten Thema, welches die Bürger des oben genannten Ortsteil Großtreben betrifft, an Sie zu wenden.

Als direkt gewählte Landtagsabgeordnete der "Alternative für Deutschland" des Wahlkreises Torgau-Oschatz im Landkreis Nordsachsen, fühle ich mich für das gesundheitliche Wohl der Bürger in meinem Wahlkreis verantwortlich.

Wie ich in der "Torgauer Zeitung" vom 5.7.2021 unter großen Bedenken lesen konnte, sollen auf dem Kirchturm Ihrer evangelischen Kirche in Großtreben drei Mobilfunk-Antennen errichtet werden. Mich bewegt dieses Thema sehr, da die möglichen langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen dieser elektromagnetischen Strahlung – insbesondere die 5. Generation ("5G") – noch nicht hinlänglich erforscht sind.

Dabei wende ich mich keineswegs gegen den Fortschritt, möchte aber die Bürger auf die möglichen gesundheitlichen Gefahren dieser Technologie aufmerksam machen.

Ich begrüße es deshalb, dass der zuständige Bürgermeister der Gemeinde Beilrode – in Kooperation mit der Großtrebener Ortsvorsteherin und selbstverständlich auch mit der Gemeindekirchenrätin Silva Hentschel – frühzeitig die Bedenken und Meinungen der Bürger einholt und ihnen bis zum 31.7.2021 Gelegenheit gibt, sich zur Sache äußern zu können.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Leider wurden in vielen anderen Fällen die Bürger übergangen, wenn es um die Errichtung von Mobilfunkanlagen ging. So fehlt es oft an notwendigen Hintergrundinformationen. Da die Bürger dadurch zumeist nur eine Seite der Medaille namens "5G"-Technologie kennen und diesen Mobilfunkstandard lediglich mit gutem Handyempfang verbinden, möchte ich sie als verantwortungsbewußte Abgeordnete ebenso auf die zweite, gesundheitlich bedenkliche Seite dieser Medaille hinweisen, BEVOR die Bürger am 31.7.2021 Gelegenheit haben, sich zur Sache zu äußern; denn oft wird diese zweite Seite verschwiegen.

Ich glaube, die ganzheitliche Information der Bürger dürfte auch dem Interesse der Evangelischen Kirche entsprechen!

Es ist mir wichtig und bitte glauben Sie mir, auch Sie darauf hinzuweisen, daß die Weltgesundheitsorganisation WHO die elektromagnetische Strahlung bereits 2012 als potentiell krebserregend eingestuft hat. Im "Freiburger Appell" warnten mehr als hundert Ärzte eindringlich vor der Errichtung von Mobilfunkanlagen im Wohnumfeld und den daraus resultierenden Lern-, Konzentrations- sowie Verhaltensstörungen! Ebenso fragwürdig bleiben die staatlich definierten Funk-Grenzwerte, denn diese garantieren laut Einschätzung vieler Wissenschaftler keineswegs einen gesundheitsverträglichen Funkstandard. Zu den möglichen Schäden durch Mobilfunk zählen beim Menschen u.a. Tumor- und Krebsbildung, herabgesetzte Fruchtbarkeit, Depression, Schlafstörungen und viele andere. Nachweislich rufen Mobilfunksendeanlagen auch bei Säugetieren drastische gesundheitliche Schäden, beispielsweise Frühgeburten, grausame Missbildungen, Unfruchtbarkeit und Änderungen des Blutbildes hervor. Sogar das Bienen- und Insektensterben wird inzwischen mit den Auswirkungen neuartiger Funkstandards, zu denen vor allem 5G zählt, in Verbindung gebracht. Hierzu möchte ich Sie auf die kenntnisreichen Ausführungen des ehemaligen ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner hinweisen, die Sie unter anderem unter www.youtube.com/watch?v=rTg6pkYwcD0 einsehen können. Sehens- und lesenswert sind hierzu auch die Ausführungen von Dr. Barrie Trower, die Sie hier in komprimierter Form finden: https://bit.ly/3wx0LUJ.

In diesem Sinne möchte ich es den Bürgern von Großtreben ermöglichen, sich auch über die gesundheitlich bedenklichen Hintergründe von elektromagnetischer Strahlung – insbesondere "5G" – umfassend zu informieren, um sich so ein vollständiges Bild dieses Mobilfunkstandards verschaffen zu können.

Ich werde deshalb am 20.7.2021 in Großtreben, im Rahmen eines Informationsstandes in der Zeit von 15 bis 18 Uhr, den Bürgern zum Gespräch gern zur Verfügung stehen; denn es ist das gute demokratische Recht unserer Bürger, sich für ein ganzheitliches Bild der Lage verschiedenste Stimmen zum Thema anzuhören!



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Wir, die "Alternative für Deutschland", möchten den technischen Fortschritt im Interesse der Bürger und Ihrer Gesundheit gestalten.

Selbstverständlich haben wir auch versucht, mit Ihrer Gemeindekirchenrätin, Frau Silva Hentschel, diesbezüglich in Kontakt zu kommen.

So konnten wir über den Bürgermeister der Gemeinde erfahren, daß sowohl die örtliche Kirche als auch die Landeskirche dem Bau dieser Funkanlage auf dem Kirchturm von Großtreben befürwortet. Außerdem wurde uns mitgeteilt, daß sich die Kirchgemeinde erhofft, den Dachstuhl des Gotteshauses mittels der von der Telekom erhaltenen Pachteinnahmen sanieren zu können.

So bot mir der Bürgermeister in seinem Schreiben vom 9.7.2021 an, daß eine Spende meinerseits für den Dachstuhl von der Kirche gern entgegengenommen werden würde.

Nach Rückfrage bei einer Verantwortlichen der Kirche erhielt mein Mitarbeiter jedoch – ohne Namensbekennung der Person – die unerhörte, ungezogene und unchristliche Antwort, dass man nichts mit der AfD zu tun haben wolle! Anschließend legte die betreffende christliche Mitarbeiterin den Telefonhörer abrupt auf.

Über dieses Verhalten bin ich nicht nur als Abgeordnete des Sächsischen Landtags und Abgeordnete des Kreistages/Landkreis Nordsachsen, sondern auch als Katholikin, die in der Kirche in Großtreben aufgewachsen ist und in Annaburg die Kommunion erhalten hat, entsetzt!

Eine in sich zutiefst gespaltene Kirche, die seit Jahren, ohne ersichtliches Ergebnis, die ökumenische Gemeinschaft beschwört und der unter anderem wegen unchristlichem Verhalten der Kirchen – "Hirten" die "Schäflein" zu tausenden davonlaufen, sollte nun nicht auch noch die restlich verbliebenen Gläubigen – insbesondere hier im Osten der Republik –, nach Parteibuch trennen in gute und böse Christen.

Die AfD ist im Übrigen eine demokratisch gewählte Partei und sie steht mit festen Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes. Ich bin froh, diese Demokratie 1989 mit erstritten zu haben. Größtenteils meine Generation und viele tausend Andere, so auch ich, standen vor den Gewehren einer fürchterlichen Arbeiter- und Bauerndiktatur, die unsere Religion als "Opium des Volkes" verspottete. Ich wurde von der Stasi beobachtet, auch, weil ich dieser, unserer Kirche treu war…

Sehr geehrter Herr Landesbischof Kramer, das Verhalten Ihrer Kirche zu meiner Partei "Alternative für Deutschland", aber auch das offensichtliche Untertänige sowie größtenteils unkritische Agieren der Kirche insgesamt in Deutschland gegenüber der vorherrschenden Politik,

ja – diese Angepaßtheit der Kirche an den politischen Mainstream belastet mich sehr. Diese derzeitige, für viele Christen fast unerträgliche Situation, so auch für die Christen bei uns in der AfD, habe ich ebenfalls in einem Brief an meinem Landesbischof, Herrn Heinrich Timmerevers,



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

angeprangert. Dieses Schreiben und die zugehörige Pressemitteilung "Pfaffen sollen beten und nicht regieren" (Luther) vom 24.8.2020 finden Sie anbei!

Hochverehrter Herr Landesbischof, ich bitte Sie hiermit sehr um Verständnis für mein Engagement bezüglich der Problematik Mobilfunkanlagen, insbesondere der Generation 5 und nun auch schon de 6. Generation ("6G"), sind diese doch mit gesundheitlich bedenklicher elektromagnetischer Strahlun verbunden.

Ich frage Sie, kann eine mit hohen gesundheitlichen Risiken für die Anwohner verbundene Funkanlage auf dem Turm eines Gotteshauses durch einen sanierten Dachstuhl aufgewogen werden? Schließlich werden damit nicht nur direkt die Besucher des Gottesdienstes unnötigen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt, sondern massiv alle Bürger der Gemeinde Großtreben.

Vielleicht finden wir gemeinsam den richtigen, unschädlichen Weg, um im Dienst der Gemeinschaft der Christen und auch im Interesse aller Einwohner von Großtreben zu handeln. So wäre es ein guter Kompromiss, wenn man für diese Mobilfunkanlage einen Standort mit angemessener Entfernung von der Ortschaft, gemäß wissenschaftlicher Erkenntnis, errichten könnte. Auf diese Weise profitieren alle gemeinsam vom Fortschritt und einer zweifelsohne dringend notwendigen Verbesserung des Handyempfangs, ohne unnötigen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt zu sein.

Ich bitte Sie deshalb herzlichst, im Interesse aller Betroffenen zu handeln und zu einer guten, auf neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Lösung, beizutragen.

"Und lasst uns aufeinander achthaben und einander anspornen zur Liebe und zu guten Werken und nicht verlassen unsre Versammlung" (Hebräer 10:24-25, Lutherbibel 2017).

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Nebenstehender Artikel aus der TZ vom 05.07.2021 fasst die Entwicklung in Großtreben gut zusammen.

Spät – aber doch- antwortete mir Herr Kramer schließlich in Zusammenhang mit meinem weiteren, das Verhältnis der Amtskirchen und AfD thematisierenden Brief vom 07.02.2024 (siehe Kapitel V. zur "Kirchenpolitik"). Im Zusammenhang mit der geplanten Installation von "5G" auf dem Großtrebener Kirchturm teilte mir Herr Landesbischof u.a. am 26.02.2024 mit:

"Sie bedauern in Ihrem Brief, von mir keine Antwort zum Aufstellen der 5-G-Funkmastanlage in der Gemeinde Großtreben erhalten zu haben. Ich habe dies an die zuständige Abteilung im Landeskirchenamt weitergeleitet. Wie Sie sicher festgestellt haben, waren Fachleute unserer Landeskirche mit dieser Problematik betraut. Das Thema wurde beraten und verarbeitet!"

Wie mir der Bürgermeister von Beilrode, Herr Vetter, in einer Mail mitteilte, hatte sich die Gemeinde schließlich für einen anderen, am Ortsrand liegenden Funk- Standort entschieden! Dass meine kontinuierlichen Bemühungen gegen eine 5G-Sendeanlage auf dem Kirchturm Großtreben für den gesundheitlichen Schutz der Bürger von Erfolg gekrönt sein würden, überraschte mich positiv! Das zeigte: Die AfD ließ sich als Volkspartei längst nicht mehr ignorieren!

Mobilfunk-Antenne soll auf den Kirchturm

Gemeinde Beilrode bittet Einwohner per Wurfzettel, zur Meinungsfindung beizutragen

Geschenben. In Groffmeben einfit wumöglich eine kentroverse Deskussen um dem Standorf eines testem Aktennenaulege bevor. Es gibt die Anhage an die Gemeinde Bestrale, auf dem Tuten der Kache eine solche Station einzutichten. Die Anlage wärde aus des Autenzen bestehen, die an den Phillern der Leiterne des Kochrumes üren Platz landen sollen.

Schöechte Versorgung

Die Deutsche Teiekorn will zuwanzen sin der Deutschen Funkturm Geröß! (Tuchterenterseinun der Feiekorn) hie ethierfor Mohlzakanker in der Ungefong erfbewern. Aktual gibe es keise besichungsweier. Aktual gibe es keise besichungsweier unt der peringe Versergung durch weit entferntläegende Semleunigen in Demmittach und Neiden. Die Gemeinde hat nus Wurfreitel in des Ortes vertreit, um brühereitg Beslenker und Meinengen einzuhalten. Alsch einer ersten gemeinsenen Beratung salt dem Ortes halben, detlichen Gemeinsteinen, Richtgeresselne und Burpynseister mi ims Ihre Meineng wichtig", heelt es da. Deutsch weide man des Einweinern der böglichkeit geben, such au albem und zu beinnungsbildung bestumagen. Pür Bückfragen eilstelen netwei dem Bürpyrneister auch die Orterundschate. Carle Pepe, Germindenst Themas Gebre und Silva Hernicher von Gemeinbekochemal zur Verfügung Huweise und Krithen kienten bei 11. Juli minnlich en Gemeintrich und Otteruntschein, oder achteillich an die Gemeinde Bedrote geschiebt werden.

Histvertray

Die Unwetrung wärr möglich, wenn ein Manvertrag mit der Kirche geschlassen wurdund allie Genebmignatien vorliegen drüberbens zur 1. Habhaht 2022). Die neue Anlage würde die Vernangung der Begien Großerfen miestlich bis etwa Labrum und Beham, einfeldlich bis Dautzuchen, aldweichen bis zur Elbe sitherstellen). Anweihnet haben bereibt gegenüber T2 ihren Unsung gekübert und auf Elektromog und Straftlenbelantung verwiesen. Außerden hatten Turntfalken durt zur Gelege, biell es



Der Kirchturm in Großbreben.

remail to describe

7. Einsatz für die Freiwillige Feuerwehren im Landkreis Nordsachsen



Ein weiterer wichtiger Bestandteil meiner parlamentarischen Arbeit war der Einsatz für unsere Ehrenämtler – und hier insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Nordsachsen. Diese leiden unter fehlendem Nachwuchs, mangelhaften Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der Bürokratie im Freistaat Sachsen! Dabei ist mir auch konkrete Unterstützung vor Ort wichtig: Für die Feuerwehr in Arzberg spendete ich 100 Euro, gemeinsam mit unseren Kreisräten, im Rahmen einer Großspende von 550 Euro. Diese Spende überreichte ich gemeinsam mit unseren Kreisräten vor Ort den Feuerwehrmännern.

Wie notwendig unsere helfende Hand auch hier ist, zeigt auch folgende Bitte um Unterstützung vom 25.03.2021 seitens des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch, die auch mich als AfD-Landtagsabgeordnete erreichte:





Ministerpräsident Michael Kretschmer Sächsische Staatskanzlei Archivstraße 1 01097 Dresden

2021-03-25

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer, werte Fraktionsvorsitzende des sächsischen Landtages,

wir, der Vorstand des Kreisfeuerwehrverband Delitzsch e.V., möchten uns heute mit einem immer dringend werdenden Anliegen an Sie wenden!

Seit dem 16.03.2020 regeln in Sachsen die COVID-19 Bestimmungen mehr oder minder unser aller Leben. Eine noch nie dagewesene Pandemie der Neuzeit, fordert nun die moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts heraus und verlangt von uns allen viel ab.

Doch auch schon in den Jahren zuvor hat sich das Einsatzspektrum der Freiwilligen Feuerwehren extrem erweitert und verkompliziert. Mag man als Truppmann/frau oder Truppführer/in noch damit zurechtkommen, monatelang keinen geregelten Dienst durchgeführt zu haben, so erschließt sich seit März 2020 ein viel größeres Problem bei den Führungskräften! Seit mehr als einem Jahr gab es keine umfassenden Führungslehrgänge an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen in Nardt (LFS). Bereits vorher mussten z.B. gewählte Wehrleiter mehr als 10 Jahre auf Ihren Führungskräftelehrgang zum Wehrleiter warten. So wurde durch das Aussetzen beziehungsweise ersatzlose Streichen dieser unerlässlichen Führungslehrgänge im letzten Jahr, ein zusätzlicher Ausbildungsstau verursacht. Von Seiten der Landesregierung kam leider bisher noch kein Signal, wie man diesen Notstand abbauen mag. Es wurde auch kein Gespräch an die Verantwortlichen in den höheren Ebenen angeboten. Stattdessen gab es eine Planungsabfrage zu Brandmeisterlehrgängen für Berufsfeuerwehrleute bis 2029, welche selbst durch das zuständige Landratsamt Nordsachsen in jede Kommune, ungeachtet ob Stadt oder Gemeinde, versendet wurde. Genau diese Maßnahmen fühlen sich an, wie die sprichwörtliche "Faust ins Gesicht"! Seit Jahren wird an dieser Thematik gearbeitet und es passiert subjektiv gesehen nichts.

Folefon: 03 42 02/ 6 52 21 Folefon: 03 42 02/ 6 52 23 F-Matil: kraisfeoorwehverhand-delitzsch⊕web.de

Bürozelten: Diexstau

13.00 - 10.00 Uhr





Schnell kann aber durch diese scheinbare Bevorteilung der Berufsfeuerwehren bei den ehrenamtlichen Feuerwehrkräften der Eindruck einer Zweiklassen Gesellschaft entstehen und das wäre für das Brand- und Rettungswesen in unserer Gesellschaft mehr als schädlich!

Daher unsere Forderung!

Aus unserer Sicht gibt es an dieser Stelle nur eine sinnvolle und nachhaltige Alternative. Veranlassen Sie, in Ihrer Funktion als Ministerpräsident, die zeitweilige Aussetzung oder Verlagerung der Ausbildung zum Brandmeister (B1-Lehrgang) an die jeweiligen Berufsfeuerwehrstandorte Leipzig, Dresden und Chemnitz für mindestens ein Jahr. Die acht Berufsfeuerwehren in Sachsen sollten diese Ausbildung auch in Eigenregie durchführen können. Erste positive Signale gab es dazu bereits in der jüngeren Vergangenheit. Veranlassen Sie die Freilenkung der Ressourcen an der Landesfeuerwehrund Katastrophenschutzschule in Nardt von Zusatzangeboten, welche nur eine geringe Teilnehmerzahl der letzten fünf Jahre aufweisen. Führen Sie, statt dieser Lehrgänge, gezielt Gruppenführer-, Zugführer-, Verbandsführer-, und Wehrleiterlehrgänge für Freiwillige Feuerwehren durch. Denn ohne neu ausgebildetes Führungspersonal, wird sich die bereits bestehende Lücke zu einem riesigen Loch entwickeln. Bedenken Sie, dass Sie auf der einen Seite als Landesregierung gewisse Normen den Kommunen auferlegen, was die Leistungsbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren anbelangt und andererseits werden keine Ausbildungsangebote für eben jene Führungsebenen in ausreichender Anzahl vorgehalten. Einsatzführer brauchen ihre Sonderausbildung, um die Gefahrenabwehr auch fachmännisch und zum Wohle der eigenen Einsatzkräfte durchzuführen. Anspruch und Wirklichkeit dürfen hier nicht so weit auseinanderliegen.

Setzen Sie ein Notprogramm für die ausgefallenen Lehrgänge des Jahres 2020 an der LFS auf, notfalls auch auf Ebene der Landkreise. Denn dass dies möglich ist, zeigen uns die bereits exemplarischen Schulungen von Technische Hilfeleistung (TH) und ABC Lehrgängen sowie Gruppenführerlehrgängen in jüngster Vergangenheit! Sorgen Sie dafür, dass uns diese Pandemie nicht in wenigen Jahren mit voller Wucht trifft, weil wir im Hier und Jetzt Versäumnisse haben aufkommen lassen. Diese schaden, wie bereits erwähnt, unsere Bevölkerung nachhaltig auf dem Gebiet des Brandschutzes und des Rettungswesens. Die über 42.000 Mitglieder der Feuerwehren sind motiviert, ehrenamtlich einen wichtigen und dabei auch gefährlichen Beitrag für unsere Zivilgesellschaft zu leisten. Wenn es diese Bürgerinnen und Bürger, welche ihre Freizeit zum Wohle und Schutz Anderer zur Verfügung stellen, nicht gäbe, würden es täglich mehr als nur ein paar wenige "Pandemieprobleme" geben, welche Sie, als Landesregierung, dann herausfordernd lösen müssen.

Die Zeit drängt!

Sehr geehrter Ministerpräsident, erlauben Sie uns das vorgenannte mit einigen Beispielen zu unterlegen. Vor fünf Jahren wurde mit sehr viel Nachdruck, der § 11 des SächsBRKG mit der seit 2006 bestehenden Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordung verknüpft und die Integrierten Rettungsleitstellen (ILRS) stückweise ins Leben gerufen.

Tolefon: 03 42 02/ 6 52 21
Tolefon: 03 42 02/ 6 52 23
E-Mail: kreinfouerwehrverhand-delitzsch⊕web.de

Bürozelten: Diexstag

13.00 - 18.00 Uhr





Grundsätzlich ein effizienter Gedanke, nur wie arbeiten diese IRLS? Diese Leitstellen können in ihren Dispositionssystemen nicht zwischen ländlichen Raum und Stadt oder gar Großstadt unterscheiden und so disponieren sie grundsätzlich auf dem Großstadtniveau. Das wiederum stellt verständlicherweise in ländlichen Kommunen mit einem oder zwei Stellplätzen für Einsatzmittel gewisse Alarmierungsprobleme dar. Insbesondere zeigen sich in diesen Bereichen wieder die fehlenden Ausbildungslehrgänge für die Funktionen Gruppen-, Zug- und Verbandsführer.

Ausgehend vom SächsBRKG und den einschlägigen Dienstvorschriften führen nach einer gemeinsamen Alarmierung von Feuerwehr und Rettungsdienst die Führungskräfte der Feuerwehren Die IRLS der bereits erwähnten disponiert nach Landesrettungsdienstplanverordung und wird bzw. kann auch rechtlich nicht davon abweichen. Nur wenn keine, für die Führungsebene ausgebildeten Feuerwehrkräfte nachrücken, wie soll denn dann die gesetzmäßige Abfolge funktionieren? In diesen Fällen verstoßen auch Landesbedienstete ungewollt gegen eigene Festlegungen im Freistaat Sachsen. Die IRLS der Berufsfeuerwehren jedenfalls fordern durch die Landratsämter, als untere Brandschutzbehörde, von den Kommunen die Alarm- und Ausrückordnung im IDAS System selbst zu pflegen und verlagern so die fachlichen Verantwortlichkeiten. So etwas funktioniert jedoch nicht ohne fachliche Ausbildung. Diese und noch viele weitere hier nicht aufgeführten Beispiele treiben uns als Kreisfeuerwehrverband Delitzsch e.V. um und lähmen systematisch den Schutz unserer Bevölkerung im Bereich des Brand-, Rettungs- und Katastrophenschutzes.

Nur noch so viel, erst werden die Kräfte der Feuerwehr alarmiert und später die Kräfte des Katastrophenschutzes. In jedem Fall aber sind diese Menschen ohne Ausnahme die gleichen Gesichter und das sollten wir bei all den Überlegungen nicht vergessen.

Werter Herr Ministerpräsident Kretschmer, uns im Vorstand des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch e.V. ist durchaus bewusst, welche schwierige Zeit gerade durchlaufen wird und welche Last auf Ihren Schultern liegt. Wir als Funktionsträger im Brand- und Rettungswesen wissen jedoch auch, dass manche Prozesse mitunter mehrere Jahre brauchen, bis sie zur Vollendung gelangen. Dennoch handeln Sie, genauso wie wir, als Funktionsträger der Feuerwehren, es vermittelt bekommen, "vor die Lage denkend". Also jetzt!

Ralf Osthoff

Der Vorstand des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch e.V.

Telefon: 03 42 02/ 6 52 21 Telefon: 03 42 02/ 6 52 23

E-Mail: kreisfeuerwehrverband-dolitzsch@web.de

Bürozelten: Dienstag

13.00 - 18.00 Uhr

Als verantwortungsbewusste, von den nordsächsischen Bürgern direkt gewählte Landtagsabgeordnete, war mir sofort klar, dass ich den Feuerwehrleuten in Bad Düben aufgrund der Dringlichkeit des Anliegens eine sofortige Unterstützung zukommen lassen musste! Noch am folgenden Tag antwortete ich mit folgender Nachricht:

Von: René Bochmann <rb@gudrun-petzold.de>

Gesendet: Montag, 26. April 2021 13:25

An: g.seitz@kfv-delitzsch.de Cc: c.dorn@kfv-delitzsch.de

Betreff: WG: Notsituation für Führungsausbildungen der Freiwilligen Feuerwehren

Sehr geehrter Herr Seitz, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Anschreiben zur Notsituation für Führungsausbildungen der Freiwilligen Feuerwehren und das mir damit entgegengebrachte Vertrauen.

Diese Anliegen der Freiwilligen Feuerwehren ist mir aus unserem Landkreis bereits seit Längerem bekannt und wurde sowohl in meiner Pressemitteilung, am 19.11.2021, als auch mit einer Anfrage an den Landrat, Herrn Kai Emanuel, durch unsere AfD-Kreistagsfraktion, am 22.02.2021, aufgegriffen.

Ebenfalls beschäftigte sich die AfD-Landtagfraktion im vergangenen Jahr mit dem Thema "Das Ehrenamt stärken", auch im Interesse der Angehörigen in den Freiwilligen Feuerwehren.

Dazu finden Sie den Antrag der Sächsischen AfD-Landtagsfraktion, vom 18.09.2020, zur Änderung des Gesetzesentwurfes, unter der Drucksachennummer 7/3920 im Anhang und im EDAS (Elektronisches Daten Ablage System) des Sächsischen Landtages, welcher von den Koalitionsparteien mehrheitlich abgelehnt wurde.

Sehr gerne biete ich Ihnen einen gemeinsamen Gesprächstermin an, zu dem ich den AfD-Landtagsabgeordneten und politischen Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz der Sächsischen AfD-Landtagfraktion, Herrn Lars Kuppi, sowie den Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes, Herrn René Bochmann und meinen Pressereferenten, Herrn Johannes Schüller, mit einladen würde.

Die Terminvorschläge meinerseits wären am kommenden Freitag, den 30.04.21 um 9,00 Uhr oder am Mittwoch, den 05.05.21 um 10:00 Uhr, bei Ihnen in Delitzsch.

Auf Grund der Brisanz Ihres Schreibens favorisiere ich den Termin am Freitag dieser Woche.

Über Ihre Antwort und Terminbestätigung würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sächsischer Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon: +49 0351 4934 276 E-Mail: rb@gudrun-petzold.de

E-Mail: Gudrun.Petzold@slt.sachsen.de

Herr Seitz zeigte sich als Initiator des Offenen Briefs aufgrund unserer schnellen Antwort positiv überrascht, da er bisher von den anderen benachrichtigten Fraktionen der im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien keine Antwort erhalten hatte!

Am 30.04.2024 trafen wir uns deshalb, begleitet vom Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herrn Kuppi, in Bad Düben. In Folge dieses wichtigen Treffens stellte Herr Kuppi eine Anfrage zur "Ausbildung in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen, Elsterheidel OT Nardt". Die sehr aufschlußreiche Antwort darauf, mit den vorangestellten Fragen, kann hier eingesehen werden: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/KA-Nardt.pdf

Um diese Anfragebeantwortung auszuwerten und das weitere Vorgehen zielgerichtet zu besprechen, trafen wir uns mit Herrn Seitz und seinen Mitstreitern erneut am 21.06.2024 in Bad Düben! Daraus entstand diese nachhakende Anfrage von Herrn Kuppi mit folgender Antwort der Staatsregierung: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/Nachfrage-KA-Nardt.pdf Folgender Bericht von meiner Webseite gibt über die gemeinsame Arbeitsbesprechung vom 21.06.2024 hinaus dazu Auskunft:



Situation der Feuerwehren lässt Alarmglocken schrillen! (Webseiten-Bericht vom 30.06.2021)

Vergangene Woche lag in Nordsachsen erneut die höchste Waldbrandstufe, nämlich Stufe 5, vor. Trotz dieser akuten Gefahr fehlt es der freiwilligen Feuerwehr zunehmend an gut ausgebildetem Nachwuchs. Am Montag, den 21.6.2021, traf sich die nordsächsische Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold vor diesem Hintergrund mit der Geschäftsstellenleiterin des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch, Frau Cornelia Dorn sowie dem Leiter der dortigen Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit, Herrn Georg Seitz. Ebenfalls anwesend waren der Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herr Lars Kuppi sowie der AfD-Kreisvorsitzende und Bundestagskandidat René Bochmann. Frau Petzold erklärt:

"In den vergangenen Tagen hat sich erneut gezeigt, wie wichtig eine gut ausgebildete Feuerwehr bleibt. Insbesondere die freiwilligen Feuerwehren leisten hier – neben den Berufsfeuerwehren – sehr wichtige, unverzichtbare Arbeit. Selbstverständlich dürfen auch die Jugendfeuerwehren nicht vergessen werden. Diese durften während der Corona-Krise ihre Übungen nicht durchführen, während andere Jugendorganisationen bereits wieder zu Veranstaltungen einluden! Nach Hinweisen des Kreisfeuerwehrverbands Delitzsch e.V. (KFW Delitzsch e.V.) hat sich die AfD Nordsachsen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die sächsische Staatsregierung eine Regelung in die Corona-Schutz-Verordnung aufnimmt, die

den Jugendfeuerwehren die Durchführung von wichtigen Übungen wieder ermöglicht. **Das zeigt erneut: AfD wirkt!**Nichtsdestotrotz ist das Ausbildungsangebot für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Sachsen aufgrund des Versagens der Wahlverlierer-Koalition nach wie vor schlicht beschämend. Bereits vor der Corona-Krise war das sächsische Ausbildungsangebot für Feuerwehr-Führungskräfte ungenügend! Diese drängenden Probleme haben den KFW Delitzsch e.V. veranlasst, sich in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sowie die Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag zu wenden. Deshalb haben wir uns umgehend mit Vertretern des KFW Delitzsch e.V. in Verbindung gesetzt, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Am 30.4. und 21.6.2021 haben wir uns zu fachpolitischen Gesprächen getroffen. Die Lage, die seit mindestens zehn Jahren der Staatsregierung bekannt ist, gibt dringenden Anlass zur Sorge! Das geht auch aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 7/6243) von Herrn Kuppi hervor.

Bereits 2018 lag demnach laut Anfragebeantwortung ein Bedarf von 11.136 Lehrgangsplätzen für die freiwillige Feuerwehr vor – nur 3.450 Lehrgänge wurden durchgeführt. Wir prüfen diese Zahlen – gemeinsam mit Vertretern der freiwilligen Feuerwehren – gerade. Denn unter Umständen ist die Lage noch weit dramatischer. Die Regierung der Verliererparteien hat auch hier auf ganzer Linie versagt! Notwendig wäre mindestens ein zusätzliches Ausbildungsangebot in Leipzig, Chemnitz und Dresden.

AfD-Antrag für zusätzliche Altersvergütung abgelehnt

Die AfD-Fraktion Sachsen setzt sich bereits seit längerem für eine stärkere Förderung unserer Feuerwehr ein. Unsere Fraktion hat bereits in der Landtagssitzung vom 1.10.2020 einen Gesetzesentwurf (Drucksache 7/3920) eingebracht, in der eine zusätzliche Altersvergütung für ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks und der Sanitätsorganisationen eindringlich gefordert wurde. Leider haben die etablierten Parteien auch diesen Antrag aus wahltaktischen Gründen abgelehnt. Wir werden jedoch nicht lockerlassen. Auch im Interesse der Sicherheit der Bürger bleibt eine gut ausgebildete Feuerwehr schlicht überlebensnotwendig!"

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Foto: v.l.n.r.: Am 21.6.21 haben sich Frau Petzold, Herr Seitz, Herr Kuppi, Frau Dorn und Herr Bochmann gemeinsam zu einem fachpolitischen Gespräch getroffen. Dabei ging es um Lösungen hinsichtlich des akuten Mangels an Ausbildungsplätzen.

Circa zwei Jahre später erfolgte auf dieses Treffen eine öffentliche Zurschaustellung von Herrn Seitz, die wir uns damals wohl in unseren wildesten Träumen nicht vorgestellt hätten! In einem medialen Kesseltreiben wurde Herrn Seitz, der am 1. April 2023 zum Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen gewählt wurde, unter anderem der frühere Kontakt zur AfD sowie die Teilnahme als Sachverständiger für die AfD-Bundestagsfraktion an einer Ausschusssitzung des Deutschen Bundestages vorgeworfen! Dieses Kesseltreiben führte soweit, dass Herr Seitz schließlich als Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen zurücktrat!

Ein Interview mit Herrn Seitz aus der "Oschatzer Allgemeinen Zeitung" vom 05.07.2023 ließ wenig Zweifel an den erst verschwiegenen Gründen für den Rücktritt übrig:



War Ihr Treffen mit der AfD der eigentliche Rücktrittsgrund, Herr Seitz?

Sachsens Ex-Feuerwehrverbandschef Georg Seitz hat nach nicht mal 100 Tagen das Handtuch geworfen, Der Bad Dübener außert sich zu Vorwürfen, einem umstrittenen Foto und seiner Zukunft.



Aus Sicht meiner Mitstreiter und mir handelt es sich dabei um einen handfesten politischen Skandal – die etablierten Parteien, vor allem die CDU, wollten offenbar jede demokratische Einbindung der AfD in Berufsverbände unterbinden! Was für ein Armutszeugnis für die Demokratie in Sachsen! Unsere Kritik bündelte ich in einem Offenen Brief vom 06.07.2023 an den damaligen Vize-Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen, Herrn Ullmann, den auch Herr Kuppi unterschrieb:



Rend person for the 1544 I Shift One see.

in the Helifold 200 (27) From Experience engles and a second

Occurs Provide Nati Deur and von Underen Plant 1 (0 (007 Dressen)

Herrn Gunner Ullicaier Vizeprösiden und Stöndiger Verrauer Landesleuerwehrverband Sachsen e.V. Wiene Shicke 146 01219 Drestlen

Offener Brief

Dicadan, doi:00.07.2023

"Politische Neutralitär intr Augenmaß" und ein "Offenes Miteinander"

Sehr geehrter Herr Mizepräsidem Oll monn,

Thre Aussage zur "politischen Neurolität mit Angenonün und eitzen "Offenen Mitsenende" im Umgang mit Parteien zu Fachthemer findel aus no volle Zestenneueg. Ich überlege, oh diese klugen Worde – der Höllhehkeit halber – auch in der Debate zum Rücktrift fores ehennligen Prändentet (der Landeskopenwehrstelse Sachsen e.V., Herm Seitz, Leißinie und Vorbult gewesen sund?)

a zasungalos mussouch do: "Fuvion Prosso" vom 25.05.2022 entnehmen, dass filem Georg. Sodz pla Präsident des Landesleikerwehrverbandes Sachsen e.V. xurückgetresen ist 4 reich kurückgetreten werde?

Noth Proseconseapon hälten Millarbeiter den Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes. Stehtsau d.V. wegen einer nummablich torrechtmäßigen Befürderung zum Ohertzund rapektreg Jehlunder Erfahrung sowie der Verletzung der "pulitischen Neuenhaten, im Lingung mit icknicht Parca, der "Abernative für Deutschland", zum Rücktrirt gedrängt. Den tetzten Verwurf kann und will ich nicht unknowmentier lassen — denn er all soldlichtweg tätsch!

Dan habet Herrn Seitz als professionel) engagierten Mermeter der Penerwah tepra den Landkreis Nordsachsen kennengelernt. Urwere fachlichen Gesyntehe weren dahei stats den Wicht des Eustwehrverbundes sowie der für zum Kahutz unverrannen Hörger orientent, sognst nucht damaliger Mitarheiter und jetziger Bundestagsabgewahreren, Herr René Hichbysten, solbst ein Lungfähriger erfahrener und tahanfliger Pederwehrmann war



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Ländtages

Somheim für Senarengolitik und Somheim für Belandenengolitik der Afül Fraklich Sachven Beinheid-von-Undenau-Plata 1 01067 Dresden

Telefon -49 351 493 42.78 E-f4el guotun petrok#⊜elt san

Erlauben Sie mir bitte, die näheren Hintergründe zu erklären:

Im Offenem Brief vom 25.03.2021 wandte sich der Kreisfeuerwehrverband Delitzsch e.V. Herm Ministerpräsident Kreisehmer sowie an alle Vorsitzenden der im Sächsischen Landivertretenen Fruktionen (s. Anlage). Darin wiesen die Vorstandsmitglieder des

Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch e.V., Horr Osthoff und Herr Wenzel, datauf hin, dass dem 16.03.2020 die Govid-19-Bestimmungen die Ausbildung der freiwilligen Feuerwehrlim Preistuat Suchsen massiv beeinträchtigen und die Ausbildungssituation in Sachsen un Allgemeinen auch starker Verbesserung hedarf.

Eine Antwort auf den Offenen Brief kam am 20.04.2021 vom Staatsministerium des Inner (s. Anlage), die vom Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Henri Seitz, auf der Webseite des Kreisfeuerwehrverhandes Delitzsch e.V. wurde.

Auch ich suh mich als direkt gewählte (33,3 %) nordsächsische Landtagsabgeordnete in de Verantwortung, mich umgehend für diese engagierten freiwilligen Feuerwehrleute einzusetzen.

Über Unterstützungsangebote der anderen angeschrichenen Fraktionen ist mit nichts bekar Oder gibt es Ihrerseits Gegenteiliges zu herichten?

Aufgrund der Dringlichkeit der Anfrage zur Unterstützung kam es dann hereits am 30,04,2021 zu einem sehr konstruktiven und sachorientierten Arbeitstreffen — ich möchte als ein "offenes Miteinander" bezeichnen.

An der Sitzung nahmen folgende Personen teil:

- Herr Georg Seitz, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im Kreisfeuerwehrverband Delit
- Frau Cornelia Dom, Leiterin der Gesch

 üflastelle des Kreisfeuerwehrverbands
 Delitzsch e.V.
- Herr Mario Pohlenz, Leiter der Fachgruppe Wettkumpf beim Kreisfenerwehrverba Delitzsch e.V.
- Heir MdL Lars Kuppi, Sprecher f
 ür Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz der AfD-Praktion im S
 ächsischen Landtag
- Frau MdL Gudrun Petzold, mein damaliger Wahlkreis-Miturbeiter, Herr René Bochmann, sowie mein wissenschaftlicher Miturbeiter, Herr Johannes Schüller

Im Mittelpunkt dieser fuchspezifischen Besprechung standen insbesondere die zu geringer



Semberd-on-Jhomes-Placet 91797 Chrysler

Talleton (49 251 425 4676) c Afail — suckurszetbaldátásásaschann da

M:) Huttu Suitz und seinen Kullegen diskutierten wir dahingelvend die Möglichkeiten, 6:0 Ausbeldung der freiwilligen Feuerwehrleute zum Beispiel zusträlich auf Drearbar, Chymnitia und Leipzig auszudehnen und segten ihm unsere Unterstützung zu Feuer auch 6:30 "politiech neutzil zu Augstrauß".

Da wir als Abgenrünete des Sochsischen Lindinges das Recht höben, Antiagen an die Staatsregierung zu stellen, wurde vereinbart, hinschrlich der vig. Problems, dachzulbagen. Selbstverständlich hötte dies auch geme eine der Regierungsbackeiten CDU/ Grüne/ SPD oder DIE LINKE übernehmen kört ver - vielleicht wäre ja dann die upplitische Naturabtät" im Sinne des Lundesfeberwehrverbarr es Sachsen e.V. nicht auflich bar gewesen?! Dietere?

Hem Mol. Krippi als Sprecher für Fenerwaler, Rettungswesse und Katastruphenschetz der Affe-Fraktion im Söbreisehen Landtag stellte derer an 12 05.2021 die Anfrage: "Ausbildung in der Landtestauswehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen. Elsterheide/OT Nordt" (Drukkssehe 7/6343). Diese sewis die dazugehönge Nachfrage (Drudzsache 7/6342), mitse mit der Autwort des Staatsmingsteriums des Inneren/ Dem Professor Wöller, finden Sie zu Eures Kommus in der beigefügen Amlage.

Lib möchte betutten, dass unsere Arbeitsweise, unser "offenes Mire hande" mit dem Fouerwahrwerband Delitzsch a.V., insbesondere seinen ehrennmtlichen Miradseirer, Herrer Schut, geprägt war von einem beidseitiger, zugigen, effektiven und krystrukriven Engagenwatt, leb bin der Meirzeng, diese gete Zusommenarbeir des Kreisfeterwehrwebnides Delitzsch o.V. mit den demokratisch gewählten Affb-Abgenräneten, sollte ihre seits eigentlich Achtung und Anerkennung finden.

Eine Verletzung der "politischen Neutralitt" var vieh lochber absolut nicht sakennen, außer Sie würden so freundlich sein und mind ese "Ver arzung" in 3h auf Antwectsebezu wellches ich erhoffe, erläuten

Das Engagement der AfD-Angsordnoton Sir unser a Bürger ist eine den sehre sett langem vorheitschende politische Rostnätt, was sich andr in turstrein Arbeitstretten vom 20.04.2021 widergespiegelt für

Num die "Alternative für Deutschland" ist dem Hülteruf des Kreisfellerwehrhandes Delitzsch o.V. gefolgt mit hat sich für die ehrenandlichen Kanneraden der Pederwehr eingesetzt. Wir waren meh hier nicht nur die Interessenvertreter der Federwehrlecte in Sachsen, sondern trach die binneren. Binneren

Will dienen gertie und aktiv unseren Volk, denn das ist für uns echtes demokrarisches. Himklan in eines Inscheitlichen Demokratie.

Door ist as nicht ein Annut seenguis für diese, ansere Denantmatte, dass ein jahrelang ehrenantlich tätiger Kamerad der Pederwehr – sie wie Herr Seitz. – dafür hest mit wird, was tigt



Gudrun Petzold Mitglied des Sächstschen Landtages

Sprechtein für Seniorenpolitik und Sprecheng für Benindertenpnisik der AID Fraktim Bechsch Barntond-sur-Landeneu-Pletz 1 01067 Dvesten

Telefon +18 351 490 1276 E-Mail gudrungetzold@idi.aachsen.de

Unterstützung von einer demokratischen Partei angenommen hat, die den nach Machterhalt strebenden Regierungsparteien unwillkommen ist.

Nun, ich habe duch Verständnis dafür – und jetzt werde ich sarkastisch, Herr Ullmann – dass man mit einer von den sächsischen Bürgern gewählten, menschenverachtenden, rassistischen, antisemitischen, demokratiegefährdenden usw. usf. Partei nicht zusammenarbeiten kann, geschweige denn sich gemeinsam fotografieren lässt...!!! Zumindest so lange nicht, wie Herr Merz eine "Brandmauer" errichtet hat – die selbst von unseren ostdeutschen ehrenamtlichen Kameraden der Feuerwehr nicht überwunden werden kunn!

Ich bin der Meinung, dass die Bürger in Sachsen sowie auch in Nordsachsen diesen Vorwand der angeblichen "Verletzung der politischen Neutralität" oder, genauer gesagt, eines indirekten Verbotes der Zusammenarbeit mit der "Alternative für Deutschland", nicht akzeptieren werden. Und außerdem sollte es doch selbstverständlich sein, dass "Dienstgrade" und "fachliche Eignung" vor der Wahl zum Präsidenten des Lundesfeuerwehrverbandes Sachsen e.V. geprüft werden!?

Hierzu äußerte sich im Übrigen die Pressesprocherin Ihres Landesfeuerwehrbandes, Frau Kerstin Thöns dahingehend, dass es für den "Vorsitz/Präsidenten eines Landesfeuerwehrverbandes in Suchsen keine Vorsehrlft zum Dienstgradabzeichen" gehe!

Ich frage ich mich ernsthaft und ich frage auch Sie mit allem gebotenen Respekt:

Musste Herr Seitz sein Präsidentenamt aufgeben, weil ihm das "politisch korrekte" Verhot der etablierten Parteien, mit der stärksten Oppositionspartet im Sächsischen Landlag, der "Altemative für Deutschland" – mit 27,5 Pruzent vom Volke gewählt –, zusammen arbeiten zu dürfen, zum Verhängnis wurde?!

Auch das Interview der "Torguner Zeitung" mit Herm Seitz vom 05.07.2023 diskreditiert sich diesbezüglich von selbst — arglistiger kann man die Fragen kaum stellen.

Man sollte doch unsere lehenserfahrenen nordsächsischen Bürger nicht für natv halten! So setzt dieses Interview aus der "Torgauer Zeitung" der ganzen Posse währlich noch das "Sahnehäubehen" auf!

Die Bürger in Nordsachsen, wenn nicht in ganz Suchsen, werden kein Verständnis in dieser problembehafteten Zeit für so unnötiges "Theater" haben und gerade deshalb weiterbin und umso öfter der demokratischen Partei "Alternative für Deutschlund" ihre Stimme geben.

Schrigeehrter Herr Ullmann, nicht die AfD hat mit dem gemeinsamen Arbeitsgespräch vor zwei Jahren "Wahlkampf" für die AfD betrieben (die Bundestugswahl fand übrigens erst im September 2021 statt), sondern jetzt Ihr Landesfeuerwehrverband Sachsen c.V. und die dies instrumentalisierende Presse.



Gudrun Petzold Mitglied des Bétalischen Landerges Spaces (17 - namge des a Spaces (17 - namge) (18 - namge) an 20 - Police (18 state)

Perstand con Linder au l'écold L'1987 (Long Yo

Topics 40.35 600 4276 HIM serve-count \$40 more ands

Darür hedenken wir mist

l eider – und dra bodnare schrader – ist es auch einseren Kameraden der Pewerwehr night möglich, eine "Brandmauer" niekezureißen, welche aus egnistischen Gründen und zum eigenen Machterhult von den Rogierungsparteten gegen die demokrationen gewählte "Ahrenolischen Deutschland" errichtet wurde – und dies rodzieller gegensitztielten Wohlensakkenungen unseres Souwerins.

Sonat verbleibe ich mit vielen offeren Fragen und in großer Songe mit das demokratische Handeln an unsorem Freistagt Sachsen.

Es wärd für mich als direkt gewählte Abgebrändte des södigigden Landunges und für wele Franzwichtleute und Bürger zutlerst entränschend, word das Schutz von Monschenlehen zu Oursach mutmalblicher, über augenscheinlicher politischer Ränkespade geoptert wird!

Lassen Sie hitte nicht zu, dass der Lang cafener webzwerbend Sachsen e.V. zum Spielboll parteipublisieher Missliebigker an wool!

Ich haffel + aber erwarte $\oplus AA_{ij} +$ and sinc klärsade Artwort Thresseits and danke three $\oplus A$

Mrt treundlighen Grüßen

Lindryin Patzold

Mitglied des Sächsischen Landtags Mitglied des Nordsächsischen Kreistags

Es schlichen sich dem Schreihen Hen I nis Krippe, Mitglied des Sächsischen Landtags und Sprecher für Feuerwehr, Remungswesen ihr Katashophonschutz, sowie Dem René Buchmann, direkt gewöhlter nordstichs sohn Abgestehnter des Deutschen Bundesnags und Mitglied des Nordsächsischen Kreistigs, au

René Bochman, McR

Tarre Kumpi Mel L

Herr Ullmann antworte schließlich, zu meiner Überraschung, sogar:



Landerbeam unth/perhand Section; e.V.: William Strady 146 - \$1210 December

Gudrun Petzold, MdL Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Dresden, 02.08.2023

Richtigstellung zum Offenen Brief der AFD-Fraktion vom 06.07.2023

Sohr geehrte Frau Petzold,

sehr goehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Präsidiums des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen e.V. möchten wir Ihnen eine Richtigstellung zu ihrem Offenen Brief der AFD-Fraktion vom 06.07.2023 zur Kenntnisnahme vorlegen.

Im Grundsatz möchten wir feststellen, dass die in ihren Ausführungen getätigten Aussagen nicht. den faktischen Gegebenheiten entsprechen. Auch die von Ihnen gewählten satzinhaltlichen Adjektive und Prädikate sind nicht dazu geeignet, den von den Mitgliedern des Landesfeuerwehrverbandes zumeist im Ehrenamt ausgeübten Dienst, dem wir mit Herz und Seele nachgehen, zu beschreiben.

Wir dürfen daher die Empfehlung aussprechen, künftig auf Basis einer tiefgreifenden Recherche mit einhergehender sachlicher Fachberatung zu objektiveren Betrachtungsweisen zu gelangen.

Lassen Sie uns ihnen diese anhand von nachweisbaren Fakten und Regularien etwas näherbringen.

Aufgrund der Geschehnisse in den letzten Wochen wurden die Mitgliedsverbände des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen, hier die Vorsitzenden der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände, mit Schreiben 27.06.2023 vollumfänglich und wahrheitsgemäß informiert.

Kurz nach der Delegierterwersammlung am 01.04.2023 erreichten uns offizielle Hinweise und Anfragen Herm Georg Seitz betreffend. Jeder einzelne Hinweis musste kritisch betrachtet und auf seine Richtigkeit prüfen werden. Die eingehenden Mitteilungen erreichten den Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V. über unterschiedliche Kommunikationsmedien und mussten daher zunächst erfasst und folgend einer Auswertung zugeführt werden.

Landryfournesbrooks and Sactions a.V.

Telefan: 0351.25063800 E-Mait: Info@Mo-sactues.ce Internet: http://fr-sactues.de

Vectorsegisterausing: VR. 1050 beins Antisperiate Dresiden Steuerrammer: 205/140/20031

Bankworkindung: Ditsüchstschie Sparkause Dresden BAM: DE37 8305 0300 0325 8237 80 BIC: OSTROBELIOUS



Diese Vorgänge nahmen infolge der notwendigen Verwaltungswege viel Zeit in Anspruch.

Bezüglich der so eingehenden Hinweise ist festzustellen, dass im Wesentlichen die Beförderung von Herrn Seitz in den Rang eines Oberbrandinspektors und seine Tätigkeit als Sachverständiger im Deutschen Bundestag 2023, welche öffentlich ausgeübt von vielen Mitgliedern des LFV Sachsen e.V. als politisches Mandat wahrgenommen wurde, bemängelt wird.

Ein Teil der Herrn Seitz gegenüber erhobenen Vorwürfe konnte zur Verbandsausschusssitzung des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen am 03.06.2023 durch Herrn Seitz selbst angesprochen und erklärt werden. Zu Ihrer Information sei dabei erwähnt, dass dem Verbandsausschuss alle Vorsitzenden der sächsischen Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände mit zugehörigen Beisitzern und fachkundigen Personen angehören.

Zum Vorwurf, dass Herr Seitz zu Unrecht den Dienstrad Oberbrandinspektor der Freiwilligen Feuerwehr führt, ist festzustellen, dass die SächsfwVO klare Vorgaben enthält, welche Bedingungen und Voraussetzungen für den Erhalt und zum Tragen dieses Dienstgrades zu erfüllen sind. Diese Bedingungen bzw. Voraussetzungen waren vorliegend nach Prüfung der Sachlage nicht gegeben. Die gesetzlichen Normativen zur Verwendung dieses Dienstgrades waren somit nicht eingehalten. Der in diesem Zusammenhang wirkende Vertrauensverlust gegenüber den Feuerwehren in Sachsen war irreparabel beschädigt, woraus der konsequente Rücktritt von Herm Seitz von seinem Amt resultierte. Offiziell hat er in seinem Rücktritt private und berufliche Gründe aufgeführt.

Richtig ist, dass eine Funktion im Landesfeuerwehrverband nicht an einen Dienstgrad gekoppelt ist. Richtig ist aber auch, dass jeder verliehene Dienstgrad der Freiwilligen Feuerwehr zwingend an bestimmte Formalismen, gesetzlich definierte Ausbildungen, Dienstzeiten und Qualifikationen gebunden ist, ohne deren Einhaltung der jeweilige Dienstgrad nicht erreicht und getragen werden kann und somit auch nicht verliehen werden darf.

Zur Information der Vorsitzenden der Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände erlauben wir uns, vorliegendes Schreiben zur Richtigstellung Ihres Offenen Briefes zu übermittein.

Mit freundlichen Grüßen

Gunnar Ullmann

Vizepräsident - ständiger Vertreter

Dieses Schreiben ließ ich selbstverständlich nicht unbeantwortet:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Gunnar Ullmann Vizepräsident und Ständiger Vertreter Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V. Wiener Straße 146 01219 Dresden

Dresden, den 09.08.2023

Ihr Schreiben vom 02.08.2023

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Ullmann,

für Ihr Antwortschreiben vom 02.08.2023 möchte ich mich bedanken. Ihre Richtigstellung habe ich zur Kenntnis genommen und weiß als langjährige, seit 1989 erfahrene Politikerin diese zu werten. Sie sind seit meiner Abgeordnetentätigkeit im Sächsischen Landtag einer der wenigen Amtsträger im politisch-gesellschaftlichen Leben, die den Schneid und die Kraft haben, einer AfD-Landtagsabgeordneten zu antworten – wie auch immer!

Das ehrt sie.

Kann ich nun entsprechend Ihrer Richtigstellung davon ausgehen, dass aus Sicht Ihres Landesfeuerwehrverbandes Sachsen e.V. einem "offenen Miteinander" und einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der AfD auch weiterhin nichts im Wege steht?! Ich bin der Meinung, dies sollte eigentlich selbstverständlich auf Grundlage einer – laut Ihrer eigenen Forderung – "politischen Neutralität mit Augenmaß" sein – so, wie es auch bei allen anderen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien der Fall sein sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtags Mitglied des Nordsächsischen Kreistags

8. Lebendiges Gedenken

Zum Volkstrauertag 2023 – Würdevolles Gedenken an unsere gefallenen Soldaten des 2. Weltkriegs

(Webseiten-Beitrag vom 30.11.2023)



Anlässlich des Volkstrauertages nahm ich mit unserem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten, Herrn René Bochmann, als direkt gewählte Landtagsabgeordnete, an einer würdevollen Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Stadt Torgau teil.

Mit den stolzen, zum deutschen Vaterland sich bekennenden und auf unserem Kranz verewigten Worten des ehemaligen, im KZ ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann gedachten wir unserer gefallenen und vermissten deutschen Soldaten sowie auch allen Opfern von Krieg sowie Flucht und Vertreibung:

"Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk; und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation." E. Thälmann



Sehr bedauerlich und beschämend war es, dass von den gewählten Volksvertretern des Landkreises Nordsachsen in Land und Bund nur die AfD-Abgeordneten des Sächsischen Landtages und des Deutschen Bundestages das Gedenken nicht vergessen haben. Wir AfD-Abgeordnete betrachten es als unsere Verpflichtung, die Opfer von Krieg und Gewalt sowie Flucht und Vertreibung nicht zu vergessen und sie in ehrendem Gedenken zu halten. Des Weiteren trauerten wir gemeinsam mit Herrn Oberbürgermeister Simon, Herrn Superintendent Imbusch, Persönlichkeiten der Stadt und des Landkreises Nordsachsen, der Stadtratsfraktionen und der Bundeswehr.

Auch gedachten wir der Opfer von Justizunrecht, Diktatur und Widerstand auf dem neu entstandenen Kriegsgräberfeld des Friedhofes Torgau.

Ebenfalls Gedenken an unsere 15 Millionen Vertriebenen mit 2 Millionen Toten am Vertriebenendenkmal in Torgau zum Volkstrauertag



Gemeinsam mit Vertretern der Vertriebenenverbände in Nordsachsen gedachte ich am Volkstrauertag 2021 – so wie ich es seit Jahren praktiziere – unserer deutschen Vertriebenen!

Aufgrund des schlimmen Schicksals meiner Eltern, welche beide ihre sudetendeutsche Heimat verloren, fühle ich mich auch heute noch der würdigen Erinnerung an die 15 Millionen Vertriebenen und zwei Millionen toten Deutschen, verpflichtet.

15 Millionen deutsche Heimatvertriebene haben nach dem Krieg entbehrungsreich und selbst mittellos am Wiederaufbau Deutschlands teilgenommen.

Das Wissen um das katastrophale Vertreibungsgeschehen und um die deutschen Opfer darf nicht verloren gehen!

Während meiner Zeit als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete habe ich sowohl am Vertriebenendenkmal Torgau, welches ich 1995 noch mit meiner Mutter und Vertretern der CDU eingeweiht hatte, regelmäßig der deutschen Vertriebenen gedacht!

Am 12.04.2021 besuchte uns der AfD-Bundestagsabgeordnete Herr Protschka, der auch stellvertretender Sprecher der Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten innerhalb der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist. Zu diesem sehr

würdigen Gedenken ist auch ein Video entstanden, das hier angeschaut werden kann: https://www.youtube.com/watch?v=G-LdQXKqfmk



Diese Erinnerung darf niemals verblassen!

Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten und dem vertriebenenpolitischen Sprecher unseres AfD-Kreisverbandes und weiteren Kreisvorstandsmitgliedern legten wir auch hier für die Schlesier, Sudeten, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen einen würdigen Trauerkranz nieder. Wir waren dabei die einzige Organisation, die dieser 15 Millionen Vertriebenen und 2 Millionen Toten gedachte!

Leider mussten wir auch hier wieder feststellen, dass weder die gewählten Christdemokraten, Sozialdemokraten noch Liberaldemokraten es für notwendig gehalten haben, der Verbrechen an den deutschen Vertriebenen zu gedenken. Auch die Jugend der Nachfolgergeneration haben wir schmerzlich vermisst – wie immer! Traurig!

Von Herzen haben wir uns auch gemeinsam mit der Witwe an den verstorbenen Landesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft Sachsen, Herrn Dietmar Hübler, erinnert:





Mit einem wunderschönen Gedicht aus der sudetendeutschen Heimat auf unserem Blumenarrangement gedachte ich gemeinsam mit der Witwe des verstorbenen Chefs der Sudetendeutschen Landsmannschaft Sachsen, Herrn Hübler, mit unserem Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen, Herrn René Bochmann, sowie seinem Stellvertreter, Herrn Tobias Heller, und dem Sprecher für Vertriebene des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen, Herrn Roland Neumann.

Gemeinsam mit seiner Witwe erinnerten wir uns an einen verantwortungsvollen Sudetendeutschen und an sein aufopferungsvolles Handeln, die Geschichte, Kultur und Brauchtum seiner sudetendeutschen Heimat den sächsischen Bürgern nahezubringen und zu erhalten.

Wir werden das Leid und das Erbe der deutschen Vertriebenen niemals vergessen!

Leider sorgte unser regelmäßiges, Beispiel gebendes und aktives Gedenken an den Volkstrauertagen und den Gedenktagen für die Opfer von Flucht und Vertreibung meiner letzten Jahre nicht für einen positiven Wandel im Gedenkverhalten, weder in der CHRISTLICH-demokratischen Union noch in den anderen etablierten Parteien.

Stattdessen setzte sich die CDU für größtmögliche Ignoranz gegenüber unseren Gedenkveranstaltungen ein! Diese "Brandmauer" gegen uns führte soweit, dass durch Dritte sogar unser Kranz vom Torgauer Vertriebenendenkmal entfernt wurde (betroffener Kranz siehe nebenstehendes Bild).

In meinem Schreiben vom 22.11.2022 an Herrn Baumann (CDU), den Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im



Sächsischen Staatsministerium des Inneren, schilderte ich diesen ungeheuerlichen Vorgang:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn
Dr. Jens Baumann
- persönlich Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler
Sächsisches Staatsministerium des Innern
01095 Dresden

Dresden, den 22.11.2022

Diesmal war es nicht die "Antifa"!

Wo ist unser Kranz zum Volkstrauertag am Torgauer Vertriebenendenkmal geblieben?

Sehr geehrter Dr. Baumann,

es freut mich, dass Sie zum Volkstrauertag beim Gedenken am Torgauer Vertriebenendenkmal zugegen waren und gesprochen haben!

Die Umstände dieses Gedenkens sind für mich leider weniger erfreulich:

Es drängt sich mir und auch Herrn MdB Bochmann der Verdacht auf, dass die CDU an einem gesamtgesellschaftlichen, gemeinsamen Gedenken nicht interessiert ist. Die Geschehnisse rund um dieses Gedenken der deutschen Vertriebenen am Volkstrauertag, den 13.11.22. beweisen dies leider erneut.

So hatte Herr Galisch als Vorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier in der Region Torgau-Oschatz mir bereits im Vorfeld mit seinem Schreiben vom 2.11.22 angezeigt, dass ich zwar an der Gedenkfeier am Denkmal der Vertriebenen in Torgau teilnehmen darf, aber dass keine Wortmeldung der AfD "geplant" ist!!

Es versteht sich natürlich von selbst, dass ich als direkt gewählte Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Torgau-Oschatz (33,3 Prozent) dieses fragwürdige Angebot nicht angenommen habe.

Umso erstaunter war ich, als Herr Galisch mir im gleichen Brief mitteilte, dass Frau Dr. Schenderlein als CDU-Bundestagsabgeordnete vor Ort sprechen würde. Bemerkenswert ist dies besonders vor dem Hintergrund, dass hier der in Nordsachsen direkt von den Bürgern (27,8 Prozent) gewählte AfD-Bundestagsabgeordnete Herr Bochmann ist! Frau Dr. Schenderlein hatte dagegen 2021 weniger Erststimmen als Herr Bochmann erhalten und gelangte nur über einen lukrativen sächsischen Listenplatz, nicht über die Bürgerstimmen in



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

ihrem nordsächsischen Wahlkreis, in den Bundestag! Das kann nicht im Sinne der deutschen Vertriebenen sein! Unter diesen befinden sich übrigens auch zahlreiche von der CDU enttäuschte AfD-Wähler!

In der Anlage finden Sie zum besseren Verständnis das Schreiben von Herrn Galisch vom 2.11.22 sowie meine Antwort vom 10.11.22.

Meine Überraschung und Irritation wurde indes noch größer, nachdem ich die "Torgauer Zeitung" (TZ) vom 15.11.22 gelesen hatte. Sie finden den entsprechenden Artikel samt Kommentar einer Redakteurin in der Anlage. Demnach war Frau Dr. Schenderlein selbst nicht zum Gedenken am Torgauer Vertriebenendenkmal zugegen! Stattdessen hat sie den jungen Herrn Scheibe als stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union als Redner geschickt. Herr Scheibe, offenbar mangels fehlender eigener Bezüge zum Schicksal der deutschen Vertriebenen, nutzte die Gedenkveranstaltung für eine politische Standpauke im Stil eines CDU-Parteitags. Herr Scheibe warnte vor "Großmachtstreben, Fremdenfeindlichkeit, Imperialismus und Nationalismus" und ergriff leidenschaftlich Partei für die Ukraine. Was aber hat das noch mit einem Gedenken am Denkmal für die deutschen Vertriebenen zu tun? Im Deutschunterricht hätte man gesagt: Thema verfehlt – Note 5!

Auch auf Frau Dr. Schenderlein wirft es ein bezeichnendes Licht, dass sie einen offensichtlich geschichtsunkundigen jungen Mann zum Gedenken an einem Denkmal für deutsche Vertriebene geschickt hat. Dabei habe ich bereits 1995 – als vormaliges Mitglied der CDU – mit meiner sudetendeutschen Mutter, 50 Jahre nach ihrer leidvollen Flucht, dieses Vertriebenendenkmal gemeinsam mit der damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten, Frau Pfeiffer, eingeweiht. 1995 war Herr Scheibe noch nicht einmal auf der Welt. Offenbar war es Frau Dr. Schenderlein jedoch wichtiger, zum Volkstrauertag im noblen Dresden statt im eigenen, ländlichen nordsächsischen Wahlkreis gesehen zu werden, wie ich im Nachgang erfuhr.

Gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Nordsachsen und dem jetzigen nordsächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, führe ich seit mehreren Jahren Gedenkveranstaltungen zu Ehren der deutschen Vertriebenen durch. Im Folgenden finden Sie eine kleine Auswahl unserer Aktivitäten:

- Gemeinsam mit meiner geschätzten Kollegin, der AfD-Landtagsabgeordneten Martina
 Jost, sowie Herrn Roland Neumann von der AfD Nordsachsen, habe ich am 9.9.2019
 an einer Veranstaltung anlässlich des Gedenktags für die Opfer von Flucht,
 Vertreibung und Zwangsumsiedlung im Sächsischen Landtag teilgenommen.
- Am 20.6.2020 gedachten Vertreter unserer Partei anlässlich des Gedenktages für Flucht und Vertreibung gemeinsam mit regionalen Vertretern der Vertriebenenverbände dem 75. Jahrestag von Flucht und Vertreibung am



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Vertriebenendenkmal Torgau. Daran nahmen unter anderem Herr Bochmann, der damalige Bundestagsabgeordnete, Herr Spangenberg, und der Sprecher für Vertriebene und Spätaussiedler, Herr Schreyer, sowie meine Person teil. Die dort gehaltene, bewegende Rede meiner langjährigen Freundin und politischen Mitstreiterin, Frau Renate Alt, einer gebürtigen Oberschlesierin aus Kattowitz, finden Sie hier: https://gudrun-petzold.de/2020/06/28/gedenken-zum-weltvertriebenentag/ Eine Pressemitteilung zur anschließenden, beschämenden Schändung des Denkmals finden Sie hier: https://gudrun-petzold.de/2020/07/07/schaendung-des-gedenkens-am-denkmal-der-deutschen-vertriebenen/

- Am 15.11.2020 gedachte ich mit Herrn Bochmann aufgrund der damaligen Corona-Beschränkungen still im kleinen Rahmen auch unserer Vertriebenen (https://gudrun-petzold.de/2020/11/16/in-stillem-gedenken/).
- Am 12.4.2021 habe ich gemeinsam mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe "Heimatvertriebene und Aussiedler" der AfD-Bundestagsfraktion, Herrn Stephan Protschka, ein Gedenken am Torgauer Vertriebenendenkmal durchgeführt. Daran nahmen auch Herr Reinhard Beierling als Sprecher der "Gemeinschaft der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen" sowie die Torgauer Stadträte Dieter und Lilianna Glimpel teil. Ein Video der Veranstaltung finden Sie hier: https://gudrun-petzold.de/2021/04/18/video-gemeinsames-gedenken-an-deutsche-vertriebene/
- Am 20.6.2021 haben wir ebenfalls am Vertriebenendenkmal Torgau am Gedenktag für Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht. Anwesend waren neben Vertretern der Vertriebenenverbände, Herrn Bochmann und meiner Person auch der Vorsitzende der nordsächsischen AfD-Kreistagsfraktion Rico Winterlich.
- Am 14.11.2021 haben Vertreter der AfD Nordsachsen anlässlich des Volkstrauertags ebenfalls unseren deutschen Vertriebenen gedacht. Anwesend waren mehrere Vertreter regionaler Vertriebenenverbände der Pommern, Schlesier sowie Ost- und Westpreußen. Ein Foto der Veranstaltung habe ich Ihnen angehängt.
- Am **20.6.22** gedachten Vertreter der AfD, darunter auch die Kreisvorstandsmitglieder Herr Jüngling und Herr Heller am Torgauer Denkmal den Vertriebenen.
- Zudem möchte ich Sie gerne auf die Arbeitsgruppe "Vertriebene / Deutsche aus Russland" des Kreisverbands Nordsachsen aufmerksam machen. Diese habe ich in gemeinsamer Verbundenheit mit den Nachkommen der vertriebenen Deutschen mit aufgebaut. Nähere Informationen finden Sie hier: https://afd-nordsachsen.de/vorstand/vertriebene/

Herrn Scheibe habe ich während all dieser Aktivitäten und Veranstaltungen nicht wahrnehmen können.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Baumann, bei fast allen der genannten Veranstaltungen haben wir selbstverständlich einen schönen, ehrenhaften Gedenkkranz gestiftet. Wie die Ereignisse des Volkstrauertags 2022 zeigen, wird nun nicht einmal mehr dies geduldet. Allesamt mussten wir schockiert erfahren, dass Herr Galisch unmittelbar vor dem diesjährigen Gedenken unseren Kranz zur Seite legte, so dass dieser für die Teilnehmer der Veranstaltung nicht mehr sichtbar war!

Bisher hatten mutmaßliche Linksextremisten der "Antifa" unseren Kranz und auch den Kranz der Vertriebenen-Verbände geschändet. Nun entfernen bereits die Funktionäre der Vertriebenen-Verbände selbst den Kranz der "Alternative für Deutschland" – offenbar unter den wohlwollenden Blicken der CDU! Wo sind wir nur hingekommen?

Sieht so das von Ihnen selbst am Denkmal beschworene "Miteinander" der Menschen aus? Oder der von Herrn Scheibe beschworene Einsatz gegen "Ausgrenzung"? Oder aber gilt dies nur für Bürger mit dem richtigen Parteibuch? Vielleicht sollten diejenigen, die so hehre Worte verwenden, erst einmal den Balken aus ihrem eigenen Auge entfernen, wie es im Neuen Testament (Matthäus 7:5) heißt. Dieses sollte auch der zumindest dem Namen nach "Christlich demokratischen Union" vertraut sein!

Das Verhalten der Vertriebenen-Funktionäre hat mich zutiefst enttäuscht, erschrocken und sehr traurig gemacht! Über die Motivation beim Verhalten Herrn Galischs kann ich nur mutmaßen. Liegt es an jenen 77 Euro, die die "Landsmannschaft der Schlesier" in Nordsachsen vom CDU-geführten Sächsischen Staatsministerium des Innern 2021 bekam – entsprechend den Maßnahmen des Bundesvertriebenengesetzes?

Über das Verhalten der CDU-Vertreter wundere ich mich indes längst nicht mehr. Deren Partei hat das Erbe der deutschen Vertriebenen bereits viele Jahrzehnte zuvor verraten.

So oder so steht fest:

Nicht nur meine Mutter, alle ehrbaren Vertriebenen würden sich angesichts solch eines schäbigen, parteipolitisch motivierten, feigen Verhaltens im Grabe umdrehen!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Doch auch diese negativen Erfahrungen konnten mich nicht entmutigen: Zum Abschluß meiner Abgeordnetenzeit führte ich gemeinsam mit Herrn Bochmann am 20.06.2024 ein

abschließenes, sehr würdiges Vertriebenengedenken anlässlich des "Tags der Opfer von Flucht und Vertreibung" durch!

Folgender Bericht von meiner Webseite fasst diese schöne Veranstaltung, an der rund 30 Personen teilnahmen, gut zusammen:

Am 20.06.24: Würdiges Gedenken an die deutschen Vertriebenen in Torgau (Webseiten-Artikel vom 24.06.2024)



Anlässlich des "Tags der Opfer von Flucht und Vertreibung" am 20.06.2024 veranstaltete der AfD-Kreisverband Nordsachsen eine Gedenkveranstaltung am Denkmal der Vertriebenen in Torgau. Rund 30 Personen waren zum umfangreichen Kulturprogramm anwesend und gedachten der 15 Millionen deutschen Vertriebenen mit ihren 2 Millionen Toten.

Hier sehen Sie das Video dazu: https://www.youtube.com/watch?v=3nV1QVwNFZg

Einen kurzen Veranstaltungsbericht können Sie untenstehend lesen!

Viele anwesende Vertriebene und deren Nachkommen fühlten sich dabei an die alte Heimat und ihr Schicksal würdig erinnert! Denn die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten jährte sich 2024 zum 79. mal!



Herr MdB Bochmann: Vertreibung darf sich nicht wiederholen!

Nach der Eröffnung durch die Nationalhymne fand der direkt gewählte nordsächsische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen, Herr René Bochmann, würdige Worte und erinnerte an die vielen furchtbaren Schicksale der deutschen Vertriebenen. Gerade jetzt, wo durch die etablierten Parteien erneut ein Krieg gegen Russland heraufbeschworen wird, dürfe die Mahnung zum Frieden nicht verstummen! Denn das Schicksal der Vertriebenen darf sich nicht wiederholen, betonte Herr Bochmann.



Herr Beierling: Deutsche Vertriebene dürfen nicht vergessen werden

Auch Herr Beierling von der Gemeinschaft der Ost- und Westpreußen begrüßte die Gäste recht herzlich. Er mahnte, dass das Schicksal seiner Generation nicht vergessen werden dürfe! Denn dieses Schicksal sei mit viel Leid verbunden gewesen. Umso unverständlicher war es für ihn, dass nun erneut durch die etablierten Parteien zum Krieg gegen Russland mobilisiert wird.



Herr Hörrmann: Verurteilung der Beneš-Dekrete

Deutliche Worte fand auch Herr Claus Hörrmann als Vertreter der Sudentendeutschen Landsmannschaft in Torgau. Er verurteilte die unsäglichen <u>Beneš-Dekrete</u> und die damit verbundene Entrechtung der Sudetendeutschen. Zugleich forderte er die Vertreter der etablierten Parteien auf, sich stärker für die Anliegen der deutschen Vertriebenen zu engagieren.

Zwischen den Redebeiträgen wurden Gedichte vertriebener Deutscher von Frau Heller und Herrn Fischer verlesen sowie Lieder aus der alten Heimat gesungen, darunter das Schlesierlied und das Ostpreußenlied. Exemplarisch für die verlesene Lyrik sei das Gedicht "Was bleibt" (unbekannter Autor) genannt:

"Was bleibt"

1946 – **Zorn**

Die Meisen locken und der Krokus blüht Bald kommen auch die bunten Stare wieder. Doch unsere Herzen sind von Zorn durchglüht, und bitterer Hohn sind uns die Lerchenlieder...

1956 – **Schmerz**.

Die Finken schlagen und die Zeit vergeht. Die Wildgans zog zum 10. Mal nach Norden. Der Zorn der in uns war ist längst verweht, verraucht, zu einem starken Schmerz geworden.

2024 – **Heimweh**

Die Schwalben bauen und es wächst das Korn Ein Drossellied klingt jubelnd aus den Zweigen

Nun ist der Schmerz so still, wie einst der Zorn.

Das Heimweh aber

wird wohl niemals schweigen...



Frau Alt: Enttäuschung über fehlende Vertreter von Stadt und Landkreis

Besonders bewegend für viele Teilnehmer waren die Worte von Frau Alt, die es sich trotz ihres Alters nicht hat nehmen lassen, den weiten Weg nach Torgau auf sich zu nehmen. In einer bewegenden Rede schilderte die gebürtige Oberschlesierin aus Kattowitz ihr persönliches Schicksal und ihr Entsetzen über die Erinnerungs- und Verantwortungslosigkeit der aktuellen kriegslüsternen Politik.

Zudem äußerte Frau Alt ihre tiefe Enttäuschung darüber, dass viele hochrangige, von der AfD Nordsachsen eingeladene Vertreter der Stadt Torgau und des Landkreises nicht zur Gedenkveranstaltung erschienen waren!

Als stellvertrender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen und Oschatzer Stadtrat kritisierte Herr Tobias Heller zudem die Verleugnung einer deutschen Vergangenheit der damaligen Ostgebiete klar und führte dies am Beispiel des ehemaligen "Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa" aus. Die Kulturstaatsministerin, Frau Roth (GRÜNE), hatte es unfassbarerweise als notwendig erachtet, das "Deutschen" aus dem Namen des Instituts zu streichen!



Gemeinsam mit Frau Alt gedachte ich am Vertriebenendenkmal Torgau der deutschen Vertriebenen in einem sehr würdigen Rahmen!



Herr Heller: Würdige Erinnerung statt Rache und Revanche

Herr Heller übte daran deutliche Kritik und erinnerte zugleich daran, dass nicht Rache oder Revanche für die verlorenen Ostgebiete unsere Absicht ist, sondern eine würdevolle und versöhnende Erinnerung an die deutschen Vertriebenen. Er schloß mit den denkwürdigen Worten des Journalisten Thorsten Hinz:

"Wer das Wissen über seine Vergangenheit verliert, der verliert die Kontrolle über die Gegenwart und Zukunft."

Die circa eine Stunde andauernde Gedenkveranstaltung endete mit einer Kranzniederlegung durch Frau Petzold und Herrn Bochmann. Auch die Nachkommen von Vertriebenen legten einen Kranz nieder. Es herrschte tiefe Dankbarkeit darüber, dass das Erbe der deutschen Vertriebenen nicht vergessen wurde.





Mit unserem nordsächsischen Bundestagsabgeordneten und AfD-Kreisvorsitzenden, Herrn Bochmann, legte ich unter anderem einen Kranz des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen nieder!



Im Gedenken vereint: Am 20.06.2024 konnte ich gemeinsam mit Zeitzeugen, Bürgern, Parteifreunden und anderen mutigen Mitstreitern noch einmal im gelungenen Umfeld der deutschen Vertriebenen

9. Engagement gegen dramatische Asyl-Flut Richtung Nordsachsen



Im ehemaligen Munitionsdepot in Mockrehna OT Strelln sollte 2023 ein Asylantenheim entstehen – hier stattete ich dem Gelände einen Besuch ab!

Mit den folgenden Briefen habe ich auf die Asyl-Flut in meiner Heimat Nordsachsen seit 2015 hingewiesen und versucht, die Aufmerksamkeit wichtiger Persönlichkeiten auf die zunehmend katastrophaler werdende Lage zu lenken. Am Beispiel meiner Heimatgemeinde Mockrehna / Ortsteil Strelln lässt sich sehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit übergeordnete Behörden bei dem Versuch vorgehen, Asylanten um jeden Preis selbst in die kleinsten Dörfer und in ungeeignete Unterkünfte zu pressen – egal, ob sich nebendran ein Schulweg -mit Gefährdung durch möglicherweise kriminelle Asylanten (auch eine große, zum Ausdruck gebrachte Angst der Dorfbewohner) - befindet oder nicht...! Eine Bürgerinitiative in Strelln hatte sich damals rasch gebildet.

In meinem Schreiben an Herrn Bundeskanzler Scholz vom 27.01.2023 mahne ich eine dringende Überprüfung dieser Asyl-Pläne an:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Bundeskanzler Bundeskanzler Olaf Scholz Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin

Offener Brief

Bürger in großer Not

Dresden, den 27.01.2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

als direkt gewählte Landtagsabgeordnete des Freistaates Sachsen sowie als Kreisrätin des Landkreises Nordsachsen und auch als Bürgerin der Gemeinde Mockrehna, Ortsteil Strelln, möchte ich mich – hoffnungsvoll – an Sie wenden.

Die zügellose und unvernünftige Asylpolitik Ihrer Bundesregierung sowie auch der vorhergehenden Regierung, die im ganzen Land für steigende Kriminalität, Verwerfungen und Verzweiflung der Bürger sorgt, bedrängt nun auch unseren Landkreis Nordsachsen. Nicht nur Städte wie Eilenburg und Laußig

(https://twitter.com/i/status/1616172141640093697), sondern auch kleine Ortschaften wie Strelln (400 Einwohner) bekommen nun die Folgen der maßlosen Einwanderungspolitik von Wirtschaftsflüchtlingen zu spüren.

Nicht nur die Bürger, sondern auch kommunale Verantwortungsträger stehen zur Zeit vor fast unlösbaren Problemen der Realisierung der Asylanten-Unterbringung. Diese Probleme betreffen nicht nur den Mangel an Räumlichkeiten im Aufnahmeland Deutschland, sondern auch die Akzeptanz der Asylbewerber durch die deutschen Staatsbürger.

Wie mittlerweile in vielen Orten in unserem Land wurde auch den Strellnern eine Asylunterkunft über die verantwortlichen Stellen "verordnet".

Die Unterbringung der Asylanten soll in einem ehemaligen Munitionsdepot der Bundeswehr, auf einem Grundstück des Bundes, erfolgen. Dabei sollen bis zu 110 Asylbewerber, die über die Balkanroute zu uns gekommen sind, im ehemaligen Munitionsdepot einquartiert werden. Dies weckt jedoch schwere Bedenken vieler Bürger in unserer Gemeinde aufgrund folgender Problempunkte:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

 Der Weg zur Grundschule in Mockrehna führt für die Schulkinder von Strelln direkt an der zukünftigen Asyl-Unterkunft, welche circa einen Kilometer entfernt von der Ortschaft im Wald gelegen ist, vorbei.

Natürlich stellen die Strellner Bürger niemanden unter Generalverdacht, aber die massiven und erschütternden deutschlandweiten Nachrichten der vergangenen Zeit, zum Verhalten der Asylbewerber in unserer Heimat, wecken starke Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der Grundschüler von Strelln.

Hierzu nur ein dramatisches Beispiel:

Wie auch Sie sicherlich wissen, hat im baden-württembergischen Illerkirchberg ein inzwischen geständiger, 27-jähriger Asylant am 5.12.22 eine 14-Jährige auf dem Schulweg erstochen und ein weiteres Mädchen verletzt.

Solche **Tat**sachen unserer vielen, lange Zeit zumeist willkommen geheißenen Asylbewerber aus fernen Ländern vergessen die Bürger nicht. Dieses Verhalten der "Schutzsuchenden" enttäuscht unsere Bürger immer mehr in ihrer jahrelangen, wohlwollenden Aufnahme- und Hilfsbereitschaft!

 Des Weiteren machen sich auch alleinstehende Frauen/ Witwen angesichts des naheliegenden Asylheims große Sorgen um ihre Sicherheit.

Wir finden, dass diese berechtigten Sorgen aufgrund bisheriger Geschehnisse nicht einfach als "vorurteilsbeladen" oder gar "rassistisch" abgefertigt werden dürfen! Mehrere aktuelle Fälle zeigen, dass diese Bedenken bezüglich der Sicherheit, insbesondere der Frauen in Strelln und Umgebung, angebracht sind. Auch hier verweisen wir auf ein Beispiel:

So soll etwa in Hamburg-Harburg ein 28-jähriger Syrer am Neujahrstag eine 20-Jährige brutal vergewaltigt haben. Wenig später überwältigte dieser akut Tatverdächtige eine 74 Jahre alte Frau.

Auch wenn die Presse diese Nachrichten oft nicht veröffentlicht und dann die Herkunft der Täter peinlichst verschweigt, muss Ihnen doch, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bewusst sein, dass die Bürger trotzdem allseitig informiert sind und insbesondere über diese schrecklichen Kriminalitätsfälle diskutieren, zumal sie selbst in Kürze von den Folgen Ihrer verantwortungslosen Asylpolitik unmittelbar betroffen sein werden!

Sehen wir uns zu diesen **Tat**sachen die Polizeiliche Kriminalstatistik im Landkreis Nordsachsen an, so spricht diese auch eine deutliche Sprache:

In unserem Landkreis wurden 2021 von insgesamt 33 Straftaten in Zusammenhang mit Messerangriffen 16 Straftaten durch tatverdächtige Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft begangen.

Aufgrund der vorgenannten Fakten sind die Bürger der Gemeinde Mockrehna und Umgebung in großer Sorge und Not. Sie fragen sich:

Wer trägt die Verantwortung, sollte es zu einem Verbrechen hier in unserer Gemeinde kommen? Und wer kann das schon ausschließen?



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der Affü-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

3. Zur Durchführung der eingeforderten, doch in Deutschland selten funktionierenden Integrationsmaßnahmen wird das ehemalige Munitionsdepot ein weiteres Beispiel des Scheiterns mit Ansage sein – trotz umfangreicher staatlicher Hilfestellung, etwa Integrationsbeauftragte, Integrationsvereine usw. usf. und natürlich per Subventionierung durch Steuergelder der fleißig arbeitenden deutschen Bevölkerung!

So ermöglicht der abgelegene, 1 Kilometer vom Ort entfernte und im Wald gelegene Standort des ehemaligen Munitionsdepots durch die fehlende infrastrukturelle Anbindung weder:

- eine öffentliche Verkehrsanbindung
- die Eigenversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs
- die medizinische Betreuung und Behandlung, da wie bekannt im ländlichen Raum Ärzte und Pflegekräfte fehlen, was auch im Raum Mockrehna der Fall ist
- kulturelle Angebote
- noch geeignete Ausbildungsmöglichkeiten für angehende Fachkräfte

Doch die Realität in unserem Lande zeigt eindeutig, und das wissen auch die Bürger, dass im Grunde diese Wirtschaftsflüchtlinge selten unsere Wirtschaft als Fachkräfte bereichern, sondern unsere Sozialsysteme über Jahre hinweg belasten werden.

Längst haben die Bürger mit dem Wissen über die Realität der Integrationspolitik des Staates ihren Glauben an deren Erfolg und deren Sinn verloren!

Diese Situation ist nicht nur für die Bürger unbefriedigend, sondern auch für solche Asylbewerber, deren Wunsch es ist, sich in die deutsche Gesellschaft einzugliedern und sich den deutschen Regeln und Werten anzupassen.

Auch hierfür ein Beispiel:

So unterstützte etwa meine Tochter einen jungen afghanischen Flüchtling (umA), welcher sich energisch um seine Integration bemühte, bei der Erlernung der deutschen und auch der englischen Sprache sowie bei seiner beruflichen Ausbildung zum Pflegefachmann. Nun arbeitet er im Krankenhaus Eilenburg und ist so erfreulicherweise eine tatsächliche Bereicherung für unseren Landkreis. Dieser junge Mann ist nun mit dem Herzen und mit seiner kulturellen Prägung in seiner neuen Heimat Eilenburg angekommen.

Das Paradoxe an dieser ungewöhnlich gut gelungenen Integration ist, dass es durch weltfremde Anwendungen von Gesetzen zur Asylpolitik zu nicht fassbaren Überlegungen bei den Behörden vor Ort kommt, diesen jungen, von uns mehrere Jahre gut ausgebildeten, dringend benötigten Pflegefachmann abschieben zu wollen, was für ihn eine große Gefahr bedeuten würde!

Selbstverständlich würde ich auch hier gegen solch absurdes Handeln gegen diesen erfolgreich integrierten Flüchtling protestieren und – hier bin ich mir gewiss – dies wäre auch im Interesse der Bürger von Strelln.



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, all diese Sachverhalte sind Ihnen sicherlich als landesweites Problem hinlänglich bekannt.

Inzwischen haben über 250 Einwohner des Ortes Strelln ein Protestschreiben gegen die Errichtung dieser Asylunterkunft an den Bürgermeister von Mockrehna gerichtet! Doch leider können hier weder unser Bürgermeister noch der nordsächsische Landrat und auch nicht der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Entscheidendes aufgrund der Grundstücks-Besitzverhältnisse ausrichten, da die Verantwortlichkeit laut Aussagen des Bürgermeisters beim Bund liegt.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrem Amtseid am 8.12.2021 feierlich geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden!

Ich bitte Sie nun, auch im Interesse der Bürger von Strelln und Umgebung, und letztlich auch im Interesse der Asylbewerber, hier Abhilfe zu schaffen!

Im Sinne der Bürger von Strelln möchte ich dafür sorgen – und bitte helfen Sie uns dabei –, dass es hier in unserer Gemeinde und auch in unserem Landkreis nicht dazu kommt, dass eine Mutter über ihre geschändete Tochter weinen muss.

Auch unsere Senioren sollten in Ruhe und Sicherheit ihren wohlverdienten Lebensabend, im Kreise ihrer Lieben, verbringen können.

In einem demokratischen Rechtsstaat sollte dies für die fleißig arbeitende Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit sein.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, für diese Grundrechte, für Frieden, Freiheit und Demokratie, sind wir Sachsen 1989 auf die Straße gegangen und selbstverständlich – das liegt in unserer Natur – sind wir jederzeit zur humanitären Hilfe bereit, solange sie auf fruchtbaren Boden fällt, dem deutschen Vaterland nützt und uns nicht schadet!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Bürgerin von Strelln Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Seite 4 von 5

Dieses Schreiben vom 27.01.2023, das ich als Offenen Brief verschickt habe, sowie weitere Anschreiben zur Thematik "Asylantenheim in Strelln, darunter auch an Herrn

Ministerpräsident Kretschmer und den nordsächsischen Landrat, Herrn Emanuel, können hier gelesen werden: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/Schreiben-an-Herrn-Bundeskanzler-Scholz-270123.pdf

Bezeichnend für den Zustand der Politik in unserem Land und traurig ist, dass ich auf meine sachlich begründeten Ausführungen so gut wie keine Antworten erhalten habe!

Jedoch beteiligte ich mich an einer umgehend, durch den Bürgermeister am 31.01.24 einberufenen Bürgerversammlung in Strelln, bei der die Bürger ihrem Unmut über die geplante Einrichtung eines Asylantenheims im alten Munitionsdepot deutlich Ausdruck verliehen! Der Mockrehnaer Bürgermeister, Herr Peter Klepel, stand mehr als 300 Bürgern gegenüber, die unter anderem auf die in meinem Ort kursierende Unterschriftenliste gegen das Asylantenheim eingingen. Außerhalb des Veranstaltungsortes demonstrierten die "Freien Sachsen". Der regionalen und überregionalen Presse war das wieder einmal ein willkommener Vorwand, berechtigte Bürgerkritik in ein "rechtsextremes" Licht zu rücken! Auch die Behauptung, Bürger hätten versucht, den Veranstaltungsort zu stürmen, erwies sich als falsch! Sie hatten lediglich versucht, friedlich der Bürgerversammlung im überfüllten Raum beizuwohnen!

Im Rückblick berichtete das Portal "Tag 24" am 01.02.2023 wie folgt von der Veranstaltung:



Die linkslinke "Taz" berichtete dagegen besonders hasserfüllt:

Protest gegen Geflüchtete in Sachsen

Rechte Hetze in Strelln

In Strelln soll eine Unterkunft für Geflüchtete entstehen. Dagegen haben 200 Menschen demonstriert, darunter "Freie Sachsen".



Rechtsextreme mobilisieren gegen Geflüchtete: Demo in Strelln am Dienstagabend Foto: Bernd März/dpi

Die "LVZ" wusste von "massiver Kritik":

Massive Kritik an geplanter
Flüchtlingsunterkunft



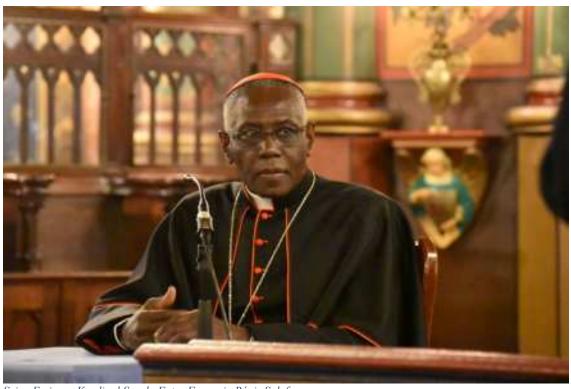
Da Herr Bundeskanzler Scholz meinen Offenen Brief nicht beantwortete, suchte ich in meiner Not – als direkt von den Bürgern gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete und als betroffene Anwohnerin – den Kontakt zu Seiner Eminenz, Herrn Kardinal Sarah (s.u.). Denn dieser afrikanische Kardinal hatte sich in einem bemerkenswerten Interview-Ausschnitt sehr kritisch zur Masseneinwanderung nach Europa geäußert.

Dieser hochspannende Ausschnitt aus einem Interview Seiner Eminenz mit einem französischen Medium kann hier angesehen werden: https://youtu.be/weyZyY1S4zU?si=Y8Vctp6SeN7icU9u

Auf Grundlage dieser wichtigen Feststellungen verschickte ich, in Rücksprache mit der Strellner asyl-kritischen Bürgerinitiative, am 21.02.2023 einen Brief -stellvertretend für unsere Ortschaft- an Seine Eminenz. Dieser Brief kann untenstehend gelesen werden.

Wenngleich auch dieser Brief unbeantwortet blieb, waren die Bemühungen der Strellner Bürger nicht erfolglos: Denn das Landratsamt Nordsachsen rückte von seinen umstrittenen Plänen ab, wie der "MDR" am 20.06.2023 berichtete. Offiziell führte es demnach "bauliche Gegebenheiten" und noch notwendige "Ertüchtigungen der Liegenschaft" ins Feld.

Bis heute bleibt das ehemalige Munitionsdepot unbelegt. Meine Strellner Mitstreiter und ich sind sich sicher, dass dies auch unserem demokratischen Bürgerprotest zu verdanken ist!



Seine Eminenz Kardinal Sarah. Foto: François-Régis Salefran, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Dipl.-Ing. Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | D-01067

Dicasterium de Cultu Divino et Disciplina Sacramentorum Seiner Eminenz Cardinal Robert Sarah Piazza Papa Pio XII, 10 00193 Roma Città del Vaticano

Deutschland und seine Bürger sind in großer Not

Dresden, den 21.02.2023

Seine Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal Sarah,

erlauben Sie mir bitte, dass ich mich, auch im Namen der Bürger meines Heimatortes Mockrehna/Ortsteil Strelln im deutschen Bundesland Sachsen, an Sie wende.

Mit großem Respekt und Zustimmung habe ich Ihre Aussagen aus einem Fernsehinterview mit "Boulevard Voltaire" von 2019 vernommen, in denen Sie darauf hinweisen, dass "Europa den Bezug zu seinen Ursprüngen verloren hat".

Es gibt mir Mut, dass Vertreter der Katholischen Kirche es noch wagen, diese Wahrheit in aller Deutlichkeit auszusprechen!

Zu Recht warnen Sie eindringlich davor, dass es leider viele Anzeichen dafür gibt, dass die uns bekannte und geliebte Welt, das christliche Abendland, dem Untergang entgegengeht! Diesen "Untergang des Abendlandes" prophezeite bereits der deutsche Kulturphilosoph Oswald Spengler 1918. Mehr als hundert Jahre später sehen wir Deutsche uns nun in unserem Vaterland im Auge dieser verheerenden, gewaltigen Asylflut, die sich in atemberaubendem Tempo auch über unsere kleine Gemeinde hinweg ergießt!

So gilt auch hier, wie man an der Entwicklung in unserer kleinen Gemeinde entsetzt feststellt:

Pars pro toto!

Seine hochverehrte Eminenz, zu Recht bemerken Sie, dass die außereuropäische Masseneinwanderung fatale Folgen für unseren Kontinent hat. Unsere deutsche Bundesregierung und die sächsische Landesregierung verursachen diese katastrophale Entwicklung zu unserem Leidwesen unüberlegt – vielleicht auch überlegt?! – und unfassbar verantwortungslos dem deutschen Volk gegenüber.



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

So sorgt diese Asylflut, verursacht durch die etablierte Politik, im ganzen Land für steigende Kriminalität – was auch die polizeilichen Kriminalstatistiken im ganzen Land beweisen -, Verwerfungen und Verzweiflung der Bürger. Es sind nicht selten Mörder, Vergewaltiger und Räuber unter jenen, die mit der oft – jedoch nicht immer – falschen Bezeichnung "Flüchtling" den Weg in unser Land finden!

Ihnen sollen wir schon seit vielen Jahren – auf Geheiß der Regierung – soziale Geborgenheit, Unterkunft, Verpflegung, letztendlich Integration in unsere Gesellschaft bieten. Schon viele Jahre haben wir den sogenannten Schutzsuchenden wohlwollend Aufnahme- und Hilfsbereitschaft entgegengebracht. Doch nun, nach den nachweislich vielen, fast täglichen brutalen Gewaltakten in unserem Heimatland leben unsere Bürger verständlicherweise in Angst und Schrecken vor den Asylanten und sind über das Verhalten der Flüchtlinge in unserem Heimatland maßlos enttäuscht.

Unsere immer größer werdende nachvollziehbare Ablehnung neuer Asylaufnahmen aus aller Welt beruht auf den vorgenannten erlebten schmerzhaften Erfahrungen und nachweislich nicht auf Vorurteilen oder rassistischem Gedankengut!

Die Regierenden, die diese unerträgliche Politik per Gesetz verordnen, überfordern nicht nur die Geduld der solidarischen Bürger total, sondern auch die kommunalen

Verantwortungsträger auf der Ebene der Landkreise bis hin zu den kleinen Gemeinden – so wie unsere Ortschaft Strelln – PARS PRO TOTO!

Unseren deutschen Kommunen fehlt es angesichts des jahrelang andauernden Asylantenzustromes nicht mehr nur an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten, sondern auch an der gesamten Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, zumal dieser Lebensbereich selbst seit Jahren durch die fahrlässige und bürgerferne Politik der vorherigen und jetzigen Bundesregierung vernachlässigt wurde: Akut fehlen Ärzte, Pfleger, Lehrer, Polizisten und die soziale Basisversorgung durch Kinder-, Kranken- und Versorgungseinrichtungen.

Unsere Kommunen verarmen offensichtlich!

Aber auch unsere Kirchen vereinsamen, da die katholischen und evangelischen Priester fehlen und die Gläubigen der Kirche in Scharen davonlaufen, wobei die Ursachen hier vielfältiger Natur sind, und dieser Trend nicht nur der Überalterung unserer Gesellschaft, in Kombination mit einer höheren Sterbe- und niedrigeren Geburtenrate, geschuldet ist, sondern auch immer mehr einer zunehmenden Säkularisierung der Gesellschaft.

Besonders besorgt macht mich hier, dass viele unserer Bischöfe dem oft verantwortungslosen Regierungsmainstream, im Interesse der Gläubigen, nicht die Stirn bieten.

Die Kirchen schweigen größtenteils eisern zu diesem Thema.

Hochverehrte Eminenz, sicherlich erkannten Sie mit Ihrer Aussage von 2019, dass sich der christliche Glauben auch in Deutschland im Niedergang befindet, während die Muslime auf dominante Weise unser tägliches Leben massiv und nicht immer positiv beeinflussen! So ist der Anteil der christlichen Bevölkerung Deutschlands erstmals unter die 50-Prozent-Marke gesunken!

Als deutsche konservative Katholikin und auch als direkt gewählte Abgeordnete im Sächsischen Landtag und auch im Nordsächsischen Kreistag der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) werde ich – ebenso wie die Bürger meines Heimatortes – nun unmittelbar und existenziell mit den Folgen dieser verfehlten, unverantwortlichen und höchst fahrlässigen Politik unserer Regierung konfrontiert.



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

In unserer kleinen, gerade einmal rund 400 Menschen zählenden Ortschaft soll auf dem außerhalb der Ortschaft, im Wald gelegenen Gelände eines ehemaligen Munitionsdepots der deutschen Bundeswehr eine Asylunterkunft eingerichtet werden. Bis zu 100 junge Männer, hauptsächlich aus Afghanistan und Syrien, sollen in diesem ghettoartig umzäunten ehemaligen Munitions-Lager untergebracht werden.

Unsere Bürgerschaft hat zu diesem Vorhaben schwere Bedenken bezüglich ihrer Lebenssicherheit, insbesondere für die Kinder, Alten und Schwachen. Eine Integration der fast 100 außereuropäischen Asylbewerber, fast nur junge, kräftige Männer, ist angesichts der bereits beschriebenen, katastrophalen dörflichen Infrastruktur völlig aussichtslos.

Sollte es zu gewalttätigen Übergriffen durch Asylanten auf die einheimische Bevölkerung – wie sie bereits in ganz Deutschland festzustellen sind, kommen, fragen wir uns, **welcher** Entscheidungsträger dann die Verantwortung für diese furchtbaren Taten übernehmen wird!? Furchtbar, dass zumeist der "Haltungsjournalismus" unserer regierungsnahen Presse dazu beharrlich über die erschütternden Vorfälle schweigt sowie auch zumeist zu den Migrationshintergründen der Täter.

Seine hochverehrte Eminenz, bereits im biblischen Johannesevangelium heißt es:

"Achtet auf euch, damit ihr nicht preisgebt, was wir erarbeitet haben, sondern damit ihr den vollen Lohn empfangt. Jeder, der darüber hinausgeht und nicht in der Lehre Christi bleibt, hat Gott nicht. Wer aber in der Lehre bleibt, hat den Vater und den Sohn. Wenn jemand zu euch kommt und nicht diese Lehre mitbringt, dann nehmt ihn nicht in euer Haus auf, sondern verweigert ihm den Gruß." (Johannes, 1,8-10)

Seine hochverehrte Eminenz, ich weiß, dass Sie auch als bibelfester Christenmensch, unter der geweihten Gnade des apostolischen Stuhls stehend, die Sorgen der Bürger in Deutschland empören und bewegen.

Mit unserem Schreiben wollte ich Ihnen an einem kleinen Beispiel aus der Mitte Deutschlands zeigen, wie Recht Sie mit Ihren klugen Gedanken haben, dass "Europa seinen Bezug zu seinen Ursprüngen verloren hat".

Als Katholikin bin ich sehr bedrückt, dass nicht mehr Würdenträger unserer gemeinsamen Kirche verantwortungsvoll klare Worte wie Sie, zu den benannten Vorgängen, finden. Als würdiger Vertreter der römischen Kurie bilden Sie leider eine der wenigen Ausnahmen in der großen Gemeinde unseres Heilands Jesu Christi!

Seine Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal Sarah,

ich bin froh, dass Sie meinem Schreiben Ihre werte Aufmerksamkeit schenken! Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen und erlaube mir, Ihnen noch zwei Themen, die mich als Abgeordnete des Sächsischen Landtags sehr beschäftigen, mit auf den Weg zu geben. Ich bitte Sie um Beachtung und wünsche mir, noch einen kleinen Moment Ihrer wertvollen Zeit in Anspruch nehmen zu dürfen.



Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Bitte gestatten Sie mir, dass ich mich kurz als Mensch, Christin und als Abgeordnete der Bürgerschaft in Sachsen Ihnen vorstelle.

Auf meine angestammte Heimat Nordsachsen bin ich sehr stolz und fühle mich meinen christlichen Wurzeln verpflichtet! Meine katholischen Eltern fanden als Vertriebene aus dem Sudetenland (heutiges Tschechien) 1945 in dem meist evangelischen Sachsen bei Torgau ein neues Zuhause.

Unsere schöne Kreisstadt Torgau feiert in diesem Jahr ihr 1050-jähriges Bestehen. Unsere Vorfahren waren, insbesondere die vermögende Bürgerschaft, Landwirte, Handwerker und Kaufleute. Die jeweilige Herrschaft, zuzüglich der Ritter als Schutztruppen, vereinte die Kirche im christlichen Glauben. Die Christianisierung im gesamten Elbe-/Saale-Raum wurde insbesondere durch die Klöster, hier bei uns durch ein Zisterzienser-Frauenkloster, befördert. Uralte Handelsstraßen verliefen durch das sich später entwickelnde Torgau: Die West-Ost-Route von der Rhone zum Mittelrhein über Thüringen und Torgau, weiter nach Polen sowie Russland hereinführend und die Süd-/Nord-Route, von Italien über Böhmen, den Elbelauf entlang, in das nördliche Europa. Torgau bestimmte weit über Ländergrenzen hinweg das damalige gesellschaftliche Leben. Durch Martin Luthers Bibelübersetzung wurde unsere deutsche Sprache gestärkt und zur Kanzleisprache von Torgau. Die Stadt war somit das politische Zentrum der lutherischen Reformation.

Meine Eltern ließen mich in unserem neuen familiären Zuhause, einer kleinen Kirchgemeinde bei Torgau, im katholischen Glauben groß werden. Dort hatte ich das große Glück, von einem glaubensfesten, das sozialistische System (Karl Marx: Religion ist "Opium für das Volk!") kritisch hinterfragenden und leidenschaftlich dem katholischen Glauben verbundenen Priester unterrichtet zu werden! Diese Erfahrung prägte sich tief in mein Herz ein und so blieb ich dieser Maxime, einer kritischen und christlichen Hinterfragung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mein Leben lang treu. Damit konnte ich auch das sozialistische System in der "Deutschen Demokratischen Republik" bis zur politische Wende 1989 überstehen. Das nun im vereinten Deutschland auf uns zukommende, sich demokratisch nennende System betrachtete ich selbstverständlich auch wieder mit kritischen Augen.

Ich blieb der christlich-konservativen Grundhaltung trotz Enttäuschungen in der deutschen Partei "Christlich Demokratische Union", der ich einige Jahre verbunden war, treu. Heute macht es mich sehr unglücklich, zusehen zu müssen, wie diese "christlichdemokratische Partei" sich immer mehr von ihren christlichen Wurzeln entfernt. Ich habe mich deshalb der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) angeschlossen. Dort gibt es selbstverständlich auch eine Gruppe der "Christen in der AfD".

Es macht mich im Herzen sehr traurig, nun mit ansehen zu müssen, wie unsere Priester und Bischöfe keinen Zugang zu meiner Partei (AfD) finden können oder vielleicht auch nicht finden wollen. Ich gewinne vermehrt den Eindruck, dass ihnen der kritisch-realistische Blick auf die Gesamtsituation in unserem Lande fehlt! — Seine Eminenz, ich vermisse sehr meinen alten, kritisch die politische Lage im Land hinterfragenden Pfarrer aus vergangenen Tagen (siehe dazu meine Pressemitteilung vom 10.08.2020/Anhang)!

Ist es nicht erschreckend, wenn ein katholischer Bischof des Bistums Dresden-Meißen im August 2020 die Gläubigen in Sachsen – ganz im Sinne des politischen Mainstreams – vor



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

den Mitgliedern meiner Partei warnt und auf Skepsis gegenüber AfD-wählenden Religionslehrern drängt (siehe Pressebericht vom 05.08.2020/Anhang)?

27 Prozent braver und fleißig arbeitender sächsischer Wähler, die unsere Partei gewählt haben (ich selbst wurde mit 33,3 Prozent direkt in den Sächsischen Landtag gewählt), werden damit unter den Generalverdacht gestellt, rechtsextrem und rassistisch zu agieren!

Selbstverständlich habe ich mich in einem Brief an diesen meinen Bischof zu den ungeheuerlichen Vorwürfen gewandt (siehe mein Schreiben vom 10.08.2020/Anhang). Mir wurde zwar mitgeteilt, dass der für mich zuständige Bischof mein Schreiben zur Kenntnis genommen hat (siehe Schreiben v. 03.09.2020/Anhang), doch leider gelang es bis heute nicht, dieses nicht nur für Sachsen, sondern für ganz Deutschland brandaktuelle Thema gemeinsam zu besprechen.

Schade, dass dieses gesellschaftlich hochrelevante und brisante Thema dem Bischof nicht allzu wichtig erschien, sondern er seine Aufmerksamkeit eher der vom Staat verordneten Corona-Zwangspolitik – die sich nun, im Nachhinein größtenteils als unnötig erwies – widmete. Auch hier schloss er sich dem politisch-medialen Mainstream an und forderte eine Impf**pflicht** und beförderte somit nicht nur wiederum die allgemeine Spaltung unserer Gesellschaft in "solidarische" Geimpfte und "unsolidarische" Ungeimpfte, sondern förderte auch noch das Misstrauen ("Corona-Impfung ist Nächstenliebe!") unter uns Gläubigen (siehe Artikel vom 22.11.2021/Anhang). Viele aufgeklärte Bürger wussten bereits, dass die neuartige Corona-mRNA-Impfungen zahlreiche, auch schwere Nebenwirkungen bis hin zum Tod verursachten. Einer der wesentlichen Entwickler der mRNA-Technologie warnte zu Recht vor diesen experimentellen Massenimpfungen und betrachtete diese Gentherapien als hochriskant und nutzlos!

Genauso enttäuschend wie unser katholischer Bischof sind für mich und viele Christen auch die Äußerungen des Landesbischofs der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zur AfD als größten Oppositionspartei in Sachsen.

Vielleicht sollte auch hier endlich der sehr weise Ausspruch Luthers gelten:

"Die Pfaffen sollen beten und nicht regieren."?

Mit seiner Einschätzung, dass die AfD der Kirche feindselig gegenübersteht (https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/ekm-will-keine-afd/), treibt er ebenfalls die Spaltung der Gesellschaft und insgesamt der Gläubigen voran.

Ein Mann Gottes sollte doch versöhnen, statt zu spalten?!

Ich könnte seine offensichtliche, medial zur Schau gestellte Abneigung gegenüber gläubigen Wählern und Mitgliedern in der AfD noch verzeihen (Irren ist doch menschlich!), wenn er sich zumindest gegenüber anderen, von mir mit der Bitte um Unterstützung in meiner Abgeordnetentätigkeit an ihn herangetragenen Themen – wie zum Beispiel zum Gesundheitsschutz – offen und interessiert zeigen würde. So wandte ich mich in einem ausführlichen Schreiben vom 16.07.21 (siehe Anlage) an diesen territorial zuständigen Bischof mit einem Hilferuf zu einem brisanten gesundheitlichen Anliegen. Auf dem Kirchturm meines Geburtsortes sollte – mitten im Ort – eine 5G-fähige Funkanlage installiert



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

werden, welche aufgrund ihrer intensiven elektromagnetischen Strahlung innerhalb sowie auch außerhalb der betroffenen Kirche und für die gesamte Bürgerschaft der Gemeinde ein nachgewiesenes, höchst gefährliches gesundheitliches Risiko durch diese neuartige Mobilfunk-Technologie darstellen würde. Auf meine ausführlichen und detaillierten Darstellungen in meinem Schreiben vom 16.07.21 zu dieser Technologie und meine eindringliche Bitte um Prüfung des Sachverhaltes (siehe Anlage) erhielt ich nicht einmal eine Antwort!

Ist das nicht verschmähte Nächstenliebe – die doch immer in unseren Kirchen eindringlich gepredigt wird – für unsere Gläubigen und Bürger?

Dank der aufmerksamen Gemeindemitglieder und des redlich engagierten Bürgermeisters der Gemeinde ist es gelungen, diese regelrechte Gefahr für die Bürger der Gemeinde abzuwenden.

Seine Eminenz, wo bleibt für uns Bürger der Fels in der Brandung des christlichen Glaubens? An wem sollen wir uns noch in diesen Zeiten der stürmischen Veränderung orientieren und festhalten können? Gilt nicht auch heute für uns immer noch dieser starke Ausspruch von Martin Luther:

"Eine feste Burg ist unser Gott!"?

Ist die für uns Christen in enttäuschender Weise wahrnehmbare Arroganz und Abgehobenheit, beispielsweise dieser beiden Bischöfe, nicht auch ein Zeichen des christlichen sowie gesamtgesellschaftlichen Niedergangs?

Denn auch hier gilt ebenso:

"Pars pro toto!"



Dipl.-Ing. Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Nichtsdestotrotz bietet das mit großem Herzen tragende Engagement der Bürger für Frieden und Demokratie und der friedliche Wille zum Widerstand gegen den politischen und religiösen Verfall in allen christlich geprägten Ländern Anlass zur Hoffnung!

Heißt es nicht im wortgewaltigen Evangelium des Johannes:

"Euer Herz erschrecke nicht und verzage nicht!"?

Mit herzlichen und glaubensfesten Grüßen

Dipl.-Ing. Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

V. Kritische Korrespondenz mit der Katholischen und Evangelischen Kirche in Nordsachsen und in Deutschland



Bei der Kirche in Rosenfeld: Ob Jesus der AfD beim Dialog mit der zeitgeistigen Kirche weiterhelfen kann?

Ein besonders kritisches Kapitel der Diskriminierung von Vertretern einer demokratischen Partei ist das Verhalten der Kirchen. Für mich als katholische Christin ist die Mischung aus Blockadehaltung (keine oder abwehrende Antwort auf Einladungen zum diskursiven Austausch) und offenem politischen Angriff (vgl. "Ostdeutsche Bischöfe rufen zur Demo-Teilnahme gegen Rechts auf" lautet z.B. eine Überschrift der "Vatican News", siehe untenstehend) nachgerade schockierend.

Das Jesuswort "Gebt denn dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist." (Matth 22,21) scheint im Sinne einer totalen Anpassung an die politisch herrschenden Kräfte interpretiert zu werden, wie viel Schaden diese auch anrichten mögen. Selbstredend wird die Behauptung der "Unvereinbarkeit der christlichen Lehre mit vielen Positionen der

AfD", wie sie in einem Schreiben des Büros von Bischof Timmerevers vorgetragen wird, nirgendwo begründet. Wir, die Alternative für Deutschland mit vielen hunderten Christen in unserer Partei, kämpfen dafür, dass die Kirchen ihrem ureigensten Auftrag, der Verkündigung des Wortes Gottes, treu bleiben. Deshalb bekennt sich die Bundesvereinigung "Christen in der AfD e.V." in einem Offenen Brief https://chrafd.de/index.php/364-offener-brief-dbk-zu-erklaerung-feb24 zu den Kernpunkten des Christentums. Wäre nicht miteinander Reden auch Nächstenliebe – in (Nord-)Sachsen und überall?

Am Anfang dieser Auseinandersetzung mit dem Klerus stand eine überraschende Einladung zu einem Ökumenischen Neujahrsempfang auf Schloß Hartenfels (siehe folgendes Bild).

"Alter was ihr tut, geschehe in Liebe." Jahrenkosung 2024 aus 1 Konether 16.14 Sehr geehrte, liebe ehrenamtlich Engagierte in unseren Gemeinden! Wieder geht ein Jahr zu Ende und wir hoffen, dass es für Sie ein gutes Jahr war, dass sie auf viele schöne Erlebnisse zurückschauen können und Gottes Segen gespürt haben in Ihrem Leben! Die "große Welt" machte uns viel Kummer in 2023; noch ein welterer schlimmer Krieg erschüttert die Welt, der andere tobt unvermindert und die Folgen für die Menschen vor Ort und die ganze Welt sind noch nicht absehbar. Viele schwere Naturkatastrophen haben Menschen ihre Existenz geraubt und fordern unsere Hilfsbereitschaft heraus. Umso dankbarer sind wir, dass das Leben in unseren Gemeinden auf guten Wegen verlief. auch wenn uns manche Frage umtreibt, wie es weitergehen wird... Vielleicht können wir darüber ins Gespräch kommen beim Okumenischen Neujahrsempfang am Sonntag, den 7 Januar 2024 auf Schloss Hartenfels Natürlich wollen wir uns auch herzlich bedanken für all Ihre Unterstützung und Ihren Einsatz in unseren Gemeinden - ohne Sie wäre Vieles gar nicht möglich! Wir beginnen uras auch der mit einem kleinen Konzert in der Schlosskirche (bei dem auch die Sternsinger erscheinen und Spenden sammeln!) und treffen uns im Anschluss im Pienarsaal im Albrechtsbau zu einem festlichen Beisammensein, wo wir natürlich auf das neue Jahr anstoßen wollen und uns austauschen können über Erfahrungen und Vorhaben. Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt sein... Zur besseren Planung bitten wir Sie freundlich, sich mit unten stehendem Abschnitt oder per mail oder telefonisch in Ihrem jeweiligen Gemeindebüro möglichst bald, spätestens bis zum 4 Januar 2024 anzumelden. Bis dahin eine gesegnete und besinnliche Adventszeit und, wenn es so weit ist, ein gesegnetes Christfest! Es grüßen herzlich Pfarrenn Chr.Schmidt



Der wundervolle Rosengarten des Schlosses Hartenfels in Torgau. / Foto: Von A. Köppl - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15889565

Ich entschied mich nach längerem Überlegen gegen eine Teilnahme, da diese Einladung meiner Person offensichtlich nicht aus aufrichtigen Gründen - man bedenke die einseitige Hetze und Verleumdung gegen unsere Partei durch die deutschen Kirchen - erfolgt ist!

Ich antwortete dem einladenden Pfarrer Schacht und seinen christlichen Gefährten deshalb am 04.01.2024 mit höflichen, jedoch auch klaren Worten:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Eraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Katholisches Pfarramt Herrn Pfarrer Bernd Schacht Karl-Marx-Platz 1 04860 Torgau

Dresden, den 04.01.2024

Ihre Einladung zum Neujahrsempfang am 07.01.2024 auf Schloss Hartenfels "Alles was ihr tut, geschehe in Liebe."

Sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht, sehr geehrte Frau Pfarrerin Schmidt, sehr geehrte Frau Gemeindereferentin Neupert, sehr geehrte Frau Kantorin Bräutigam, sehr geehrter Herr Vikar Schäffner,

zuerst wünsche ich Ihnen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2024.

Vielen Dank für Ihre Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 auf Schloss Hartenfels in Torgau.

Jedoch habe ich mich entschieden, Ihre Einladung nicht wahrzunehmen.

Ihre überraschende Einladung, hat mich doch sehr verwundert, zumal sie nach Ihrem fünfjährigen, unüberhörbaren Schweigen nun plötzlich und unerwartet, gegen Ende meiner Abgeordnetentätigkeit erfolgte.

Sehr oft hatte ich, in meiner Funktion als direkt gewählte Landtagsabgeordnete gehofft und als Christin erwartet, ein Gesprächsangebot von Ihnen, sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht und sehr geehrte Frau Pfarrerin Schmidt, zu erhalten.

Bedauerlicherweise, wird Ihnen offenbar erst jetzt, fast fünf Jahre nach meiner Direktwahl in den Sächsischen Landtag bewusst, daß mir 2019 mit 33,3 Prozent der Wählerstimmen, eine große Anzahl von Bürgern und damit auch viele Christen in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz, ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ist es nun auch durch Ihre Kirchenwände gedrungen, daß die Bürger in unserem Landkreis sowie auch in ganz Sachsen (z.Zt. 37%) immer mehr die sachorientierte Arbeit der "Alternative für Deutschland" im Sinne des Allgemeinwesens würdigen und dem Verständnis



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

unserer Partei vom traditionellen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsaufbau vertrauen?

Sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht, gerne hätte ich mit Ihnen zu meinem Brief vom 01.12.2021(s. Anlage) – anlässlich Ihrer Rede zum Volkstrauertag vom 14.11.2021 sowie zu meiner Pressemitteilung vom 10.12.2021 (s. Anlage; Bestimmt haben Sie diese gelesen!) ein Gespräch in politischer Hinsicht, aber auch zu Fragen des christlichen Glaubens geführt, insbesondere über das Verhältnis unserer Bürger und Christen zu den Amtskirchen und natürlich auch dem Verhältnis der Amtskirchen zu meiner Partei, vor allem auch zu unserer Gliederung "Christen in der AfD".

Zu meinem Bedauern schenkten Sie mir diese Möglichkeit nicht.

Selbst mein Schreiben "Deutschland und seine Bürger sind in großer Not" an Seine Eminenz, Herrn Kardinal Sarah, vom 21.02.2023 (s. Anlage) verhallte ungehört in Ihren kirchlichen Gemäuern, obwohl Ihnen doch bewußt sein sollte, wie wichtig und notwendig in dieser unsteten Zeit ein Gespräch mit uns Volksvertretern wäre.

Schade, auch das hierzu nicht stattgefundene Gespräch zur Migration war ein unnötiger Verlußt, zumal sich die Bürger und Christen von Nordsachsen und hier insbesondere von Strelln, Hilfe und Unterstützung von Ihnen und Ihrer Kirche sehr gewünscht und sich darüber außerordentlich gefreut hätten.

Sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht, Sie begleiteten mich, meine Eltern und meine große sudetendeutsche Verwandtschaft sowie viele Katholiken, die nach dem 2. Weltkrieg in Sachsen/Landkreis Nordsachsen ihre Heimat gefunden hatten, schon viele Jahre auf ihrem christlichen Glaubensweg.

So waren Sie ein gern gesehener Gast zur Goldenen und Diamantenen Hochzeit meiner Tante und meines Onkels, Sie haben beide zu Grabe getragen. Gemeinsam haben wir auch am Grab meiner Eltern gebetet und im Sommer diesen Jahres haben wir gemeinsam meinen Bruder in Gottes Hände entlassen.

Nicht nur meine Familie, sondern auch die AfD-Volksvertreter in Nordsachsen, insbesondere die Torgauer Stadträte, die Vertreter der Landsmannschaften Sudeten, Pommern, West- und Ostpreußen, Schlesier und viele Christen mehr in Nordsachsen, haben oft enttäuscht auf ein deutliches Zeichen der beiden großen Amtskirchen zu den wichtigen politischen Themen der Zeit gewartet. Viele berichteten mir, in meiner Funktion als Abgeordnete des Sächsischen Landtages, daß sie unzufrieden sind mit den Aussagen der Priester auf der Kanzel, welche mehr der "Tagesschau" oder dem "Predigten" vom Sozialamt ähnelten, als einer innigen Hinwendung zu Gott. Sie vermissen bei ihren Kirchgängen schmerzlich die Begegnung mit der Botschaft Jesu Christi.

Auch selbst, und das muß ich hier mal ansprechen, die Predigten zum Volkstrauertag von Ihnen, Herr Pfarrer Schacht (2022) oder von Herrn Superintendent, Herrn Imbusch (2023), haben weder die Herzen der anwesenden Gläubigen, noch der Nichtgläubigen erreicht. Bitte schauen Sie doch nur einmal in die Gesichter Ihrer versammelten Gemeinde!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Weiterhin habe ich, nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als Katholikin schmerzlich einen **Priester** vermisst, der zum "Tag der Vertriebenen" oder auch am "Volkstrauertag" am "Denkmal der Vertriebenen" in Torgau an der Elbe, für die 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen mit ihren 2 Millionen Toten, in Christus dem Herrn gebetet hätte.

Unter diesen millionenfachen Opfern war auch meine Schwester Renate, geb. am 28.5.1945, welche auf dem Trek verhungerte.

Dieses Denkmal habe ich 1995 mit meiner Mutter und der damaligen, noch CHRISTLICHEN Demokratischen Union eingeweiht.

Sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht, sehr geehrte Frau Pfarrerin Schmidt,

wir Christen vermissen inzwischen sehr unsere vertraute Kirche mit Würdenträgern die der Botschaft Gottes verpflichtet sind!

Wir Christen vermissen unsere Kirche, die uns -wie im Wendejahr 89- bei unserem Kampf um unsere abendländischen Werte, unseren demokratischen Gesellschaftsentwurf und für unsere allzu oft zu Unrecht verdächtigten Brüdern und Schwestern im Geiste, etwa den Christen in der AfD, verlässlich und vertrauensvoll verbunden sind.

Wir Christen vermissen das seinerzeit sehr geschätzte, christlich motiviertes Engagement der Amtskirche, selbstverständlich auch mit mahnenden Worten.

Der Beschluß "Impfen ist Nächstenliebe" der EKM zur Landessynode in Sonneberg ist wahrlich kein Zeugnis eines verantwortungsbewußten, christlichen Engagements, sondern ist geprägt von übergriffiger Unwissenheit und zeigt die Anbiederung an ebenfalls inkompetente wie verantwortungslose Politiker.

Gerne wüßte ich, ob sich die Vertreter der Amtskirchen bewußt sind, daß die "Corona-Impfungen" tausende von Toten hervorgebracht haben sowie hunderttausende Menschen (insbesondere Jugendliche) mit schweren bis schwersten Nebenwirkungen (Myokarditis, Thrombosen etc.).

Übernimmt die Kirche hierfür auch Verantwortung?

In diesem Zusammenhang sollte sich der Sonneberger Superintendent, Herr Thomas Rau, welcher sich in erkennbar vorauseilendem Gehorsam vor dem Corona-Zeitgeist von Herrn Pfarrer Martin Michaelis aus Quedlinburg distanzierte (PM 07.12.2021/TZ), bei diesem entschuldigen.

Wir Christen vermissen im vorgenannten Zusammenhang eine kritische Hinterfragung von jeglichem Regierungshandeln und ein eigenverantwortliches Verhalten der Amtskirchen. Bei Unwissenheit sollte die Kirche dann aber besser schweigen!



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Diesbezüglich mache ich darauf aufmerksam, daß die AfD bereits von Anfang an der Corona-P(l)andemie sowie deren tödlichen Geninjektionen skeptisch gegenüberstand und anerkannten, internationalen Wissenschaftlern, wie Herrn Prof. Bhakdi (Mikrobiologe, Epidemiologe, Infektiologe) und den ebenfalls namhaften, international anerkannten Prof. Arne Burkhardt (Pathologe) in ihrem fachlich begründeten Rat folgte, der sich im Nachhinein, wie zwischenzeitlich **JEDER** weiß, als vollumfänglich zutreffend herausstellte. Die Verantwortlichen (auch diejenigen aus Unwissenheit) für das entstandene Caos im Gesundheitssystems, die vielen Toten infolge einer verpflichtenden Geninjektion sowie die Zerstörung weiter Teile des Mittelstandes, sollten auch hier baldigst zur Verantwortung gezogen werden.

Wir Christen vermissen die Aufgeschlossenheit der Kirchen gegenüber neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche von der Politik wohlweislich verschwiegen oder in Abrede gestellt werden.

Dahingehend möchte ich ein weiteres Beispiel aus meiner parlamentarischen Arbeit geben. Der wissenschaftliche Diskurs beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit den Auswirkungen der Funktechnologie -besonders gefährlich hier die 5. Generation (5G)- auf die menschliche Gesundheit, vor allem mit den gesundheitlichen Risiken hinsichtlich der damit verbundenen Krebserkrankungen (s. Schr. v. 16.7.2021). Hinweisen zu diesen bereits allgegenwärtigen Problematiken der Funktechnologie sollte die Kirche mit Aufmerksamkeit verfolgen und nicht dem Trend nacheilen und die massiv in der Kritik stehenden 5G-Funkzellen in ihre Kirchendächer -wie in Großtreben geplant- einbauen, um Profit zu erwirtschaften. Als ich Herrn Landesbischof Kramer in meinen Schreiben vom 16.7.2021 (s. Anlage) sowie vom 28.02.2023 (s. Anlage) dahingehend aufmerksam machte, erachtete es der Bischoff nicht einmal für nötig, zu antworten. Stattdessen wurde einer meiner Mitarbeiter am Telefon von einer Kirchenmitarbeiterin auf höchst unerhörte, ungezogene und unchristliche Art behandelt.

Wir Christen vermissen die wahrhaftige Auseinandersetzung der Kirchen mit den Parteien unseres demokratischen Rechtsstaates und ihren unterschiedlichen Programmen. Entgegen den Aussagen des Herrn Bischoffs Timmerevers in seinem Grußwort am 20.10.2023 zur Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in Dresden, kann ich keine grundsätzlichen Gegenpositionen bzw. Lösungsangebote der AfD zur katholischen Soziallehre erkennen, z.B. auch nicht in unseren Aussagen zur Förderung der Familien oder unserem Standpunkt zur Abtreibung uvam.

Wir Christen durchschauen die stetige Anbiederung an den Zeitgeist durch die Amtskirche und erkennen den Zwiespalt im Wirken Ihrer Würdenträger.

Viele Christen glauben den Reden ihrer Hirten nicht mehr, denn sie sprechen einerseits von Dialogbereitschaft und Verständnis sowie Ernstnehmen von Sorgen und Ängsten der Bevölkerung, wie einst Herr Bischof Timmerevers in einem Pressebeitrag vom 06.08.2020,



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

lassen aber andererseits die Menschen alleine, nicht nur in ihrer Suche nach Gott, sondern auch nach einem demokratischen Rechtsstaat, der ihre berechtigten Lebensinteressen vertritt. Unter dem Titel "Nächstenliebe unter Druck – Kirche im Einsatz für Demokratie" grenzt Herr Bischoff Timmerevers in drei Positionierungen einen großen Anteil der Christen von einem ernsthaft geführten Dialog aus, nur um im Anschluß ein eigenlobnehmendes Hohelied auf die Dialogbereitschaft und die Wahrung demokratischer Tugenden anzustimmen.

Viele Christen vernehmen in solchem Vortrag mehr "ein klingend Erz und eine hohle Glocke", denn eine aufrichtige Auseinandersetzung mit ihrem eigenverantwortlich Denken. Der Widerspruch von wohlgefälligen Reden auf der Kanzel und dem schlichten Handeln, offenbart sich bereit in meinem kleinen Beispiel, daß sowohl der sprachgewaltig referierende Bischoff als auch die Pfarrer vor Ort, nicht einmal in meiner fünfjährigen Legislaturperiode, auf einen meiner Briefe, als Abgeordnete im Sächsischen Landtag, der 33,3% der Bürger in ihrem Wahlkreis Torgau-Oschatz in Nordsachsen ihr Vertrauen geschenkt haben, geantwortet oder mich zu einem streitbaren oder versöhnlichen Gespräch geladen hatten. (Eine einzige Ausnahme dazu bildete der Versuch des Leiters des katholischen Büros Sachsen, welcher leider -infolge des Corona-Regimes- mißlang und auch keine Wiederholung fand.)

Nun Herr Pfarrer Schacht und Frau Pfarrerin Schmidt frage ich Sie: Ist es verwunderlich, daß eine halbe Millionen Christen, die katholischen und evangelischen Staatskirchen in Deutschland verlassen haben und weiter verlassen werden?

Ganz sicher nicht!

Da hilft auch keine Denkweise vom "Zeitalter der Individualisierung" als wahrem Grund der nachlassenden "Bindekraft der Institution" (Bischof Bilz/PM v. 23./24.12.2023). Diese läuft eher auf eine wohlgefällige Selbsttäuschung hinaus und zeigt deutlich, wie weit sich die Kirchenoberhäupter vom Kirchenvolk entfernt haben.

Abschließend muß als **absolut kontraproduktiv** die Grußbotschaft des Bischoffs Timmerevers zur Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft am 20.10.2023 benannt werden.

Die Bezeichnung der AfD als "braun-blauen Elefanten" ist weniger Ausdruck einer sorgfältigen Analyse, als vielmehr Zeugnis eines geschmacklosen und unverfrorenen Umganges mit den Mitgliedern meiner Partei und auch den Christen in der AfD. Gibt es gute und schlechte Christen, frage ich mich?

Wer spaltet hier eigentlich die Gesellschaft?

"Alles was ihr tut, geschehe in Liebe", heißt es in Ihrer Einladung zum Neujahrsempfang! Gilt das auch für den Gegenüber?

 $^{^{1} \, \}underline{\text{https://www.bistum-dresden-meissen.de/aktuelles/seid-mit-ihnen-mensch-und-fuer-sie-christ}} \, , 29.12.2023$



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Pfarrer Schacht, sehr geehrte Frau Pfarrerin Schmidt, was für einen "Elefanten" laden Sie denn da zu Ihrem Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 auf Schloß Hartenfels ein?

Auf eine Zusammenkunft mit Hirten, die die Fahne der Kirche nicht Gott, sondern dem Winde anvertrauen, möchte ich verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Anlagen

- Schreiben vom 01.12.2021
- PM/TZ vom 10.12.2021
- Schreiben vom 21.02.2023
- PM/TZ vom 07.12.2021
- Schreiben vom 16.07.2021
- Schreiben vom 28.02.2023
- PM/TZ 06.08.2020

Verteiler

- Bischoff Timmerevers / röm.-kath. Bistum Dresden-Meißen
- Bischoff Bilz / Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
- Bischoff Kramer / Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen-Anhalt
- Superintendent Imbusch / Kirchenkreis Delitzsch
- MdL Jörg Kühne / kirchenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion

Beispielhaft ein Artikel aus "Vatican News":





먈

KIRCHE

DEUTSCHLAND

BISCHÖFE

POLITIK

Ostdeutsche Bischöfe rufen zur Demo-Teilnahme gegen Rechts auf

Die Bischöfe aller evangelischen Landeskirchen in Ostdeutschland rufen zur Teilnahme an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft auf. "Forderungen nach einer Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund weisen wir als Kirche klar und entschieden zurück", sagte die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Kristina Kühnbaum-Schmidt, bei einem zweitägigen Treffen mit ihren Amtskollegen am Donnerstag in Schwerin.

Mit "großer Sorge" nähmen die Bischöfe den "immer stärkeren Zuspruch für rechtsextreme Parolen und Positionen" wahr. Deshalb begrüßten sie die wachsende Anzahl von Gegendemonstrationen in verschiedenen ostdeutschen Städten wie Schwerin, Rostock, Potsdam, Berlin, Erfurt, Magdeburg und Leipzig.

Damit reagierten die ostdeutschen Bischöfe auf die bekannt gewordenen Massenvertreibungsüberlegungen rechter Kreise. "Remigration" sei völlig zurecht das Unwort des Jahres 2023, so Kühnbaum-Schmidt und die Bischöfe in ihrer gemeinsamen Erklärung. (kna – mg)



Bischof Timmerevers / Foto s.o.: Wikimedia, Ghostwriter123, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Auf eine Antwort der Torgauer Geistlichen – ob evangelisch oder katholisch – warte ich bis heute!

Doch ich wollte es nicht dabei belassen. Das ganz und gar unchristliche Vorgehen der Kirchenfürsten gegen meine Partei, die "Alternative für Deutschland", musste offen angesprochen und die kirchlichen Autoritäts- und Würdenträger darauf hingewiesen werden!

Ich wandte mich deshalb an verschiedene christliche Autoritäten in Mitteldeutschland, darunter den katholischen Bischof von Dresden-Meißen, Herrn Timmerevers, den Bischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Herrn Kramer, und den der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, Herrn Bilz. Beispielhaft möchte ich hier mein Schreiben an Herrn Timmerevers vom 16.01.2024 aufführen:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Seine Exzellenz Heinrich Timmerevers Bischof von Dresden-Meißen Schloßstr. 24 01067 Dresden

Dresden, den 16.01.2024

Mein Schreiben vom 04.01.2024 an Herrn Pfarrer Schacht, Frau Gemeindereferentin Neupert, Kantorin Frau Bräutigam (Katholisches Pfarramt Torgau) sowie Frau Pfarrerin Schmidt und Herrn Vikar Schäfer (Evangelisches Gemeindebüro Torgau); Meine Absage im Schreiben vom 04.01.2024 zur Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 auf Schloss Hartenfels

Sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers,

auf diesem Wege möchte ich Ihnen ein gesundes Neues Jahr wünschen. Möge es ganz im Sinne des Glaubens an unseren Herrn Jesu Christus gerecht und im Sinne unserer sächsischen Bürger demokratisch verlaufen!

Leider ist der Anlass meines Schreibens an Sie jedoch kritischer Natur.

Ich habe aus wohlüberlegten Gründen der im Betreff genannten Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 auf Schloss Hartenfels in Torgau eine Absage erteilt, die mir keineswegs leichtgefallen ist.
Sie finden diese Absage im Schreiben vom 04.01.2024 im Anhang zu Ihrer geneigten Kenntnisnahme.

Vor dem Hintergrund Ihres Grußwortes vom 20.10.2023 zur Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft "Kirche und Rechtsextremismus" in Dresden und Ihrem und Ihrer Kirchenvertreter fünfjährigen Schweigen (abgesehen von einem nicht realisierten Gesprächsangebot vom 03.09.2020 mit Ihrem damaligen Ordinariatsrat, Herrn Dr. Frank) mir gegenüber als Volksvertreterin, der 33,3 Prozent der Bürger im Wahlkreis Torgau-Oschatz ihr Vertrauen geschenkt haben, war ich über diese Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 sehr überrascht und auch irritiert.

Sehr geehrter Herr Bischof, Ihr oben genanntes Grußwort hat mich zutiefst entsetzt! Sie sprechen darin von meiner Partei, der "Alternative für Deutschland", welche demokratisch gewählt ist und auf dem Boden des Grundgesetzes steht, als "braun-blauen Elefanten" und rückten sie damit in ungeheuerlicher Weise in die Nähe des Nationalsozialismus!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Ich finde diese Ausdrucksweise eines Bischofs für zutiefst unwürdig!

Außerdem stelle ich mir die Frage, ob Sie mit diesen Aussagen nicht die verbrecherische faschistische Zeit in der Geschichte unseres Vaterlandes verharmlosen?

Auch finde ich, dass Sie mit solch einer schrecklichen Aussage "braun-blauer Elefant" Bürger sowie auch Christen, die sich am demokratischen Diskurs mit ihrem eigenen Denken beteiligen, brandmarken.

Wie würden Sie selbst Ihre Aussage von "Faschisten" und "Neonazis" in Ihrem Grußwort in moralischer Hinsicht werten?

Welche Ihrer christlichen Glaubensbrüder – konkret! – würden Sie denn mit diesem schrecklichen Begriff titulieren?

Sie wissen doch, sehr geehrter Herr Bischof, dass Faschisten, NationalSOZIALISTEN (Nazis) und auch Kommunisten schwerste Verbrechen verübt haben.

Weiterhin stellen Sie die Wahlentscheidung von mehr als 4,8 Millionen Bürgern/ Christen (Bundestagswahl 2021) in Deutschland als problematisch dar und fordern außerdem noch einen "angemessenen Umgang" für Ihre, sich in der AfD engagierenden, christlichen Glaubensbrüder. Liegt denn Ihr, im Grußwort angekündigtes. "Patentrezept" dafür schon vor? Das würde mich als Katholikin und ganz bestimmt auch alle Christen in der AfD sehr interessieren!

Zu allem Hohn warnen Sie dann letztendlich noch eindringlich: "Wer pöbelt und hetzt, ist Brandstifter, nicht Friedensstifter."

Was für ein "Gruß"-Wort!!!

Sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers, ich bitte Sie, zu prüfen, mit welchen von Ihnen hochgelobten Organisatoren der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sie in Kooperation gegangen sind!

Pflegten nicht zum Beispiel Ihre Kooperationspartner "Kulturbüro Sachsen e.V." sowie auch Mitglieder des Netzwerkes "Tolerantes Sachsen" Beziehungen zur ehemaligen Vorsitzenden der Amadeu-Antonio-Stiftung, Frau Anetta Kahane, welche nachweislich in der Arbeiter- und Bauern-Diktatur Inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit war (siehe dazu u.a. die Broschüre "20 Jahre Kulturbüro Sachsen e.V." unter https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2021/06/210518_Newsletter_13_Layout_WEB.pdf, Seite 5; https://www.tolerantes-sachsen.de/08-06-das-verhaeltnis-der-ddr-zum-antisemitismus-podiumsgespraech-mit-anetta-kahane-und-nora-goldenbogen-online/)?

Sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers, unter dem Titel "Nächstenliebe unter Druck – Kirche im Einsatz für Demokratie" gestalteten Sie Ihre Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft "Kirche und Rechtsextremismus" am 20.10.2023. Sie sprechen hier u.a. auch von der Wende 1989, obwohl Sie diese leider nicht persönlich miterleben konnten!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail qudrun.petzold@slt.sachsen.de

Ich kann Ihnen aus meiner Lebenserfahrung, mit 71 Jahren, berichten, dass die von mir, von der Gauck-Behörde angeforderten Stasi-Unterlagen, mir offenbarten, dass "mein" IM "Adrenalin" – ein "Kollege" von Frau Kahane – mich fleißig beobachtete und damit mein Leben und das meiner Familie in äußerste Gefahr brachte.

Und solche Schicksale gab es in der Arbeiter- und Bauerndiktatur zu tausenden!

Bitte glauben Sie mir, dass wir hier 1989 im Osten – den der ehemalige Bundespräsident, Herr Gauck, indirekt als "Dunkeldeutschland" bezeichnet hat – mit Mut und Ausdauer, trotz aller Gefahren und Schikanen, für unsere zukünftige Demokratie in unserem gemeinsamen deutschen Vaterland gekämpft haben.

Wir, mehr als 70.000 Bürger, und auch ich und bestimmt auch viele tausende Christen (unter der Flagge "Schwerter zu Pflugscharen"), unter anderem auch solche, die sich heute in der AfD engagieren, haben 1989 an der Nikolaikirche in Leipzig vor den Gewehren der Staatssicherheit, der Bereitschaftspolizei und anderen Regimeanhängern gestanden. Und wir wussten nicht, ob auf uns geschossen wird oder nicht!!

Diese ganze grausame, hässliche Fratze der Arbeiter- und Bauerndiktatur mussten wir auch erfahren, als sie, auf Menschen abgerichtete, Schäferhunde an uns hochspringen ließ!

Doch was passiert nun?

Wie Sie zu Recht bemerkt haben, wird nun meine Partei, die "Alternative für Deutschland" und somit auch meine Fraktionskollegen, welche oft ein ähnliches Schicksal haben wie ich, vom Verfassungsschutz beobachtet!

Jetzt ist es nicht mehr die Stasi, auf deren Dateien man mich als "Konterrevolutionär" verewigt hat und Gott sei Dank schmiert kein IM "Adrenalin" mehr Blödsinn in menschenverachtende Akten.

Nein, jetzt sehe ich mich, sowie auch meine Fraktionskollegen, von einer demokratischen Behörde "Verfassungsschutz" – von uns selbst erkämpft und erwünscht – **wieder** beobachtet.

Was für ein nicht begreifbarer, eigenartiger Zustand!

Schlimm!

Nicht zu fassen und ungeheuerlich!

Fazit

Unsere demokratische Verfassungsschutzbehörde beobachtet nun jene kritischen Bürger, die erst die Voraussetzungen – zwecks Schutz vor Verfassungsfeinden – für die Existenz dieser Behörde in unserer sächsischen Heimat vom Grunde her erst ermöglicht haben, statt uns vor Verfassungsfeinden, unter anderem "Gefährdern", zu schützen!

Sehr geehrter Herr Bischof, und nun habe ich die Ehre und das Glück, in der von uns 1989 so sehnlichst herbeigewünschten und hart erkämpften Demokratie und nach 35-jährigem Engagement für Recht und Freiheit, unserem Volk im sächsischen Parlament dienen zu dürfen – auch wenn es **vorerst** nur in der Opposition ist!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Wir, die Christen in der AfD, sind immer noch politisch interessierte Christen und für mich gilt immer noch der Ruf "Wir sind das Volk"!

Abschließend frage ich nun noch einmal:

Warum laufen der Kirche hunderttausende Christen davon?

Ganz bestimmt nicht aufgrund des "Zeitalters der Individualisierung" und der "nachlassenden Bindekraft der Institutionen", wie Herr Bischof Bilz im Interview vom 23.12.2023/ Torgauer Zeitung behauptete. Das ist nur eine wohlgefällige Selbsttäuschung und zeigt, wie weit sich die Kirchenoberhäupter vom Kirchenvolk entfernt haben.

Sehr geehrter Herr Bischof, ich erinnere Sie an meinen Brief (s. Anlage) vom 10.08.2020, "Pfaffen sollen beten und nicht regieren" (Luther), den Sie ja, laut Dr. Frank, "... zur Kenntnis genommen haben...", und hier insbesondere an meinen alten Pfarrer in Großtreben, den ich immer noch sehr vermisse.

Ich hoffe, Sie verstehen, was ich Ihnen, als meinem Bischof, gern damit vermitteln möchte!?!

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen zum besseren Verständnis der Christen in der AfD folgende Bücher ans Herz legen:

- Karl Nolle: "Sonate für Blockflöten und Schalmeien Zum Umgang mit der Kollaboration heutiger CDU-Funktionäre im SED-Regime. Eigenverlag Karl Nolle, Dresden.
- Uwe Müller und Grit Hartmann: "VORWÄRTS UND VERGESSEN! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED- Diktatur." Rowohlt-Verlag, Berlin.
- Rainer Eckart: "Umkämpfte Vergangenheit die SED-Diktatur in der aktuellen Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland". Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- Und im Übrigen zu Ihrer Losung "Impfen ist Nächstenliebe" das Buch von Dr. Gunter Frank: "Der Staatsvirus. Ein Arzt erklärt, wie die Vernunft im Lockdown starb". Achgut Edition, Berlin.

Vielleicht veranlasst Sie die o.g. detaillierte Lektüre, darüber nachzudenken, wie man mit Ihrem "braun-blauen Elefanten", der in Sachsen mehr als jeden dritten Wähler hinter sich weiß, in Nächstenliebe umgeht!

Vielleicht erübrigt sich dann auch Ihr Motto "Nächstenliebe unter Druck – Kirche im Einsatz für Demokratie".

Die Christen in der AfD und ich wären Ihnen dafür sehr dankbar und würden Ihnen weiter auf Gottes Wegen folgen!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Von Herrn Timmerevers und Herrn Kramer erhielt ich umfangreiche Antworten! Im Falle von Herrn Timmerevers antwortete mir die Leiterin des Katholischen Büros Sachsen, Frau Dr. Pscheida-Überreiter, am 22.01.2024:

Von: Pscheida-Überreiter, Daniela Dr. (Katholisches Büro Sachsen)

<daniela.pscheida-ueberreiter@bddmei.de>

Gesendet: Montag, 22. Januar 2024 15:13

An: Petzold, Gudrun (SLT, AFD) < Gudrun.Petzold@slt.sachsen.de>

Cc: Katholisches Büro (Bistum Dresden-Meißen) <sekretariat@katholisches-buero-

sachsen.de>

Betreff: AW: Mein Schreiben vom 16.01.24/ Absage Ökumenischer Neujahrsempfang

Sehr geehrte Frau Petzold,

ihr per E-Mail übersandtes Schreiben vom 16. Januar 2024 nebst umfangreicher Anlagen haben wir zur Kenntnis genommen. Als Leiterin des Katholischen Büros Sachsen, das sowohl das Bistum Dresden-Meißen als auch das Bistum Magdeburg auf dem Territorium des Freistaates Sachsen vertritt, möchte ich kurz darauf reagieren.

Der Anlass Ihrer Schreibens ist die Absage einer Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang der katholischen und evangelischen Pfarreien der in Ihrem Wahlkreis gelegenen Stadt Torgau (Bistum Magdeburg).



Auch AfD-Mitglieder sind im christlichen Glauben verwurzelt, wie beispielhaft diese von unserem AfD-Mitglied Dr. Günther Medicus geschnitzte Marienfigur zeigt! Diese schenkte er der Kirche in Rosenfeld.

In Ihrem Brief nehmen Sie aber auch und vor allem Bezug auf die Positionierung von Bischof Heinrich Timmerevers in seinem Grußwort anlässlich der Jahrestagung "Kirche und Rechtsextremismus" am 20.10.2023 in Dresden. Die darin getroffenen Aussagen, so schreiben Sie, hätten Sie "zutiefst entsetzt", weil sie die Partei AfD, für die Sie sich engagieren, in "ungeheuerlicher Weise in die Nähe des Nationalsozialismus" rücke und vor allem "Christen, die sich am demokratischen Diskurs mit ihrem eigenen Denken beteiligen, brandmarken".

Leider sehen Sie nicht, dass Bischof Timmerevers in diesem Grußwort sowie auch an anderen Stellen immer wieder auch darauf verweist, dass selbstverständlich nicht jeder, der oder die sich in der AfD engagiert, diese wählt oder mit ihr sympathisiert, rechtsextrem oder nationalsozialistisch denkt und handelt.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass sich die Partei insgesamt in den letzten Jahren zunehmend radikalisiert hat, offen rechtsextreme Positionen und Personen in ihren Reihen duldet und sich auch von aus meiner Sicht ungeheuerlichen Plänen wie einer großangelegten Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund nicht distanziert. Das, Frau Petzold, entsetzt zu recht nicht nur Christinnen und Christen.

Sie nehmen in Ihrem Brief sowie in anderen beigefügten Dokumenten auch Bezug auf das Lutherwort, dass Menschen der Kirche beten und nicht regieren sollten. Mit Blick auf die Art und Weise, wie sie es einsetzen und kontextualisieren, entsteht bei mir der Eindruck, sie möchten die Vertreterinnen und Vertreter gern auf einen bestimmten Platz verweisen, an dem sie in volkstümelnder Weise schmückend und bei Bedarf seelsorglich abrufbar sind (Stichwort: Beerdigung, Goldene Hochzeit). Auch wenn die seelsorgliche Begleitung der zuletzt genannten Lebensereignisse bzw. Übergänge fraglos eine Kernaufgabe der Kirche ist, so hat sie doch auch die Aufgabe, sich als Stimme in die Gesellschaft einzubringen. Dieses Einbringen meint nicht die Einmischung in tagespolitische Prozesse. An dieser Stelle sind wir uns vermutlich einig. Ihre Stimme zu erheben, wenn die moralischen und ethischen Grundlagen der Gesellschaft augenscheinlich ins Rutschen geraten, an christliche Grundwerte wie Menschenwürde und Barmherzigkeit zu erinnern und dafür einzutreten, die Schwachen und Bedürftigen nicht aus dem Blick zu verlieren, dazu hat Kirche und haben ihre Vertreterinnen und Vertreter in meinen Augen jedoch sogar die Pflicht.

An einer Stelle erwähnen Sie auch explizit die Gruppe "Christen in der AfD", der Sie vermutlich auch angehören.

Ich möchte Sie aus ernsthaftem Interesse fragen, ob dort die Unvereinbarkeit der christlichen Lehre mit vielen Positionen der AfD gesehen und ggf. sogar kritisch diskutiert wird? Wie steht es um den Wert der Friedfertigkeit, der gleichwertigen Würde aller Menschen und der vorbehaltlosen Annahme eines jeden Menschen, die uns Jesus vorgelebt hat? Wird dies reflektiert, wenn Björn Höcke und andere ihre Hassreden halten? Das würde ich gern verstehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Daniela Pscheida-Überreiter

Ordinariatsrätin

Dr. Daniela Pscheida-Überreiter

Leiterin des Katholischen Büros Sachsen Schloßstraße 24 | 01067 Dresden

Tel: 0351/31563 - 120 | Fax: 0351/31563 - 129

Mobil: 0172/373 4668

leitung@katholisches-buero-sachsen.de

www.bistum-dresden-meissen.de/katholisches-buero



Ich antwortete auf diesen mich sehr enttäuschenden Brief am 31.01.2024 klar und deutlich:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Seine Exzellenz Heinrich Timmerevers - persönlich -Bischof von Dresden-Meißen Schloßstr. 24 01067 Dresden Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Dresden, den 31.01.2024

Schreiben vom 22.01.2024 Ihrer Leiterin des Katholischen Büros Sachsen

Sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers,

mit größter Enttäuschung habe ich am 22.01.2024 die formlose E-Mail Ihrer Leiterin des Katholischen Büros Sachsen, Frau Dr. Pscheida-Überreiter, zur Kenntnis genommen. Ich kann nur inständig hoffen, Sie haben mein Schreiben vom 16.01.2024 **nicht** gelesen und dass Sie auch den Inhalt der Antwort-Mail Ihrer Sekretärin nicht kennen; denn sonst hätten Sie diese Nachricht Ihrer Sekretärin nicht "abgesegnet".

Diese Nachricht Ihrer Sekretärin ist für mich eine Zumutung und lässt den Respekt gegenüber meiner Katholischen Kirche, meiner Familie und meinen christlichen Freunden vermissen! Außerdem ist die Antwort Ihrer Leiterin des Katholischen Büros Sachsen ohne christliche noch sachlich-fachliche Tiefe – um nicht zu sagen inkompetent – und erinnert mich an Artikel aus unserer linken "Torgauer Zeitung"!

Offenbar ist es Frau Dr. Pscheida-Überreiter nicht ins Bewusstsein gedrungen, dass mir 12.000 Bürger – darunter auch viele Christen – im Landkreis Nordsachsen, nicht nur als allseits bekannte, politisch engagierte Persönlichkeit, sondern auch als Katholikin ihr Vertrauen geschenkt haben!

Leider ist es Frau Dr. Pscheida-Überreiter auch nicht gelungen, sich von den hetzerischen Aussagen des linken Mainstreams zu trennen und sich unbelastet mit meinem Schriftverkehr, insbesondere mit meiner Pressemitteilung vom 10.08.2020, "Pfaffen sollen beten und nicht regieren!", auseinanderzusetzen. Damit hat sie auch nicht verstanden, dass ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers, näherbringen wollte, dass sich die damalige Katholische Kirche nicht von dem linkssozialistischen Regime instrumentalisieren ließ. Sie begleitete schützend, nach besten Möglichkeiten, nicht nur mich und meine Familie, sondern auch Verwandte und Christenfreunde durch die sozialistische Arbeiter- und Bauerndiktatur. Diese Begleitung war für uns nicht nur Schutz und Hilfe, sondern gleichermaßen Ehre und eine Freude.

Der vollständige Brief kann hier gelesen werden: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/Schreiben-Herr-Bischof-Timmerevers-300124.pdf

Auch dem evangelischen Bischof von Mitteldeutschland, Herrn Kramer, den ich bereits im Rahmen meines Engagements gegen "5G"-Sendemasten kontaktiert hatte (siehe Kapitel IV), schrieb ich am 07.02.2024:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Landesbischof Friedrich Kramer Hegelstraße 1 39104 Magdeburg

Dresden, den 07.02.2024

Mein Schreiben vom 04.01.2024/ Absage Ökumenischer Neujahrsempfang am 07.01.2024 in Torgau

Sehr geehrter Herr Landesbischof Kramer,

nun ist es fast ein Jahr her, dass ich mich als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete vertrauensvoll an Sie gewandt habe.

Doch ebenso wie bei meinem Schreiben vom 16.07.2021, wo es um die Gesundheit der Bürger von Großtreben (Gemeinde Beilrode/ Nordsachsen) ging, blieb auch mein darauffolgendes Schreiben vom 28.02.2023 leider von Ihnen unbeantwortet.

Dabei drohte im Februar 2021 die gesundheitliche Gefahr der Installation einer 5G-fähigen Sendeanlage, auf dem Turm Ihres Gotteshauses mitten in der Gemeinde Großtreben.

Wie ich Ihnen in meinem Schreiben vom 16.07.2021 mitteilte, hat die

Weltgesundheitsorganisation (WHO) elektromagnetische Strahlung bereits 2012 als potenziell krebserregend eingestuft.

Gott sei Dank konnte die Sendeanlage durch das umsichtige Engagement des örtlichen Bürgermeisters, Herrn Vetter, abgewendet werden.

Ihr Schweigen zum Thema bedauerte ich sehr, zumal Sie laut der "Evangelischen Zeitung", auf nicht-öffentlicher Ebene mit AfD-nahen Personen reden wollen!

(https://www.evangelische-zeitung.de/ekm-landesbischof-kramer-ich-rede-mit-jedem-afd-nahen-menschen-der-das-gespraech-sucht)

Vielleicht wäre ja ein konstruktives Gespräch -nicht nur zum Thema 5G!- mit mir als Landtagsabgeordneter, welcher circa 12.000 Bürger im Wahlkreis Torgau (Großtreben)-Oschatz/Landkreis Nordsachsen ihr Vertrauen geschenkt haben, aufschlussreich gewesen!

Doch es ist nicht allein dieser Umstand Ihres Schweigens, der in mir tiefe Enttäuschung über das Verhalten der evangelischen, aber auch der katholischen Amtskirche weckt. Auch das Verhalten Ihrer Kirche gegenüber meiner demokratisch gewählten Partei, die auf dem Boden



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail qudrun.petzold@slt.sachsen.de

des Grundgesetzes steht und der allein in Sachsen, laut aktuellen Umfragen, mehr als jeder dritte Wähler, so auch Christen, seine Stimme geben würde, bleibt mir unverständlich. Auch überrascht es mich, dass Sie sich im oben genannten Interview mit der "Evangelischen Zeitung" über die Wahlerfolge der "Alternative für Deutschland" besorgt zeigen, zumal wir doch in manchen Positionen gemeinsame Ansichten teilen, so zum Beispiel den klaren Einsatz gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und das damit verbundene Engagement für einen nachhaltigen Frieden.

Sehr geehrter Herr Landesbischof Kramer, während die Amtskirchen Akteure des tagespolitischen Geschehens werden und dem politischen Mainstream unkritisch folgen ("Impfen ist Nächstenliebe", Aufruf zu politisch gelenkten Demonstrationen, bei denen u.a. gefordert wird: "AfDler töten"/ s. Anlage; https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2024-01/ostdeutsche-bischoefe-rufen-zur-demo-teilnahme-gegen-rechts-auf.html) besorgt mich insbesonders, dass nicht nur eine halbe Million Christen in Deutschland die Kirche verlassen und weiter verlassen werden sowie auch der tausendfache Missbrauch an Kindern in beiden Amtskirchen!

Diese Besorgnis und das unüberhörbare Schweigen der Katholischen und der Evangelischen Kirche mir gegenüber, in meiner Funktion als direkt gewählte Volksvertreterin, haben mich bewogen, die Einladung zum Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024, schweren Herzens, abzusagen.

In meinem Schreiben vom 04.01.2024 an Herrn Pfarrer Schacht, Frau Gemeindereferentin Neupert, Kantorin Frau Bräutigam (Katholisches Pfarramt Torgau) sowie Frau Pfarrerin Schmidt und Herrn Vikar Schäfer (Evangelisches Gemeindebüro Torgau) finden Sie meine Bedenken hinsichtlich der Entwicklung der Kirchen dargelegt (s. Anlage). Diesbezüglich füge ich Ihnen auch meine Korrespondenz mit Herrn Bischof Timmerevers v. 16.01.24, 22.01.24 und 31.01.24 sowie auch mein Schreiben an Herrn Landesbischof Bilz vom 07.02.24 bei.

Sehr geehrter Herr Landesbischof Kramer, ich erwarte keine Antwort von Ihnen auf meine Schreiben, aber ich wünsche mir von Herzen, dass Sie sich doch einmal die Mühe machen, die Gedanken einer Katholikin, die zugleich Abgeordnete des Sächsischen Landtages ist, zur Kenntnis zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Als einziger Würdenträger antwortete mir Herr Landesbischof Kramer am 26.02.2024:

DER LANDESBISCHOF DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND

Der Landerhierhoff Hegelstraße 1 | 39104 Megdeburg

Frau Gudrun Petzold, MdL Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Ihr Schreiben vom 7. Februar 2024

26. Februar 2024

Sehr geehrte Frau Petzold,

heute möchte ich Ihnen auf Ihr Schreiben vom 7. Februar antworten, in dem Sie mich baten, Ihr Anliegen zur Kenntnis zu nehmen. Sie bedauem in Ihrem Brief, mir keine Antwort zum Aufstellen der 5-G Funkmastanlage in der Gemeinde Großtreben erhalten zu haben. Ich habe dies an die zuständige Abteilung im Landeskirchenamt weitergeleitet. Wie Sie sicher festgestellt haben, waren Fachleute unserer Landeskirche mit dieser Problematik betraut. Das Thema wurde beraten und bearbeitet.

Sie sind "tief enttäuscht" darüber, dass zwischen uns keine konstruktiven Gespräche erfolgt sind und unsere Kirche Ihrer Partei, der AfD, kritisch gegenübersteht und ich mich persönlich über die Wahlerfolge der AfD besorgt zeige. Sehr geehrte Frau Petzold, was anderes als Besorgnis und Entsetzen können Äußerungen, des als faschistisch eingestuften Vorsitzenden Ihrer Fraktion, Björn Höcke, hervorrufen, der in seinem Buch "Nie zweimal durch den gleichen Fluss" zu diesen unsäglichen "Remigrationsgedanken" zltiert werden kann: "Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit" (…), herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden." (s.5.254)

LANDESBISCHOF FRIEDRICH KRAMOR

Hegelatraße 1 39104 Magdeburg

0391-5346-226 0391-5346-229 (Fax) lendesbischof@eland.de

www.eland.de

Beartraffet voor Constanze Lembeck Referentin im Büro des Landesblachofs 0391-5346-221 constanze.lembeck@akmot.de SVANGELISCHERE REGER IN MINTELLERISCHLAND

Wenn ich dazu noch das, was Ihr Spitzenkandidat Maximilian Krah zum Thema des Umgangs mit Geflüchteten sagt, wird für mich deutlich, dass dies gegen Jesu Gebot aus Matthäus 25: "Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen." steht. Ich kann ehrlich gesagt nicht verstehen, wie Sie als fromme Katholikin davor die Augen verschließen können und nicht wahrhaben wollen, dass Sie in einer christusfeindlichen Partei Ihren guten Namen und Ihr großartiges Engagement daher geben. Besorgniserregend ist auch, wenn ein Mitglied Ihrer Partei im Brandenburger Landtag, vor laufenden Kameras äußerte, was zu erwarten ist, wenn Ihre Partei Regierungsverantwortung trägt, nämlich die Abschaffung des "Parteienstaates". Wie anderes kann solche Äußerung gedeutet werden, als dass das Ende der Demokratie eingeläutet werden soll. Ich habe in der DDR in einem Staat gelebt, der nur die eine Partei an der Macht kannte und alle anderen Blockparteien waren schmückendes Beiwerk. Von dem Thema der Leugnung des menschengemachten Klimawandels, bei gleichzeitigem Engagement gegen Funkmasten, will ich gar nicht erst reden.

in einem Ihrer Briefanhänge schrieben Sie über Ihre Erfahrungen zu DDR-Zeiten; sie wurden bespitzelt, Sie haben in Leipzig vor der Nikolaikirche gegen das Unrecht demonstriert, haben sich als Katholikin mit vielen anderen, die sich an der Aktion "Schwerter zu Pflugscharen" beteiligt haben, für Freiheit und Selbstbestimmung eingesetzt. Da haben wir vieles gemeinsam, auch wenn ich in dieser Zeit in Berlin demonstriert habe und auch heute für Schwerter zu Pflugscharen einstehe. Die meisten in der AfD waren nicht in Leipzig dabei, wie Sie, sondern Ihr guter Name wird missbraucht, um so zu tun, als ob die AfD etwas mit Frieden zu tun hätte. Schöne Friedenstauben auf blauem Grund können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frieden mit der Sprache beginnt und die hat die AfD in alle Parlamente mit Hetze und Wahrheitsverdrehungen so eingebracht, dass sie mit Frieden so gar nichts zu tun hat.

Wie kommt es dann, dass Sie sich einer Partei zugehörig fühlen, in der der Fraktionsvorsitzender in Thüringen schreibt: "Auch wenn wir ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht Willens sind (…). Abgesehen von diesem Aderlaß haben wir Deutschen in der Geschichte nach dramatischen Niedergängen eine außergewöhnliche Renovationskraft gezeigt. (…) Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen." (Hicke., Nie zweimal in den gleichen Fluss", 5. 254f)?

Diese diffusen Drohungen sind typisch für Rechtsextreme und zutiefst unchristlich.

Nicht die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz ist unbegreiflich, ungeheuerlich und nicht zu fassen, um bei Ihren Attributen zu bleiben, sondern vielmehr sind es die menschenverachtenden Äußerungen, denen Sie nicht widersprechen und von dem sich niemand in Ihrer Partei distanziert. Scheinbar kritiklos werden solche Sätze hingenommen. Dafür sind die Menschen 1989 keineswegs auf die Straße gegangen, sondern für freiheitlich-demokratische und

christliche Werte und für die Achtung der Menschenwürde für jeden Menschen ganz im Sinne Jesu.

Viele Wähler der AfD sind nicht nationalsozialistisch oder rechtsextrem eingestellt, das möchte ich gern glauben, aber wenn Ihnen an der Demokratie und christlichen Werten etwas liegt, und das entnehme ich Ihrem Brief, dann sollten Sie sich fragen, ob man die radikalen Sichtweisen von Teilen der eigenen Partei schweigend hinnehmen kann, ob diese Partei wirklich Ihre Heimat ist. Ich bitte Sie von Herzen, kehren Sie um, hin zur Liebe Christi und zur Nachfolge Christi, zu Sanftmut, Barmherzigkeit, Fremdenfreundlichkeit und Respekt vor jedem Menschen, den Gott geschaffen hat. Noch ist es Zeit.

Sie äußerten in einem Ihrer Schreiben an verschiedene Pfarrer und Pfarrerinnen (Ihr. Briefanhang), was Christen alles vermissen. Mir schien, Sie sprächen für die Gesamtheit der Christen, was ich schwierig finde, aber an dieser Stelle nicht vertiefen möchten. Vielmehr möchte ich einen Ihrer Kritikpunkte aufgreifen. Sie vermissen, "die Ihnen vertraute Kirche, mit Würdenträgern, die der Botschaft Gottes verpflichtet sind". Was lässt Sie daran zweifeln, dass sie dies nicht sind? Ich bin der festen Überzeugung und nehme es auch bei meinen Besuchen in den Gemeinden so wahr, dass jeder Pfarrer, jede Pfarrerin von ganzem Herzen die Botschaft Gottes verkündet, unabhängig davon, ob Sie katholischen oder evangelischen Glaubens sind. Das ist unsere Berufung. Und wir verkünden Gottes Wort in jedem Gottesdienst, den wir gemeinsam mit der Gemeinde feiern. Wessen sollten wir sonst verpflichtet sein? Sollte diese Kritik unterschwellig suggerieren wollen, dass Kirche nicht politisch sein sollte, dann muss ich Ihnen entgegnen, wenn es um die Nächstenliebe und die Fremdenfreundlichkeit geht, um die Menschenrechte jedes Einzelnen, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe oder Religion, dann hat Kirche sogar die Pflicht, zu mahnen und ihre Position laut und klar zu formulieren! Sie dürfen nicht jedes bösel Gerücht, das gerade in Ihrer Partei über die Kirche erzählt wird, glauben. Dazu sind Sie zu klug.

Sehr geehrte Frau Petzold, in Anbetracht der drastischen Positionen Ihrer Partei, sollten Ihnen Kirchenaustritte weniger Kopfzerbrechen bereiten. Im Blick auf den sexuellen Missbrauch in den Kirchen, den Sie ansprachen, sind wir Kirchen auf dem Wege der kritischen Aufarbeitung und im Gespräch mit den Betroffenen. Wenn Sie dies interessiert, können Sie meinen Synodenbericht vom November 2023 lesen. Wir haben alle Personalakten durchgesehen und Schutzkonzepte implementiert. Wie sieht das in Ihrer Partei aus? Wie sind die Schutzkonzepte bei der Jungen Alternative? Wer von neuer Männlichkeit träumt in der Ablehnung aller geschlechtssensiblen Sprache, der öffnet gerade den Strukturen des Missbrauchs die Tür, darüber können wir leid- und schamvoll berichten.

Ich hoffe, ich konnte ihnen meine Sicht zu einigen Punkten ihres umfangreichen Schreibens erläutern, bitte aber von weiteren Briefen abzusehen, die mich inhaltlich

von Ihrer Partei überzeugen sollen. Ihre Absage der Einladung zum Ökumenischen Jahresempfang am 07.01.2024 bedaure aber respektiere ich.

Gott segne Sie und erfülle Sie mit SEINEM Geist!

Mit freundlichem Gruß

Landesbischof Friedrich Kramer

Meine Antwort darauf und viele weitere, wichtige kirchenpolitische Schreiben finden Sie in diesem Konvolut: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/Konvolut-Absage-Kirchenpolitische-Korrespondenz-210524.pdf

Doch es gibt nicht nur Negatives zu berichten: Die mutige Plattform "Christen in der AfD" hat sich nach den unfassbaren Äußerungen der katholischen Bischöfe mit einem "Offenen Brief an die Deutsche Bischofskonferenz zur Erklärung der deutschen Bischöfe 'Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar' vom 22.02.2024" (https://chrafd.de/index.php/364-offener-brief-dbk-zu-erklaerung-feb24) öffentlich geäußert. Auch in der "Erklärung der Christen in der AfD e.V. zum Schreiben der Deutschen Bischofskonferenz 'Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar' vom 22.02.2024" (https://chrafd.de/index.php/365-erklaerung-zum-schreiben-dbk-feb24-2) wird klare und fundierte Kritik am antidemokratischen Verhalten der Kirche geäußert! Ich habe mich deshalb in einem Schreiben am 07.02.2024 an den AfD-Europaabgeordneten und Vorsitzenden der "Christen in der AfD", Herrn Kuhs, gewandt:



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Bundesvorsitzenden Joachim Kuhs Verein Christen in der AfD e. V. Vogesenstraße 50 76532 Baden-Baden

Dresden, den 07.02.2024

Schreiben vom 04.01.2024/Absage Neujahrsempfang am 07.01.2024 in Torgau;

Korrespondenz mit Herrn Bischof Timmerevers (Bistum Dresden-Meißen) vom 16.01.2024, 22.01.2024 und 31.01.2024;

Schreiben vom 07.02.2024 an Herrn Landesbischof Bilz

Schreiben vom 07.02.2024 an Herrn Landesbischof Kramer

Sehr geehrter Herr Kuhs,

erlauben Sie mir bitte, dass ich Ihnen vertrauensvoll und in Absprache mit unserem kirchenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Herrn Kühne, meine Gedanken zur Entwicklung der Kirchen in Deutschland zur Kenntnis gebe. Diese Entwicklung beängstigt viele Christen in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz im Landkreis Nordsachsen, in dem mir 33,3 Prozent der Bürger ihr Vertrauen geschenkt haben.

Überraschenderweise wurde ich von der Katholischen und Evangelischen Kirche zu einem Ökumenischen Neujahrsempfang am 07.01.2024 in Torgau eingeladen.

Nach fünfjährigen, hartnäckigen Schweigen gegenüber meinen Bemühungen, die Kirche in meine Tätigkeiten einzubinden, habe ich mich schweren Herzens entschlossen, nicht an dieser Veranstaltung teilzunehmen (s. Anlage/Schr. v. 04.01.2024).

Daraufhin habe ich eine umfassende Korrespondenz mit Herrn Bischof Timmerevers geführt (s. Anlage/Schr. v. 16.01.24, 22.01.24 und 31.01.24).

Ebenfalls habe ich Herrn Landesbischof Bilz kontaktiert (s. Anlage/ Schr. v. 06.02.24).

Außerdem liegt mir schwer auf dem Herzen, dass viele Christen, auch in meinem Wahlkreis, zutiefst bestürzt sind, dass Bischöfe zur Teilnahme an den zur Zeit stattfindenden, staatlich gelenkten Demonstrationen auffordern bzw. sich selbst beteiligen.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Auf diesen Demonstrationen wird nicht nur massiv gegen die "Alternative für Deutschland" gehetzt, sondern gewisse Kräfte rufen auch zum Mord an "AfDlern" – "AfDler töten" auf (s. Anlage).

Sehr geehrter Herr Kuhs, die Anbiederung der Kirchen an den politischen Mainstream, die tausendfachen Missbrauchsfälle, der offensichtliche Verfall unserer Gotteshäuser, insbesondere im ländlichen Raum, sind wichtige Ursachen für den Austritt fast einer halben Million Christen aus ihren Kirchen.

Sicher sind wir diesbezüglich der gemeinsamen Auffassung, dass die basisdemokratische Gruppe "Christen in der AfD" dieser katastrophalen und äußerst beängstigenden Entwicklung in unserer Kirche aktiv entgegenwirken sollte.

Eine Möglichkeit hierzu wäre es vielleicht, wenn Sie meine beigefügte Korrespondenz mit beiden Amtskirchen als aussagekräftiges Beispiel für die konservative, christliche Kritik an der negativen linken Entwicklung innerhalb der Kirchen, sowohl der katholischen **Deutschen Bischofskonferenz** als auch **dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland**, eingebettet in Ihre **eigene Positionierung**, zur Kenntnis zukommen lassen würden. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre diesbezügliche Entscheidung mitteilen.

Sehen Sie die Notwendigkeit, auch unseren Papst Franziskus auf **diese** Entwicklung der **Amtskirchen in Deutschland** hinzuweisen?

Ich wäre Ihnen zudem verbunden, wenn Sie dieses Thema auch innerhalb Ihrer Gruppe "Christen in der AfD" zur geneigten Lektüre verbreiten würden, um die jetzige Entwicklung der Kirchen zu diskutieren!

Besten Dank vorab für Ihre Rückmeldung!

Mit herzlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Meine Auseinandersetzung mit der Kirche brachte mich dazu, mich an einen konservativen und wertebewussten Kardinal, Herrn Gerhard Müller, am 12.04.2024 zu wenden. Seine

Eminenz hatte die deutschen Bischöfe dafür öffentlich kritisiert, als "Wahlhelfer der Ampel-Regierung" (https://kurzlinks.de/ucf6) aufzutreten:



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Seine Eminenz H. H. Prof. Dr. Gerhard Ludwig Kardinal Müller Supremo Tribunale Palazzo della Cancelleria Piazza della Cancelleria 1 I-00186 Roma

Deutschlands Kirchen sind in Not Viele Christen sind verzweifelt

Dresden, den 12.04.2024

Seiner Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal Müller,

erlauben Sie mir bitte, dass ich mich als direkt gewählte Landtagsabgeordnete der Partei "Alternative für Deutschland" im Sächsischen Landtag und als Katholikin -in meiner Notan Sie wende.

Ich hatte schon Sorge, ich müsste an unserer Kirche -nicht an Jesus Christus- in der heutigen Situation verzweifeln!

Ihre Aussage, "die Deutsche Bischofskonferenz darf nicht als Wahlhelfer der Ampel auftreten", vom 20.03.2024

(https://www.welt.de/politik/deutschland/article250671639/Katholische-Kirche-Opportunismus-Kardinal-Mueller-verurteilt-Anti-AfD-Erklaerung-der-Bischoefe.html) ist für mich ein Zeichen der Hoffnung in Zeiten der Irrungen und Verwirrungen der beiden Amtskirchen im jetzigen Deutschland.

Gott sei Dank, es gibt noch eine christlich-realistische und vernünftige Stimme im Kanon der unbarmherzigen öffentlichen Äußerungen der katholischen Bischöfe in unserem deutschen Vaterland.



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der ATD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Ihr Widerspruch, hochverehrter Herr Kardinal Müller, ist für mich sowie für viele Christen in meiner Partei und auch viele Christen unter meinen 12.000 Wählern im Landkreis Nordsachsen/Bundesland Sachsen, die mir mit ihrer Stimme vertrauen, ein wertvolles Geschenk!

Herzlichen Dank!

Wenn Amtskirchen, welche tagtäglich von "Nächstenliebe" sprechen, "Brandmauern" bauen (s.Anl.1) und sich wohl fühlen, wenn sie hunderttausende Christen in Deutschland, insbesondere die AfD-Wähler, ausgrenzen und diskriminieren, so ist das ein undemokratischer, unchristlicher und unbarmherziger Umgang der katholischen und auch der evangelischen Kirche, nicht nur mit den Mitgliedern, so auch Christen, in unserer Partei, sondern auch mit Millionen unserer christlichen Wähler in unserer Heimat! Ist das nicht eine Schande?

Auch der Aufruf der Katholischen Bischöfe vom 22.02.2024 zur Mobilmachung der Christen gegen die größte Oppositionspartei, der auch zum möglichen Anschluss an solche Demonstrationen führte, bei denen Linksradikale Transparente (s.Anl. 2) mit der Aufschrift "AfDler töten" zeigen, ist kein Zeugnis für "christliche Nächstenliebe" und gereicht der katholischen Amtskirche gewiss nicht zur Ehre!

Als Katholikin schäme ich mich für dieses Handeln unserer deutschen Bischöfe!

Seine hochverehrte Eminenz, vielleicht sind Ihnen die Bemühungen unserer Bundessprecher für die "Christen in der AfD e.V.", mit beiden Amtskirchen in Deutschland ins Gespräch zu kommen, bekannt (s. Anl. 3, https://chrafd.de/index.php/364-offener-brief-dbk-zu-erklaerung-feb24 vom 29.02.2024, s. Anl. 4 https://chrafd.de/index.php/365-erklaerung-zum-schreiben-dbk-feb24-2 vom 05.03.2024).

Leider wurde unsere ausgestreckte Hand zu einem konstruktiven Gespräch mehrfach unbarmherzig abgewiesen - ein weiteres makabres Zeichen des heutigen "christlichen "Miteinanders"!

Mit dieser Meinung steht meine Partei im Übrigen nicht allein! Auch unter den Pfarrern beider Amtskirchen regt sich endlich Widerstand im christlichen Geiste!

So übte Herr Pfarrer Martin Michaelis deutliche Kritik am Umgang der Evangelischen Kirche mit Andersdenkenden und erfährt nun empfindliche Repressalien durch seine Kirche, wie das beigefügte Interview mit Herrn Pfarrer Michaelis aus der Wochenzeitung "Junge Freiheit" vom 05.04.2024 in bedrückend beängstigender Weise (s. Anl. 5)!

Sehr geehrter Herr Kardinal Müller, wir Christen sind sehr dankbar, dass Sie darauf hinweisen, dass wir Christen nicht als Wahlhelfer für die regierende Ampel-Koalition missbraucht werden, doch DAS ist **nicht** der entscheidende Punkt. Diese Regierung werden die Bürger, die noch einigermaßen bei Verstand sind, erbarmungslos abwählen!



Gudrun Petzold Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Dass für viele Christen, und auch für mich, erschreckend Beängstigende an dieser Situation ist, dass sich unsere Bischöfe so vehement und liebedienerisch dem linken Zeitgeist untertänig machen.

Dieser heimtückische linke Zeitgeist, der mit schönen sozialen Worten daherkommt, hat uns Bürger in der DDR viele Jahrzehnte gelehrt, wachsam vor dem "Wolf im Schafspelz" zu sein! Unter der Parole "Religion ist Opium für das Volk" wird diese links-woke, linksradikale Transformationsgesellschaft garantiert das Christentum, seine Priester und auch die Bischöfe unbarmherzig abschaffen.

Wer zum Tanz auffordert, am Tag der Kreuzigung Christi, so wie die sächsische LINKE im Landtag am 21.03.2024 (s. Anl. 6, "Gesetz zur Aufhebung des Karfreitag-Tanzverbotes im Freistaat Sachsen",

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=15948&dok_art=Drs&leg_per=7), der wird immer nur Verachtung für das Christentum übrig haben und der Zerstörungswille zeigte sich schon oft, auch am Beispiel des grassierenden Vandalismus in unseren sächsischen Gotteshäusern. Das kommt auch in der Großen Anfrage meiner AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 15.01.2024, "Tatörtlichkeit "Kirche / kirchliche Einrichtung" — Brandstiftung, Sachbeschädigung und weitere Straftaten in den Jahren 2022 und 2023" (s. Anl. 7) zum Ausdruck.

Weitere Anzeichen für den Bedeutungsverlust der Kirchen in Europa, insbesondere in Deutschland, ist das hunderttausendfache Verlassen der Gläubigen ihrer Gotteshäuser – aber meistens verlassen sie dabei nicht Gott!

Ein bedrohliches Ungemach in erschreckendem Ausmaß, das auch noch auf unseren Glauben hinzukommt und ihn zu unterwandern droht, ist die inkompetente Asylpolitik der Herrschenden in Europa. Diesbezüglich erlauben Sie mir bitte, dass ich Ihnen, zu Ihrer geneigten Kenntnisnahme, mein Schreiben vom 21.02.2023 an Ihren hochgeschätzten Kollegen, Herrn Kardinal Robert Sarah (s. Anl. 8, "Deutschland und seine Bürger sind in großer Not") beifüge.

Selbstverständlich habe ich auch diesbezüglich in meiner Funktion als direkt gewählte Volksvertreterin unseren Bundeskanzler, Herrn Olaf Scholz, kontaktiert (s. Anl. 9, Schr. v. 27.01.2023, "Bürger in großer Not").

Hochverehrter Herr Kardinal Müller, die traurige Hetze der Amtskirchen gegen meine Partei wirkt auch in die zahlreichen, auch oft christlichen Sozialverbände, -einrichtungen und - institutionen hinein. Diese wenden sich ausgesprochen bösartig-aggressiv, z.B. unter dem Motto "Es geht uns alle an: Wachsam sein für Menschlichkeit", gegen die demokratisch gewählte AfD (s. Anl. 10, Aufruf vom 26.04.2018).

Ist es nicht erschütternd und sehr bedenklich, mit welcher Skrupellosigkeit der politische Gegner das vermeintliche "Schreckgespenst AfD" "an die Wand malt" und viele Bürger - darunter auch zahlreiche ältere Menschen- somit zutiefst verunsichert?



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Warum beteiligt sich die Katholische Kirche an dieser tatsächlichen gesellschaftlichen Spaltung, anstatt das Einende und die sprichwörtliche Nächstenliebe unter den Christen zu suchen?

Seine Eminenz, ich danke Ihnen sehr, dass Sie in dieser betrüblichen Finsternis der christlichen Nächstenliebe voller Mut eine lichthelle Fackel der Versöhnung und des Dialogs entzündet haben!

Somit ist auch mein Glaube und der vieler Katholiken an unsere Kirche nicht erloschen. Mein Glaubenslicht ist die hoffnungsvolle Erinnerung an meinen alten, sehr glaubensbewussten, konservativen Pfarrer aus meinem Heimatort Großtreben (ich bin 1952 geboren!), der mir und meiner Generation ein großes Vorbild im christlichen Glauben und auch christlicher Schutz in Zeiten finsterer DDR-Diktatur war!

Ich wünsche mir von Herzen, dass Sie meine Zeilen zum Anlass nehmen, sich mit der derzeitigen unseligen kirchlichen Situation in Deutschland auseinanderzusetzen und für uns Christen, auch denen in der "Alternative für Deutschland", das Licht der Hoffnung nicht erlöschen lassen!

Mit hochachtungsvollen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Seine Eminenz Kardinal Müller/ Foto: Jolanta Dyr - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=21916556

Hier geht es zum vollständigen Brief: http://gudrun-petzold.de/wp-content/uploads/2024/10/1-Schreiben-Herr-Kardinal-Mueller-120424.pdf

Meine positive Überraschung war sehr groß, als Seine Eminenz Kardinal Müller mir am 01.05.2024 per E-Mail antwortete! Er schrieb dabei in aller Deutlichkeit von "demokratiefeindlichen Machenschaften" gegen die "Alternative für Deutschland"! Zudem bekräftigte er, dass er in seiner Kritik an den politischen Äußerungen der Bischöfe in Deutschland (siehe Erklärung der Bischöfe oben) nicht Partei "für oder gegen eine der legitimen politischen Gruppierungen" ergriffen habe. Vielmehr habe er seine Mitbrüder "zur gebotenen Neutralität und zum Respekt vor den Wählern" aufgerufen! Die deutschen Wähler sollten vielmehr selbst frei entscheiden, "welchem Kandidaten und welcher Partei sie ihr Vertrauen schenken", unterstrich Seine Eminenz. Und die Bischöfe sollten sich darauf beschränken, moralische Standards anzumahnen, "die für alle politisch Handelnden gleichermaßen gelten müssen"! Dies gelte insbesondere für das "Lebensrecht jedes Menschen von der Zeugung bis zum natürlichen Tod sowie für die Religions- und Gewissensfreiheit", die als unantastbar betrachtet werden müsse.

Sind dies nicht zutiefst christliche und konservative Werte, die dem linken Mainstream widersprechen?! Seine Eminenz Kardinal Müller ist für mich deshalb ein starker, widerständiger Fels in der Brandung des linken Ungeistes!

Darüber hinaus erfreulich ist es aus meiner Sicht, dass mit dem evangelischen Pfarrer Michaelis aus Quedlinburg ein Mann Gottes den Mut gefunden hat, sich frei als Sympathisant zu unserer "Alternative für Deutschland" zu bekennen. Bereits während der unsäglichen Corona-Jahre war mir dieser Pfarrer durch seine maßnahmenkritischen Reden aufgefallen. In der Wochenzeitung "Junge Freiheit" vom 05.04.2024 las ich ein äußerst bemerkenswertes Interview mit ihm:



er Michaelis: "Zur 'Rettung der Demokratie' will man im Osten ein Drittel der Wähler aus dem Diskurs ausschließen. Und Andersdenkende werden quasi zu Ungläubigen erklärt. Es ist absurd!

Herr Pfarrer, wieso "begründen Sie ihren Menschen-haß ausgerechnet mit dem Evangelium"?

Martin Michaelis: Diese Behauptung ist ebenso unverständlich wie unverschämt. Ich wollte es zu-nächst gar nicht glauben, als ich das gelesen habe. Das schreibt die "Zeit" über Sie, laut der Sie der Vertreter einer Strömung in der evangelischen Kirche sind, die auf "einen Faschisten als Ministerpräsident" und die "Auferstehung des deutschen Volkes" hoffi.

Michaelis: Was für Unsinn. Mir scheint, dieser Zeit-Autor leidet an Fieberphantasien

Gibt es keine solche Strömung in der EKD?

Michaelis: Nein, ich kenne niemanden. Es mag einzelne geben, die so denken, das kann man nie aus-schließen, aber eine wahrnehmbare Größe? Absurd! Immerhin wollen Sie bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 9. Juni in Quedlinburg auf der Liste der AfD kandidieren.

Michaelis: Darauf bezieht sich die Zeit ja eigent-lich, was ihr Faschismus-Gefasel jedoch nur um so bizarrer macht: Sogar den NS-Reichsbischof Ludwig Müller bietet das Blatt auf – welcher Zusammen-hang zwischen ihm und mir, zwischen der NSDAP Müller bietet uss Johnson and Miller bietet in Miller wird allerdings nicht erklärt. Aber ich glaube, darum geht es auch gar nicht, sondern nur darum, die Partei und mich irgendwie in einem Atemzug mit dem Nationalsozialismus zu nennen. Vielleicht ist es ja als in Lehrstück lupenreinen Framings gedacht, weil es so leicht zu durchschauen ist. Ich halte es jedoch für sehr gefährlich. Warum?

Warum?

Michaelis: Weil so der Eindruck entsteht, Reichsbischof Müller sei ungefährlich, ja harmlos gewesen – so wie ich. Übrigens haben mir vor wenigen Monaten Nachkommen eines Mitgründers der Bekennenden Kirche das Sakristeigeber ihres Vaters geschenkt – ausdrücklich als Würdigung meines Wirkens in den letzten wenigen Jahren. Sie kennen mich. Das ist wohl der entscheidende Punkt.

Wo bitte setzt sich die AfD für Diskriminierung ein?

Für Ihre Landeskirche – die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) – scheint ein Zusammen-hang zwischen Müller und Ihnen allerdings nicht so abwegig zu sein: Wegen Ihrer Kanddature hat sie Ib-nen nun die Tätigkeit als Gemeindepfarrer untersagt.

Michaelis: Ja, obwohl Paragraph 35 des Pfarr-dienstgesetzes erlaubt, bei Kommunalwahlen zu kandidieren. Deshalb hätte mich die Landeskirche kandidieren. Deshalb hätte mich die Landeskurche oogar in Schutz nehmen müssen, da laut Paragraph 47 Pfarrer "gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz zu nehmen sind, insbesondere gegen politisch motivierte Angriffe". Meine Familie und ist sind in Quedlinburg unu einmal heimisch gewoden, und ich möchte mich für die Stadt engagieren. Aber warum auf der Liste der AfD?

Michaelis: Um die geht es mir weniger, sondern um das kommunale Mandat. Doch kamen zwei Bekannte auf die Idee, wir könnten hier etwas bewe gen: Nun treten wir gemeinsam an – alle parteilos Hätten Sie also auch auf anderen Listen kandidiert?

Michaelis: Prinzipiell ia, doch habe ich mit der Michaelis: Firnzipiei ja, doch habe sch mit der AfD viele Übereinstimmungen, etwa beim Schutz des ungeborenen Lebens, der Stärkung demokrati-scher Mitbestimmungsrechte der Bürger oder daß meine Klarstellung, im Falle meiner Wahl bin ich nur meinem Gewissen, nicht aber der Parteidsziplin verpflichtet, äußerst positiv aufgenommen wurde. Warum treten Sie der AfD nicht bei?

Michaelis: Grundsätzlich trete ich keiner Partei bei. Unabhängigkeit ist gerade in meinem Beruf wichtig. "Parteiloser tritt in Kleinstadt zur Kommunalwahl an" – Pardon, aber unbedeutender geht es doch kaum.

an — Faraon, aoer unoeaeurener gent e acor saun.
Michaelis: Um so absurder die Reaktion: Kaum
hatte ich meine Kandidatur erklärt, teilte die EKM
öffentlich mit, ich sei mit sofortiger Wirkung des
Amtes enthoben, was in den Gemeinden und darüber hinaus natürlich sehr viele bemerkten. Der
Superintendent höchstpersönlich überbrachte mir

orechende Schreiben, und wie wichtig ihm das ensprechende Schreiben, und wie wichtig ihm meine Bestrafung war, zeigt auch, daß er mir, obwohl das Verbot erst anderentags in Kraft trat, mit Verweis auf seine Weisungsbefugnis ab sofort verbot, mein Amt als Pfarrer auszuüben. So durfte ich selbst im sehon vorbereiteten Abendgottesdienst nicht mehr predigen, zur Entfauschung seiner Besucher – einige erzählten mir, daß sie deshalb gleich gegangen seien.

Wußten Sie denn, was auf Sie zukommt?

Wugsten 3se denn, was auf Sie zukommit.
Michaellis: Nun, der Aufritt des Superintendenten hat mich insofern überrascht, als das Landeskirchenam auf meine Ankindigung einer Kandidatur Mitte Februar gar nicht reagiert har. Der Kreiskirchenrat dagegen teilte mir schriftlich mit, sollte ich das wahrmachen, würde ich mein Amt verlieren. Warum haben Sie es dennoch getan?

Michaelis: Erstens, ganz einfach: Weil ich es darf. Denn die Rechtslage ist klar, ich nehme ein von Grundgesetz und Landesverfassung garantiertes Recht wahr. Zweitens, weil ich es unverfroren finde, wenn mir jemand mein Recht nehmen will. Die wenn mir jemand mein Recht nehmen will. Die kirchliche Gesergebung füum der Kirchenleitung, egal welcher Ebene, keinen Ermessensspielraum ein, sie hat dies schlicht zur Kennmis zu nehmen. Ich hatte daher auch Zweifel, obs ie tatsächlich Ernst machen würden oder es bloß ein Einschüchterungsversuch war. Und wie sie nun weiter damit umgehen wollen, ist mir schleierhaft. Denn dies ist ein Rechtsbruch, bei dem ich keinesfalls mitwirken werde, auch nicht durch Gehorsam wider besseres Wissen. Zudem meine ich, daß die Ächtung der AfD, insbesondere ihren Mitgliedern den christli-chen Glauben abzusprechen, nicht gerechtfertigt ist. Warum nicht?

Warum nicht?

Michaelis: Weil es dafür keinerlei substantielle und gerichtlich bestätigte Begründung gibt. Und es widerspricht der Zwei-Reiche-Lehre Luthers, wonach die Aufgabe der Kirche in der gestillchen Verkündigung liegt und sie sich nicht in die Aufgaben des Staates zu mengen hat. Woran ich mich übrigens immer gehalten habe – denn nic habe oder wirde ich etwa auf der Kanzel Werbung für eine Partei nanchen oder vor einer Partei namentlich warnen. Deshalb kritistiere ich auch, daß der Superintendent von Halberstadt die Kanzel für Reden ausdrücklich gegen die AfD mißbraucht.

Aber Sie wollen doch nun selbs in die Politik.

Michaelits: Ja, doch nicht als Pfarrer, sondern als

Michaelis: Ja, doch nicht als Pfarrer, sondern als Privatmann und Bürger.

"Es ist zwar im Kircheninteresse, daß Pfarrer sich po-litisch engagieren", so die EKM in einer Erklärung zu Ihrer Suspendierung, "dies gilt aber nicht für Parteien mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Positionen."

mit verlasungrechtlich fragwindigen Positionen." Michaelis: Das ist ebenso an den Haaren herbei-gezogen wie die Behauptung der Zeit, ich stünde "am Rand oder gar außerhalb des verfassungstreuen Spektrums". Gibt es für all diese Unterstellungen eigentlich irgendwelche Belege?

"Wir können uns nicht neutral verhalten, wenn Men-schen ausgegenzut, verachtet, verfolgt oder bedroht wer-den", begründete Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der EKD – zu der die EKM gehört – den Kurs.

Michaelis: Bedrohen, verachten und ausgerenzen? Nun, das ist genau das, was die EKM mit mit macht - und sie merkt es nicht! Da fällt mit eine Aus-sage Martin Luthers ein: "Wen Gott recht strafen will, den macht er zuerst blind." Wohin soll lest Umgang mit Menschen anderer Meinung führen? Unlängst hat sich die EKD und damit auch die EKM dem Bündnis "Zusammen für Demokratie" angeschlos-sen, um "für eine vielfältige, freie, offene Gesellschaft. " das Recht sut gutes, friedliches Leben "und gegen jede Form von Diskriminierung durch Rechte" zu kämpfen.

Michaelis: Im Klartext, gegen die AfD! Es fällt mir schwer, all diese Vorwürfe zu entkräften – weil ich nämlich nichts erkennen kann, was sie bekräftigt:

Wo bitte setzt sich die AfD gegen Freiheit, Frieden, ein gutes Leben oder für Diskriminierung ein? Liest man nach, wofür sie eintritt, dann ist vielmehr genau das Gegenteil der Fall!

"Undemokratisch, unchristlich und menschlich enttäuschend"

Sie kennen doch die Vorwürfe: Menschenfeindlichkeit.

Sie kemnen doch die Vorwürfe- Menschenfeindlichkeit, Secismus, Antinemitimus, Russimus etc.
Michaellis: Eine kritische Haltung etwa zu ungeregelter Einwanderung hat nichts mit Menschenfeindlichkeit, gar Rassimus zu tun. Die Behauptung der letzten Wochen, die AfD wolle jeden Nichtdeutschen, deportieren, Menschen, anach rassischen Kriterien* sortieren und "vertreiben*, haben sich als unwah heraugestellt, Perönlich mir bekannte AfD-Mitglieder etwa wünschen sich nur, daß die Dinge wieder korrekt nach Recht und Framing, um zu tun, was man als Christ auf gar keinen Fall uns oll, andere auszugenzen! Vor allem aber entmündigt man die Menschen subtl, da so dar Wahlverhalten beeinfülkt werden soll – diese ihr Wahlverhalten beeinflußt werden soll – diese Aufgabe steht wirklich in keiner Kirchenverfassung.

Kann man aber nicht zu Recht argumentieren: Die AfD widersetzt sich, jeden aufzunehmen – was das christliche Gebot der Nächstenliebe jedoch gebietet.

Michaelis: Weil der christliche Glaube kein politisches Programm ist und seine Instrumentalisierung per se genannter Zwei-Reiche-Lehre widerspricht. per se genammet. Aven Neuchenten Unpolitisch ist die Bibel allendings nicht, sie werlangt durchaus ein bestimmtes Verhalten etwa gegenüber Armen und Hilßbedürftigen und unterscheidet so durchaus zwischen guter und schechter Herrschaft beziehungsweise Politik, wie wir heute dazu sagen.

Michaelis: Ia. indem die Kirche das Gewissen der Michaeliss: Ja, indem die Kirche das Gewissen der Politiker schäft, nicht aber, indem sie eine ganz konkrere Politik verlangt: Natürlich soll die welt-liche Macht vom christlichen Geist inspiriert sein, doch wie sie ihn politisch umsetzt, ist ihre Sache. Übrigens ist dies getrennt zu haben eine wichtige Errungenschaft des Abendlandes aus der Zeit der Reformation, die beide schützt, den Steaat und die Vielen und die Schwelden wie der Verlande und die Schwelden weite Verlanden und die Verlanden Verl Reformation, die beide schützt, den Naat und die Kirche, und die zugleich in die Schranken weist! Und auf eben dieser Grundlage habe ich mich zum Beispiel während der Corona-Zeit öffentlich en-gagiert, als ich die negativen Folgen der Corona-Maßnahmen für die Menschen kritisiert, nicht aber der Regierung die richtige Politik diktiert habe.

Mit diesem Einsatz haben Sie bereits 2021 Bekannt-heit erlangt. Der "Spiegel" zitierte Sie damals so: "Wer hier Angst hat, hat das richtige Gespür und ist richtig im Kopf." Und auch dafür wurden Sie schon bestraft.

Michaelis: Es war der Spiegel, der das erst richtig in Gang setzte, denn er erwähnte mich in ein- und demselben Text mit Tommy Frenck.

Michaelis: Das habe ich mich auch gefragt. Laut Spiegel ein Gastwirt aus Hildburghausen, der "Führerschnitzel" für 8,88 Euro verkauft. Ich kenne ihn nicht und habe auch nie ein Führerschnitzel bestellt, serviert bekommen, gegessen etc.

Hat der "Spiegel" denn eine Beziehung zwischen ihm und Ihnen hergestellt.

Michaelis: Nein

Wo liegt dann das Problem?

wo uegt aann das Problem!
Michaelis: Es hieß, es reiche, daß ich in einem Text
aufrauche, in dem auch Herr Frenck vorkommt,
um untragbar zu sein. In der Folge wurde ich aus
meinem Amt als Vorsitzender der Gesamtvertretung der VELKD vertrieben ...

... also der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kir-

che Deutschlands, einem konfessionellen Verband in-nerhalb der EKD ...

Michaelis: "und kurz darauf auch aus dem Vo-sitz der Pfarrvereine. Zudem wurde ich nicht mehr für die Dienstrechtliche Kommission der EKD vor-geschlagen, in der ich bis dato Mitglied war. Und schließlich seztze man ein Disziplinarverfahren gegen schließlich serze man ein Diziplinarverfahren gegen mich in Kraft, als bis heute anhängig ist. Ich habe also bereits damals fast alle Ämter verloren. Obwohl die von "Multipolar "erlägten RAJ-Akten belegen, daß ich mit allem damals von mit Geaugtem richtig-lag. Dieses umfassende Straffgericht gegen mich war sehon damals ein eigenflich unfaßbarer Vorgang. Warum?

Michaelis: Weil es ein Maß an Intoleranz und antidemokratischer Gesinnung offenbart, das all die hochheiligen Beteuerungen der demokratischen und christlichen Werte, die ständig beschworen werden und verteidigt werden sollen, hohnspricht. Was ist die Ursache dafür?

Michaelis: Die Kirche scheint gar nicht zu bemei Lan, daß sie trotz der historischen Erfahrung ernet which deliss: Die Airene seneint gar nicht zu bemer-ken, daß sie trotz der historischen Erfahrung erneut einer Ideologie auf den Leim geht. Augenfällig wird das etwa, wenn sie den Gemeinden Banner mit der das etwa, wenn sie den Gemeinden Banner mit der Aufschrift "Unsere Kreuze haben keine Haken" anbietet, um sie an Kirchtürmen oder von ihren Kirchen zu hissen. Dazu muß man wissen, daß die EKD 1947, nach der Erfahrung des Nationalsozialismus, als an vielen Kirchen Hakenkerufahnen wehten, beschloß, fortan sei ausschließlich die – 1919 entstandene und 1926 offiziel eingeführte – Kirchenfahne der EKD mit dem bekannten lilafarbenen Kreuz auf weißem Grund zu zeigen. Diese Haggenvordnung gilb his heute und soll eigentlich gerade das unmöglich machen, was nun wieder geschieht, daß die evangelische Kirche sich öffentlich in den Dienst einer Ideologie und einer Regierung stellt!

Die offiziellen Strafmaßnahmen gegen Sie sind eine Sache, wie aber ist der persönliche Umgang mit Ihnen:

Sæche, uie aber ist der persönliche Umgang mit Ilment Michaelis: Leider auch enträuschend und alles andere als demokratisch und christlich. Glauben Sie nicht, man hätte je das Gespräch mit mir gesucht, versucht, meinen Sandpunkt zu verstehen, meine Angumente zu wägen. Und so war es auch schon 2021. Ein weiteres Beispiel ist, add schon nov seche Monaten – also lange vor Anktindigung meiner Kandidatur auf der AfD-Liste – über mich ein Predigt- und Kasualwerhot in Quedlinburg verhängt wurde. Das zeigt den Umgang mit Andersdenkenden, zuerst mit Gemeindegliedern, die mich in Anspruch nehmen möchten, aber auch mit mir selbst. Wie ist all das zu erklären?

Wie sia das zu erkuent:

Michaelis: Nun, man will die Demokratie verteidigen – mit undemokratischen Mitteln. Und man bemerkt den Widerspruch nicht einmal! Ebenso absurd ist es, zur. Retrung der Demokratie" hier im Osten den Ausschluß eines Drittels der Wähler aus dem politischen Diskurs zu fordern. Dabei spricht man den Menschen sowohl das moralische Recht als auch die Fähigkeit ab, sich ein eigene Meinung zu bilden, entmündigt sie also – zur. "Retrung der Demokratie". Und nicht nur das, auch ihr rechter Glaube wird ihnen abgesprochen: Man muß sich av orstellen, im Grunde werden politisch Andersdenkende zu Ungläubigen erklärt! In unserer Kirche, der EKM, soll durch Synodenbeschluß demnichst festgezurt werden, daß AfD-Mitglieder und sogar- Unterstützer nicht in Gemeindekirchenfäte gewählt werden können. Das alles zeigt, daß wir es nicht, wie behaupter, mit Werten zu tut haben, sondern mit Ideologie! Und im Grunde wiederholt sich auch die alte Problemarik des Verlaltnisses zwischen Kirche und weltlicher Macht. Denn wenn wir die Zwei-Reiche-Lehre in unsere Gegenwart überszetzen, dann ist wichtigster Teil des weltlichen Regiments heute das Volk – ein jeder mit seinem gottsgegebene und hoffentlich wachen Gewissen –, das in der Demokratie ja der Sourerän ist. Dem abet darf die Kirche nicht, ains Handwerk pfuschen", wie Luther gemahnt hat, auch nich bei einer Wähl. Und tut sie es doch, so ist das nicht Michaelis: Nun, man will die Demokratie vertei-digen – mit undemokratischen Mitteln. Und man ist. Dem aber darf die Kirche nicht "ins Handwerk pfuschen", wie Luther gemahnt hat, auch nicht bei einer Wahl. Und tut sie es doch, so ist das nicht etwa die Verteidigung, sondern der Angriff auf die demokratische Volksherrschaft. MORITZ SCHW RZ

Der Physiklaborant und Theologe, geboren 1961 in Jena, war Pfarrer in Altenburg, Steinach und von 2017 bis zur Suspendierung in Gatersleben/Seeland bei Quedlinburg.

Ich wandte mich an Herrn Michaelis schriftlich, bekräftigte und unterstützte ihn in seinen klaren Aussagen und erhielt am 21.05.2024 folgende, bemerkenswerte Antwort:

Von: martinus.michaelis@gmx.de

Gesendet: Dienstag, 21. Mai 2024 20:19:38 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom,

Stockholm, Wien

An: Petzold, Gudrun (SLT, AFD)

Betreff: Ihr Schreiben vom 16. April 2024

Sehr geehrte Frau Petzold,

herzlichen Dank zum einen für Ihr Schreiben an mich, aber auch für Ihren vielfältigen Einsatz an vielen anderen Stellen.

Die Arroganz mancher Antwort zu ertragen, dürfte nicht leicht sein.

Bei mir ist in der letzten Zeit so viel aufgelaufen, dass ich mit dem Antworten nicht mehr hinterherkomme. Erfreulicherweise sind es viele ermutigende Schreiben. Andere bekomme ich fast gar nicht.

Deshalb hat es auch so lange gedauert, zumal ich mit den durch die Kirchenleitung eingeleiteten Maßnahmen belastet bin, was sicher auch ein Teil von deren Strategie ist. Ihr Schreiben mit den umfangreichen Anlagen hatte ich zwar sofort überflogen und nur Weniges genauer gelesen, wobei sich ein Antwortschreiben, auf das Sie mich besonders hinwiesen, mit meinen Erfahrungen deckten. Ich hatte dabei den Vorteil, dass die Auseinandersetzung telefonischer Art war. Ich sollte meine Kandidatur am Telefon widerrufen. Aber keine Widerrufe mache ich in alter Tradition nur auf Reichstagen. Also ist es nichts geworden. Einer darauf folgenden, gleichlautenden, schriftlichen Aufforderung (binnen vier Tagen Widerruf der Kandidatur!) habe ich dasselbe Schicksal zuteilwerden lassen.

Darüber hinaus haben Amtsenthebung, Einleitung des nun zweiten Disziplinarverfahrens mit dem Entzug der Ordinationsrechte (9.4.2024 – vom Personaldezernenten am selben Tag an die Presse gegeben, während ich es mit einer e-mail bekam, es aber erst am nächsten Tag ordnungsgemäß zugestellt wurde) zwar eine Welle der Empörung ausgelöst – völlig zu Recht – mir aber eben auch einen Bekanntheitsgrad beschert, weshalb ich jetzt noch mehr Einladungen zu Vorträgen und Interviews bekomme. Ich finde, die Kirchenleitung könnte nun mal eine Werbe-Pause machen.

Dazu habe ich ein schönes Lutherzitat in einer alten Ausgabe gefunden:

"So hab ich auch wol einen grössern Feind, nemlich den Teufel, mit allen seinen Engeln; und Gott hat mir doch den Muth bisher geben (wiewol ich ein armer, gebrechlicher, sündiger Mensch bin,) daß ich bin vor ihm blieben. Und wenn ich sollte meinen Nutz suchen, so kann mir nicht bas geschehen, denn daß ich hart verfolget werde. Denn wie trefflich mir die Verfolgung bisher genützet hat, kann ich nicht erzählen, daß ich billig drum meinen Feinden danken soll. Und wenn mir E.F.G. Unglück lieb wäre, wollte ich

E.F.G. auch weiter reizen und wünschen, mich immer mehr zu verfolgen. Aber das ist genug gewesen, E.F.G. hat sich wohl beweiset; nun ists Zeit anderes zu thun.

Martin Luther: Schreiben an Herzog Georg zu Sachsen 22. Dec. 1525 (Johann Georg Walch: Luthers sämtliche Schriften Neunzehenter Theil, Spalten 608-609)

Gern würde ich mich mit Ihnen einmal unterhalten. Das ist bei diesen Themen besser. Wir finden sicher eine Gelegenheit.

Soviel aber als eine erste Reaktion.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Martin Michaelis

Umso erfreulicher war es für mich, dass Herr Pfarrer Michaels am 09.06.2024 für die AfD in den Stadtrat von Quedlinburg von den Bürgern gewählt wurde – wozu ich ihm selbstverständlich schriftlich gratuliert habe! Nicht zuletzt die Bürger wissen also, welchen Dienern Gottes sie noch ihr Vertrauen schenken können!!

VI. Mein "Freund", der Verfassungsschutz

Folgend finden Sie, geneigter Leser, die Antwort auf mein Auskunftsersuchen nach § 9 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes samt Anschreiben an den Präsidenten des Landesamtes, Herrn Christian.

Es ist ein "interessantes" Gefühl, sich in der Datei einer demokratischen Behörde wiederzufinden, deren Existenz man durch Widerstand gegen das DDR-Regime selbst miterkämpft hat. Den Worten unseres Vorsitzenden Jörg Urban ist nichts hinzuzufügen: "Die zunehmende Politisierung des Inlandsgeheimdienstes ist gefährlich für unsere Demokratie. Vor dieser negativen Entwicklung warnen nun auch bekannte Verfassungsrechtler. Bereits seit längerem habe ich den Eindruck, der Verfassungsschutz wird zum Regierungsschutz umgebaut. Berechtigte Kritik von Opposition und Bürgern soll so kriminalisiert werden. Wir wollen daher den Inlandsgeheimdienst zu einem Abwehrzentrum Militanz reformieren. Beobachtet werden dann ausschließlich gewaltbereite Gruppen und nicht mehr Meinungsäußerungen." Leider vertritt mittlerweile anscheinend nur mehr die AfD das Recht auf Meinungs-und Redefreiheit.

Angeregte Diskussion über den sächsischen Verfassungsschutz:





LANDSHAFF FOR HOWHERLYHEISCHUT

Einschreiben/eigenhändig Freu Gudrun Petzold Mühlbergstr. 36 04862 Mockrehna/OT Strelln fittle Anapreshpartneri-in Herr Mitting

Durofreetii Telefon +49 351 8585-0 Telefax +49 351 8585-000

verfessungsschutz@ Prami.sectoen.de*

the Zaichen

Thre Nashright your 7 07 2000

Aktenzalchen und Dick.-Nr. (bitte bei Antwort angeben) 13-244-5-580002-0000-0104/2020

Dek.-Nr.: 20078392.0

Dreeden. 03.11.2020

Auskunftsersuchen nach § 9 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes (SächsVSG) und Art. 15 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Unser Zwischenbescheid vom 20. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Petzold,

wir haben Ihr Auskunftsersuchen nach § 9 SächsVSG und Art. 15 DS-GVO geprüft und dabei folgende Dafenspeicherungen zu Ihrer Person in Datelen oder in Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sechsen festge-

- Sie wurden für die Wahl zum Kreistag des Landkreises Nordsachsen am 26. Mai 2019 als Kandidatin für die Partei "Altemative für Deutschland" (AfD) nominiert.
- 2. Sie gehörten 2019 zur AfD-Fraktion des Sächsischen Landtages.
- Im Rahmen Ihrer parlamentarischen T\u00e4tigket stellten Sie mehrere "Reine Anfragen" im S\u00e4chsischen Landtag.

Eine weitergehende Auskunftserteilung unterbleibt aus den in § 9 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SächsVSG genannten Gründen. Durch die Kenntnisnahme der Ihnen nicht mitgeteilten Informationen könnten dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereitet werden. Darüber hinaus sind nicht mitgeteilte Erkenntnisse nach einer Rechtsvorschrift nicht mitteilbar.

Der Gesetzgeber hat die Pflicht des LfV Sachsen, eine Auskunftsverweigerung zu begründen, im Hinblick auf Geheimhaltungsbelange eingeschränkt. Die Pflicht reicht damit nicht so weit, dass die Gründe einer Ablehnung in einer

Hassanschrift Landssant für Verfassungsschut Sechsen Neutlicher Streile 10

www.verforeurgeos/tuticoachien.de

Non-Zugang für dettromisch zugnecht sonnt. Dr. verbaltbaseite dettromische Zoburserin.

Seite 1 von 2

020016548113

(90-)101110/97:00841440



Herrn Christian, dem Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, antwortete ich mit dem Schreiben vom 15.02.2021 auf folgender Seite, das leider unbeantwortet blieb! Ein Armutszeugnis für unsere Demokratie!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Behindertenpolitik

der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen z.Hd. Herrn Präsident Christian - persönlich -Neuländer Straße 60 01129 Dresden

Dresden, den 15.02.2021

Sehr geehrter Herr Präsident Christian,

im Zusammenhang mit der Verfassungsschutzaffäre um illegal erhobene Daten von AfD-Abgeordneten beantragte ich, Gudrun Petzold, direkt gewählte AfD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag und Abgeordnete im Nordsächsischen Kreistag, am 07.07.2020 gemäß § 9 Abs. 1 SächsVSG Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz zu meiner Person aktuell -vor etwaig geplanten Datenlöschungen- gespeicherten Daten (s. Anlage).

Mein Auskunftsersuchen vom 07.07.2020 wurde mir am 20.07.2020 vom Sachbearbeiter, Herrn Mittring, als "erhalten" bestätigt mit dem Hinweis, "dass auf Grund einer Vielzahl hier vorliegender Auskunftsanträge die Bearbeitung einige Zeit in Anspruch nehmen kann." (s. Anlage)

Am 09.10.2020 erhielt ich ein weiteres Schreiben von Ihrer Behörde, Ihrer behördlichen Datenschutzbeauftragten, Frau Panhans, mit demselben Hinweis, daß die Beantwortung meines Auskunftsersuchens noch einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Frau Panhaus bat mich freundlicherweise um Verständnis für die lange Bearbeitungszeit, welche ich auch nach fast 4 Monaten immer noch aufbrachte.

Nun endlich am 03.11.2020 kam der langversprochene Einschreibebrief vom Landesverfassungsschutz (s. Anlage) und ich fragte mich -dem ungewöhnlich langen Zeitraum der Bearbeitung geschuldet- beim Öffnen des Briefes, was dort wohl alles Interessantes drinstehen möge. Voller Neugierde las ich die Zeilen der "Feststellungen" des Landesamtes für Verfassungsschutz über meine Person und ich wollte meinen Augen nicht trauen, ob der dort zu Papier gebrachten Aussagen. Zweimal schaute ich ungläubig auf den Absender des Einschreibens und ich konnte es nicht fassen, was ich dort nach ca. viermonatiger Bearbeitungszeit von Ihren Mitarbeitern zu lesen fand.

Kurz zusammen gefaßt:

1. Ich wurde "für die Wahl zum Kreistag des Landkreises Nordsachsen am 26.05.2019 als Kandidatin für die Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) nominiert."



Gudrun Petzold
Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Meine Wählerstimmen -fast 5000 in meinem Wahlkreis- haben Ihre Mitarbeiter hoffentlich zur Kenntnis genommen!?

- 2. Ich gehöre seit "2019 zur AfD Fraktion des Sächsischen Landtages." Und hier hoffe ich, daß der Verfassungsschutz wohlwollend registriert hat, daß ich mit 33,3 % der Wählerschaft im Wahlkreis 36/Torgau-Oschatz, den langjährigen sächsischen Polizeipräsidenten (CDU – jetzt ausgetreten!) und ehemaligen Leipziger Polizeichef (in der SED-Diktatur: Mitglied der SED und Major der Volkspolizei!) in die Rente geschickt und damit die Demokratie in Sachsen gestärkt habe. Oder sind Sie anderer Meinung, Herr Christian!?
- 3. Ich stellte im Rahmen meiner parlamentarischen Tätigkeit im Sächsischen Landtag "mehrere" Kleine Anfragen.

Das ist ebenso zutreffend und es sind mittlerweile über 150 "Kleine Anfragen". Inhaltlich haben die meisten Anfragen die Senioren- und Behindertenpolitik zum Gegenstand. Daran ist verfassungsschutzrechtlich nichts zu beanstanden. Es handelt sich um eine Aufgabe der Opposition mit solchen "Kleinen Anfragen" die Arbeit der Regierung zu kontrollieren.

Natürlich frage ich mich jetzt, was diese Daten, die "die Spatzen von den Dächern pfeifen" und über diese sich Tausende Bürger in Nordsachsen freuen, in den Dateien oder in den Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz zu suchen haben?

Nach meiner Überzeugung steht die AfD auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Das ist für Jedermann, auch für den Verfassungsschutz, nachzulesen in unserem Parteiprogramm. Im Übrigen gewährt unsere freiheitlich demokratische Grundordnung das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, und sie gewährt auch das Recht der Ablösbarkeit einer Regierung, aber auch die Verantwortlichkeit dieser gegenüber der Volksvertretung. Noch gewähren die Grundsätze unseres Rechtsstaates den Bürgern, in freien Wahlen bestimmen zu können, WER ihre Interessen im Parlament vertritt - auch wenn die Entscheidung der Bürger wohl manchem nicht immer gefällt!

Nun, es kommt ja noch interessanter in diesem Schreiben:

Zu meinem großen Erstaunen teilte man mir noch mit, daß Ihre Mitarbeiter mir keine weiteren "Geheimnisse"/ "Informationen" zu meiner Person auf Grund § 9 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SächsVSG "verraten" dürfen, da sonst "dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereitet werden" könnten. Diesen Satz habe ich dreimal gelesen und mir natürlich die genannte Gesetzlichkeit dazu angeschaut - mir ist nur ein Kopfschütteln übriggeblieben. Ich frage mich, welche Informationen über meine Person dem Verfassungsschutz vorliegen, die bei Bekanntgabe die Bundesrepublik oder Sachsen zusammenbrechen lassen!? - Diese Aussage des Verfassungsschutzes kann ich nur als absurd, eigentlich widerwärtig bis niederträchtig und am Ende auch als lachhaft bezeichnen.



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Präsident, mit dem Schreiben Ihrer Behörde habe ich mich wieder in die Arbeiter- und Bauerndiktatur der DDR zurückversetzt gefühlt. Von der Gauck-Behörde erhielt ich nach der Wende meine Stasi- Unterlagen. Was ich da über mich von "meinem" IM "Adrenalin" zu lesen bekam, löste bei mir auch nur noch Kopfschütteln aus und wenn es nicht zum Weinen gewesen wäre (solche Berichte konnten das Ende der Existenz der beobachteten Person sowie deren gesamten Familie bedeuten!), man hätte über so viel zu Papier gebrachten Blödsinn nur lachen können.

Doch von DIESEN Zeiten haben Sie keine Ahnung, da haben Sie noch fleißig im "warmen" Westdeutschland studiert. - Bitte, das ist überhaupt kein Vorwurf. Ich will nur sagen, WIR, 70.000 Bürger und auch ich, haben 1989 an der Nicolaikirche in Leipzig vor den Gewehren der Stasi, der Bereitschaftspolizei und anderen Regimefreunden gestanden und wir wußten nicht ob geschossen wird oder nicht. Und sie haben an uns, auf Menschen abgerichteten Schäferhunde hochspringen lassen - die Arbeiter -und Bauern-Diktatur hat uns Bürgern ihre ganze grausame, häßliche Fratze gezeigt.

Doch allen Gefahren und Schikanen zum Trotz, haben wir uns unsere Demokratie mit Mut und Ausdauer erkämpft.

Gerade deshalb können auch Sie, sehr geehrter Herr Christian und Ihre Mitarbeiterschaft, schon seit langem auf ihren Posten, von der größtenteils von meiner Generation erkämpften Demokratie hier in Sachsen, wie auch in ganz Ostdeutschland profitieren, was ich ihnen allen von ganzen Herzen gönne.

Und ich habe in dieser, von uns 1989 so sehnlichst herbei gewünschten und erkämpften Demokratie jetzt endlich, mit fast 70 Jahren und nach 30jährigem politischen Engagement für Recht und Freiheit, die Ehre und das Glück, unserem Volk im Sächsischen Parlament dienen zu dürfen - auch wenn es vorerst nur in der Opposition ist.

Doch was ist nun passiert?

Jetzt ist es nicht mehr die Stasi auf deren Dateien man mich als "Konterrevolutionär" verewigt hat und -Gott sei Dank- kein IM "Adrenalin" schmiert mehr Blödsinn in menschenverachtende Akten. Nein, jetzt stehe ich in einer Datei einer demokratischen Behörde, die ich mir selbst erwünscht und erkämpft habe.

Was für ein nicht begreifbarer, eigenartiger Zustand! - Schlimm! - Nicht zu fassen!

Ich habe es immer als selbstverständlich erachtet, daß uns Ihr Amt vor Verfassungsfeinden schützt, doch leider hat Ihre Behörde nichts Besseres zu tun, als nun jene Bürger zu beobachten, die auch Ihr berufliches Dasein in unserer sächsischen Heimat vom Grunde her erst ermöglichten.

Gibt es nicht genug zu tun für den Verfassungsschutz, z.B. unsere Bürger vor "Gefährdern" zu schützen, die ihnen am helllichten Tag, mitten in der Stadt Dresden, Messer in den Rücken rammen und sie zu Tode bringen?



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276 E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Zu Ihrer Beruhigung, ich habe weder in der DDR-Diktatur noch jetzt, in unserer Demokratie, einen Sprengstoffgürtel am Körper, noch ein Messer in der Tasche getragen.

Ich bin eine politisch interessierte Christin und für mich gilt noch immer der Ruf: "Wir sind das VOLK"!

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Christian, noch sagen:

Behalten sie ihre "Geheimnisse" über die Person "Petzold" für sich, damit nicht noch unserem Land oder Bund "Schaden!" entsteht. Doch der Einfachheit halber biete ich Ihrem Amt an, daß bei weiterer "Beobachtung" meiner Person, Ihre Mitarbeiter getrost bei mir anrufen können (die Telefonnummer ist ja sicherlich bekannt) oder mich besuchen können, und dann werde ich diesen Herrschaften alle verfassungsschützende Fragen -auch gern bei einer Tasse Kaffee- beantworten. So bleibt diesen doch viel mehr Zeit für die ordnungsgemäße Beobachtung und Ermittlung der wahren Feinde unserer Verfassung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Danke, daß Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Mit besten Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Mitglied des Nordsächsischen Kreistages

PS: Außer den im Brief angeführten Anlagen füge ich Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme und für Ihre Akten weiteres Material zu meiner Person bei.

Im Übrigen, erlauben Sie mir bitte, Ihnen folgendes Buch zum besseren Verständnis meiner Zeilen zu empfehlen: "VORWÄRTS UND VERGESSEN!" Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur von Uwe Müller und Grit Hartmann.



VII. Kampf für die Pressefreiheit

Im Laufe meiner Abgeordnetentätigkeit habe ich der Presse fleißig zugearbeitet – leider ließen die Reaktionen oft genug zu wünschen übrig. Von 120 Pressemitteilungen, die ich an die Torgauer Zeitung gesandt hatte, wurden nur 52, nicht einmal die Hälfte, veröffentlicht. Von einer objektiven und regelmäßigen Berichterstattung über meine parlamentarische Arbeit und die Bürgerarbeit vor Ort konnte ich allenfalls träumen.

Auch die kritischen Nachfragen der Bürger, denen die Schieflage der Berichterstattung wohl auffiel, konnten daran nichts ändern. Während unter dem einstigen Chefredakteur Sebastian Stöber noch eine gewisse Ausgeglichenheit gegeben erschien, zeigt der seit Oktober 2021 als Chefredakteur tätige Nico Fliegner seine offene Abneigung gegenüber der AfD!

So fabulierte er über eine "Angst vor dem Rechtsruck" (siehe nebenstehenden Artikel), ein schönes Beispiel, wie man diese herbeischreiben und den Teufel an die Wand malen kann. Dieser unverschämte, pöbelhafte Beitrag brachte aus meiner Sicht das Faß zum Überlaufen!

Ich äußerte meine Bedenken gegenüber der Geschäftsführung der "TZ" (siehe folgende Briefe). Aber auch dem Linken-"Urgestein" Gregor Gysi schrieb ich aus anderem Anlass einen deutlichen Brief, inszenierte sich dieser doch in Torgau als Anwalt der Pressefreiheit! Schlicht absurd bei so viel DDR-Vergangenheit!!

Wir sind nach dem Schweigen der Mainstream-Presse mit eigenständiger Pressearbeit aktiv geworden und haben Wege gefunden, mit dem Bürger zu kommunizieren. Hierzu finden Sie als Beispiel meine ausführlichen Neujahrsgrüße der Jahre 2020 und 2021. Diese erreichten durch Verteilung rund 42.000 nordsächsische Bürger je Neujahrsgruß.

Über unsere gemeinsamen, von mir und MdB Bochmann gestalteten, monatlichen "Parlamentarischen Infobriefe", die Sie unter Pkt. IV/2. einsehen können, erreichte ich

TZ, 19.09,22

KOMMENTAR

Von Nico Fliegner

Die Angst vor dem Rechtsruck

m die SPD in Nordsachsen muss mar sich keine Sorgen machen: der Gene-rationenwechsel ist vollzogen, ein neuer Vurstand mit Vertretem a Sen Regionen am Start, junges Personal, das Ortsvereine wie den in Delitzsch führt. Außerdem erfrischende Jusos und ein aufstrebender Ortsverein Toegan, der viel Zuspruch erfährt. Was will man noch? Klar, bei Wahlen besser absetmeiden und mehr Monschen für die eigene Politik gewissen. Aber genau das wird die große Herausforderung in einer Zeit, die nicht einfach ist und wir erleben müssen, wie die Welt aus den Fagen ge riit. Das weifi die Kreis-SPD nur allzu gut. Da reicht schon der Blick auf die letzte Las wahl, bei der der eigene Kandidat roch hin-ter der Kandidatin der rechten Kleinstpartei Freie Sachsen lag. Die Angst vor dem Rechts ruck ist groß und umtreibt die Sozialdemokraten. Der neue Vorsitzende Stefan Lange hat deutlich gemacht, worauf es jetzt an-kommt: wieder mit Inhalten bei den Menschen punkten und weniger um eigene Personalien kreisen. Ein erster richtiger Ansatz. dem nun zwingend Taten folgen müssen. Das ist der schreierigem Geng im Gegenselz zu dem, den der pöbelnde mchte Mob auf der Struße geht. Der vermag nor eins zu können: mit den Angsten der Menschen spielen.

E-Mail: n.fliegner@lyz.de

zudem auch **ohne** die "Gunst" von Herrn Chefredakteur Fliegner viele interessierte Bürger im Landkreis Nordsachsen!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden Herrn Nico Fliegner Chefredakteur Torgauer Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Elbstraße 3 04860 Torgau

Dresden, den 24.08.2022

Ihre Berichterstattung zu AfD-Themen / Richtigstellung Ihrer Korrektur vom 30.07.22

Sehr geehrter Herr Fliegner,

seitdem Sie als Chefredakteur die "Torgauer Zeitung" betreuen, habe ich Ihnen insgesamt 51 Pressemitteilungen zukommen lassen. Darunter befassten sich 15 mit dem Thema "Corona" beziehungsweise "Corona-Impfung", 7 mit dem Ukraine-Krieg, zwei mit der Rentenpolitik, 4 mit dem Handwerk sowie der Landwirtschaft, 2 mit "5G" und der Errichtung von Funkmasten, 2 mit Behindertenpolitik, 2 mit Familien-Politik und 2 mit Energiepolitik. Hinzu kamen hierbei 12 Terminankündigungen.

Von jenen 49 Pressemitteilungen haben Sie leider insgesamt lediglich 17 veröffentlicht – diese oft als stark gekürzte, eine Spalte umfassende Randmeldung mit teils entstelltem Zusammenhang. Terminankündigungen zu unseren MdB-/ MdL-Sprechstunden finden sich inzwischen weder in der "Torgauer Zeitung" noch in der "Oschatzer Allgemeinen Zeitung", obwohl mein Pressereferent, Herr Schüller, diese mittlerweile auch an die von Ihrer Redaktion empfohlene E-Mail-Adresse termine.region@lvz.de geschickt hat! Eine vorherige, konkrete Nachfrage vom 13.05.22 per Mail an Sie blieb ja leider unbeantwortet – ebenso wie eine Nachricht und Nachfrage vom 16.03.22 zu Ihrer Kritik an meiner Pressemitteilung "Insolvenzen und Suizide steigen in Nordsachsen: Der Bürger leidet unter der Regierungspolitik!" vom 04.11.21! Diese abgehobene Ignoranz entspricht leider keinem guten Stil gegenüber einer direkt gewählten nordsächsischen Landtagsabgeordneten der wichtigsten Oppositionspartei im Landkreis!

Es bleibt Ihnen selbstverständlich unbenommen, als Redaktionsleiter über die Aufnahme von Pressemitteilungen und die Themenwahl zu entscheiden. Dies betrifft auch den ausführlichen Bericht über die Ausbildung des ehemaligen nordsächsischen Bundestagsabgeordneten Herrn Wendt zum Rettungssanitäter vom 18.02.22, das detaillierte Interview mit Herrn Wendt zu seinem geplanten Umzug nach Athen vom 03.03.22, den Hintergrundbericht zum Vorlesetag in der Arzberger Grundschule mit der nordsächsischen Bundestagsabgeordneten Frau Schenderlein vom 07.06.22 oder den Hinweis auf die Bürgersprechstunde von Frau



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AFD Erektion Senhann

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Schenderlein vom 22.06.22. Ich nehme diese Form der Berichterstattung zur Kenntnis, erlaube mir jedoch anzumerken, dass diese meines Erachtens leider keiner demokratischen Ausgewogenheit entspricht. In diesem größeren Zusammenhang ordne ich auch Ihren Twitter-Beitrag vom 25.09.17 zur damaligen Bundestagswahl mit dem Text "Bitter für Sachsen. AfD stärkste Kraft. Was läuft falsch in diesem Land? #Sachsen #BTWahl2017" ein. Aber vielleicht habe ich ja auch schlichtweg ein nicht dem heutigen "Haltungs-Journalismus" entsprechendes Verständnis von ausgewogener und seriöser Berichterstattung. Sollten Sie weiterhin der größten Oppositionspartei in Nordsachsen lediglich einen Nischenplatz in Ihrer Berichterstattung einräumen, bitte ich Sie darum, dies auch Ihren Lesern offen in Ihrer Zeitung mitzuteilen!

Des Weiteren erlaube ich mir aus gegebenem Anlass eine Richtigstellung Ihrer Korrektur vom 30.07.22. Sie schreiben darin: "Die AfD hat zwei Sitze im Stadtrat, alle anderen Parteien/ Vereinigungen bis auf die FDP haben mehr." Das entspricht leider nicht den Fakten. Nach den Torgauer Stadtratswahlen vom Mai 2019 standen den Parteien und Vereinigungen folgende Sitze zu:

- CDU: 7 Sitze (30,3 Prozent, 7.250 Wähler)
- AfD: 4 Sitze (18,2 Prozent, 4.356 Wähler)
- FWG: 4 Sitze (16,3 Prozent, 3.899 Wähler)
- SPD: 3 Sitze (14,6 Prozent, 3.507 Wähler)
- DIE LINKE: 3 Sitze (12,5 Prozent, 3.003 Wähler)
- FDP: 1 Sitz (8,1 Prozent, 1.934 Wähler)

"Torgau-TV" berichtete dazu richtigerweise am 27.05.19 ergänzend auf Facebook: "Die AfD hätte zwar laut Ergebnis 4 Sitze erhalten, hat aber nur zwei Kandidaten ins Rennen geschickt und deshalb können auch nur 2 Sitze in Anspruch genommen werden. Die beiden übrigen Sitze bleiben für die nächsten fünf Jahre unbesetzt, so dass der neue Stadtrat nur aus 20 statt 22 Mitgliedern bestehen wird." De facto stellt die AfD laut Wählervotum entsprechend also neben der FWG die zweitstärkste Kraft im Torgauer Stadtrat. Da sich unser AfD-Kreisverband damals im Aufbau befand, konnten wir leider nur zwei Kandidaten zur Stadtratswahl aufstellen. Ich kann Ihnen jedoch mitteilen, dass diese Aufbauarbeit nun abgeschlossen ist und wir wahrscheinlich nicht noch einmal in diese Verlegenheit kommen werden!

Diesbezüglich erwarte ich von Ihnen keine Korrektur, will Ihnen jedoch diesen Hinweis nachrichtlich zur Kenntnisnahme geben. Andernfalls müsste wohl unter Umständen auch noch eine Korrektur der Korrektur erfolgen! Die Bürger wissen schlussendlich selbst, dass Ihre Korrektur vom 30.07.22 nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht, wie ich aus Gesprächen mit Ihren Lesern erfahren habe.

Natürlich freue ich mich auch, wenn nicht im Stadtrat vertretene Parteien nun eng mit unserem neuen Torgauer Oberbürgermeister konstruktiv zusammenarbeiten wollen. Wie das umfangreiche Interview mit Frau Kurzweg, der GRÜNEN-Sprecherin im Landkreis Nordsachsen, vom 11.08.22 in Ihrer Zeitung zeigt, befinden sich nun auch die GRÜNEN mit ihren 12 Mitgliedern in der Region Torgau in "Aufbruchsstimmung". Frau Kurzwegs Idee eines Runden Tischs zur Energiepolitik lässt mich als gelernter DDR-Bürger an eine beliebte Redewendung denken: "Wenn man mal nicht mehr weiterweiß, bildet man 'nen



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Arbeitskreis..." Leider waren diese "Arbeitskreise" niemals erfolgreich! Wenigstens verschafft dieser mehr oder minder kreative Vorschlag den GRÜNEN, dank des ausführlichen Interviews in Ihrer Zeitung, breite Öffentlichkeit – mag diese Partei auch nicht einmal im Torgauer Stadtrat vertreten sein.

Erlauben Sie mir bitte, auch bezüglich der Berichterstattung zur Politik im Landkreis Nordsachsen, Ihnen einen kleinen Hinweis mit auf den Weg zu geben. Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende im Landkreis Nordsachsen, Herr Wittig, erklärte in Ihrer Zeitung, dass seine Partei noch vor der AfD die zweitstärkste Kraft im nordsächsischen Kreistag bleiben will. Auch das ist so nicht richtig, denn die SPD-Fraktion hat sich im Kreisrat mit den GRÜNEN zusammengeschlossen. Wenn sich die Sozialdemokraten als klarer Wahlverlierer (sogar noch 5 Prozent weniger im Vergleich zur vorherigen Kreistagswahl) mit einem grünen Junior-Partner verbünden, heißt das noch lange nicht, dass die SPD nun die zweitstärkste Kraft ist. Die Ergebnisse der Kreistagswahl vom Mai 2019 waren:

- CDU: 23 Sitze (28,9 Prozent, 76.607 Wähler)
- AfD: 16 Sitze (19,4 Prozent, 51.411 Wähler)
- SPD: 13 Sitze (15,9 Prozent, 42.056 Wähler)
- DIE LINKE: 8 Sitze (9,8 Prozent, 25.952 Wähler)
- FWG: 11 Sitze (13,7 Prozent, 36.266 Wähler)
- FDP: 4 Sitze (5,6 Prozent, 14.829 Wähler)
- GRÜNE: 4 Sitze (5,4 Prozent, 14.210 Wähler)
- NPD: 1 Sitz (1,3 Prozent, 3.493 Wähler)

Wie Sie aus dieser Übersicht leicht erkennen können, hat die SPD lediglich den dritten Platz bei der nordsächsischen Kreistagswahl 2019 errungen! Selbstverständlich entstammen die von Herrn Wittig geäußerten "Fake News" natürlich nicht Ihrer schwungvoll geführten Feder – eine redaktionelle Ergänzung hätte hier jedoch schnell Klarheit schaffen können! Ich erwarte keinerlei Korrektur, möchte aber gerne dieses kleine Missverständnis aus der Welt räumen und Ihnen somit Klarheit verschaffen. Ich hoffe zugleich, somit eine offenbar vorhandene Wissenslücke bezüglich der politischen Lage im Landkreis Nordsachsen schließen zu können.

Dieses Schreiben werde ich natürlich auch Ihren Geschäftsführern, Herrn Plaul und Herrn Steigert, zur Kenntnisnahme zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden Herrn Plaul und Herrn Steigert Geschäftsführer Torgauer Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Elbstraße 3 04860 Torgau

Offener Brief

Dresden, den 27.09.2022

Kommentar Ihres Chefredakteurs "Die Angst vor dem Rechtsruck" vom 19.09.22 / TZ

Sehr geehrter Herr Plaul, sehr geehrter Herr Steigert,

die Hälfte der Legislaturperiode, für die mich die nordsächsischen Wähler (61,4 Prozent) im Wahlkreis Torgau-Oschatz, insbesondere im Verbreitungsgebiet Ihrer Tageszeitung, mit 33,3 Prozent direkt in den Sächsischen Landtag gewählt haben, ist vorüber. Zugleich wurde Herr MdB Bochmann vor fast einem Jahr mit einem eindeutigen Stimmenanteil von 27,8 Prozent der Wähler (73,9 Prozent) mehrheitlich beauftragt, die Interessen der nordsächsischen Bürger im Deutschen Bundestag zu vertreten! Damit sind wir – ohne jeden Zweifel – die direkt vom Volk gewählten Abgeordneten in Berlin und Dresden, wie auch Ihnen bekannt sein dürfte!

Inzwischen werden wir jedoch fast jede Woche von den Bürgern gefragt, warum unser Engagement im Wahlkreis Torgau-Oschatz, in der sächsischen Landespolitik sowie im Landkreis Nordsachsen sowie in der Bundespolitik in den von Ihnen geführten Medien so gut wie keinen Widerhall findet. Ob nun an unserem wöchentlichen Infoständen in Torgau und Oschatz oder auch in den verschiedenen Bürgersprechstunden: Die Bürger vermissen – vor dem Hintergrund ihres klaren und eindeutigen Wählerauftrags an uns – eine angemessene und realistische Berichterstattung über unsere Arbeit!

Doch die Verwunderung vieler nordsächsischer Bürger dürfte nun noch größer sein: Denn anstatt die Bürger über die Aktivitäten ihrer AfD-Abgeordneten allseitig und korrekt zu informieren, übt sich Herr Fliegner, in der "Torgauer Zeitung" vom 19.09.2022, in Bürger- und Leserbeschimpfung. So werden die für ihre Rechte friedlich demonstrierenden Bürger, worunter sich auch zweifelsfrei Leser Ihrer Zeitung befinden, von Herrn Fliegner als "pöbelnder rechter Mob" gebrandmarkt!

Wir sind über diesen Kommentar zutiefst entsetzt und würden dies als Hetze und Hass bezeichnen! Das ist eines Chefredakteurs nicht würdig!

Hierbei schließen wir uns der Meinung des sächsischen Verfassungsschutzpräsidenten, Herrn Christian, an, dass Menschen, die aus "begründetem Anlass" für ihre Rechte auf die Straße gehen,



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

nicht vorverurteilt werden dürfen (siehe Interview/Verfassungsschutzpräsident in der TZ vom 26.09.22).

Übrigens, als ich 1989 mit vielen tausenden freiheitsliebenden Bürgern vor den Gewehren der Arbeiter- und Bauerndiktatur an der Leipziger Nikolaikirche stand und noch Schäferhunde auf uns gehetzt wurden, beleidigten uns ehemalige sozialistische Funktionäre auch als "... Ratten, die nun aus ihren Löchern gekrochen kommen...".

Und nun, 30 Jahre nach der Wende werden die Bürger schon wieder vorverurteilt und von Ihrem Chefredakteur als "pöbelnder rechter Mob" beleidigt und beschimpft!

Das ist für uns nicht hinnehmbar! Diese Art der Verunglimpfung der Bürger ist auch dem sächsischen Verfassungsschutz-Präsidenten zuwider und er warnt vor pauschaler Kritik! Diesen Aussagen schließen wir uns ganz energisch an! Denn nun gibt es für die Bürger wieder einen "begründeten Anlass", um friedlich für ihre Lebensgrundlage zu demonstrieren. Um mit den Worten des Verfassungsschutz-Präsidenten zu sprechen: "Sie sorgen sich, wovon sie die Miete, die Energierechnung und die Lebensmittel bezahlen sollen. Das sind existenzielle Fragen."

Im Übrigen geht nicht nur der "rechte Mob", sondern auch der "linke Mob" – um in der Sprache Ihres Mitarbeiters zu bleiben – auf die Straße. Denn angesichts eines drohenden, für viele Bürger teuren und kalten Winters mit mangelhafter oder überteuerter Energieversorgung ist es den meisten Menschen völlig egal, ob sie "rechts" oder "links" sind.

Schließlich äußert auch die linke Bundestagsabgeordnete Sarah Wagenknecht klare Kritik an der aktuellen Energiepolitik und tritt – ebenso wie die AfD – für Frieden zwischen den Völkern, ein Ende der Russland-Sanktionen, Energiesicherheit und eine Inbetriebnahme von "Nord Stream 2" ein! Oder ist das Herrn Fliegner verborgen geblieben? Ist er etwa auf dem linken Auge blind? Wo hat Herr Fliegner eigentlich den "pöbelnden rechten Mob" gesehen?

Des Weiteren erlauben wir uns, Ihrem Chefredakteur zu raten, sich einmal dem Grundgesetz zuzuwenden, in dem allen Bürgern in Artikel 8 Demonstrationsfreiheit zugesichert wird. Das gilt natürlich auch für den vermeintlich "pöbelnden rechten Mob" ebenso wie für "pöbelnden linken Mob"!

Im Übrigen ist die Zuordnung als politisch rechtsstehend keineswegs anstößig, wie ein Blick auf die Seite der "Bundeszentrale für politische Bildung" zeigt:

"Als rechtskonservativ sind Organisationen oder Gruppierungen zu bezeichnen, die über keinerlei Affinitäten zum völkischen Nationalismus verfügen und sich weder gegen Grundprinzipien der Demokratie noch gegen die bestehende Verfassungsordnung richten. Sie setzen sich für die Betonung bzw. Stärkung von konservativen Werten, also für einen starken Staat, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein ..."¹

Den Bürgern, die mit großer Sorge auf die kommenden Strom- und Gasrechnungen blicken, ist es völlig gleich, ob sich rechte Politiker oder linke Politiker für ihre Belange einsetzen und vielleicht ist es ja auch Herrn Fliegner entgangen, dass nicht jeder Bürger seine Gas- und Stromrechnungen mit einem Chefredakteurs-Gehalt bestreiten kann!

Nach solcherlei Kommentaren dürfte so mancher Ihrer Leser, zur Deckung seiner zukünftigen Gasund Stromkosten, stattdessen lieber auf ein Abo der "Torgauer Zeitung" verzichten!

Hinzu kommt, dass Herr Fliegner seine Leser unvollständig informiert: Unsere Pressemitteilungen sowie die Terminankündigungen zu unseren MdB-/ MdL-Sprechstunden werden inzwischen in der "Torgauer Zeitung" und der "Oschatzer Allgemeinen Zeitung", der Herr Fliegner ebenfalls als Chefredakteur vorsteht, kaum noch veröffentlicht. Meine dahingehende Nachfrage vom 13.05.22 an Herrn Fliegner blieb leider unbeantwortet – ebenso wie eine Anfrage vom 16.03.22 zu einer Kritik

¹ Siehe https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/230035/der-rechte-rand-des-politischen-systems-der-bundesrepublik/, Stand vom 27.09.22



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Ihres Chefredakteurs an meiner Pressemitteilung "Insolvenzen und Suizide steigen in Nordsachsen: Der Bürger leidet unter der Regierungspolitik!" vom 04.11.21!

Diese Arbeitsweise widerspricht nicht nur dem konstruktiven und höflichen Miteinander, sondern ignoriert auch den Willen der nordsächsischen Wähler.

Herr Fliegner interessiert scheinbar dieser Wählerwille nicht, er tritt diesen hingegen, durch seine primitive Wortwahl, meines Erachtens auch noch leichtfertig mit Füßen!

Aber selbstverständlich bleibt es Ihrem Chefredakteur unbenommen, als Redaktionsleiter über die Berücksichtigung und Verarbeitung von Pressemitteilungen und die Themenwahl frei und unabhängig zu entscheiden, denn wir beachten schließlich das Grundgesetz entsprechend Artikel 5!

Trotz alledem lässt uns doch oft so einiges an der politischen Neutralität und der Einhaltung der journalistischen Sorgfaltspflicht bei Herrn Fliegner zweifeln, beispielsweise seine unvollständige Korrektur zu den AfD-Sitzen im Torgauer Stadtrat vom 30.07.22 oder sein Interview mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden im nordsächsischen Kreistag, Herrn Wittig, vom 06.08.22 sowie die dort benannte, vermeintliche Fraktionsstärke der SPD. Zusätzlich bestärkt werden diese Zweifel durch Herrn Fliegners Twitter-Beitrag vom 25.09.17 zur damaligen Bundestagswahl: "Bitter für Sachsen. AfD stärkste Kraft. Was läuft falsch in diesem Land? #Sachsen #BTWahl2017".

Sollten Sie der größten Oppositionspartei in Nordsachsen tatsächlich lediglich einen Nischenplatz in Ihrer "haltungsjournalistischen" Berichterstattung einräumen, bitten wir Sie, dies auch den Lesern Ihrer Zeitung offen und klar zu kommunizieren!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag Mitglied im Deutschen Bundestag
Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Verteiler:

TZ-Chefredakteur, Herr Fliegner Verschiedene regionale und überregionale Medien AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden Herrn Plaul und Herrn Steigert Geschäftsführer Torgauer Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Elbstraße 3 04860 Torgau

Offener Brief

Dresden, den 27.10.2022

Unser "Offener Brief" vom 27.09.22 / TZ

Sehr geehrter Herr Plaul, sehr geehrter Herr Steigert,

vor einem Monat haben wir uns an Sie mittels eines "Offenen Briefs" gewandt. Gegenstand war der Kommentar Ihres TZ-Chefredakteurs, Herrn Fliegner, vom 19.09.22 mit dem Titel "Die Angst vor dem Rechtsruck".

Leider haben Sie nicht auf unser Ansinnen reagiert.

Dabei hätten wir Ihnen gerne wie folgt geantwortet:

"Sehr geehrter Herr Plaul, sehr geehrter Herr Steigert,

hiermit möchten wir uns bei Ihnen für Ihre Antwort bedanken.

Wir freuen uns, dass wir zukünftig gemeinsam eine konstruktive Form der Zusammenarbeit, im Sinne journalistischer Objektivität und Ausgewogenheit, finden können.

Damit sind wir auch zu der Überzeugung gelangt, dass Bürgernähe, sorgfältige Berichterstattung und journalistische Berufsehre für Sie keine hohlen Phrasen, sondern gelebter Alltag sind.

Insbesondere sind wir der Meinung, dass die Bürger, die uns mit Mehrheit direkt in den Land- und Bundestag gewählt haben, Ihre Achtung und Ihren Respekt gegenüber dem Bürgerwillen honorieren und uns zukünftig in Ihrer Zeitung auch nicht mehr vermissen werden!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

René Bochmann Mitglied im Deutschen Bundestag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag"



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Leider kam es zu keiner Antwort Ihrerseits.

Doch wie sagt der Volksmund: "Keine Antwort ist auch eine Antwort." Insofern wissen wir Ihr Schweigen sehr gut zu werten.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag René Bochmann

Mitglied im Deutschen Bundestag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Verteiler:

TZ-Chefredakteur, Herr Fliegner AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag Chefredakteur der Jungen Freiheit, Herr Stein Webseite Facebook 12. Parlamentarischer Infobrief

Morting 27, Märg 2023 Torque

Gysi sorgt für Pressefreiheit





Seitdem die TZ Kritik an Victoria Troka übte, haben es Presseleute in der Elbestadt schwer. Die Geschäftsführerin von Torgau Kultur tritt in Gutsherrenmanier auf, erteilt "bösen Journalisten" gerne mal eine Abführ. Am Freitag traf es den Redakteur, der über die Lesung mit Gregor Gysi berichten wollte. Trotz Presseausweis und üblicher Legitimation war am Einlass für ihn Schluss. Troka wollte zeigen, wer im Kulturhaus das Sagen hat. Vielleicht noch Nachwirkungen eines Artikels vom November? Damals hatte eine TZ-Redakteurin den Stil der Chefin von Torgau Kultur und ihren zweifelhaften Umgang mit der Öffentlichkeit angeprangert. Vorausgegangen war ein Interview des Oberbürgermeisters mit Aussagen, dass die Kulturhaus-Geschäftsführerin wohl berufliche Wechselabsichten hegt. Am Freitag gab es zum Glück ein Happy End: Der privat anwesende OBM Henrik Simon und der etwas später eintreffende Gregor Gysi machten sich dafür stark, dass der Medienvertreter doch noch Einlass fand. In der heutigen Zeit eigentlich ein Unding, Falls Troka einen privaten Rachefeldzug fährt, sollte sie sich im Klaren sein, dass Pressefreiheit ein hohes Gut ist. Wer die Arbeit von Journalisten behindert, begibt sich auf dünnes Eis. Am Ende schadet sie aber in erster Linie jenen Menschen, die gerne etwas über Veranstaltungen und prominente Künstler im "Kreisi" lesen und erfahren wollen.

Aufgrund meiner Misere mit der regionalen Presse fand ich es sehr "spaßig", dass dagegen der LINKEN-

Bundestagsabgeordnete, Herr Gysi, am 27.03.2023 in der "TZ" als Kämpfer für Pressefreiheit hochgejubelt wurde (siehe nebenstehenden Artikel)! Das veranlasste mich, mein "Leiden" Herrn Gysi kundzutun und bat ihm um konstruktive Mithilfe um die Meinungsfreiheit in der heutigen Demokratie durchzusetzen. Leider ist Herr Gysi nicht auf meinen ironischen Seitenhieb zum Thema "Presse" eingegangen.

Zumindest war mir die Kontaktaufnahme zu Herrn Gysi der Spaß wert!



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und Sprecherin für Behindertenpolitik der AfD-Fraktion Sachsen Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276

E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Gudrun Petzold, MdL | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Herrn Gregor Gysi, MdB Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin

Dresden, den 31.03.2023

Ihr Einsatz für die Pressefreiheit zu Ihrer Lesung in Torgau am 24.03.2022 / Bericht der "Torgauer Zeitung" dazu vom 25.03.2022

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Gysi,

mit großer Aufmerksamkeit und einem Schmunzeln konnte ich der "Torgauer Zeitung" (TZ) vom 27.03.2023 entnehmen, dass Sie sich vehement und erfolgreich für die "Pressefreiheit" dieser Zeitung eingesetzt haben. Unter Einsatz Ihrer großen persönlichen Autorität haben Sie dem TZ-Journalisten den Zugang zu Ihrer Veranstaltung ermöglicht, wie dem Artikel "Gysi sorgt für Pressefreiheit" vom 24.03.23 zu entnehmen war (siehe Anlage).

In meiner langjährigen politischen Laufbahn, seit 1989 bis heute, wäre ich zu gerne Zeuge dieses "historischen Augenblicks" gewesen. Oft habe ich diesen Einsatz von Ihnen für die Gewährleistung dieses elementaren Grundrechts der Pressefreiheit in Deutschland vermisst; aber noch viel mehr Ihren Einsatz zu DDR-Zeiten. Und wenn ich mich nicht täusche, gehörte dies auch nicht zu den Schwerpunkten Ihrer politischen Arbeit im Sozialismus!

Doch gebe ich Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass die Zeit der Arbeiter- und Bauerndiktatur nun weit zurückliegt. Aber die Unwissenheit und Unbedarftheit junger Journalisten – die in dem o.g. Kommentar zum Ausdruck kommt – verdeutlicht mir, dass diese sozialistische Diktatur, die wir beide gemeinsam erlebt haben – Sie wollten, ich musste! –, nicht in Vergessenheit geraten darf.

Man kann vieles verzeihen, aber dieser oben genannte Pressekommentar zeigt uns, dass die Aufklärung der jungen Menschen über die dunkle sozialistische Zeit in Deutschland weiterhin dringend erforderlich ist.

Es liegt mir in diesen Zeiten fern, mit Ihnen in einen "Klassen"-Kampf zu treten, zumal ich Ihre Kollegin, Frau Sahra Wagenknecht, für ihre Klugheit, ihre Standfestigkeit und ihre Tatkraft schätze. Leider wird an manchen ihrer Aussagen ersichtlich, dass ihr Herz immer noch für die sozialistische Idee schlägt – Gott sei Dank musste auch sie nie die Repressalien des realen Sozialismus in der DDR erleiden.

Seite 1 von 2



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages
Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Telefon +49 351 493 4276
E-Mail gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Sehr geehrter Herr Gysi, spaßeshalber würde ich Sie nun mal bitten, Ihre Autorität und Ihre in Torgau entfachte Motivation, sich als Gewissen der Ostdeutschen für die Grundrechte im jetzigen, demokratischen Deutschland einzusetzen, ausnahmsweise auch mal für mich nutzen zu dürfen:

Da ich als direkt gewählte nordsächsische Landtagsabgeordnete (33 %) leider nicht in den Genuss einer derart fairen und wohlwollenden Berichterstattung durch jene vorgenannte "Torgauer Zeitung" komme, kann ich von einer objektiven, regelmäßigen Berichterstattung über meine parlamentarische Arbeit und die Arbeit mit den Bürgern nur träumen! Die meisten meiner Pressemitteilungen werden gar nicht oder unvollständig wiedergegeben und nach Klagen meinerseits herrscht nun völliges Schweigen hinsichtlich der hochgelobten Meinungsund Pressefreiheit (s. Anlage/ Schr. v. 27.09.22 an TZ-Geschäftsführung). Damit bin ich gekonnt und gewollt von der öffentlichen Debatte in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz für 33 Prozent meiner Wähler und auch der Nichtwähler medial ausgeschlossen.

Würden Sie das Totschweigen meiner parlamentarischen Arbeit in der TZ als Einschränkung der Meinungsfreiheit und als bösartigen Missbrauch der Pressefreiheit bezeichnen? Werden damit nicht auch die Bürger - die mich ständig fragen, warum ich in der Presse nicht erscheine – von dem demokratischen Willensbildungsprozess sträflich ausgeschlossen?

Wäre das nicht eine gute Gelegenheit, ein gemeinsames parteiübergreifendes Bündnis für die Meinungs- und Pressefreiheit in unserem deutschen Vaterland zu schmieden?

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

Anlage

- (1) Kommentar "Gysi sorgt für Pressefreiheit"/ TZ v. 27.03.2023
- (2) Offener Brief an die TZ-Geschäftsführung vom 27.09.2022
- (3) Offener Brief an die TZ-Geschäftsführung vom 27.10.2022

Verteiler

Torgauer Zeitung



Neujahrsgruß

Sehr geehrte Bürger Nordsachsens,

zum Jahresbeginn 2020 möchte ich Ihnen von Herzen Gesundheit, Gläck, Schaffenskraft und viel Erfolg in finer töglichen Arbeit wünschen.

Hoben Sie weiterlin Mut, die Probleme zu erkannen, in welche die Allporteien unser schönes Sachsen in 30 Johren Regierungsverontwortung hinem monowriert hoben.

Six, werte Bürger, haben eindeutig om 01.09.2019 mit Ihren Wohlentimmen von co. 30% für die AID, der CDU den Partner für die Bildung der Koolition gezeigt.

eine Koalition aus Parteien, die 5ie zu über 90% nicht walten

Herr Kristschmer besitzt die Unverfrorenheit, Bries sochsischen Wöhlerwillen zu ignorieren und fordert Sie zun in seiner Neujahrsrede auf, Mut zu zeigen, sein zusammengemodes Dresdner Allerlei "zwersichtlich, stark und wähligemut", zu schlucken, während er selbst röcht einen Cent Mut aufbringt, mit der vom Volk gewünschen und denvokratisch gewählten zweit starkaten Fartel, der Alternative für Deutschland, zu reden, geschweige denn zu regieren. Das ist eine Zumutung, Bevarmundung und Nichtachtung der Burger zugleich



Die Sürger Nordbachsens können somit in nur einem Punkt der Neujahrsansprache, dem Ministerpräsidenten zustimmen.

Die Stootsregierung auf - wie versprachen - sehr alt auf das Land zu den Bürgern gehen und Augen und Ohnen weit aufsperren für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung. Die Regienungskoolition vogt hier eine schwere Verantwortung, um so mehr, als die führende Partei, die CDU, viele derzeitige Missatünde in den letzten Jahren Fres Handels- oder besser Nichthandelns-veranocht hat.

Da waren zum Beispiel:

 Die ständig anwachsende Erwerbs-Armut und die damit vorprogrammierte Allensamut.
 In Sochsen ist bereits jeder Fünfte von Armut betroffen, om störksten hiervon sind Erwerbslöse und Alleinergiehende und ihm Kinden. Das Armutertalko für Senioren ist von 9% in 2009 auf 11,6% 2018 gestinger

Bei meinem Besuch in der Talel Torgas am 02:01 2020 erklane mir fran Helga Way, Gründungsmitglied der Talel und seit 2008 ehrenamtli-

the Schutzmeistern, dass ein. Zuwechs von bedürftigen Kentnern von 18 % im unserem Loodkies, in 2018 zu verzeichnen war. Die Talef in Tongau suchen wächenflich bis zu 2200 Bedürftige, vom Jugendlichen bis zum Rintner, auf. Dien ehrenamflichen Hellern unser Führung von Frau Woy, konnte ich für ihre Arbeit große Achtung und Respekt enweisen und mich auch im Nomen unseres AID Kreisverbandes herzlichst für den unermüdlichen sozialen Linsatz bedanken.

kih werde insbesondere diese Tofel während meiner Abgeordisstentatigkeit aufmerksom begleiten und unterstaten soweit es mit möglich ist, z. 21. sind die mangeinden Arbeitslotthe das Frahlem.

Uns Politikern aller Parkien sallte klar sein, dass - hotz all dem graßen, sehr anerkennene-werten Engagement der Neifligen ehrenamlichen Helfer - die Talelin die Armut nur landem kännen, doch as entlässt dieses, aus der Natheraus geborene gesellschaftliche Engagement, den Staat und uns Politiker, nicht aus der Veramwortung für die Armutsbekömpfung.

Er fehlt nicht an Erkenrenissen über Armië, sondern an gesetzlichem Handeln

Wir als Oppositionsportet, wenten diese Stuttion nicht aus den Augen verlenen und gezielle Forderungen und Anfragen un die neue Regie-

* Inflation und Niegativzinsen verzingern kantinulerlich die Guthaben unseest Bürger und nicht nur die Spareinlagen schneitzen dahlin wie Schnae in der Sonne, sondam zuch die Rücklagen der zöötlichen Rösterwersicherung – ein dappeltes Drume

So must bis 2021 life Deutsche Renterversicherung 329 Millionen Euro Negothstinsen zohlen. Mit diesem Geld könnten fod 400.000 monafliche Grundreiten zu je 880 Euro finanziert werden.

Cogslegte Konzepte der ATCFroiction im söchsischen Landtag für ein würdiges Leben unseier Senemen werden ignoriert

Und "Wir brauchen einen Geist, etwas zu ernöglichen und nicht zu verhindern." dann verhindem Sie, Heir Ministerpitasident, doch bitte micht die guten Idean der starken Opposition.

- Die katastrophole füldungspolitik in Sochsen liegt mit einem Anteil von 50,6 % unzureichend qualifizierter "Lehrer Quentinsteiger" bei allen Bundesländern an erster Stelle; noch vor Berlint - In Bayern und im Soarland beträgt der Prazentsatz Nivil.
- Der Deutsche Lehrerverband spricht von einem "... Verbrechen an den Kindem
- Doch unser Ministerpräsident lehrt weiter konsequent die Zusammenarbeit mit der AID trotz Volkes Wille ab.
- ich die Linke bleibt außen vort Für die hochchristliche Union ist die "Zusommenorbeit mit beiden Purteien unmdglich"
- Viel wichtiger ist dieser Union das "Eischeinungsbäd der Kaalition" und wie sie ihr "Prafil", welches sie schan lange nicht mehr hat, wahren kann. So aber wird Herr Kretschmer keinesfalls Verantwortung für das Ganze tragen kannen.
- Statt der vielgepriesenen "Kenia-Kaaliton" ein zukunftsweisendes Profit zu geben, wird schon jetzt die falsche Richtung vorgegeben. Statt ökonomischer Vemunit mit sozialer Leistungsfähigkeit zu verbinden, so die Forderung der AID, setzt die Regierung auf planwirtschaftliche Vorgoben für die zwei wichtigsten Branchen in Sochsen, die Auto- und Energieindustrie.
- Der Verlust tousender Arbeitsplätze ist schon jetzt Replitat und dies wird sich auch in der nachsten Zeit, trotz mussiv Innaziell unterstützter so
- . Nun wird auch der Wunsch des Ministerpräsidenten an sein Valk verständlicher, "...mit Mut auf das zulzufgehen, was das Leben als Überroschung bereithalt."!
- Die Überraschung wird wahl mehr Herm Kretschmet und seine "Dreudner Allerlei-Kaalition" treffen, denn die Bürger werden nicht unendlich lang und viel Zumutungen und Bevarmundungen ertragen können.
- Jedoch war welen Bürgern schan länger klar, was auf sie zukommt und sie wählten deshalb bewusst die AID mit hast 30%.
- Auch wenn wir auf der "Oppositionsbank" sitzen, werden wir uns für die Sorgen und Note der Bürger selbevorständlich vorantworflich füh ches Parteiengezank wird meines Erachtens in der nächsten Zeit fehl am Matz sein und wenn es der Sache nitzt, werde ich auch bereit sein, im Parteienbündnis für das Wohl unserer Bürger in Nordsachsen zu streiten.
- Nun möchte ich als letztes feststellen, dass wir Nordsochsen auf eine ganz besondere "Mutprobe" durch die Regierung im Bündnis mit der Mobiliurklobby, gestell werden.
- In Kollitach wird seit 2019 das großte 5G Experimentierfeld Europas mit 2000 km² aufgebaut und ab Februar 2020 betrieben. Sehr bedauerlich, dass der Burgem erst am 22.01.2020 dieses unfongreiche und heilde Projekt erlautert werden sall, abwohl schon viele Gelder gellice-sen sind und Maßnahmen diesbezüglich erfoligten.
- Werte Bürger, in meiner Verantwortung als Thie direkt gewählte Abgeordriete für den Sachslachen Landtag, aber auch als Ihne, mit großer Stimmenanzahl gewählte Kreisrätin, zehe ich mich dringend veranlasst. Sie auf die gesundheitsschädigenden Gefohren der SG-Mabilluridochnologia aufmerksam zu machen.
- Auch auf die Gefahr hin, dazu die CDU mich hier wieder als "Buhmann" bertielt, der Brien Angel einflößen möchte, bitte ich Sie sehr, sich selbst mit den Gelahren der Mikrowellenbestrahlung auseinander zu setzen.
- Niemand sollte später sagen, auch die AID hat die Gefohren der 5G Technologie verschwiegen; keiner hat uns was gewagt!
- Es warnen auch das Bundesamt für Strahlenschutz und der Europarat. Ausdrücklich warnen von Zuen eigenen Produkten der Handy-Produzent Apple sowie die Telekom
- Die Weltgesundheitsorganisation hat bereits 2012 die elektromagnetische Strahlung als patentiell krebserregend eingestult und über 180 Arzte und Wissenschaftler aus 35 Landem haben eine Petition an diese unterzeichnet, workt sie einen Ausbaustapp der SG-Technologie forderry solange die Gesundheitsrisilien nicht geklart sind.
- Wir wollen nicht den Fortschritt verhändem, ober einen Fortschritt auf Kasten der Gesundheit der Bevollenung.
- Aufklorung, Ehrlichkeit und Trompomnz sind ongesagt!

Werte Bürger, cuch von der "Oppositionsbonk" werde ich all mene Kroft für he Wohl einestzen. Gehan wir gemainzum für ein wirtschaftlich und sozial starkes Nordsachsen die nächsten Schritte in das Jahr 2020.

Ihre AID-Abgeordnete Gudrun Petzold Witglied in Socharcher landing

Mitglied in Knistup Newbochion



WEIHNACHTSANGEBOT FÜR DIE CDU

Es gibt doch schwer zu denken, wenn sich gleich zwei "Schwergewichte" der CDU Nordsochsen aufgeregt und mit übler Nochrede gegen eine berechtigte Kritik ihrer politischen Konkurrentin der AID am Funknetzausbau, insbesondere der 5G-TEO-IN-OLOGIE, positionieren

Frau Dr. Schenderlein (schode, dass Sie keine Medizinerin sind!) und Herr Wendt, ich bitte Sie, sich schnellstens um Klartheit über die gesundheits schädigenden Auswirkungen der Mobilfunktechnologie, inklusive "5G", zu bemühen.

Nicht nur das Bundesomt für Stahlenschutz (2018) und der Europarat (2011) warnen vor dem gelährlichen Elektrasmag, auch selbst der Handy-Fraduzent Apple (https://11 p. de/apple mobillunk) und die Telekom (https://11 p. de/telekom mobillunk) warmen vor ihren eigenen Fradukten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat bereits 2012 die elektromagnetische Strohlung als potentiell krebserregend eingestult und über 180 Arzie und Wissenschaftler aus 35 Ländern haben eine Petition an diese unterzeichnet, worin sie einen Ausbaustopp der 5G-Technologie kindern, solange die Gesundheitsrisiken nicht geklart sind.

solarge die Gesundheitunisken nicht geklant sind.

Auch deutsche Anztereningungen/ digitale Medien Stuttgart haben sich mit einem "Offenen Brief" zu dokumenterten Schäden durch Mobillunk an Minister A. Scheuer gewandt (https://raum.und.ceit.com/cmm/uplaad/topaktuell/Umweltarzte_Offenen Scheiden Minister Scheuer pdf). wie können die beiden CDU Abgeordneten, Frau Dr. Schenderfein und Herr Wendt, behaupten, "dass von den bisherigen und künftigen Sendemasten für 4G und 5G keine gesundheitlichen Gefohren ausgehen." ist das blaße Unwissenheit oder Lüge oder Volkoverdumnung IFI Zu der Behauptung von Frau Dr. Schenderfein, des Schutzes der Bürger durch unterschrittene Grenzwerte, machte ich mit der Aussage eines Fochevperten antworten: Nach Prof. Dr. Ing. A. H. Vogler. Honororprofessor der RWTH Achen, ist die Behauptung einer Schutzwikung (der Grenzwerte) als "wissenschaftliche Fabschinformation anzusehen. Dies empricht sochlich allen Merkmalen des Beitrags und schäden grobfahfdesig bis obsichtlich Gefahrdung und Körperverfetzung ein."

Prof. Dr. Barrie Trower, Kern- und Abergehaufer und bestachen Wissenschaftet, erklärt in einem Interview. In Rem Land Deutschland, werde

Frof. Dr. Barrie Trower, Kern- und Atomphysiker und britischer Mikrowellenspezialist, erklart in einem Interview: " In Brem Land Deutschland, werde ich garantieren und es ist eine Tatsache [...] dass in chei Generationen, wenn Sie nicht fun, nur eines von acht finer Kinder erwarten kann, dass es gesund geboren wird! [...] Die anderen sieben van acht werden entweder tot sein oder eine genetische Krankheit haben. Das ist veröffertlicht?"

Wenn Experten women, dass "50 der schwerwiegendste Eingriff des Menschen in die Natur in der gesamten Menschheitigeschichte" ist, sollten sich Volksvertreter benühen, das Volk aufzuklönen über beide Seiten der Medaille von Furikwellenbestrahlung und nicht nur die prolitioble "Schokoloderseite" den tells noch unwissenden Bürger "schnadikalt" mochen. Ehrlichkeit und Transponenz sind gefragt!

Auf Hetze gegen Andersdenkende und wissende fallen die Bürger nicht mehr heren, denn die Glaubwürdigkeit der CDU hat in 30 Jahren Regienngsmacht außersordenklich gelitten. Außerdem bin ich der Meinung, dass dem Volksswillen endlich Genüge geton werden sollte, wenigstens hier in Nordsachsen, denn von 60% Wohlbenstigten om 01.09.2019 haben sich co. 30% für die CDU entschieden, aber auch co. 30% für die AB; was beiffe. Paul ersch vonenzentill" was heiffit; Rouft euch zusammen!!!"

Ich kordere hiermit die beiden CCU-Abgeordneten, Frau Dr. Schenderfeit und Herrn Wendt, zu einem gemeinsamen Hondeln auf, im Auf und Ausbau dieser zukunflaträchtigen, aber auch massiv gesundheitigefahrdenden Technologie. Einfichkeit und wissenschaftlich begründete Aufklärung unsens flünger, besonders himschilich des größten Experimentierfeldes Europas in Nordsachsen-Tflotprojekt Kollitisch", sind angesagt!
Diese, der Größe des Frojektes angepasste Zusammenarbeit, wärse dach mal ein postives, weitmachtlich hiedliches politisches "Funksigsel" an die flünger unsens Landkreises. Hetze ist unangebracht und die Bürger koben längt die "Nase voll" davan!

Worte Volksvertreter der CDU, ich bitte um ein Gesproch. - TRAUEN SIE SICH! Es let dringend notwendig!

Werte Birger, erlauben Sie mir, auch Sie aufzufordem nicht still zuzuschauen, wenn es um Nee Zukunft und um die Zukunft Biese Kinder und Enkel-

kinder geht.
Machen Sie sich kundig, vor allem im Internet; warten Sie nicht auf Kundhank und Fernsehen...!
Schauem Sie rein in Bürgerbewegungen (z.B. Madellebott Damistodt: www.buergerinistative-bergstrasse.de/damistodt) oder teten Sie in Komakt
mit Herrn Prof. Klaus Buchner, Abgeordneter des europäischen Farlamentes/Physiker, von der Ökologischen Demokratischen Partei (www.klaus-buchner et/nachtlank etrahlung und www.mahilfunksbermodem.de ()
jetzt haben wir nacht die Möglichkeit, durch songlabige Flanung der Funknetze- und niemand muss auf sein Handy verzichten! - auf moderne und etrahlungserne Technologien umzweigen, auch wenn as nehr liester, dach übes sollte uns unsere Gesandheit wert sein!

Werte Bürger, absolutebend mochte ich Einen nachmals versichem, dass ich in meiner Abgeardnetentatigkeit nur für Ein Wohl kamplen werde. Es går beinen Grund für mich. Sie weder zu verängstigen, noch ihnen die Unwahrheit zu augen. "Norurflicht, Sazial, Regional, Volkseerhunden" – danzuf können Sie sich verkassen!

Und ich weiß, does Sie mir vertrouen!

Milleinem Zitut von Henn Frof. Klaus Buchner/Chologisch Demokratische Portei und EU-Purksmerturier (s.n.) mochte ich enden "Die Bürger haben ein Kecht auf Unversehrfteit. Deshalb müssen wir für eine vertröglichere Technologie zorgen. Die Gesundheitsvorsorge muss-absoluten Vormang vor den Interessen und dem Frofit der Indumie haben."

All in Nordsochum wonsche ich eine hohe und friedliche Weihnocht vowle einen guten Stort ins Neue John.



Neujahrsgruß

Sehr geehrte Bürger Nordsachsens,

es begt mir sehr am Herzen, Ihnen zu Beginn des Jahres 2021 wieder einen Noujahrigruß mit den besten Wünschen für Erfolg und Gesundheit zu senden. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen viele Wirtschaftstreibende und Arbeitnehmer unter der erdrückenden Last der Maßnahmen der Regierung - mit oder ohne Corona - leiden und finnen die Luft zum atmen nehmen, mochte ich Ihnen vorbunden sein mit all meinen zur Verfügung stehenden Kräften.

Zu Beginn meines Neusahrsgrußes möchte ich vor allem denjenigen meinen Dank aussprechen, die wahrend der langen Coronokrise in den Gesundheitseinrichtungen. Pflegeheimen und auch im nordsächsischen Gesundheitsamt Außerordentliches gefeistet haben und nach leisten - und werte Bürger, durch meine 25 jahrige Tatigkeit im Gesundheitswesen, insbesondere im Fachbereich Infektions schutz/Taidemiologie, weißlich wovonschiede.

schutz/Epidemiologie, weiß ich wovon ich rede. Ebenso danke ich auch allen Bürgern, die sich in der Wirtschaft, in der Kultur, im Ehrenomt und welen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens unter hörtesten Carono-Bedlingungen unwerdrassen angogieren.



Sehr geehrte Nordsachsen, mit fast 5000 Stimmen im Wahlkreis Torgau haben Sie mir zur Kommunahvahl im Mai 2019 Ihr Vertrauen ausgesprochen und mich mit 33,3% Ihrer Stimmen am 01.09.2019 direkt zu Ihrer AID-Landtagsabgeordneten gewählt. Mit Ihrer Unterstützung konnte ich so den ehemaligen sächsischen CDU-Landespolizeipräsidenten besiegen. Es ist mir eine Ehre und eine Verpflichtung zogleich, verantwortungsvoll und mit ehrlichem Herzen engagiert im sächsischen Landtag zu streiten, zu schlichten und Läsungen für Ihre Anliegen zu Iinden. Als Neuling im Landtag, aber auch als "alter Hase" mit 30-jahriger Erfahrung in der Politik ist iss mein Anspruch, ganz in Ihrem Interesse zu handeln, denn die Altparteien haben ihre ureigene, elementare Aufgabe, Vertreter des Volkes zu sein, längst vergessen.

Unter dem Blickwinkel "Das Volk wird nicht gehört" kann ich diesen Neujahrsgruß erstmaßig mit einer kleinen Jahresrückschau 2020 verbinden:

Das Valk wird nicht gehört - die Wahlverlierer regieren!

Die Jahrelange machtverwahrte und jetzt machtverlierende CDU hat von Beginn der aktuellen 7. Legislaturperiode nicht nur Ihren Wöhlerwillen eiskalt ignoriert, sondem jegliche sachliche Zusammenarbeit mit der AfD im Parlament abgelehnt. Und dansit werden Sie, water AfD-Wahler, guzzielt von den regienenden Wahlverlieren von der denekratischen Willenstellung ausge schlossen. Schauen Sie sich bitte das Verhalten der Wahlverlierer CDU, SPD, Grüne und auch der angeblichen "Oppositions parteit Linke gegenüber der AfD im Sachslichen Landag ant Wie backige Kinder schreien sie." "nein, mit denen wollen wir nicht "Neint Neint" Ich habe nichts gegen leiderschaftliche Diskussionen, doch für dieses abstrase, herrschsüchtige und Valles Willen ausgeretzunde Beriehmen schame ich mich. Eine underhaltrafische Schande in einem demokratisch gewählten Parlamere.

Das Volk wird nicht gehört - entwickelt sich der Verfassungsschutz zum "Regierungsschutz"?

In dissem undersokratischen Handeln erhält die "Kinna Kosistion" auch nach von den regimungscohen Median propagandom tige Schützwihille gegen die Afb. Diese informe und geschickt aufgebaute Heiter gegen von, soll sich mit der Zeit nicht nur in die Köpfe der Burger "einnisten", sondem auch die Grundlage für das Bestachten durch den Verkassungsschutz schaffen. Weine Nordhauchsen, zu DDR/56D Zeiten hat mich bemit W. Advenation" berobachter. Gest sei seiner weblichenen Sweie gnödig num macht mich der Gedanke sprachlos, dass sich möglicherweiser unser demokratisch erkampfler Verfassungsschutz zu einem hacht einseltig argievenden "Regierungsschutz" erwackehlt? Ich hage nun die belagtieren Nordhautsen". "War es nicht unsere Generation, die 1987 mit zehntausenden sinderen mitigen Bürgern in Leiszuig vor den Gewehren der Stast, Bereitschaftspolizis und anzieren Regimensunden geständen hat inher zu wissen, ob geschossen wird oder nicht unsel die dalle gestingt hat, dass in dem vor um sehnlichst herbeitgewünschen Rechtsstaat die Institution des Verfassungsschutzes entstehen kommet. Sollte nun die ser Verfassungsschutz die gestille (Oppositiomponte im

Land, für denen Existenzrecht wir auch 1989 auf die Straße gegangen sind, beobachten, so ist das für viele, mutige Teilnehmer der friedlichen Revolution 1989 ein Schlag ins Gesicht.

Bürger Nordsachsens behalten Sie bitte einen klaren Kopl, Ihren eigenen Willen und prüfen Sie gut das Gehörte, denn aufgewachsen in einer "Arbeiter- und Bauerndiktatur", wissen die meisten von Ihnen noch, wie diese endete. Viele Bürger fragen mich deshalb oft zu Recht; "Wo sind wir nur hingeraten...!?" Ja, dieser jetzt oft zu hörende Satz, sollte uns sehr nachdenklich stimmen: "Wer in der Demokratie schlöß, wocht in der Diktatur auf!"

Das Volk wird nicht gehört - ich habe mich für Sie engagiert.

Trotz der von den Verliererparteien gebildeten sogenannten "Brandmauer" (Originalton CDU) aus Ignoranz, Feindschaft und tagtäglicher Hetztiraden, bin ich für Sie, meine Wähler, nicht untätig geblieben. Leider werden meine Informationen on Sie oft nicht in der Presse veröffentlich. Deshafb bitte ich Sie, sich auf meiner Webseite (www.gudrun-petzold.de), auf meiner Facebookseite (lacebook.com/Gudrun/hetzoldAID) und in meinen Bürgersprechstunden in Torgau und Oschatz zu informieren.

Im vergangenen Jahr habe ich im Rahmen meiner parlamentarischen Tätigkeit, als Sprecherin für die Senioren und Behindertenpolitik 158 Anfragen an die Stoatsregierung gestellt und komite in der Auswertung der Antworten der Regierung thematische
Schwerpunkte zu vielen Theman setzen, wie zum Beispiel Pflege/Heim/Armutsrisiko, Barrientheiheit, alterugerechtes Wohnen,
Digital ins Alter und gerechte Rentenpolitik (meine Reden/Interviews: s.a. meine Webseite "Videos/Schriftstücke"). Als Mitglied
des "Petitiansausschusses" widme ich mich zahlreichen, inhaltlich viellahigen Anfragen und Anliegen der Bürger Sachsens.
Außerdem arbeite ich als Mitglied im Ausschuss "Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt" und auch als stellvertretendes
Mitglied in den Ausschussen "Schule und Bildung" sowie "Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft".
Zudem bin ich als Anstaltsbeiratin der IVA Torgau tätig.

Nun ein kurzer Rockblick 2020 auf meine Arbeit im Wahlkreis Torgau/Oschatz

Am 02:01:2020 dankte ich im Rahmen meines Besuchs bei der "Tafel" Torgau mit einer Spende von 200 Euro den fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Des Weiteren legte ich im Vorjahr mein besonderes Augenmerk und Engogement auf das Thema "5G-Technologie" (elektromag netische Strahlung) und die damit verbundenen unbestreitbaren gesundheitlichen Risiken für die Bevalkerung. Wie nachdrustlich alt erklärt, stellt sich die AfD absolut nicht gegen den technischen Fortschritt, doch muss er sicher für die Gesundheit der Bevälkerung sein und nicht im Dienst des Profities stehen. Auch wenn die CDU-Volksvertretter die gesundheitliche Gefahr von "5G" behanflich Ignorieren das Volk wird nicht gehärtt und eine Zussammenorbeit mit der AfD kategarisch ablehren, wahrend die Prinzie behanflich schweigt, werde ich selbstverstandlich weiterhin die Aktivitäten der vielen neu erntstandenen Bürgerinitätiven zu "5G" in unserem Landkreis unterstutzen sowie auch Europas großtes 5G-Experimentierfeid (2000m²) am Lehn und Ver suchsgut Kolkrich hatech begleiten. Zu diesem hochbrisanten Thema konnen Sie auf meiner Webseite/Rubrik "Schriftstücke" mein bis heute unbeantwertetes Schreiben an das Umweltministerium/Herrn Ackerbauer vom 06.09.2020 zum besseren Verständnis meiner Bemuliungen lesen. Ich halfe, die Burgerinitiativen bleiben mutig, denn es zeigt sich bereits, dass sie auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene den weiteren Ausbau von "5G" unter den jetzigen technischen Bedingungen erfalg reich stoppen konnen, bis zum Einsatz bereits vorhandener neuster technischer Verfahren für den "5G" Ausbau, mit dem Ziel der wissenschaftlich nachweisbaren gezundheitlichen Unbedenklichkeit von "5G".

In diesem Jahresrückblick möchte ich unbedingt auch an unsere beeindruckende Gedenkveranutaltung mit Kranzniederlegung am 20.06.2020 am Denkmal der vertriebenen Deutschen in Torgau, ankässlich des 75. Jahrestages der Flucht und Vertreibung von 15 Millionen Landsleuten (davon 2 Millionen Tote) aus ihrer angestammten Heimat erinnem. Lassen wir es gemeinsam nicht zu, dass diese schrecklichen Ereignisse in Vergessenheit geraten.

2020 war is mir auch ein großes Anliegen, dem leidgeprüften flauem wand in Nordsachsen zur Seite zu siehen. Sie kämpfen mit der erbannungslosen Konkuneriz glabaker Lebensminelgraßkonzerne und sehen sich ab auch erstallicher Verordnungen ausgelielen. Unseren Bauert halte ich auch sehr zu Gute, dass sie trotz aller landwinschaftlicher Mühen und kasten mit dem Umweltschutz "Hand in Hand" gehen wallen



Selbstverstandlich beteiligte ich mich gemeinsom mit dem Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes und Bundestagskandidaten Rane Bochmann an dem sochsenweit bedeutenden Bauernprotest am 06.06.2020 auf dem Liebschützberg und unter der Fragestellung "Was treibt unsere Bauern auf die Straße?" habe ich dann am 23.07.2020 zu einer gut besuchten Informationsveranstallung in Oschatz eingefaden. Vielle Anregungen und Inspirationen konnten wir AfD-Politiker von unseren Landwirten für unsere tagliche Arbeit mitnehmen.

Meine kritische Aufmerksamkeit gilt zudem nach wie vor dem Bau zahlreicher neuer Windkraftanlagen, z. B. am Kalerberg bei Oschatz. Dazu gestaltete ich mit unsenem energiepolitischen Sprecher und Generalsekretär der AID Sachsen. Herr Jan Zwerg, am 11.09.2020 nach der (Tat-) Ortsbesichtigung am Kalerberg, eine Informationsveranstaltung zur völlig verlehten Energiewende der sächsischen Stoaturegierung. Entgegen tausender Stimmen der Bürger von Oschatz und Umgebung wurden die Windkraftanlagen am Kalerberg behardlich genehmigt. Diese Vorgehensweise erinnert erschreckend an planwirtschaftlichen "Oko-Sazialismus" und tiefste DDR-Zeiten. - Das Volli wird nicht gehört!

Am 25.09.2020 organisierte ich einen Vortrag, durch unseren schulpolitischen Sprecher, Mdt. Dr. Rolf Weigand, zum Thema "Gemeinsam lemen bis zur 8. Klasse". Dieser Vortrag zeigte die Unterschiede zur linken Schulpolitik klar auf.

Liebe Nordiachsen, als gebürtige Größtrebensehn haben mich natürlich die Leistungen des Ostelbien-Vereins zur Erhaltung des weltabesten Ringbrandalen in Größtreben sehr beeindruckt. Da mich dieses Industriedenkmal nicht nur aus technischer Sicht fas ziniert, sondem auch aus persönlich immitarer Perspektive – es war die Arbeitsstatte meines Voters zu DDR Zeiten -, war es mir perstärlich und auch als Landtagsobgeordnete der AID ein Bedürfnis, mit einer Spende in Höhe von 1000 Euro den "Grundstein" für die dringend benötigte Blitzschutzanlage zu lagen (siehe meine Webseite/Rubrik "Schriftstücke").

Sehr geehne Bürger von Nordsachsen, im Jahr 2020 war es mein Anliegen, ihnen mit meinem parlamentarischen Engagement und meinen vielfaltigen Veranstaltungen (immer unter Beachtung der Carona Hygienevorschriften) im Wählkreis, die bürgernahe Politik der Alternative für Deutschland nöher zu bringen. Einer meiner zentralen Aufgaben sah ich aber auch darin, das Handeln der Regierung in der noch immer andauernden Carona Krise nicht nur mit hellender Krisik zu hinterfragen, sondern auch dart wo as sinnvoll ist, zu hellen. So habe ich z. B. im Februar 2020 als nine der Ersten im Landkreis 200 Masken (gelenigt in Drieden) im Wert von 400 Euro für die Pfleger in das Krankenhaus Targau und in das Pflegeheim Mockrehna geschaft; denn sichen zu dieser noch relativ unübersichtlichen Krisenzeit war mir klar, dass die Kisikagruppen vorrangig geschützt werden missen. Alle Carona Schutzmaßrahmen müssen auf wissenschaftlich basierten Fakten verantwortungsbewusst und maßvoll getroften werden, ahne die Grundrechte der Bürger einzuschranken, die Wirtschaft in den Rum zu treiben und ohne unser ganzes Land in ein künstliches Komp zu versetzen.

Lassen Sie uns 2021 GEMEINSAM, voller Hoffnung und Zuversicht für unsere Heimot Sachsen kamplen auf der Grundlage von Recht und Gesetz für Freiheit und gegen Zwang, Willkür und Rechtsbruch.

Bleiben Sie "helle"! - Sie wissen: Auf mich können Sie sich verlassen.

Rest AlD Abgeordness
Gudrun Petzold
Miglied in Sochwicken Londlag
Miglied in Northachischer Kenitag

NATÜRLICH - SOZIAL - REGIONAL - VOLKSVERBUNDEN

VIII. Meinen Wählern und Lesern zum Abschied

Als Ihre im September 2019 direkt gewählte Abgeordnete möchte ich mich heute von Ihnen verabschieden. 30 Jahre rein ehrenamtlichen politischen Engagements plus fünf Jahre aktiver entlohnter politischer Arbeit für Sie im Sächsischen Landtag und im Nordsächsischen Kreistag liegen nun hinter mir. Nun kann ich, gewissermaßen im fliegenden Wechsel, den Staffelstab an meinen Nachfolger Tobias Heller übergeben. Nach 45 Jahren Berufstätigkeit, 20 Jahren zusätzlicher abendlicher Tätigkeit als Naturheilpraktikerin (1998 – 2018), 30 Jahren ehrenamtlicher Politik "nebenher" sowie fünf aufreibenden Jahren Opposition in Land- und Kreistag darf ich mich wahrlich auf meinen wohlverdienten Ruhestand freuen.

Mit 33,3 % der Wählerstimmen entsandten Sie mich, liebe Wähler, in den Sächsischen Landtag und ich hatte die Ehre, in diesem Hohen Haus Ihre Interessen vertreten zu dürfen. Die CDU ärgert sich sicher heute noch über ihre Niederlage! Es ist mir unvergesslich, dass die CDU-Kreisvorsitzende gleich am nächsten Tag - nach meinem Wahlsieg - verkündete, man werde sich dieses Mandat bei der nächsten Wahl selbstverständlich zurückholen. Nun, daraus ist nichts geworden. Warum wohl?...

2019, vor fünf Jahren mittlerweile, hatten Sie, werte Bürgerinnen und Bürger, die Wahl. Theoretisch – denn die fiel damals auf AfD und CDU. Bekommen haben sie aber eine Koalition aus CDU, SPD und "Die GRÜNEN" – oft genug in Zusammenarbeit mit den LINKEN! Unsere von Ihnen gewählte *Alternative für Deutschland* wurde von der CDU hinter die inzwischen berüchtigte "Brandmauer" verbannt. So regierte man fünf Jahre lang dank einer Mehrheit von Gnaden zweier Kleinstparteien, den Grünen und der SPD, mehr oder weniger unbekümmert vor sich hin. Meines Erachtens war diese Koalition schon 2019 ein Wahlbetrug, denn der Souverän hatte sie nicht gewollt.

Und nun? In meiner Abschiedsrede vom 24.08.2024, im Bürgerhaus Oschatz, habe ich die Entwicklung vorweggenommen. Ich sagte dort: "Lassen Sie sich auch nicht von einem Bündnis Sarah Wagenknecht beirren, dieses Bündnis ist nur eine Scheinopposition, eine neue ALTPARTEI, und wie sagt der Volksmund: "Alter Wein in neuen Schläuchen!", denn diese Partei wird zum Steigbügelhalter der Altparteien werden, insbesondere für die CDU! Die Christdemokraten (beides, "christlich" und "demokratisch" müsste man eigentlich in Anführungszeichen setzen) gehen mit den Sozialisten und den Kommunisten zusammen – NUR um ihre Macht zu erhalten – dafür würden sie auch mit dem Teufel paktieren!"

Und, siehe da: Ich habe Recht behalten! Ministerpräsident Kretschmer hat bereits bei Frau Wagenknecht seine Aufwartung gemacht, ebenso wie die Ministerpräsidenten von Thüringen und Brandenburg. Die Vertreterin einer nur dünn demokratisch drapierten SED ist zur Königsmacherin für die machtversessenen Altparteien avanciert. WOFÜR sind wir 1989 eigentlich auf die Straße gegangen? Und wieder einmal sind wir, sind Sie, liebe getäuschte Wahlbürger, die "Gelackmeierten"! Dieser(!) CDU sind die Bürger im Lauf der vielen machtverwöhnten Regierungsjahre längst gleichgültig geworden.

Ich habe große Sorge um unser Vaterland, unsere Kultur und unsere Menschen. Doch trotz all der Probleme, der Missstände und Enttäuschungen, trotz der ununterbrochenen bösartigen Denunziation unserer Partei, die in Thüringen gerade in einer, in der Geschichte dieses Landes einzigartigen Farce gemündet hat, gibt es Grund zur Hoffnung, denn unsere Partei hat ein starkes Ergebnis eingefahren. Es wird den Ausverkäufern des Landes künftig

schwerfallen, an ihr vorbei zu regieren. Wir werden darum kämpfen, auch die in den herrschenden Denksystemen Befangenen zu überzeugen und für den Einsatz für unsere Heimat zu gewinnen.

Bei allen Bürgern in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz, bei Ihnen liebe Leser sowie bei meinen Mitarbeitern möchte ich mich ein weiteres und diesmal letztes Mal für Ihre Stimme und Ihr Vertrauen in meine Arbeit von Herzen bedanken!

Wir sind für Sie da und wir geben nicht auf!

Ihre

Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtags Oktober 2019 bis Oktober 2024 Mitglied des Nordsächsischen Kreistages September 2019 bis September 2024



Impressum/ V.i.S.d.P.:

Gudrun Petzold Mühlbergstr. 36 04862 Mockrehna OT Strelln

E-Mail: gudrunpetzold36@gmx.de

Fotos: privat, Pixabay, AfD-Fraktion Sachsen



Dankesurkunde

Feierlich verliehen an

Gudrun Petzold

in Anerkennung und Würdigung für ihre Mitarbeit in der AfD-Fraktion Sachsen während der 7. Wahlperiode des Sächsischen Landtags von

2019 - 2024

Ihr Einsatz und Engagement für unsere gemeinsamen Ziele haben den Erfolg und die Außenwahrnehmung unserer Fraktion maßgeblich geprägt.

Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung.

Mit den besten Wünschen für Ihre zukünftigen Vorhaben.

Jörg Urban Fraktionsvorsitzender Jan-Oliver Zwerg Parlamentarischer Geschäftsführer

"Deutschland ist da, wo starke Herzen sind."

Ullrich von Hutten



Gemeinsam mit meinem Bundestagsabgeordneten, Herrn Bochmann, und unserem langjährigen Unterstützer, Herrn Stamm, auf dem Parteitag des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen 2023

Für unser geliebtes Vaterland Deutschland!